

Monatsbericht des BMF Juli 2013





Monatsbericht des BMF Juli 2013

Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung
-	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
	Zahlenwert unbekannt
X	Wert nicht sinnvoll

□ Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis

Editorial	4
Überblick zur aktuellen Lage	5
Analysen und Berichte	6
Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2014 und zum Finanzplan des Bundes 2013 bis 2017	
Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2012	
Bundespolitik und Kommunalfinanzen	
Die geförderte private Altersvorsorge	
Das Europäische Semester 2013	
Europäischer Rat am 27. und 28. Juni 2013	72
Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage	74
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	74
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Juni 2013	81
Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Juni 2013	85
Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2013	89
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	91
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	97
Termine, Publikationen	99
Statistiken und Dokumentationen	101
Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	
Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	
Gesamtwirtschaftliches Produktionspotential und Konjunkturkomponenten	
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	156

Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren,

Deutschland steht wirtschafts- und finanzpolitisch gut da. Die deutsche Wirtschaft hat die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 2008 und 2009 schnell überwunden und ist seither real um insgesamt über 8% gewachsen. Die Beschäftigung erreicht mit aktuell fast 42 Mio. Erwerbstätigen einen historischen Höchststand. Die Orientierung an Wettbewerbsfähigkeit und Innovations dynamik zahlt sich jedoch nicht nur in Wachstum und Arbeitsplätzen aus. Angesichts der gestiegenen Wirtschaftskraft haben Bund, Länder und Gemeinden im vergangenen Jahr bei den Steuereinnahmen ein Rekordergebnis erzielt. In den kommenden Jahren ist mit einem weiteren Anstieg des Steueraufkommens zu rechnen. Angesichts dieser erfreulichen Entwicklung kamen und kommen Steuererhöhungen für die Bundesregierung nicht infrage.

Im Gegenteil: Die Bundesregierung hat seit Beginn der Legislaturperiode Mehreinnahmen vollständig zur Absenkung der Neuverschuldung verwendet und auf diese Weise den Bundeshaushalt grundlegend saniert. Der Erfolg dieser Konsolidierungspolitik zeigt sich deutlich mit dem Entwurf für den Bundeshaushalt 2014 sowie dem Finanzplan bis zum Jahr 2017, den das Kabinett am 26. Juni 2013 beschlossen hat: Erstmals seit Jahrzehnten hat eine Bundesregierung einen Haushalt vorgelegt, der einen strukturellen Überschuss vorsieht. Dies ist das Ergebnis konsequenter Ausgabendisziplin in Verbindung mit klarer Priorisierung wichtiger Aufgabengebiete. Trotz eines Rückgangs der Gesamtausgaben gegenüber 2010 werden die Ausgaben für Zukunftsinvestitionen, wie Bildung, Forschung und Infrastruktur, ausgeweitet. Auch im Finanzplan bleibt die Bundesregierung ihrer



Linie strikter Haushaltsdisziplin treu. Der Abbau von Altschulden rückt in greifbare Nähe.

Solide öffentliche Finanzen bilden ihrerseits das Fundament für dauerhaftes Wachstum, hohe Beschäftigung und steigende Einkommen. Gesunde öffentliche Haushalte sind die beste Garantie dafür, dass der Staat handlungsfähig bleibt und sich den Spielraum bewahrt, in Notsituationen sofort zu reagieren. Dies zeigt sich sehr deutlich am aktuellen Einsatz von Bund und Ländern gegen die Flutkatastrophe. Dank der soliden Haushaltslage können die zusätzlichen Finanzmittel für den Hochwasserfonds in Höhe von 8 Mrd. € zur Beseitigung der Flutschäden schnell mobilisiert werden. Bereits am 5. Juli 2013 hatte der Bundesrat den Weg für die geplanten Aufbauhilfen für die vom Hochwasser Betroffenen freigemacht. Damit senden Bund und Länder noch vor der parlamentarischen Sommerpause ein Zeichen der Solidarität und schaffen Klarheit für die von der Flutkatastrophe Betroffenen.

L. SUI-

Dr. Thomas Steffen Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

Überblick zur aktuellen Lage

Wirtschaft

- Die Wirtschaftsdaten sprechen für eine Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität im Frühsommer dieses Jahres. So haben sich den Indikatoren zufolge das Verarbeitende Gewerbe und die Bauwirtschaft im ersten und zweiten Monat des 2. Quartals erholt.
- Die Lage auf dem Arbeitsmarkt erwies sich im zweiten Vierteljahr insgesamt als stabil. Im Juni war im Vergleich zum Vormonat ein Rückgang der saisonbereinigten Arbeitslosenzahl zu verzeichnen. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nahm im April spürbar zu.
- Die Inflation auf der Konsumentenstufe war auch im Juni moderat. Der Anstieg des Verbraucherpreisniveaus blieb mit 1,8 % gegenüber dem Vorjahresmonat unter der Zweiprozentmarke.

Finanzen

- Im Vorjahresvergleich sind die gesamtstaatlichen Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im Juni um 4,3 % gestiegen. Erneut trugen hierzu insbesondere die Ländersteuern mit einem Zuwachs von 11,9 % bei. Für den Zeitraum Januar bis Juni übertraf das gesamte Steureraufkommen erneut das Vorjahresniveau.
- Die Einnahmen des Bundes entwickeln sich weiter positiv und stiegen bis einschließlich Juni gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 1,9 %. Die Ausgaben verzeichnen für den Vergleichszeitraum einen Anstieg von 1,8 %. Es lässt sich jedoch weder aus den einzelnen Positionen noch aus dem derzeitigen Finanzierungsdefizit von 18,4 Mrd. € eine verlässliche Vorhersage zur weiteren Entwicklung des Bundeshaushalts im Jahresverlauf ableiten.
- Ende Juni betrug die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe 1,72 %, die Zinsen im Dreimonatsbereich gemessen am Euribor beliefen sich auf 0,22 %.

Europa

- Die Wirtschafts- und Finanzminister der Eurogruppe trafen sich am 20. Juni 2013 in Luxemburg und am 8. Juli 2013 in Brüssel. Im Vordergrund der Gespräche standen die Lage und das weitere Vorgehen bei den Programmländern Griechenland, Zypern, Irland, Portugal und Spanien, die Grundzüge einer zukünftigen direkten Bankenrekapitalisierung durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und die Artikel-IV-Konsultation des Internationalen Währungsfonds (IWF) zum Euro-Währungsgebiet.
- Im Mittelpunkt der ECOFIN-Räte am 21. Juni 2013 in Luxemburg sowie am 26. Juni und 9. Juli 2013 in Brüssel standen die länderspezifischen Empfehlungen im Rahmen des Europäischen Semesters 2013, die Bankenrestrukturierungs-Richtlinie, Empfehlungen der Europäischen Kommission zur Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts, die Einführung des Euro in Lettland, Arbeiten in Zusammenhang mit dem Europäischen Rat am 27. und 28. Juni 2013, die Umsetzung des "Two Packs" sowie die Vorbereitung des am 19. und 20. Juli 2013 in Moskau stattfindenden G20-Treffens der Finanzminister und Notenbankgouverneure. Die litauische Präsidentschaft, die am 1. Juli 2013 den Vorsitz im Rat der Europäischen Union übernommen hat, stellte ihr Arbeitsprogramm sowie die Schwerpunkte für das 2. Halbjahr 2013 vor.

REGIERUNGSENTWURF ZUM BUNDESHAUSHALT 2014 UND ZUM FINANZPLAN DES BUNDES 2013 BIS 2017

Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2014 und zum Finanzplan des Bundes 2013 bis 2017

Einstieg in die Schuldentilgung

- Die Bundesregierung stellt im Rahmen eines Nachtrags zum Bundeshaushalt 2013 die notwendigen Hilfen für das Sondervermögen "Aufbauhilfe" in Höhe von 8 Mrd. € zur Verfügung. Die Neuverschuldung beträgt im Jahr 2013 somit 25,1 Mrd. €. Trotz dieser neuen Ausgaben wird die zulässige Obergrenze für die Kreditaufnahme nach der Schuldenregel nach Artikel 115 Grundgesetz wieder deutlich unterschritten.
- Die Neuverschuldung im Regierungsentwurf 2014 erreicht den niedrigsten Stand seit über 40 Jahren. Damit setzt die Bundesregierung ihren Kurs der wachstumsfreundlichen Konsolidierung weiter fort.
- Der Finanzplan des Bundes sieht vor, ab dem Jahr 2015 keine neuen Schulden mehr aufzunehmen. Somit kann der Bund mit der Tilgung der in der Wirtschafts- und Finanzkrise aufgenommenen Schulden bzw. mit der Tilgung der im Zusammenhang mit der Errichtung des Sondervermögens "Aufbauhilfe" aufgenommenen Kredite beginnen.

 Nachtrag zum Bundeshaushalt 2013 Bundeshaushalt 2014 und Finanzplan bis 2017 Eckdaten und wesentliche Finanzkennziffern Wesentliche Politikbereiche 	
3.1 Eckdaten und wesentliche Finanzkennziffern	
	8
5.2 Weselfulche Fohukbereiche	
3.3 Steuereinnahmen	.17
3.4 Personal und Verwaltung	

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Im 1. Quartal dieses Jahres ist die gesamtwirtschaftliche Aktivität geringfügig angestiegen. So nahm das Bruttoinlandsprodukt (BIP) preis-, kalender- und saisonbereinigt um 0,1% gegenüber dem Vorquartal zu. Dieser leichte Anstieg wurde fast ausschließlich vom privaten Konsum getragen: Die Konsumausgaben stiegen im 1. Vierteljahr um real 0,8% an. Im Gegenzug wirkten nicht nur die außergewöhnlich lang andauernden kühlen Witterungsverhältnisse dämpfend auf die konjunkturelle Entwicklung im 1. Quartal, sondern auch die im Vergleich zur zweiten Jahreshälfte 2012 abgeschwächte Investitionsentwicklung.

Nach der temporären Schwächephase im Winterhalbjahr 2012/13 dürfte jedoch die gesamtwirtschaftliche Aktivität im weiteren Jahresverlauf allmählich wieder an Fahrt gewinnen. In ihrer Frühjahrsprojektion vom April 2013 erwartet die Bundesregierung für den Jahresdurchschnitt 2013 einen Anstieg des BIP um preisbereinigt 0,5 %. Das gesamtwirtschaftliche Wachstum wird dabei im Verlauf dieses Jahres von der Inlandsnachfrage getragen. So dürften die privaten Konsumausgaben im Jahr 2013 voraussichtlich um real 0,6 % zunehmen. Diese Entwicklung basiert auf einem robusten Arbeitsmarkt und günstigen Einkommensperspektiven. Auch im nächsten Jahr dürfte der private Konsum um real 1,0 % zunehmen und somit die gesamtwirtschaftliche Entwicklung wesentlich

REGIERUNGSENTWURF ZUM BUNDESHAUSHALT 2014 UND ZUM FINANZPLAN DES BUNDES 2013 BIS 2017

stützen. Für das Jahr 2014 wird erwartet, dass das BIP voraussichtlich um real 1,6 % zunimmt.

Die Investitionstätigkeit wurde 2012 durch die Krise in wichtigen Handelspartnerländern der Europäischen Union belastet. In diesem Jahr dürfte sich die Zurückhaltung bei den Ausrüstungsinvestitionen allmählich auflösen und die Investitionstätigkeit im Jahresverlauf wieder zunehmen. Die Bundesregierung rechnet sowohl in diesem als auch im kommenden Jahr mit einem Anstieg der Bauinvestitionen, wobei die privaten Wohnungsbauinvestitionen deutlich ausgeweitet werden und auch die staatlichen Bauinvestitionen wieder zunehmen. In diesem Jahr wird ein leicht negativer Wachstumsbeitrag des Außenhandels erwartet. Die zunächst gedämpfte Exportdynamik wird erst im Verlauf dieses Jahres wieder an Kraft gewinnen. Gleichzeitig dürfte die anziehende Binnennachfrage die Importtätigkeit beflügeln, die voraussichtlich stärker zunimmt als die Exporte. Im nächsten Jahr wird von den Nettoexporten wahrscheinlich wieder ein leicht positiver Impuls ausgehen.

Durch die Flutkatastrophe im Mai und Juni diesen Jahres sind erhebliche Schäden an gewerblichen Produktionsstätten, landwirtschaftlichen Nutzflächen sowie am Immobilienbestand privater Haushalte entstanden. Allerdings ist kaum verlässlich zu quantifizieren, wie die Wirkungen auf das Bruttoinlandsprodukt unter Berücksichtigung aller Effekte einschließlich der Schadensbeseitigung sein werden. Es ist nicht auszuschließen, dass sie – ähnlich wie nach der sogenannten Jahrhundertflut im Jahr 2002 – per Saldo sehr eng begrenzt bleiben und in den Ergebnissen der amtlichen Statistik nicht zu erkennen sein werden.

Der Arbeitsmarkt befand sich 2012 insgesamt in einer guten Verfassung. Im Durchschnitt des Jahres 2012 wurden 2,90 Millionen Personen als arbeitslos registriert und somit das Vorjahresniveau um rund

80 000 Personen unterschritten. Die Zunahme der Erwerbstätigkeit hat sich im Verlauf des vergangenen Jahres zwar abgeschwächt, dennoch konnte im Jahresdurchschnitt 2012 mit 41,62 Millionen erwerbstätigen Personen ein neuer Höchststand erreicht werden (+455 000 Personen gegenüber 2011). Dabei nahm die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mit einem Plus von gut einer halben Million Personen wesentlich stärker zu als die Erwerbstätigkeit insgesamt. In diesem Jahr dürfte die Erwerbstätigkeit mit 200 000 Personen erneut deutlich ansteigen (2014: +120 000 Personen). Gleichzeitig wird die Arbeitslosenzahl wohl auf dem Niveau des Vorjahres verbleiben (2014: - 90 000 Personen).

Eine Verschärfung der Staatsschuldenkrise im Euroraum stellt das Hauptrisiko für die wirtschaftliche Entwicklung im Prognosezeitraum dar. Erlahmt das Reformtempo der Krisenländer und geht das Marktvertrauen in den Anpassungswillen der Mitgliedstaaten zurück, dürfte sich die Verunsicherung von Investoren und Konsumenten erhöhen und die gesamtwirtschaftliche Entwicklung belasten. Auch könnten Unsicherheiten über den finanzpolitischen Kurs in den USA und in Japan die Konjunktur beeinträchtigen. Bei einer zügigen Bewältigung der europäischen Schuldenkrise könnte sich allerdings die Verunsicherung der Marktteilnehmer schneller auflösen als bisher erwartet. Dies könnte zusammen mit sich selbst verstärkenden binnenwirtschaftlichen Effekten aus guter Arbeitsmarkt- und Einkommensentwicklung bei einer weltweit expansiven Geldpolitik die gesamtwirtschaftliche Entwicklung stärker begünstigen als bisher unterstellt.

Für den mittelfristigen Schätzzeitraum (2015 bis 2017) rechnet die Bundesregierung mit einem BIP-Zuwachs von real rund 1,4% pro Jahr. Den Projektionen liegt dabei die Annahme zugrunde, dass die aktuell noch bestehenden (negativen) Produktionslücken – also die Abweichung des BIP vom Potenzialpfad – bis zum Ende des Projektionsjahrs 2017 abgebaut

REGIERUNGSENTWURF ZUM BUNDESHAUSHALT 2014 UND ZUM FINANZPLAN DES BUNDES 2013 BIS 2017

werden und die deutsche Volkswirtschaft eine konjunkturelle Normallage erreicht.

2 Nachtrag zum Bundeshaushalt 2013

Durch das Hochwasser im Mai und Juni sind große Schäden bei Privathaushalten, Unternehmen sowie der Infrastruktur von Bund, Ländern und Kommunen entstanden. Vor diesem Hintergrund sind in den kommenden Jahren erhebliche finanzielle Anstrengungen notwendig, um diese Schäden zu beseitigen und die zerstörte Infrastruktur wieder aufzubauen. Bund und Länder haben daher beschlossen, einen Fonds "Aufbauhilfe" mit einem Volumen von 8 Mrd. € zu gründen, der im Jahr 2013 als Sondervermögen des Bundes errichtet wird.

Der Bundesrat hat am 5. Juli 2013 den Entwurf des Aufbauhilfegesetzes sowie den Entwurf des Nachtrags zum Bundeshaushalt 2013 beschlossen. Der Nachtrag für den Bundeshaushalt ist erforderlich, da ausschließlich der Bund den Fonds "Aufbauhilfe" im Jahr 2013 mit Mitteln in Höhe von 8 Mrd. € ausstatten wird. Im Ergebnis steigen die Ausgaben im Bundeshaushalt 2013 von 302,0 Mrd. € auf 310,0 Mrd. € und die Neuverschuldung von 17,1 Mrd. € auf 25,1 Mrd. €.

Im Rahmen dieses Fonds wird der Bund die Kosten für den Wiederaufbau der zerstörten Bundesinfrastruktur in Höhe von circa 1,5 Mrd. € allein tragen. Die Länder werden ihre Hälfte an den verbleibenden Finanzierungskosten des Aufbauhilfefonds, also für Tilgungen und Zinsen für einen Betrag von 3,25 Mrd. €, über einen Zeitraum von 20 Jahren erbringen. Hierfür werden die Länder dem Bund in den Jahren 2014 bis 2019 einen jährlichen Betrag von 202 Mio. € aus dem Umsatzsteueraufkommen zur Verfügung stellen. In den Jahren 2020 bis 2033 werden die entsprechenden Beträge über die Ausgabenseite der

Länderhaushalte zur Verfügung gestellt. Der Bund hat sich außerdem bereit erklärt, die Entflechtungsmittel bis zum Jahr 2019 auf dem aktuellen Stand festzuschreiben.

3 Bundeshaushalt 2014 und Finanzplan bis 2017

3.1 Eckdaten und wesentliche Finanzkennziffern

Mit dem Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2014 und dem Finanzplan bis 2017 knüpft die Bundesregierung nahtlos an den Eckwertebeschluss vom März 2013 an und legt erstmals seit dem Inkrafttreten der neuen Schuldenregel einen Bundeshaushalt vor, der nicht nur strukturell ausgeglichen ist, sondern sogar einen strukturellen Überschuss in Höhe von rund 2 Mrd. € aufweist (vergleiche Tabelle 1). Die verbleibende Nettokreditaufnahme in Höhe von rund 6,2 Mrd. € spiegelt damit lediglich einen Teil des konjunkturellen Verschuldungsspielraums sowie des Saldos der finanziellen Transaktionen wider. Hiervon entfallen allein 4,3 Mrd. € auf die Einzahlung an den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM). Wenn das gesamtwirtschaftliche Umfeld stabil bleibt, kann der Bundeshaushalt nicht nur bereits ab dem Jahr 2015 - ein Jahr früher als im bislang geltenden Finanzplan vorgesehen - ohne Neuverschuldung auskommen, sondern sogar Überschüsse im Bundeshaushalt erwirtschaften (vergleiche Tabelle 1). Diese können für die Tilgung des Sondervermögens "Investitions- und Tilgungsfonds" (ITF) beziehungsweise zur Tilgung der im Zusammenhang mit der Errichtung des Sondervermögens "Aufbauhilfe" aufgenommenen Kredite verwendet werden.

So werden die Ausgaben im nächsten Jahr – bedingt durch den Einmaleffekt der Finanzierung der Hochwasserhilfen im Jahr 2013 – stark rückläufig sein. Sie belaufen sich auf rund 295,4 Mrd. €. Hierzu trägt auch die Halbierung der Einzahlungen an den ESM von 8,7 Mrd. € im Jahr 2013 auf 4,3 Mrd. €

REGIERUNGSENTWURF ZUM BUNDESHAUSHALT 2014 UND ZUM FINANZPLAN DES BUNDES 2013 BIS 2017

Tabelle 1: Eckdaten zum Regierungsentwurf 2014 und zum Finanzplan bis 2017

	Ist	Soll*	Entwurf		Finanzplan	
	2012	2013	2014	2015	2016	2017
			in M	rd. €		
Ausgaben	306,8	310,0	295,4	299,6	308,3	317,7
Ausgaben						
bereinigt um Tilgung Investitions- und Tilgungsfonds (ITF) / Aufbauhilfefonds	-	-	-	299,4	303,1	308,1
Einnahmen	306,8	310,0	295,4	299,6	308,3	317,7
Steuereinnahmen	256,1	260,6	268,7	279,4	292,9	300,5
Nettokreditaufnahme	22,5	25,1	6,2	-	-	-
nachrichtlich: Überschüsse (zur Tilgung ITF/Aufbauhilfefonds)	-	-	-	0,2	5,2	9,6

Einschließlich Nachtrag zum Bundeshaushalt 2013.

Differenzen durch Rundung möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

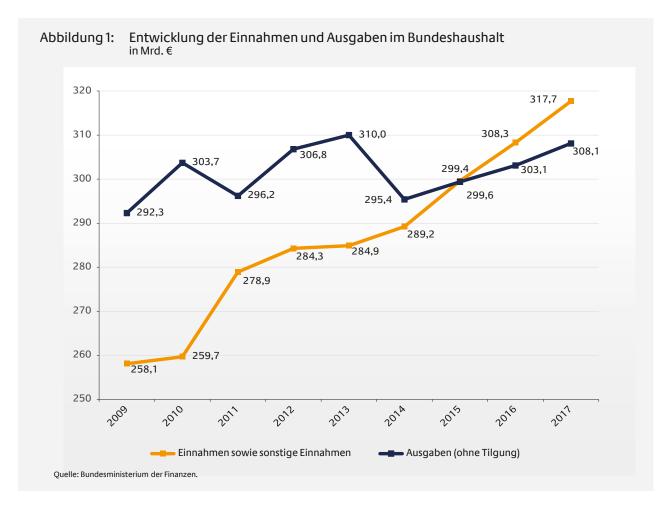
im Jahr 2014 bei. Zudem fällt die Absenkung des Zuschusses an den Gesundheitsfonds in Höhe von 3,5 Mrd. € um 1 Mrd. € höher aus als im Jahr 2013. Die Globale Minderausgabe für das Betreuungsgeld in Höhe von 460 Mio. € wurde im Regierungsentwurf 2014 durch konkrete Einsparungen der Ressorts aufgelöst. Wenngleich die Ausgaben in den folgenden Jahren ansteigen, liegt die jahresdurchschnittliche Wachstumsrate im Finanzplanungszeitraum – sofern die Ausgaben des Jahres 2013 um den Einmaleffekt der Finanzierung der Hochwasserhilfe bereinigt werden – mit 0,5 % immer noch deutlich unterhalb der Wachstumsrate des realen BIP.

Die Bundesregierung setzt mit dem Regierungsentwurf 2014 – wie in den Vorjahren – neben der Konsolidierung gleichzeitig auch politische Schwerpunkte. So wird u. a. der Etat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung im nächsten Jahr gegenüber dem geltenden Finanzplan um rund 450 Mio. € auf nunmehr rund 14 Mrd. € ansteigen. Darüber hinaus werden zusätzliche für die Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA, Official Development Assistance) relevante Haushaltsmittel in Höhe von rund 240 Mio. € im Jahr 2014 insbesondere für die Afghanistanhilfe und für die

Transformationspartnerschaften
Nordafrika/Nahost sowie Syrien
bereitgestellt. Zur Ausfinanzierung des
Infrastrukturbeschleunigungsprogramms II
stehen zusätzliche Mittel in Höhe von
150 Mio. € bereit. Die europäische
Verpflichtung gegenüber Griechenland,
die Zentralbankgewinne aus im Rahmen
geldpolitischer Operationen angekauften
Staatsanleihen zurückzuführen, ist im
Regierungsentwurf mit rund 500 Mio. €
etatisiert (deutscher Anteil 2014 bis 2017:
insgesamt 2,1 Mrd. €).

Zur Finanzierung wichtiger Maßnahmen der Energiewende hatte die Bundesregierung das Sondervermögen "Energie- und Klimafonds" (EKF) eingerichtet. Dieses speist sich aus den Einnahmen aus der Versteigerung der CO₂-Zertifikate. Die Preise für CO₂-Zertifikate sind seit Mitte 2011 von rund 17 € auf derzeit rund 4 € gefallen. Unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen ist mit einer kurzfristigen Erholung der Zertifikatspreise nicht zu rechnen, sodass eine Ertüchtigung des Sondervermögens erforderlich ist. Der Regierungsentwurf sieht für das Jahr 2014 und den Finanzplan bis zum Jahr 2017 einen Zuschuss an den EKF in Höhe von rund 650 Mio. € sowie die Umsetzung wichtiger Projekte des internationalen Klimaschutzes in

REGIERUNGSENTWURF ZUM BUNDESHAUSHALT 2014 UND ZUM FINANZPLAN DES BUNDES 2013 BIS 2017



Höhe von rund 400 Mio. € aus dem EKF in den Bundeshaushalt vor.

Die Bundesregierung schafft mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Sondervermögens EKF und zur Änderung des Rechts der gesetzlichen Krankenversicherung die rechtliche Voraussetzung für die Gewährung eines solchen Bundeszuschusses an den EKF sowie für die Absenkung des Zuschusses an den Gesundheitsfonds im Jahr 2014.

Die Investitionen (ohne Kapitaleinzahlung an den ESM, im Jahr 2014 letztmalig 4,3 Mrd. €) gehen im Regierungsentwurf 2014 und im Finanzplanzeitraum im Vergleich zum laufenden Haushalt leicht zurück. Dies ist insbesondere auf Einmaleffekte, wie das sukzessive Auslaufen der Infrastrukturbeschleunigungsprogramme aus den Jahren 2012 und 2013, zurückzuführen. Die

klassischen Investitionen – insbesondere im Verkehrsbereich – werden auf hohem Niveau fortgeführt.

Die Steuereinnahmen im Regierungsentwurf 2014 bewegen sich etwa auf dem Niveau der Annahmen des Eckwertebeschlusses vom März 2013. In den Folgejahren steigen sie an, auch bedingt durch erheblich niedrigere Abführungen an die Europäische Union. So wird ab dem Jahr 2016 das Inkrafttreten des neuen Eigenmittelsystems erwartet, das einen Rabatt für Deutschland vorsieht. In diesem Zusammenhang wird von einer Nettoentlastung für Deutschland in Höhe von rund 1 Mrd. € p. a. ausgegangen. Dem Vorsichtsprinzip folgend werden die noch im Finanzplan vorgesehenen Einnahmen aus der Finanztransaktionsteuer nun erst ab dem Jahr 2015 etatisiert. Zudem sind die sich aus der Umsetzung der Bund-

REGIERUNGSENTWURF ZUM BUNDESHAUSHALT 2014 UND ZUM FINANZPLAN DES BUNDES 2013 BIS 2017

Länder-Vereinbarung zur Finanzierung des Aufbauhilfefonds ergebenden
Steuermehreinnahmen des Bundes in Höhe von rund 200 Mio. € p. a. berücksichtigt. Die für das Jahr 2014 veranschlagten Einnahmen aus dem Bundesbankgewinn spiegeln insbesondere auch wider, dass die Bundesbank die von ihr angekündigte Erhöhung der Rückstellungen für allgemeine Wagnisse über die vergangenen drei Jahre abgeschlossen hat. Dies hatte in den Vorjahren die Höhe des Reingewinns maßgeblich beeinflusst.

Entwicklung wichtiger finanz- und wirtschaftspolitischer Kennziffern

Die Ausgabenquote – also das Verhältnis der Ausgaben des Bundes (ohne Nettotilgungen) zum BIP – sinkt bezogen auf das Soll des Nachtrags des Bundeshaushalts 2013 in Höhe von 11,5 % auf 10,6 % im Regierungsentwurf für das Jahr 2014 und ist im gesamten Finanzplanungszeitraum weiter rückläufig. Im Jahr 2017 beläuft sie sich auf 10,1 %. Dies sind historische Tiefstwerte.

Der Primärsaldo (Überschuss) aus Einnahmen abzüglich Ausgaben - ohne Nettokreditaufnahme beziehungsweise ab dem Jahr 2015 ohne Tilgungen und Zinsen – steigt von 6,5 Mrd. € im laufenden Jahr auf 43,7 Mrd. € am Ende des Finanzplanungszeitraums.

Die Kreditfinanzierungsquote – der Anteil der Nettokreditaufnahme an den Gesamtausgaben – beläuft sich im Soll des laufenden Jahres einschließlich des Nachtragshaushaltes noch auf 8,1%. Sie sinkt im Regierungsentwurf 2014 auf 2,1% und beträgt ab dem Jahr 2015 Null.

Im Jahr 2012 konnte Deutschland erstmals seit der Deutschen Einheit gesamtstaatlich einen strukturellen, also um Konjunktur- und Einmaleffekte bereinigten Überschuss in Höhe von 0,3 % des BIP erzielen. In diesem Jahr wird der strukturelle Finanzierungssaldo ebenfalls leicht im Überschuss sein. In den kommenden Jahren dürfte sich angesichts der weiteren

Konsolidierungsanstrengungen, insbesondere seitens des Bundes, der Überschuss erhöhen. Damit hält Deutschland nicht nur dauerhaft sein bereits im vergangenen Jahr erreichtes mittelfristiges Haushaltsziel einer strukturellen Defizitquote von maximal 0,5 % ein, sondern wird dieses im gesamten Projektionszeitraum bis 2017 deutlich unterschreiten.

Deutschland erreichte im Jahr 2012 einen leichten Überschuss in der Maastricht-Abgrenzung von 0,1% des BIP. Aufgrund dieser soliden Ausgangslage besteht ein deutlicher Sicherheitsabstand zum Maastricht-Referenzwert einer Defizitquote von 3,0 %, sodass angesichts der konjunkturellen Abschwächung in diesem Jahr die sogenannten automatischen Stabilisatoren wirken können. Daher kommt es in diesem Jahr zu einem leichten Defizit von knapp 0,5 % des BIP. In den Folgejahren verbessert sich der Finanzierungssaldo jedoch wieder stetig und dürfte bis 2017 ebenfalls einen Überschuss aufweisen. Die zusätzlichen Anstrengungen von Bund und Ländern zur Bewältigung der Hochwasserschäden sind dabei – wie auch bei der Entwicklung des Schuldenstands berücksichtigt.

Nach einem deutlichen Rückgang im Jahr 2011 ist die Schuldenstandsquote in der Maastricht-Abgrenzung im vergangenen Jahr um 1,5 Prozentpunkte auf 81,9 % des BIP gestiegen. Maßgeblich für diese Entwicklung waren die Maßnahmen zur Abwehr der europäischen Staatsschuldenkrise. Im laufenden Jahr wird die Schuldenstandsquote jedoch wieder sinken. Während nämlich die europäische Staatsschuldenkrise auch im Jahr 2013 für sich genommen die Schuldenstandsquote um etwa 0,5 Prozentpunkte erhöht, kann mit einem Rückgang des Finanzmarktkriseneffektes um rund 1,5 Prozentpunkte gerechnet werden. Die positive Entwicklung der öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen sowie der fortgesetzte Portfolioabbau bei den Abwicklungsanstalten führen auch mittelfristig zu einem kontinuierlichen Rückgang der

REGIERUNGSENTWURF ZUM BUNDESHAUSHALT 2014 UND ZUM FINANZPLAN DES BUNDES 2013 BIS 2017

Schuldenstandsquote bis auf voraussichtlich weniger als 70 % des BIP im Jahr 2017.

3.2 Wesentliche Politikbereiche

Bildung und Forschung

Der politische Schwerpunkt Bildung und Forschung, den die Bundesregierung in den vergangenen Jahren verfolgt hat, wird auch im Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2014 abgebildet: Der Etat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung steigt im Jahr 2014 gegenüber dem geltenden Finanzplan um rund 450 Mio. € auf nunmehr rund 14 Mrd. €.

Damit stellt der Bund für die erste Säule des Hochschulpakts 2020 im Jahr 2014 rund 1,8 Mrd. € zur Verfügung. Mit diesen Mitteln unterstützt der Bund die Länder bei der Schaffung zusätzlicher Studienplätze für die stark gestiegene Zahl von Studienanfängern. Auch für die Verbesserung der Studienbedingungen und der Qualität der Lehre werden mit dem Qualitätspakt Lehre im Jahr 2014 wieder 200 Mio. € investiert. Durch einen Anstieg der Mittel für das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG), die Begabtenförderung und das Deutschlandstipendium gegenüber dem Vorjahr werden die Finanzierungsmöglichkeiten für das Studium weiter verbessert. Die Mittel für die Stärkung der Leistungsfähigkeit des Bildungswesens steigen ebenfalls im Jahr 2014. Dies kommt insbesondere der Unterstützung von benachteiligten Kindern und Jugendlichen zugute.

Neben dem Bereich Bildung werden auch Wissenschaft und Forschung weiter gestärkt: Die institutionellen Zuwendungen an die großen außeruniversitären Forschungseinrichtungen und an die Deutsche Forschungsgemeinschaft steigen 2014 gegenüber dem Vorjahr wieder um 5 %, wie mit den Ländern im Pakt für Forschung und Innovation vereinbart. Darüber hinaus werden für die Exzellenzinitiative, bei der derzeit die dritte Förderperiode läuft, sowie für die

zweite Säule des Hochschulpakts im Jahr 2014 insgesamt rund 730 Mio. € bereitgestellt.

Entwicklungszusammenarbeit

Die direkten deutschen Aufwendungen für die Entwicklungszusammenarbeit wurden in den vergangenen Jahren erheblich gesteigert. Nach der vorläufigen OECD-Statistik hat Deutschland im Jahr 2012 insgesamt rund 13,1 Mrd. US-Dollar an öffentlichen Mitteln für diesen Bereich aufgewandt. Absolut gemessen lag Deutschland hinter den USA (rund 30,5 Mrd. US-Dollar) nahezu gleichauf mit Großbritannien (rund 13,7 Mrd. US-Dollar) an dritter Stelle der Gebernationen, preis- und wechselkursbereinigt sogar an zweiter Stelle.

Die Entwicklungszusammenarbeit bildet im vorliegenden Regierungsentwurf einen wichtigen Schwerpunkt. Unter Einbezug der in den Einzelplan des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) anteilig überführten Mittel aus dem Sondervermögen EKF wird das hohe Ausgabenniveau des Einzelplans 23 aus dem Jahr 2013 mit knapp 6,3 Mrd. € für das Jahr 2014 fortgeschrieben. Darüber hinaus werden im Einzelplan des Auswärtigen Amtes für 2014 zusätzliche ODA-relevante Haushaltsmittel in Höhe von rund 240 Mio. € insbesondere für die Afghanistanhilfe und für die Transformationspartnerschaften Nordafrika/Nahost sowie Syrien bereitgestellt. Zusammen mit weiteren Leistungen des Bundes, aber auch der Länder und Kommunen, sollte es trotz des verhaltenen gesamtwirtschaftlichen Umfeldes gelingen, die deutschen ODA-Leistungen auch im Jahr 2014 stabil zu halten.

Innenpolitik

Der Einzelplan des Bundesministeriums des Innern (BMI) weist für den Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2014 Ausgaben in Höhe von rund 5,76 Mrd. € auf. Dieses Einzelplanvolumen entspricht im Wesentlichen dem bislang geltenden Finanzplan.

REGIERUNGSENTWURF ZUM BUNDESHAUSHALT 2014 UND ZUM FINANZPLAN DES BUNDES 2013 BIS 2017

Der größte Anteil entfällt weiterhin auf den Politikbereich der Inneren Sicherheit, für den rund 3,8 Mrd. € vorgesehen sind. Hierzu zählt insbesondere die Bundespolizei mit rund 2,5 Mrd. €. Für das Bundeskriminalamt sind rund 421 Mio. € veranschlagt. Weitere größere Ausgabenbereiche sind der Aufbau eines bundesweiten Sprech- und Digitalfunksystems für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (rund 218 Mio. €), die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (rund 180 Mio. €), das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (rund 100 Mio. €) sowie das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (rund 80 Mio. €).

Für Integrationsförderung sowie Migrationsund Asylangelegenheiten ist das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zuständig, dessen Ausgabekapitel rund 397 Mio. € umfasst. Die Sportförderung ist mit rund 128 Mio. € dotiert. Politische Stiftungen werden mit rund 99 Mio. € gefördert. Für Bewilligungen für Spätaussiedler, Minderheiten und Vertriebene sind rund 64 Mio. € vorgesehen.

Verteidigung

Mit dem Regierungsentwurf zum Haushalt 2014 wird die Finanzierung der Bundeswehr nachhaltig gesichert. Die Ausgaben des Verteidigungshaushalts werden im Haushaltsjahr 2014 rund 32,8 Mrd. € betragen und damit rund 0,4 Mrd. € unter den Ansätzen für das Jahr 2013 liegen. Bis zum Jahr 2016 sinkt der Verteidigungshaushalt auf rund 32,1 Mrd. €. Maßgeblich hierfür ist unter anderem die weitere Reduzierung des Personalumfangs der Bundeswehr entsprechend den mit der Neuausrichtung der Bundeswehr entschiedenen Zielgrößen. Aufgrund der bis Ende 2014 vorgesehenen Beendigung des ISAF-Engagements in Afghanistan sinken zudem die Finanzplanansätze für internationale Einsätze. Dem stehen steigende Ansätze insbesondere für Materialerhaltung gegenüber. Für die Umsetzung der Maßnahmen des Gesetzes zur Begleitung der Bundeswehrreform

werden 0,3 Mrd. € veranschlagt. Der mit der Reform eingeleitete weitere Personalabbau wird hinsichtlich der Ausgaben für ziviles Überhangpersonal weiterhin finanziell flankiert mit einer Verstärkungsmöglichkeit aus dem Einzelplan 60 bis zur Höhe von 0,75 Mrd. €. Diese Verstärkungsmöglichkeit reduziert sich, soweit ziviles Überhangpersonal aus dem Verteidigungsbereich in den Zuständigkeitsbereich anderer Ressorts wechselt.

Umwelt

Für den Einzelplan des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) sind insgesamt rund 1,8 Mrd. € veranschlagt.

Die Ausgaben liegen damit um rund 200 Mio. € über dem Finanzplanansatz. Die Erhöhung ist im Wesentlichen auf die Verlagerung der bisher im Sondervermögen "Energie- und Klimafonds" veranschlagten Mittel für den internationalen Klima- und Umweltschutz in den BMU-Haushalt zurückzuführen. Darüber hinaus wurde der Ansatz für die Stilllegung der Schachtanlage Asse gegenüber dem Finanzplan um rund 20 Mio. € erhöht. Die Mittel für die erneuerbaren Energien und den Naturschutz werden auf hohem Niveau fortgeschrieben.

Wirtschafts- und Technologieförderung

Der Etat des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) wird im Jahr 2014 rund 6,1 Mrd. € betragen und damit auf Vorjahresniveau fortgeführt. In wirtschaftspolitisch besonders wichtigen Bereichen konnten zusätzliche Akzente durch Umschichtungen gesetzt werden.

So werden die Ausgaben für die Fachkräftesicherung und die im Jahr 2012 erfolgreich gestartete Initiative zur Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland stabilisiert und erstmalig Mittel für Transformationspartnerschaften in Ägypten

REGIERUNGSENTWURF ZUM BUNDESHAUSHALT 2014 UND ZUM FINANZPLAN DES BUNDES 2013 BIS 2017

und Tunesien zur Verfügung gestellt, die die beiden arabischen Reformstaaten beim Aufbau demokratischer Strukturen sowie bei der Entwicklung der Wirtschaft unterstützen sollen. Ebenso werden die Mittel für Innovationsbeihilfen zugunsten der deutschen Werftindustrie aufgestockt. Der Schwerpunkt "Digitale Wirtschaft" wird gebündelt und durch die Ausbringung eines neuen Titels weiter gestärkt.

Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung vor allem im Bereich des Zentralen Innovationsprogramms Mittelstand (ZIM) werden auf hohem Niveau fortgeführt. Auch die Förderung der deutschen Spitzenforschung in den Bereichen Luft- und Raumfahrt, der Verkehrs- und Sicherheitstechnologie sowie der Energie wird durch hohe Forschungsmittel fortgeführt, womit die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie und des Hightech-Standorts Deutschland mit qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen unterstützt wird.

Der Haushaltsansatz für die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" wird auf dem hohen Niveau des bislang geltenden Finanzplans verstetigt.

Durch die in den vergangenen Jahren mit zusätzlichen Mitteln verstärkte Förderung der Bundesnetzagentur für neue Aufgaben im Zusammenhang mit der Energiewende wird der mit dem Ausstieg aus der Kernenergie gesetzlich beschlossene Ausbau der Erneuerbaren Energien zügig und umfassend vorangebracht. Dabei hat der Ausbau der Elektrizitätsübertragungsnetze (Höchstspannungsnetze) hohe Priorität. Hierzu wurden der Bundesnetzagentur mit dem Netzausbaubeschleunigungsgesetz (NABEG) auch erweiterte Kompetenzen im Planungsrecht übertragen.

Verkehr und Wohnungswesen

Die Ausgaben im Einzelplan des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung steigen gegenüber dem bisherigen Finanzplan um rund 75 Mio. € auf rund 25,4 Mrd. € an. Dabei entfallen rund 13,6 Mrd. € (rund 54 %) auf Investitionsausgaben. Der Einzelplan 12 ist damit der größte Investitionshaushalt des Bundes.

Die Steigerung des Einzelplanansatzes gegenüber dem bisherigen Finanzplan resultiert insbesondere aus der Ausfinanzierung des Infrastrukturbeschleunigungsprogramms II (150 Mio. €) und Ausgaben im Rahmen der Bundesbeteiligung am Flughafen Berlin Brandenburg (143 Mio. €). Zugleich wurden Minderbedarfe aufgrund gesetzlicher Regelungen beziehungsweise rechtlicher Verpflichtungen (u. a. Ausgaben nach dem Wohnungsbauprämiengesetz, Defizitdeckung beim Bundeseisenbahnvermögen) und notwendiger Anpassungen an den Bauablauf (insbesondere 5. Schleusenkammer des Nord-Ostseekanals in Brunsbüttel) berücksichtigt.

Im Verkehrsbereich liegt der
Ausgabenschwerpunkt bei den klassischen
Verkehrsinvestitionen (Straße, Schiene,
Wasserstraße, Kombinierter Verkehr),
die 2014 rund 10,1 Mrd. € betragen und im
Finanzplanzeitraum auf einem Niveau über
10 Mrd. € stabilisiert werden. Dabei werden
Akzente gesetzt durch die deutliche Anhebung
der Mittel für Lärmsanierungsmaßnahmen
im Schienenbereich (auf 120 Mio. € im
Jahr 2014) und die Verstetigung der
Investitionsförderung für nichtbundeseigene
Eisenbahnen (25 Mio. € p. a.).

Im Bereich Bau und Stadtentwicklung werden zum einen die Mittel für eine

REGIERUNGSENTWURF ZUM BUNDESHAUSHALT 2014 UND ZUM FINANZPLAN DES BUNDES 2013 BIS 2017

planmäßige Ausfinanzierung der im Rahmen der Städtebauförderung bis einschließlich 2013 und zugunsten des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms bis im Jahr 2011 eingegangenen Verpflichtungen bereitgestellt, zum anderen werden die als Bundesfinanzhilfen an die Länder gewährten Programmmittel für neue städtebauliche Maßnahmen auch 2014 auf dem Niveau der Vorjahre in Höhe von 455 Mio. € gehalten. Damit wird es den Ländern unter anderem auch ermöglicht, den Belastungen entgegenzuwirken, die sich durch die Schließung militärischer Standorte ergeben. Außerdem werden das Berliner Schloss - Humboldtforum - sowie die Erneuerungsmaßnahmen an den Bauten des Deutschen Bundestags bedarfsgerecht berücksichtigt.

Für Maßnahmen zur Förderung der Energieeffizienz im Gebäudebereich werden die Mittel seit dem Jahr 2012 im Wirtschaftsplan des EKF ausgebracht.

Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung

Wie in den vergangenen Jahren werden die Leistungen des Bundes an die gesetzliche Rentenversicherung mit rund 82,5 Mrd. € den mit Abstand größten Ausgabenblock im Bundeshaushalt ausmachen. Neben den gesamtwirtschaftlichen Eckwerten der Bundesregierung vom April 2013 und den Ergebnissen der Renten- und Steuerschätzung vom April/Mai 2013 sind hierbei auch die mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2013 vorgenommene vorübergehende Kürzung des allgemeinen Bundeszuschusses an die allgemeine Rentenversicherung sowie - im Finanzplan – in Umsetzung des Gesetzes zur Neuordnung der Altersversorgung der Bezirksschornsteinfegermeister der dafür ab dem Jahr 2016 anfallende Bundeszuschuss berücksichtigt. Bei der Beteiligung des Bundes an der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung wurden die bisherigen

Finanzplanansätze entsprechend den mit dem Gesetz zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch umgesetzten Verabredungen zur innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrags angepasst.

Auf Basis der Annahmen der
Bundesregierung zur wirtschaftlichen
Entwicklung vom April 2013 ergibt sich
nach den aktuellen Vorausberechnungen
zur Entwicklung der Rentenfinanzen
zum 1. Januar 2014 eine weitere
Beitragssatzabsenkung. Verbindliche
Aussagen zum Beitragssatz für 2014 sind
allerdings erst im Herbst möglich, wenn
alle erforderlichen Daten vorliegen. Bis
dahin erfolgende Aktualisierungen der
Wirtschaftsannahmen und durch Rentenund Steuerschätzungen werden hierfür
berücksichtigt.

Der Bundeszuschuss zur pauschalen Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für gesamtgesellschaftliche Aufgaben wird im Jahr 2014 einmalig um 3,5 Mrd. € auf 10,5 Mrd. € abgesenkt. Die Zuweisungen des Gesundheitsfonds an die Krankenkassen bleiben davon unberührt, da die Maßnahme durch die Entnahme von Finanzmitteln in entsprechender Höhe aus der Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds vollständig ausgeglichen wird.

Die private Pflegevorsorge wird durch Zahlung einer staatlichen Zulage gefördert. Zu diesem Zweck werden ab dem Jahr 2014 jährlich Haushaltsmittel in Höhe von 100 Mio. € bereitgestellt.

Arbeitsmarkt

Die Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung bleibt in den nächsten Jahren stabil. Es wird zwar erwartet, dass die Arbeitslosigkeit gegenüber den dem bisherigen Finanzplan zugrunde liegenden Annahmen leicht zunimmt; die Erwerbstätigkeit wird sich

REGIERUNGSENTWURF ZUM BUNDESHAUSHALT 2014 UND ZUM FINANZPLAN DES BUNDES 2013 BIS 2017

voraussichtlich jedoch weiter positiv entwickeln. Gravierende Auswirkungen auf den Bundeshaushalt ergeben sich aus dieser Arbeitsmarktentwicklung daher nicht.

Die passiven Leistungen beim Arbeitslosengeld II und bei der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft und Heizung steigen insbesondere infolge von Regelbedarfsanpassungen im Jahr 2014 gegenüber dem geltenden Finanzplan um 100 Mio. € in der Summe auf rund 22,3 Mrd. €. Sie steigen im weiteren Finanzplanzeitraum unter Berücksichtigung von im Zukunftspaket beschlossenen Effizienzverbesserungen moderat auf 22,5 Mrd. € im Jahr 2017. Bei den Eingliederungs- und Verwaltungsausgaben in der Grundsicherung für Arbeitsuchende wird das 2013 erreichte Niveau verstetigt: diese Positionen belaufen sich 2014 und in den Folgejahren bis 2017 in der Summe auf jährlich knapp 8 Mrd. €.

Im Bereich der Arbeitslosenversicherung wird die Bundesagentur für Arbeit (BA) bei Beibehaltung des gegenwärtigen Beitragssatzes von 3,0 % im Finanzplanungszeitraum kein Darlehen des Bundes benötigen. Sie ist mit Blick auf die Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung sowie aufgrund der strukturellen Auswirkungen des Gesetzes zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt vom 20. Dezember 2011 nachhaltig finanziell stabil aufgestellt. Die BA wird in den Jahren 2014 bis 2017 trotz der seit dem Jahr 2013 weggefallenen Bundesbeteiligung an den Kosten der Arbeitsförderung – bei gleichzeitigem Wegfall des von ihr an den Bund zu entrichtenden Eingliederungsbeitrags – Überschüsse erzielen und nach eigener Einschätzung Rücklagen in Höhe von rund 10,5 Mrd. € aufbauen.

Familie

Die Bundesregierung hat in dieser Legislaturperiode mit dem Betreuungsgeld eine neue familienpolitische Leistung eingeführt. Die Ausgaben für das Betreuungsgeld werden im Regierungsentwurf an das im parlamentarischen Verfahren geänderte Gesetz angepasst, das die stufenweise Einführung des Betreuungsgelds ab dem 1. August 2013 vorsieht. Damit erreicht das Betreuungsgeld seine volle Wirkung erst ab dem Jahr 2015. Daher steigen die Ausgaben im Vergleich zum Soll 2013 (55 Mio. €) auf 515 Mio. € im Jahr 2014. In den Folgejahren betragen die Ausgaben für das Betreuungsgeld rund 1,1 Mrd. €.

Zudem stellt die Bundesregierung beim Elterngeld 150 Mio. € im Jahr 2014 und 200 Mio. € ab dem Jahr 2015 zusätzlich bereit und berücksichtigt damit die positive Entwicklung der Elterneinkommen und die verstärkte Inanspruchnahme der Partnermonate.

Spürbare materielle Verbesserungen wurden in diesem Jahr vom Gesetzgeber zugunsten der contergangeschädigten Menschen beschlossen. Dadurch steigen die Mittel für die Contergan-Stiftung um 120 Mio. € auf 155 Mio. € jährlich. Um Hilfen für die Opfer von sexuellem Kindesmissbrauch zu ermöglichen, stellt der Bund für den Fonds "Sexueller Kindesmissbrauch" 12,5 Mio. € jährlich in den Jahren 2013 bis 2016 bereit, insgesamt also 50 Mio. €.

Die Mittel für die vielfältigen Programme des Einzelplans (insbesondere Kinder- und Jugendplan, Freiwilligendienste, Maßnahmen im Rahmen der Qualifizierungsoffensive) bleiben im Wesentlichen unverändert.

Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Für den Etat des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Einzelplan 10) sind im Regierungsentwurf des Bundeshaushalts für das Jahr 2014 Ausgaben von insgesamt rund 5,3 Mrd. € eingeplant.

 $Regier und sent wurf zum \ Bundes haushalt \ 2014 \ und \ zum \ Finanzplan \ des \ Bundes \ 2013 \ bis \ 2017 \ des \ Bundes \ 2018 \ des \ 2017 \ des \ 2018 \ des \ 2019 \ des \ 2017 \ des \ 2018 \ des \ 2019 \ des \ 2018 \ des \ 2019 \$

Die Bundeszuschüsse zum agrarsozialen Sicherungssystem mit Ausgaben von insgesamt rund 3,6 Mrd. € dienen der sozialen Flankierung des Strukturwandels in der Landwirtschaft und bilden die stabile Basis für die Berücksichtigung der besonderen Belange selbständiger Landwirte bei ihrer sozialen Absicherung. Der Reformprozess der Modernisierung der landwirtschaftlichen Sozialversicherung wird durch eine temporäre Erhöhung der Zuschüsse zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung – im Jahr 2014 sind statt der ursprünglich geplanten 100 Mio. € Zuschüsse von 125 Mio. € vorgesehen – unterstützt.

Die Ausstattung der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GAK) mit Bundesmitteln in Höhe von effektiv 600 Mio. € betont die Bedeutung dieses Instruments für eine leistungsfähige Land- und Forstwirtwirtschaft, vitale ländliche Räume sowie die Verbesserung des Küstenschutzes. Mit den beschlossenen Grundlagen für den Rahmenplan ab dem Jahr 2014 wird die GAK auf Ziele und Maßnahmen ausgerichtet, die bundesweit höchste Priorität haben und sich am künftigen Rechtsrahmen der Europäischen Union orientieren.

In der Verbraucherpolitik bleiben die Ernährungsaufklärung und die Betonung der Werthaltigkeit von Lebensmitteln wichtige Elemente der Politik. Die in dieser Legislaturperiode ausgebaute finanzielle Unterstützung der Arbeit unabhängiger Verbraucherorganisationen wird – ebenso wie die Mittel in Höhe von 25 Mio. € für Projekte zur Verbraucherinformation – fortgesetzt.

Auch im Bereich Nachhaltigkeit, Forschung und Innovation zeichnet sich Förderpolitik durch Stabilität und Verlässlichkeit aus. Allein im Bereich der nachwachsenden Rohstoffe können Aktivitäten wie bisher mit bis zu 60 Mio. € gefördert werden. Dies ist und bleibt ein entscheidender Beitrag zur Schonung fossiler Ressourcen und damit auch zur Energiewende. Einen besonderen Schwerpunkt bildet unverändert die Förderung von Modellvorhaben im Bereich Tierschutz und Tierwohl.

3.3 Steuereinnahmen

Die im Regierungsentwurf 2014 und im Finanzplan bis 2017 eingestellten Steuereinnahmen basieren auf den Ergebnissen der Steuerschätzung vom Mai 2013, der die gesamtwirtschaftlichen Eckwerte der Frühjahrsprojektion der Bundesregierung zugrunde liegen. Im Schätzzeitraum 2013 bis 2017 werden für das nominale Bruttoinlandsprodukt Veränderungsraten von +2,2% für 2013, +3,3% für 2014 und +3,0% p. a. für die Jahre 2015 bis 2017 erwartet.

Der Arbeitskreis "Steuerschätzungen" prognostiziert für das Jahr 2013 Steuereinnahmen in Höhe von insgesamt 615,2 Mrd. €; davon entfallen auf den Bund 258,7 Mrd. €. In den Folgejahren wird ein wachsendes Aufkommen von 638,5 Mrd. € im Jahr 2014 (Bund: 268,6 Mrd. €) über 661,9 Mrd. € im Jahr 2015 (Bund: 277,7 Mrd. €) und 683,7 Mrd. € im Jahr 2016 (Bund: 291,3 Mrd. €) bis hin zu 704,5 Mrd. € im Jahr 2017 (Bund: 298,8 Mrd. €) vorausgeschätzt. Das Wachstum der Steuereinnahmen wird vor allem durch die Zunahme der gemeinschaftlichen Steuern angetrieben, während das Aufkommen der Bundessteuern – insbesondere aufgrund der voraussichtlich leicht rückläufigen Entwicklung der Energiesteuer, der Stromsteuer und der Tabaksteuer – nur geringfügig zunimmt. Die Schätzansätze des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" für die Einzelsteuern wurden in den Entwurf des Bundeshaushalts 2014 und des Finanzplans für die Jahre 2013 bis 2017 übernommen. Sie untermauern die schon in den Eckwerten getroffenen Annahmen.

REGIERUNGSENTWURF ZUM BUNDESHAUSHALT 2014 UND ZUM FINANZPLAN DES BUNDES 2013 BIS 2017

3.4 Personal und Verwaltung

Wie in den Vorjahren wurden nur Planstellen und Stellen (im Folgenden: Stellen) für Aufgabenfelder mit anerkannt hoher Bedeutung und unter Beachtung eines restriktiven Maßstabs bewilligt. Insgesamt wurden 1060 Stellen neu bewilligt, unter anderem für die prioritären Politikfelder "Energie" und "Innere Sicherheit".

Rund 600 Stellen wurden durch den Wegfall von Stellen kompensiert, und für die ausschließliche Besetzung mit Überhangpersonal sind insgesamt 59 Stellen vorgesehen. 174 Stellen werden durch entsprechende zusätzliche Einnahmen refinanziert und stellen daher keine finanzielle Belastung für den Bundeshaushalt dar.

Trotz der neu ausgebrachten Stellen hat sich die Gesamtanzahl der Stellen des Bundes gegenüber dem Bundeshaushalt 2013 (251 321 Stellen) auf 248 552 Stellen verringert. Dies liegt vor allem an den Auswirkungen der Strukturreform der Bundeswehr. Das Bundesministerium der Verteidigung hat zusätzlich rund 2 500 Stellen in Abgang gestellt.

Im Hinblick darauf und wegen des begrenzten Stellenaufwuchses kann auf die im Eckwertebeschluss vorgesehene solidarische Einsparung der neu ausgebrachten Stellen verzichtet werden.

Die weitere Konsolidierung des Stellenbestandes wird durch die Fortsetzung der Stelleneinsparung in Höhe von 0,4% der Planstellen aufgrund der Verlängerung der Arbeitszeit für Beamte sichergestellt. Zudem werden eine Vielzahl von Stellen automatisch nicht wieder besetzt und vor allem weiteres Personal bei der Bundeswehr abgebaut. Wegen des Verzichts auf die pauschale Stelleneinsparung verbleibt den Ressorts weiterhin ein ausreichender personalwirtschaftlicher Spielraum.

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2012

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2012

- Im Jahr 2012 betrugen die Steuereinnahmen insgesamt 600,0 Mrd. € und lagen 4,7 % beziehungsweise 26,7 Mrd. € über dem Vorjahresergebnis.
- Die Aufwärtsentwicklung der Steuereinnahmen im Jahre 2012 beruht insbesondere auf der überdurchschnittlichen Entwicklung der Lohnsteuer und der gewinnabhängigen Steuern.

1	Überblick über das Gesamtergebnis	20
1.1	Entwicklung der Steuereinnahmen nach Steuerarten	20
1.2	Verteilung der Steuereinnahmen auf die Gebietskörperschaften	22
1.3	Steuereinnahmen und Steuerschätzung	23
2	Analyse der Aufkommensentwicklung bei einzelnen Steuerarten	24
2.1	Lohnsteuer	26
2.2	Veranlagte Einkommensteuer	27
2.3	Körperschaftsteuer	29
2.4	Gewerbesteuer	31
2.5	Solidaritätszuschlag	32
2.6	Steuern vom Umsatz	33
2.7	Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	35
2.8	Energiesteuer	36
2.9	Tabaksteuer	38
2.10	Grunderwerbsteuer	38
2.11	Sonstige Gemeindesteuern	39
3	Fazit	40

1 Überblick über das Gesamtergebnis

1.1 Entwicklung der Steuereinnahmen nach Steuerarten

Die Steuereinnahmen erreichten im Jahr 2012 mit insgesamt 600,0 Mrd. € ein

neues Rekordniveau. Sie lagen um 4,7% beziehungsweise 26,7 Mrd. € über dem Vorjahresergebnis (vergleiche Abbildung 1). Eine Aufgliederung der Steuereinnahmen nach der Ertragshoheit zeigt ein differenziertes Bild (vergleiche Tabelle 1).

Die Bund, Ländern und Gemeinden zustehenden gemeinschaftlichen

Tabelle 1: Steuereinnahmen nach Ertragshoheit

	Haushaltsjal	nr (in Mio. €)	Veränderung gegenüber Vorjahr		
	2012	2011	in Mio. €	in%	
Gemeinschaftliche Steuern	426 190	403 567	22 623	+5,6	
Bundessteuern	99 794	99 133	661	+0,7	
Ländersteuern	14 201	13 095	1 106	+8,4	
Gemeindesteuern	55 398	52 984	2 414	+4,6	
Zölle	4 462	4571	-108	-2,4	
Steuereinnahmen insgesamt	600 046	573 351	26 695	+4,7	

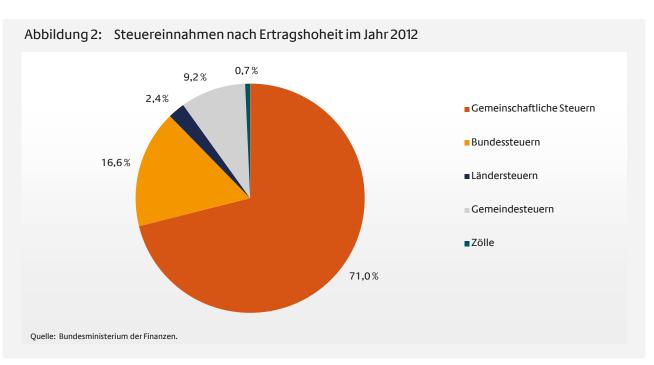
Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2012



Steuern erbrachten mit 426,2 Mrd. € im Jahr 2012 insgesamt 71,0 % der gesamten Steuereinnahmen (vergleiche Abbildung 2). Die Wachstumsrate der gemeinschaftlichen Steuern lag mit 5,6 % gegenüber dem Vorjahr beträchtlich über dem Zuwachs der Steuereinnahmen insgesamt (+ 4,7 %). Damit erhöhte sich ihr Anteil am Gesamtaufkommen gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Prozentpunkte. Den größten relativen Zuwachs aller

Steuerarten erzielte die veranlagte Einkommensteuer (+ 16,5 %), gefolgt von den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag (+ 10,6 %) und der Körperschaftsteuer (+ 8,3 %). Sie trugen zusammen mit 8,5 Mrd. € zur Zunahme der gemeinschaftlichen Steuern bei. Den größten absoluten Beitrag zur Entwicklung der gemeinschaftlichen Steuern leistete jedoch die Lohnsteuer mit 9,3 Mrd. € (+ 6,7 %) Mehreinnahmen. Ihr Anteil an den gesamten



Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2012

Steuereinnahmen betrug im Jahr 2012 insgesamt 24,8 %. Wegen der moderaten Entwicklung der relevanten Komponenten der Inlandsnachfrage blieben die Steuern vom Umsatz mit einem Zuwachs von 2.4% erheblich hinter der Aufkommensentwicklung sowohl der gewinnabhängigen Steuern als auch der Lohnsteuer zurück. Sie erzielten damit einen absoluten Zuwachs von 4,6 Mrd. € und trugen zu fast einem Drittel des Gesamtaufkommens (32,4%) bei. Auch beim Aufkommen der Abgeltungsteuer aus Zinsund Veräußerungserträgen konnte nach den erheblichen Rückgängen in den vergangenen drei Jahren erstmals wieder ein leichter Anstieg um 2,7% verbucht werden.

Die Bundessteuern (99,8 Mrd. €) verzeichneten im Jahr 2012 lediglich einen geringen Anstieg von 0,7% und lagen damit weit unter dem Zuwachs der gesamten Steuereinnahmen. Ihr Beitrag zum Gesamtaufkommen ging daher um 0,7% auf 16,6% zurück. Nennenswerte Mehreinnahmen ergaben sich dabei lediglich beim Solidaritätszuschlag (+ 0,8 Mrd. € beziehungsweise + 6,6%), bei der Kernbrennstoffsteuer (+ 0,7 Mrd. € beziehungsweise + 70,9%) und bei der Versicherungsteuer (+ 0,4 Mrd. € beziehungsweise + 3,6%). Den absolut größten Rückgang verzeichnete die Energiesteuer mit - 0,7 Mrd. € (-1,8%).

Das Aufkommen der Ländersteuern, welches im Jahr 2012 um 8,4 % auf 14,2 Mrd. € anstieg, wurde in starkem Maße von der dynamischen Entwicklung der Grunderwerbsteuer dominiert. Der Anteil der Ländersteuern am Gesamtaufkommen erhöhte sich im Jahr 2012 leicht auf 2,4%. Hiervon machte die Grunderwerbsteuer mit 1,2 Prozentpunkten die Hälfte aus. Sie verzeichnete einen Zuwachs von 1,0 Mrd. € (+ 16,1%) gegenüber dem Vorjahresaufkommen. Auch die andere große Ländersteuer – die Erbschaftsteuer – konnte in diesem Jahr einen leichten Zuwachs verzeichnen (+ 0,1 Mrd. € beziehungsweise + 1,4%).

Bei den Gemeindesteuern war der Anstieg von +4,6 % nach dem kräftigen Zuwachs im Jahr 2011 (+10,9 %) etwas gedämpfter. Die Gewerbesteuer wuchs leicht überproportional um 1,9 Mrd. € beziehungsweise +4,8 % auf nunmehr 42,3 Mrd. €. Insgesamt wurden damit im Jahr 2012 Einnahmen in Höhe von 55,4 Mrd. € erzielt, wovon 76,4 % aus der Gewerbesteuer stammen. Der Anteil der Gemeindesteuern am gesamten Steueraufkommen betrug 9,2 %.

1.2 Verteilung der Steuereinnahmen auf die Gebietskörperschaften

Die Verteilung des Steueraufkommens im Jahr 2012 auf Bund, Länder, Gemeinden und EU sowie die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr sind Tabelle 2 zu entnehmen.

Die mit Abstand größten Anteile am Steueraufkommen (vergleiche Abbildung 3) entfielen jeweils auf den Bund (42,7%) und

Tabelle 2: Verteilung der Steuereinnahmen auf die Gebietskörperschaften

		Hausha	Veränderung gegenüber Vorjahr			
	2012				2011	
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	in%
Bund ¹	256 303	42,7	247 983	43,3	8 320	+3,4
Länder ¹	236 344	39,4	224 291	39,1	12 053	+5,4
Gemeinden	81 083	13,5	76 613	13,4	4 470	+5,8
EU	26316	4,4	24464	4,3	1 852	+7,6
Steuereinnahmen insgesamt	600 046	X	573 351	X	26 695	+4,7

¹Nach Bundesergänzungszuweisungen.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2012



die Länder (39,4%). Die Steuereinnahmen des Bundes stiegen im vergangenen Jahr nicht so stark wie das Steueraufkommen insgesamt. Für diese Entwicklung zeichneten vor allem folgende Faktoren verantwortlich:

- Der Anteil des Bundes an den Steuern vom Umsatz ist von 53,9 % im Jahr 2011 auf 53,4 % im Jahr 2012 gefallen. Der Anteil der Länder nahm entsprechend zu.
- Die im Jahr 2012 aus dem Steueraufkommen des Bundes an die EU abgeführten MwSt- und BNE-Eigenmittel sind gegenüber 2011 erheblich angestiegen (+ 2,0 Mrd. € beziehungsweise + 9,9 %). Der EU-Anteil am Steueraufkommen erhöhte sich damit leicht von 4,3 % (2011) auf nunmehr 4.4 %.
- Das Aufkommen der reinen Bundessteuern hat sich im Verhältnis zum Steueraufkommen insgesamt nur unterproportional entwickelt (vergleiche Tabelle 1).

Für die Länder ergab sich somit insbesondere aus der Erhöhung ihres Anteils am

Aufkommen der Steuern vom Umsatz und der guten Entwicklung der Ländersteuern ein überdurchschnittliches Wachstum ihres Anteils am Gesamtaufkommen. Der Rückgang der Bundesergänzungszuweisungen hingegen belastete das Aufkommen der Länder. Der Anstieg des Gemeindeanteils kann auf die gute Entwicklung der Gewerbesteuer und der Grundsteuern zurückgeführt werden.

1.3 Steuereinnahmen und Steuerschätzung

Die Entwicklung der Steuereinnahmen im Jahre 2012 wurde durch insgesamt günstige gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen geprägt. Die Arbeitsmarktsituation verbesserte sich; es kam zu deutlichen Lohnund Beschäftigungszuwächsen. Davon profitierte auf der Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts auch der private Konsum, wenngleich hier die Zunahme deutlich geringer ausfiel als im Vorjahr. Gleichzeitig blieb die Gewinnsituation der Unternehmen – trotz der Abschwächung der konjunkturellen Dynamik im Jahresverlauf – insgesamt günstig. Damit waren gute Voraussetzungen für eine

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2012

positive Entwicklung des Steueraufkommens gegeben.

Im Zuge der Korrekturen zu den gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Bundesregierung, deren Eckwerte den Steuerschätzungen zugrunde gelegt werden, veränderten sich auch die Erwartungen zum Steueraufkommen im Jahre 2012. Dies wird an der Gegenüberstellung der Schätzergebnisse des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" vom Mai und November 2012 für das Jahr 2012 deutlich (vergleiche Tabelle 3). Der Schätzansatz für die Steuereinnahmen insgesamt lag im Mai 2012 noch um 3,5 Mrd. € unter dem Ist-Ergebnis. In der November-Schätzung 2012 wurde das Aufkommen jedoch um 2,3 Mrd. € überschätzt.

Im Mai 2012 lag der Steuerschätzung die Frühjahrsprojektion der Bundesregierung zugrunde, in der für das Jahr 2012 ein Wachstum des nominalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 2,3 % erwartet wurde. In der darauffolgenden Herbstprojektion der Bundesregierung, die Basis für die Steuerschätzung im November 2012 war, blieb der nominale Anstieg des BIP mit + 2,4 % nahezu unverändert. Jedoch ergaben sich signifikante Korrekturen in den Erwartungen zu den für das Steueraufkommen relevanten gesamtwirtschaftlichen Bemessungsgrundlagen Unternehmens- und Vermögenseinkommen (von + 0.3% auf + 0.7%) und private Konsumausgaben (von +3,2% auf +2,7%). Die Erwartungen hinsichtlich des Wachstums der Bruttolöhne und -gehälter änderten sich wiederum kaum (von +3,7% auf +3,8%).

Stärker noch als die Veränderungen in den gesamtwirtschaftlichen Bemessungsgrundlagen schlug in der Einschätzung des Steueraufkommens im Jahre 2012 zu Buche, dass zum jeweiligen Schätzzeitpunkt auch die aktuelle Entwicklung der Kasseneinnahmen im laufenden Jahr berücksichtigt wird. So lagen zum Zeitpunkt der Mai-Steuerschätzung 2012 die Zahlen des 1. Quartals 2012 vor. Das Steueraufkommen insgesamt war in diesem Vierteljahr um 5,7% gegenüber dem Vorjahresquartal angestiegen. Der Arbeitskreis rechnete zu diesem Zeitpunkt mit einer Abschwächung der Einnahmeentwicklung im Jahresverlauf. Da die Entwicklung in den beiden folgenden Quartalen insgesamt besser verlief als erwartet, kam es in der November-Schätzung aber zu einer Aufwärtskorrektur. Schließlich erfüllte das 4. Quartal 2012 jedoch diese Erwartungen nicht, und das Ist-Ergebnis des Jahres 2012 lag letztendlich unter dem Ansatz der November-Schätzung.

Die Abweichungen zwischen den Erwartungen der jeweiligen Schätztermine – aber auch gegenüber dem Ist-Ergebnis – stellen sich nach Steuerarten sehr differenziert dar. Dabei stehen teils signifikanten Aufwärtskorrekturen

Tabelle 3: Gegenüberstellung von Steuerschätzung und Ist-Ergebnissen

	Schätzung		Ist-Ergebnis	Differenz gegen	über Schätzung
			in Mio. €		
	Mai 2012	November 2012	2012	Mai 2012	November 2012
Bund ¹	252 254	256 189	256 303	4 0 4 9	114
Länder ¹	234 206	236 778	236 344	2 138	- 434
Gemeinden	80 546	81 298	81 083	537	- 215
EU	29 540	28 110	26316	-3 224	-1 794
Steuereinnahmen insgesamt	596 546	602 375	600 046	3 500	-2 329

¹Nach Bundesergänzungszuweisungen.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2012

Tabelle 4: Differenz zwischen Schätzansatz Mai 2012 und November 2012 sowie Ist-Ergebnis für ausgewählte Steuerarten

	Schätzung		Ist-Ergebnis	Differenz gegen	über Schätzung	
		in Mio. €				
	Mai 2012	November 2012	Ist	Mai 2012	November 2012	
Steuereinnahmen insgesamt	596 546	602 375	600 046	3 500	-2 329	
darunter:						
Lohnsteuer	147 450	148 850	149 065	1 615	215	
veranlagte Einkommensteuer	34700	36 800	37 262	2 562	462	
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	17 650	19820	20 059	2 409	239	
Körperschaftsteuer	18 300	18 430	16934	-1 366	-1 496	
Steuern vom Umsatz	196 350	195 500	194 635	-1 715	- 865	
Gewerbesteuer	42 600	42 700	42 345	- 255	- 355	
Energiesteuer	39 950	39 900	39 305	- 645	- 595	
Tabaksteuer	14 200	14330	14 143	- 57	- 187	

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

auch Abwärtskorrekturen bei einzelnen Steuern gegenüber (vergleiche Tabelle 4). Die Annahmen über die Entwicklung der Lohnsteuer, der veranlagten Einkommensteuer und der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag wurden in der November-Schätzung kräftig nach oben angepasst und lagen trotzdem noch leicht unter dem sich schließlich ergebenden Aufkommen. Bei der Körperschaftsteuer, der Gewerbesteuer und der Tabaksteuer wurden die Schätzansätze im Vergleich zum Mai ebenfalls - wenn auch nur leicht - angehoben. Bei der Körperschaftsteuer blieb dann jedoch das Ergebnis des Jahres 2012 weit hinter den Erwartungen zurück. Das Ist-Aufkommen von Gewerbesteuer und Tabaksteuer lag nur leicht unter den Einschätzungen des Arbeitskreises, wobei der Schätzansatz der Mai-Schätzung näher am Ist-Ergebnis lag als in der November-Schätzung. Die Entwicklung der Steuern vom Umsatz und der Energiesteuer wurde in beiden Arbeitskreis-Sitzungen erheblich überschätzt.

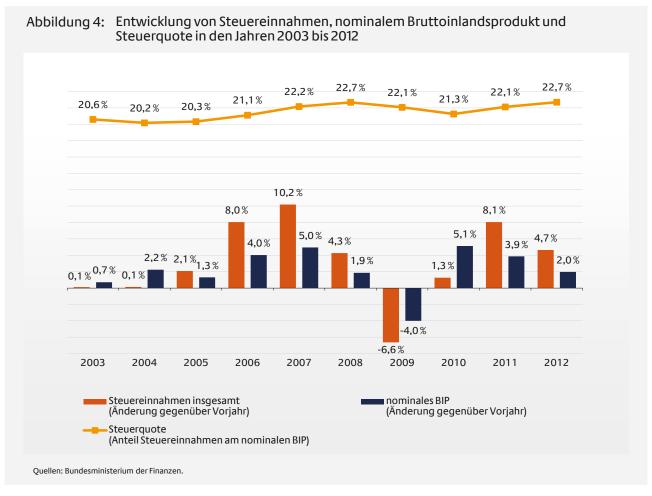
2 Analyse der Aufkommensentwicklung bei einzelnen Steuerarten

Im Jahr 2012 schwächte sich das Wirtschaftswachstum deutlich ab. Das nominale Bruttoinlandsprodukt nahm

gegenüber dem Vorjahr um 2,0 % zu (2011: +3,9%). Gleichwohl war eine positive Entwicklung der Steuereinnahmen zu verzeichnen, denn die relevanten Bemessungsgrundlagen für das Steueraufkommen – Beschäftigung, Löhne und Gewinne – waren nach wie vor in einer günstigen Verfassung. Das Steueraufkommen stieg um 4,7% an. Die Steigerung lag damit um mehr als das Doppelte über dem nominalen Wirtschaftswachstum. In der im Verhältnis zum nominalen Bruttoinlandsprodukt erheblich dynamischeren Entwicklung kamen vor allem zyklische Effekte zum Tragen. So war sowohl die Gewinnsituation bei den Unternehmen als auch die Einkommensentwicklung bei den Arbeitnehmern - trotz der Konjunkturabschwächung im Jahresverlauf 2012 – weiterhin günstig. Die progressive Tarifausgestaltung verstärkte diese Effekte im Aufkommen der Einkommen- und Lohnsteuer.

Die Abhängigkeit der Steuereinnahmen von der Position der deutschen Wirtschaft im Konjunkturzyklus findet ihren deutlichen Niederschlag auch im Verlauf der Steuerquote (vergleiche Abbildung 4). Trotz der konjunkturunabhängigen Niveauerhöhung im Jahr 2007 durch die Anhebung des Umsatzsteuersatzes wurde im Jahr 2010 fast

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2012



wieder das niedrige Niveau von 2006 erreicht. Neben den Auswirkungen der Wirtschaftsund Finanzkrise trugen hierzu allerdings auch die nicht unerheblichen Einnahmeausfälle infolge des Bürgerentlastungsgesetzes bei. Im Jahr 2011 ergab sich insbesondere wegen der guten Entwicklung der Lohnsteuer und der Körperschaftsteuer ein starker Anstieg der Steuerquote. Dieser Anstieg setzte sich auch im Jahr 2012 fort, sodass das Vorkrisenniveau des Jahres 2008 mit 22,7% wieder erreicht wurde.

Die Abhängigkeit der Entwicklung der einzelnen Steuern vom Konjunkturzyklus wird in der nachfolgenden Analyse wie bereits im Beitrag zu den Steuereinnahmen 2011 wieder einen Fokus bilden. Ebenfalls fortgeführt wird die Betrachtung über die Steuerbelastung des Kraftstoffverbrauchs. Daneben soll der Blick jedoch auch auf die Entwicklung der sonstigen Gemeindesteuern gelenkt werden. Hierunter verbirgt sich eine Ansammlung von

unterschiedlichen kleinen Gemeindesteuern, z.B. auch die Hundesteuer. Das Aufkommen der sonstigen Gemeindesteuern hat sich zwischen den Jahren 2006 und 2012 nahezu verdoppelt.

2.1 Lohnsteuer

Die Kasseneinnahmen aus der Lohnsteuer zeigten nach dem außergewöhnlich hohen Zuwachs von 9,3 % im Jahr 2011 auch im Jahr 2012 ein deutliches Plus von 6,7 % (vergleiche Tabelle 5). Die Aufkommensentwicklung profitierte von der anhaltend günstigen Entwicklung am Arbeitsmarkt: So setzte sich die Beschäftigungsexpansion fort und die Löhne stiegen nochmals deutlich an.

Das Lohnsteueraufkommen wird durch das Kindergeld, das seit 1996 als Steuervergütung durch Abzug von der Lohnsteuer gebucht wird, und durch die Auszahlung der Altersvorsorgezulage im

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2012

Rahmen der "Riester-Rente" gemindert. Das Bruttoaufkommen (vor Abzug von Kindergeld und Altersvorsorgezulage) fiel mit 189,9 Mrd.€ um 5,2% höher aus als im Jahr 2011.

Die Kindergeldzahlungen nahmen im Jahr 2012 – im Einklang mit der Zunahme der Zahl der Kindergeldkinder – um 0,2 % leicht zu. In der Tendenz ist langfristig gleichwohl eine merklich rückläufige Entwicklung der Zahl der Kindergeldkinder zu verzeichnen. Die aus dem Lohnsteueraufkommen geleistete Altersvorsorgezulage verringerte sich. Zwar waren die Zulagenauszahlungen gestiegen, allerdings wirkten sich Zulagenrückforderungen für zurückliegende Beitragsjahre, die sich aus der Prüfung der Anspruchsberechtigten ergaben, insoweit mindernd aus. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass seit dem Jahr 2012 die Möglichkeit besteht, unter bestimmten Voraussetzungen für zurückliegende Jahre Beiträge nachzuzahlen. Dies dürfte sich dann für die Zulagenauszahlungen im Jahr 2013 entsprechend auswirken.

Die Entwicklung des Bruttoaufkommens der Lohnsteuer kann auf die gesamtwirtschaftlichen Bestimmungsgrößen Effektivlöhne (Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer) sowie die Zahl der Arbeitnehmer zurückgeführt werden, die beide zusammen die Bruttolöhne und -gehälter ergeben.

Maßgeblich für das höhere Ergebnis bei der Lohnsteuer war im Jahr 2012 wie bereits im Vorjahr vor allem eine überaus günstige Entwicklung der Effektivverdienste. So stiegen die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer

durchschnittlich um 2,7% gegenüber dem Vorjahr an. Die progressive Ausgestaltung des Einkommensteuertarifs verstärkte den daraus entstehenden Wachstumseffekt auf die Lohnsteuereinnahmen erheblich. Aber auch die deutliche Zunahme der Zahl der Arbeitnehmer (+1,2%) begünstigte das Aufkommen.

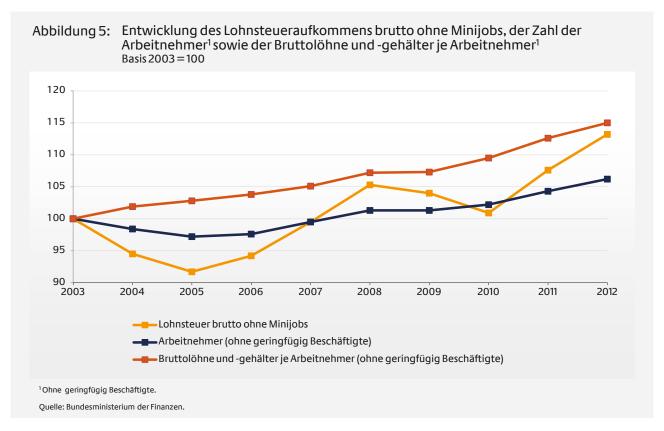
Die Entwicklung des Bruttolohnsteueraufkommens (vor Abzug von Kindergeld und Altersvorsorgezulage) in den vergangenen zehn Jahren verglichen mit der Entwicklung der vorgenannten Bestimmungsgrößen (Zahl der Arbeitnehmer und Effektivlohn) offenbart jedoch auch noch eine weitere wichtige Einflussgröße auf das Aufkommen (vergleiche Abbildung 5). So resultierten große Aufkommensrückgänge in den Jahren 2004/2005 und 2009/2010 aus Änderungen im Einkommensteuerrecht. In den Jahren 2004 und 2005 trat die letzte Stufe der Steuerreform 2000 in Kraft. In beiden Jahren ergaben sich damit erhebliche Entlastungen der Steuerzahler. In den Jahren 2009 und 2010 kam es wiederum zu großen Steuerentlastungen durch Änderung des Einkommensteuertarifs ("Konjunkturpaket II"). Im Jahr 2010 entstanden zusätzlich Steuermindereinnahmen in großem Umfang durch das Bürgerentlastungsgesetz Krankenversicherung (Vollabzugsfähigkeit der Krankenversicherungsbeiträge als Sonderausgaben). In den anderen Jahren führte der progressive Steuertarif zu den erwarteten überproportionalen Zuwächsen im Aufkommen.

Tabelle 5: Lohnsteueraufkommen

	2012	2011	Veränderung gegenüber Vorjahr
	in M	io.€	in%
Bruttoaufkommen	189 891	180 499	+5,2
 Kindergeld (Arbeitgeber und Familienkassen) 	-38 539	-38 445	+0,2
- Altersvorsorgezulage	-2 287	-2 304	-0,7
Kassenaufkommen	149 065	139 749	+6,7

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2012



2.2 Veranlagte Einkommensteuer

Das Kassenaufkommen der veranlagten Einkommensteuer erhöhte sich im Jahr 2012 um 16,5 % auf 37,3 Mrd. € (vergleiche Tabelle 6). Dieser Zuwachs ist zum überwiegenden Teil dem Anstieg des Bruttoaufkommens um 4,4 Mrd. € zu verdanken. Zudem gingen die das Bruttoaufkommen mindernden Abzugsbeträge im Saldo um 0,8 Mrd. € zurück.

Die Erstattungen für veranlagte Arbeitnehmer gemäß § 46 EStG erhöhten sich nur geringfügig um 0,6 %. Die Eigenheimzulage wird seit der Abschaffung zum 1. Januar 2006 nur noch für Bestandsfälle ausgezahlt. Der Auszahlungsbetrag verringert sich in jedem Jahr um einen weiteren Baujahrgang, der mit Ablauf des Begünstigungszeitraums aus der Förderung herausfällt. Das Auszahlungsvolumen der Investitionszulage wuchs im Jahr 2012 um 23,3 % an.

Anhand von Daten über die Zahlungsstruktur kann man das Kassenaufkommen der veranlagten Einkommensteuer in

Tabelle 6: Veranlagte Einkommensteuer

	2012	2011	Veränderung gegenüber Vorjahr
	in M	lio.€	in%
Bruttoaufkommen	54613	50 184	+8,8
- Erstattungen gemäß § 46 EStG	15 555	15 462	+0,6
- Investitions zulage	430	348	+23,3
- Eigenheimzulage	1 366	2 3 7 8	-42,6
Kassenaufkommen	37 262	31 996	+16,5

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

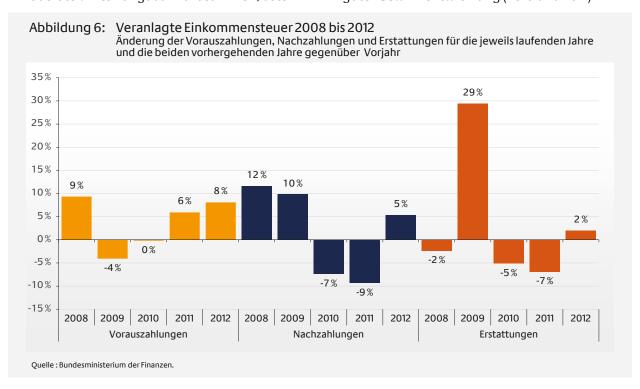
Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2012

seine Komponenten Vorauszahlungen, Nachzahlungen und Erstattungen zerlegen. Die einzelnen Komponenten sind nach den Veranlagungszeiträumen untergliedert, für welche die Zahlungen erfolgten. Um eventuelle Wirkungen der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung auf das Aufkommen aufzuzeigen, bietet es sich an, die Zahlungen für Veranlagungszeiträume herauszunehmen, die drei Jahre und mehr vor dem betrachteten Kassenjahr liegen, Diese Zahlungen beruhen vor allem auf Festsetzungen infolge von Betriebsprüfungen. Der Betrachtungszeitraum wird hierbei auf die Jahre 2008 bis 2012 ausgedehnt, da somit die Auswirkungen der Wirtschaftsund Finanzkrise sowie des nachfolgenden wirtschaftlichen Aufschwungs sichtbar werden.

Die Entwicklung der Vorauszahlungen in den Jahren 2008 bis 2012 (vergleiche Abbildung 6) lässt den Konjunkturverlauf gut erkennen. Im Gegensatz zur Körperschaftsteuer (s. a. Abschnitt 2.3) sind die Auswirkungen auf die Vorauszahlungen zur veranlagten Einkommensteuer jedoch wesentlich moderater. Dies hängt damit zusammen, dass

die relevante Bemessungsgrundlage (vor allem Einkommen aus binnenwirtschaftlicher Aktivität) zyklischen Schwankungen deutlich weniger stark unterworfen ist als bei derjenigen für die Körperschaftsteuer. Bei der letztgenannten schlägt die sehr volatile Gewinnentwicklung der mehr exportorientierten Kapitalgesellschaften zu Buche. Im Jahr 2009 kam es zu einem geringen Rückgang der Vorauszahlungen, während sie im Jahr 2010 auf dem Niveau des Vorjahres stagnierten. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass sich aufkommensmindernde Steuerrechtsänderungen teilweise auch in den Vorauszahlungen insbesondere im Jahr 2010 widerspiegelten. Das Jahr 2011 wies wieder einen Anstieg der Vorauszahlungen auf, der sich im Jahr 2012 noch weiter verstärkte. Die Nachzahlungen stiegen in den Jahren 2008 und 2009 noch an, da die zugrunde liegenden Veranlagungen noch die Vorkrisenjahre betrafen.

Erst in den Jahren 2010 und 2011 sind Rückgänge zu sehen, die in Anbetracht der nun veranlagten Krisenjahre eher mäßig ausfielen. Im Jahr 2012 standen dann wieder Jahre mit guter Gewinnentwicklung (2010 und 2011)



Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2012

zur Veranlagung an. Die Vorauszahlungen dieser Jahre waren zwar angestiegen, deckten aber bei vielen Steuerpflichtigen die Gewinnsteigerungen nicht in vollem Umfang ab, sodass die Nachzahlungen im Jahr 2012 um 5 % zunahmen. Die Erstattungen der Zahlungsstrukturstatistik umfassen neben den veranlagungspflichtigen Einkommensteuerpflichtigen auch die gemäß § 46 EStG veranlagten Arbeitnehmer. Eine Trennung der Arbeitnehmererstattungen von den übrigen Erstattungen ist anhand der Daten der Zahlungsstrukturstatistik leider nicht möglich.

Für eine Abschätzung der Auswirkungen können jedoch die Kassenzahlen der Arbeitnehmererstattungen herangezogen werden. Die Entwicklung der Erstattungen wurde in den Jahren 2008 und 2009 von der Neuregelung der Pendlerpauschale (Verminderung der Erstattungen im Jahr 2008) und den Auswirkungen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur Pendlerpauschale auf die Arbeitnehmererstattungen (Erhöhung der Erstattungen im Jahr 2009) erheblich beeinflusst. In beiden Jahren wären ohne Berücksichtigung der Arbeitnehmer die Erstattungen um circa 20 % angestiegen. Auch für das Jahr 2010 kann davon ausgegangen werden, dass ohne Arbeitnehmererstattungen ein Anstieg der Erstattungen von etwa 4% zu verzeichnen gewesen wäre. Ohne Berücksichtigung der Arbeitnehmer folgen die Erstattungen ebenso wie die Nachzahlungen zeitlich verzögert der konjunkturellen Entwicklung. Das absolute Niveau der Nachzahlungen liegt allerdings höher als das Niveau der Erstattungen ohne Berücksichtigung der Arbeitnehmer.

2.3 Körperschaftsteuer

Das Bruttoaufkommen der Körperschaftsteuer wuchs im Jahr 2012 um 7,9 % gegenüber dem Vorjahr (vergleiche Tabelle 7). Die von diesen Einnahmen abgezogene Investitionszulage der körperschaftsteuerpflichtigen Unternehmen sank in diesem Jahr um 9,1 %. Aufgrund des

relativ kleinen Änderungsvolumens (unter 0,1 Mrd. €) ist der Beitrag zum Zuwachs des Kassenaufkommens der Körperschaftsteuer (+8,3% beziehungsweise +1,3 Mrd. €) jedoch eher gering.

Die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer (brutto) waren im Jahr 2009 infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise um mehr als die Hälfte zurückgegangen (50,6%). Der folgende große Anstieg im Jahr 2010 (55,1%) spiegelte die schnelle wirtschaftliche Erholung wider. Die Zunahme des Aufkommens setzte sich nun im Jahr 2011 fort. Ein sehr großer Erstattungsfall (circa 2,3 Mrd. €) infolge der Anrechnung von gezahlter Kapitalertragsteuer im Rahmen einer konzerninternen Ausschüttung (s. a. Abschnitt 2.7) verminderte in diesem Jahr die an sich immer noch außergewöhnlich hohe Zuwachsrate stark. Rechnet man den vorgenannten Betrag dem Aufkommen 2011 hinzu, ergab sich ein Wachstum von circa 44 %. Auch im Jahr 2012 gab es drei Erstattungsfälle von der gleichen Konstellation wie im Jahr 2011, die die Erstattungen um circa 2,5 Mrd. € erhöhten. Nach entsprechender Korrektur betrüge die Zuwachsrate gegenüber dem bereinigten Basisjahr 2011 circa 8%. Bereits in den vorgenannten Zahlen zeigt sich eine wesentlich höhere Volatilität der Körperschaftsteuer im Verhältnis zur veranlagten Einkommensteuer, welche wie bereits erwähnt – ein Spiegelbild der stärkeren Gewinnschwankungen bei den mehr exportorientierten Kapitalgesellschaften ist.

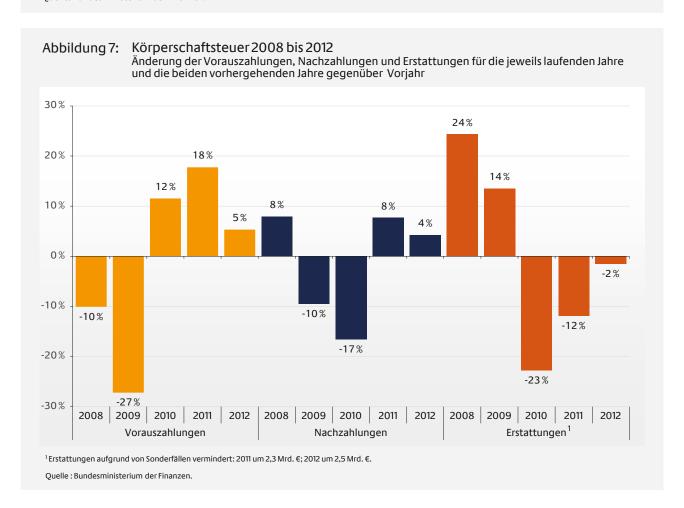
Die Entwicklung der Vorauszahlungen,
Nachzahlungen und Erstattungen bestätigt
dieses Bild (vergleiche Abbildung 7). Die im
Jahresverlauf 2008 zunehmenden krisenhaften
Erscheinungen brachten neben den
Auswirkungen der Unternehmensteuerreform
bereits in diesem Jahr einen Rückgang der
Vorauszahlungen um 8 %. Im Jahr 2009
markiert der Rückgang der Vorauszahlungen
um - 27 % die Schwere der Krise. Im folgenden
Jahr zeigte sich die wirtschaftliche
Erholung auch in einem Wachstum der
Vorauszahlungen um 12 %, welches sich im
Jahr 2011 nochmals auf 18 % verstärkte. Der

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2012

Tabelle 7: Körperschaftsteuer

	2012 2011		Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in M	in%		
Bruttoaufkommen	17 504	16 228	+7,9	
- Investitions zulage	540	594	-9,1	
Kassenaufkommen	16934	15 634	+8,3	

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.



im Jahr 2012 sich etwas abschwächende Anstieg um 5 % brachte die Vorauszahlungen in absoluter Höhe wieder auf das Niveau des Jahres 2008. Die Nachzahlungen zeigen den Krisenverlauf zeitlich versetzt. Stiegen die Nachzahlungen im Jahr 2008 noch aufgrund der Veranlagung von Vorkrisenjahren, wiesen die Rückgänge in den Jahren 2009 und 2010 auf die zunehmende Veranlagung der Krisenjahre 2008 und 2009 hin.
Bereits im Jahr 2011 wurden wiederum die ersten Veranlagungen des Jahres 2010

aufkommenswirksam. Die Nachzahlungen stiegen um 8 %. Auch im Jahr 2012 gab es nochmals einen Anstieg von 4 % zu verzeichnen. Die Erstattungen stiegen bereits im Jahr 2008 deutlich an und verzeichneten auch im Jahr 2009 einen erheblichen Zuwachs, um dann in den Jahren 2010 bis 2012 zurückzugehen. Diese Entwicklung scheint nur auf den ersten Blick dem Krisenverlauf zu widersprechen. Der Anstieg der Erstattungen im Jahr 2008 lässt sich damit erklären, dass einige Unternehmen bereits von der

DIE STEUEREINNAHMEN VON BUND, LÄNDERN UND GEMEINDEN IM HAUSHALTSJAHR 2012

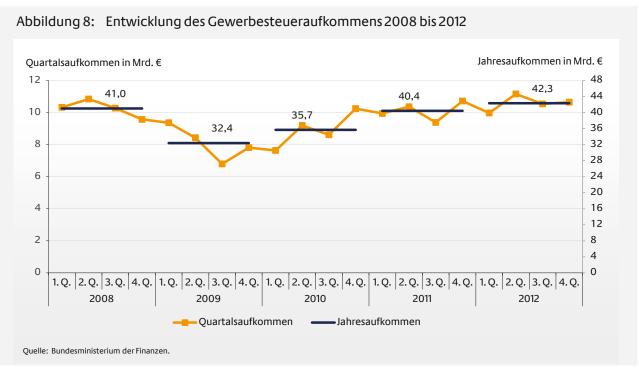
im Verlaufe des Jahres 2007 einsetzenden Finanzkrise stark betroffen waren. Weiterhin wird das Erstattungspotenzial durch die Höhe der vorher geleisteten Steuerzahlungen beschränkt (Erstattung der Vorauszahlungen für das laufende Jahr und Verlustrücktrag in den vorangegangenen Veranlagungszeitraum). Darüber hinaus kann durch Verlustvorträge nur noch die künftige Steuerzahllast gemindert werden.

2.4 Gewerbesteuer

Die Einnahmen aus der ebenfalls gewinnabhängigen Gewerbesteuer beliefen sich im Jahr 2012 auf 42,3 Mrd. €. Damit wurde der Stand des Boom-Jahres 2008 (41,0 Mrd. €) erheblich überschritten (vergleiche Abbildung 8). Die Entwicklung in den einzelnen Quartalen verdeutlicht den Trend. Der Aufkommensrückgang setzte im 4. Quartal 2008 ein und erreichte den Tiefpunkt im 3. Quartal 2009. Der danach wieder beginnende tendenzielle Anstieg erbrachte im 2. Quartal 2012 ein Quartalsergebnis, welches den bisher höchsten Quartalswert vom 2. Quartal 2008 übertraf. Die Einnahmen im 4. Quartal 2012 lagen dann

allerdings sowohl leicht unter dem Niveau des Vorjahreszeitraums als auch unter dem Niveau des 2. Quartals des laufenden Jahres.

Das Aufkommen der Gewerbesteuer ist für die Gemeinden die Hauptquelle zur Finanzierung der kommunalen Aufgaben. Die Gemeinden in den neuen Bundesländern haben sich durch die Schaffung von Gewerbegebieten und andere Maßnahmen in den Jahren seit der Wende intensiv um die Ansiedlung von Gewerbebetrieben bemüht. Wie Abbildung 9 zeigt, konnten sie in den vergangenen zehn Jahren ihren Anteil am bundesweiten Gewerbesteueraufkommen tendenziell steigern. Nachdem im Jahr 2009 ein Wert von 9,0 % erreicht werden konnte, ist dieser Anteil allerdings bis zum Jahr 2012 wieder auf 8.5 % zurückgegangen. Der Anteil der Einwohner der neuen Länder an der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik lag zum Stichtag 30. September 2012 bei 15,6 % (Stand Bevölkerungsfortschreibung vor Zensus 2011). Gemessen am Bevölkerungsanteil ist also das Aufkommen der Gewerbesteuer in den Gemeinden der neuen Länder noch deutlich unterdurchschnittlich.



31

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2012



Tabelle 8: Gewerbesteuer

	2012	2011	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in M	in%		
Gewerbesteueraufkommen (nach Abzug Umlagen)	35 207	33 535	+5,0	
Gewerbesteuerumlage	3 830	3 670	+4,4	
Erhöhte Gewerbesteuerumlage	3 308	3 219	+2,8	
Gewerbesteuer brutto	42 345	40 424	+4,8	

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Aus der ihnen zufließenden Gewerbesteuer brutto müssen die Gemeinden die Gewerbesteuerumlage an Bund und Länder und die erhöhte Gewerbesteuerumlage an die Länder abführen (vergleiche Tabelle 8).

2.5 Solidaritätszuschlag

Das Aufkommen des Solidaritätszuschlags konnte als "Annexsteuer" auch im Jahr 2012 von der generell guten Entwicklung seiner Bemessungsgrundlagen profitieren (vergleiche Tabelle 9). Die Einnahmenentwicklung wird dabei – in den Anteilen, die auf Lohnsteuer und veranlagte Einkommensteuer entfallen – indirekt auch vom progressiven Einkommensteuertarif begünstigt.

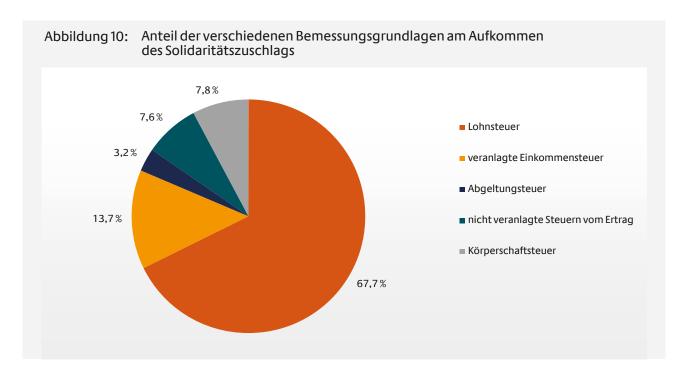
Die größten Zuwächse ergaben sich beim Solidaritätszuschlag zur veranlagten Einkommensteuer und beim Solidaritätszuschlag zu den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag. Insgesamt nahm der Solidaritätszuschlag im Jahr 2012 somit um 6,6 % auf 13,6 Mrd. € zu. Über zwei Drittel des Solidaritätszuschlags werden auf die Lohnsteuer erhoben (vergleiche Abbildung 10).

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2012

Tabelle 9: Solidaritätszuschlag

	2012	2011	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in M	in%		
zur Lohnsteuer	9 2 2 4	8 752	+5,4	
zur veranlagten Einkommensteuer	1 863	1 645	+13,2	
zur Abgeltungsteuer	441	429	+2,8	
zu den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag	1 037	956	+8,5	
zur Körperschaftsteuer	1 059	998	+6,1	
Solidaritätszuschlag insgesamt	13 624	12 781	+6,6	

Ouelle: Bundesministerium der Finanzen.



2.6 Steuern vom Umsatz

Die Steuern vom Umsatz erreichten im Jahr 2012 mit einem Kassenergebnis von 194,6 Mrd. € einen Zuwachs von lediglich 2,4% (vergleiche Tabelle 10). Im Vorjahr war noch ein erheblich stärkerer Anstieg (+ 5,5%) zu verzeichnen. Verursacht wurde dies vor allem durch die Abschwächung der konjunkturellen Entwicklung im Jahr 2012, welche sich auch in einer rückläufigen Zuwachsrate des inländischen Konsums niederschlug. Während der inländische Konsum im Jahr 2011 noch um 3,5% wuchs, ergab sich im Jahr 2012 nur noch ein Anstieg von 2,6%.

Bei dieser Betrachtung ist allerdings zu berücksichtigen, dass es zwischen der Erhebung der Steuern vom Umsatz und der Kassenwirksamkeit eine zeitliche Verschiebung von bis zu zwei Monaten geben kann (Anmeldung und Abführung der Umsatzsteuer bis zum zehnten Tag des Folgemonats; bei Dauerfristverlängerung Erhöhung der Frist um einen Monat). Zudem unterliegen erhebliche Teile des inländischen Konsums nicht der Umsatzbesteuerung oder dem ermäßigten Steuersatz. Trotzdem ist der Zusammenhang in der Entwicklung beider Größen durchaus erkennbar. Tabelle 11 stellt die Änderungsraten des phasenverschobenen

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2012

Tabelle 10: Steuern vom Umsatz

	2012 2011		Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in M	in%		
Umsatzsteuer	142 439	138 957	+2,5	
Einfuhrumsatzsteuer	52 196	51 076	+2,2	
Steuern vom Umsatz	194 635	190 033	+2,4	

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Tabelle 11: Entwicklung des Aufkommens der Steuern vom Umsatz und des inländischen Konsums 2008 bis 2012

	2008	2009	2010	2011	2012
	in %				
Steuern vom Umsatz nach Phasenverschiebung um zwei Monate ¹	2,2	1,5	3,0	4,3	1,8
Inländischer Konsum	2,8	1,4	2,9	3,5	2,6

¹März des laufenden Jahres bis Februar des Folgejahres; 2010 und 2012 korrigiert um + 500 Mio. € beziehungsweise + 600 Mio. € wegen Einmaleffekten aufgrund der Erhöhung der Umsatzgrenze von 500.000 € für die Berechnung der Umsatzsteuer nach vereinnahmten Entgelten.

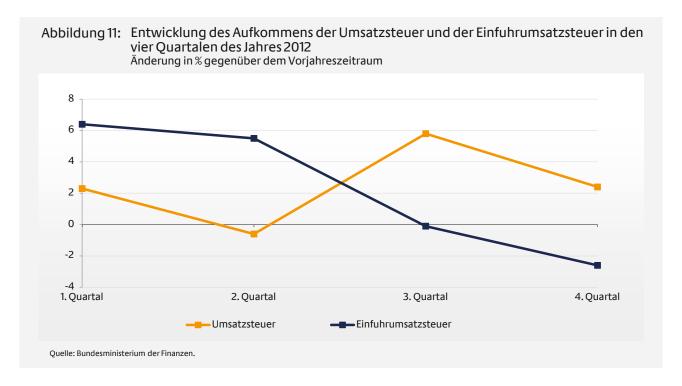
Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Aufkommens der Steuern vom Umsatz für die Jahre 2008 bis 2012 der Entwicklung des inländischen Konsums gegenüber.

Die Steuern vom Umsatz werden in zwei verschiedenen Formen erhoben: die (Binnen-) Umsatzsteuer durch die Finanzverwaltung der Länder und die Einfuhrumsatzsteuer durch die Bundeszollverwaltung. Die Einfuhrumsatzsteuer wird bei der Einfuhr von Waren aus Drittländern (bis auf wenige Ausnahmen nur Staaten außerhalb der Europäischen Union) erhoben. Das einführende Unternehmen kann die Einfuhrumsatzsteuer im Rahmen seiner Umsatzsteueranmeldung als Vorsteuerabzug geltend machen - dadurch wird das Aufkommen der Umsatzsteuer in Höhe des Einfuhrumsatzsteueraufkommens gemindert. Die Abführung der Einfuhrumsatzsteuer und die Minderung des Umsatzsteueraufkommens durch den Vorsteuerabzug können jedoch je nach Abgabezeitpunkt der jeweiligen Steueranmeldungen zeitlich auseinanderfallen.

Die Entwicklung der beiden Komponenten der Steuern vom Umsatz gestaltete sich im Verlauf des Jahres 2012 unterschiedlich (vergleiche Abbildung 11). Die Einfuhrumsatzsteuer wies in den ersten beiden Quartalen des Jahres 2012 noch einen höheren Zuwachs auf als die Umsatzsteuer. Im 2. Halbjahr jedoch ging das Aufkommen der Einfuhrumsatzsteuer gegenüber dem Vorjahreszeitraum zurück, während das Aufkommen der Umsatzsteuer Zuwächse aufweisen konnte. Zumindest teilweise kann der Rückgang der Einfuhrumsatzsteuer auf die im Jahresverlauf rückläufige Preisentwicklung bei den Rohstoffen zurückgeführt werden, die einen beträchtlichen Anteil der Drittlandimporte ausmachen. Da die Einfuhrumsatzsteuer auf den Wert der Einfuhren erhoben wird. führten die Rückgänge der Weltmarktpreise bei wichtigen Rohstoffen im 2. Halbjahr auch zu einer Minderung des Aufkommens dieser Steuer. Aufgrund der Abziehbarkeit der Einfuhrumsatzsteuer als Vorsteuer bei der Umsatzsteuer wirkte deren Entwicklung im 1. Halbjahr noch dämpfend auf das

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2012



Aufkommen der Umsatzsteuer; durch den Rückgang der Einfuhrumsatzsteuer ergab sich dann automatisch auch eine Verbesserung in der Aufkommenssituation der Umsatzsteuer. Im Ergebnis verringerte sich auch der Anteil der Einfuhrumsatzsteuer am Aufkommen der Steuern vom Umsatz auf 25,9 % im 4. Quartal, nachdem im 2. Quartal noch ein Anteil von 29,5 % zu verbuchen war.

2.7 Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag

Das Aufkommen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag besteht zum überwiegenden Teil aus den Kapitalertragsteuern, die auf die Ausschüttung von Dividenden erhoben werden. Das Aufkommen stieg im Jahr 2012 um 10,6 % auf 20,1 Mrd. € an (vergleiche Tabelle 12).

Das absolute Niveau des Aufkommens war sowohl im Basisjahr 2011 als auch im aktuellen Jahr 2012 allerdings überhöht. Die Gründe dafür wurden bereits in Abschnitt 2.3 genannt: Aufgrund von Ausschüttungen im Konzernverbund wurden im Jahr 2011 insgesamt 2,3 Mrd. € und im darauffolgenden Jahr 3,0 Mrd. € an nicht veranlagten Steuern vom Ertrag abgeführt. In gleicher Höhe wurde die gezahlte Steuer durch Anrechnung bei der Körperschaftsteuer erstattet. Ein Teil der Erstattungen bei der Körperschaftsteuer wurde erst am Anfang des Jahres 2013 realisiert. Im Ergebnis ergab sich aus diesen Vorgängen im Saldo beider Steuern kein Mehraufkommen. Die Einnahmen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag wurden jedoch im gleichen Ausmaß überzeichnet, wie das Aufkommen der Körperschaftsteuer gemindert wurde. Ohne die aus diesem Sachverhalt resultierenden

Tabelle 12: Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag

	2012	2011	Veränderung gegenüber Vorjahr
	in Mio. €		in%
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	20 059	18 136	+10,6

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2012

Einnahmen sind die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag lediglich um circa 8% gestiegen. Dieser immer noch beträchtliche Anstieg - ausgehend von dem bereits erreichten recht hohen Vorjahresniveau - spiegelt die anhaltend gute konjunkturelle Lage und die daraus folgende günstige Gewinnsituation der Kapitalgesellschaften wider.

2.8 Energiesteuer

Die Einnahmen aus der Energiesteuer betrugen im Jahr 2012 rund 39,3 Mrd. € und lagen damit um 1,8% unter dem Vorjahresniveau. Etwa 89,6% der Energiesteuereinnahmen stammten dabei aus der Besteuerung von Kraftstoffen (Leichtöl, Diesel und Biokraftstoffen), 6,9% aus der Besteuerung von Erdgas und 3,5 % aus der Besteuerung von Heizöl, Flüssiggas und Kohle. Bei der Entwicklung des Energiesteueraufkommens schlug vor allem zu Buche, dass die Bemessungsgrundlage dieser mengenabhängigen Steuerart durch die konjunkturelle Abkühlung, Verbrauchseinschränkungen infolge von Effizienzgewinnen sowie Sparmaßnahmen im Zusammenhang mit den Preissteigerungen für Energiegüter gedämpft wurde.

In diesem Zusammenhang kommt es in Phasen steigender Kraftstoffpreisniveaus immer wieder zu Diskussionen darüber, inwieweit die öffentlichen Haushalte hiervon profitieren. Die nachfolgende Untersuchung bemüht sich um Aufklärung. Dabei werden sowohl die auf den Verbrauch von Kraftstoff erhobene Energiesteuer als auch die darauf zu entrichtenden Steuern vom Umsatz in die Betrachtung einbezogen, um die aus der Kraftstoffpreisentwicklung resultierenden Gesamtbelastungen der Verbraucher zu analysieren.

Über die steuerliche Belastung des Kraftstoffverbrauchs liegen keine amtlichen Statistiken vor. Anhand von Verbrauchsstatistiken des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle sowie der Preisstatistik des Mineralölwirtschaftsverbandes lassen sich jedoch Modellrechnungen über die Entwicklung der Aufwendungen für Kraftstoffe und die darin enthaltenen Aufwendungen für Steuern auf Kraftstoffe durchführen. Bei der nachfolgenden Schätzung der Umsatzsteuerbelastung wird die Entlastung der unternehmerisch tätigen Verbraucher durch die Vorsteuererstattung nicht berücksichtigt. Der Anteil der erstatteten Vorsteuer am Umsatzsteueraufkommen aus Kraftstoffumsätzen wird auf etwa 50% geschätzt.

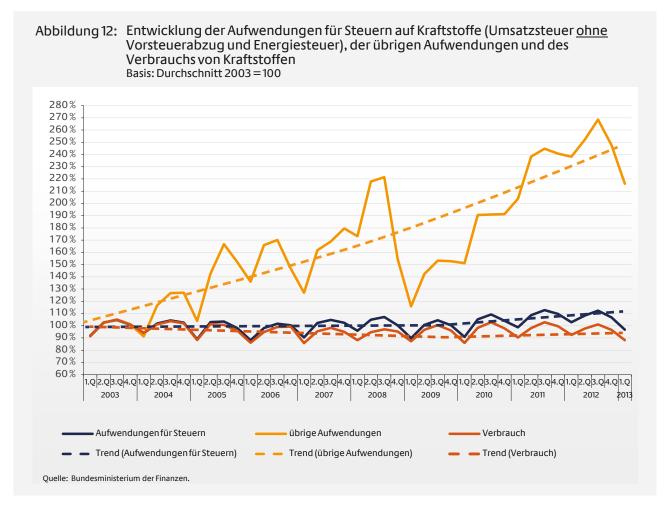
Abbildung 12 stellt die Entwicklung

- des Kraftstoffverbrauchs.
- der Aufwendungen für Steuern auf Kraftstoffe und
- der übrigen Aufwendungen (Rohstoff-, Produktions- und Vertriebskosten, Gewinnaufschläge etc.)

als Index für den Zeitraum 1. Quartal 2003 bis 1. Quartal 2013 mit der Basis Jahresdurchschnitt 2003 = 100 dar.

Der Kraftstoffverbrauch ging im betrachteten Zeitraum – bei saisonalen Schwankungen im Quartalsverlauf – tendenziell zurück (auf Jahresbasis von 2003 bis 2012 um 3 %). Die gesamten Aufwendungen für Kraftstoffe nahmen im gleichen Zeitraum um fast 50 % zu. Die Aufwendungen für Steuern stiegen von 2003 (letzte Stufe der Ökosteuerreform) im gesamten Betrachtungszeitraum bis 2012 lediglich um circa 8 % an. Es zeigt sich, dass Mehrbelastungen durch die Umsatzsteuer durch den Rückgang bei der mengenabhängigen Energiesteuer nahezu kompensiert wurden. Die übrigen Aufwendungen stiegen im Trend kräftig an (2003 bis 2012 um fast 152%), wobei die Wirtschaftskrise durch den kräftigen Einbruch im 4. Quartal 2008 beziehungsweise 1. Quartal 2009 sichtbar wird. Seit dem 2. Quartal 2009 stiegen die übrigen Aufwendungen wieder an und hatten im

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2012



3. Quartal 2012 einen neuen Höchststand erreicht.

Die Entwicklung der beiden vergangenen Jahre wird durch Tabelle 13 verdeutlicht. Die Aufwendungen für Kraftstoffe erreichten im Jahr 2012 insgesamt einen Betrag von circa 101 Mrd. € (2011 noch 97 Mrd. €). Der Zuwachs war zwar deutlich geringer als noch im Vorjahr. Von den Mehrausgaben entfielen jedoch nur noch weniger als 2 % auf Steuern.

Seit dem Jahr 2003 sind die Einnahmen aus der Energiesteuer auf Kraftstoffe aufgrund der Verbrauchsrückgänge erheblich gesunken. Dies wird bei isolierter Betrachtung durch den Anstieg der Einnahmen aus der Umsatzsteuer zwar mehr als ausgeglichen. Es muss jedoch berücksichtigt werden, dass das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte nicht in dem Maße zugenommen hat wie die

Kraftstoffpreise. Unter der Annahme, dass die privaten Haushalte ihr Sparverhalten nicht ändern, müssen sie bei höheren Ausgaben für Kraftstoffe Einschränkungen bei den Ausgaben für andere Güter und Dienstleistungen vornehmen. Dies hat wiederum für sich genommen negative Rückwirkungen auf das Umsatzsteueraufkommen und kompensiert daher die Mehreinnahmen durch den Anstieg der Kraftstoffpreise.

Im Ergebnis kann also festgestellt werden, dass die öffentlichen Haushalte per Saldo nicht zwangsläufig von steigenden Kraftstoffpreisniveaus profitieren. Den aufkommenssteigernden Primärwirkungen bei den Steuern vom Umsatz stehen kompensatorische Effekte gegenüber, die aus Verbrauchseinschränkungen bei Kraftstoffen sowie anderen Gütern und Dienstleistungen des privaten Konsums resultieren.

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2012

Tabelle 13: Entwicklung der Aufwendungen für Kraftstoffe in den Jahren 2010 bis 2012

	2010	2011		2012	
	Gesamt	Gesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr	Gesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr
Aufwendungen insgesamt (in Mrd. €)	84,5	97,0	12,5	101,0	3,9
Aufwendungen für Steuern (in Mrd. €)	48,8	51,3	2,4	51,3	0,1
Anteil (in %)	57,8	52,8	19,5	50,8	1,5
Übrige Aufwendungen (in Mrd. €)	35,7	45,8	10,1	49,7	3,9
Anteil (in %)	42,2	47,2	80,5	49,2	98,5

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

2.9 Tabaksteuer

Die Einnahmen aus der Tabaksteuer erreichten im Jahr 2012 rund 14,1 Mrd. € und lagen damit um 1,9 % unter dem vergleichsweise hohen Vorjahreswert. Das Tabaksteueraufkommen resultierte hauptsächlich aus den Gattungen Zigaretten (86,3 %) und Feinschnitt (12,5 %). Gegenüber dem Vorjahr ergab sich eine Verschiebung des Verbrauchs hin zum Feinschnitt. Während der Netto-Bezug von Steuerzeichen für Feinschnitt lediglich um 0,4 % zurückging, nahm der Netto-Bezug von Steuerzeichen für Zigaretten um 5,9 % ab.

Die Entwicklung der Einnahmen ist im Zusammenhang mit dem durch

das Fünfte Gesetz zur Änderung von Verbrauchsteuergesetzen vom 21. Dezember 2010 eingeführte sogenannte Tabaksteuermodell zu sehen. Das Modell sieht über mehrere Jahre die stufenweise moderate Erhöhung der Tabaksteuer auf Zigaretten und Feinschnitt vor. Die Stufen eins bis drei des Modells sind bereits zum 1. Mai 2011, zum 1. Januar 2012 und zum 1. Januar 2013 in Kraft getreten. Zwei weitere Stufen folgen jeweils zum 1. Januar der Jahre 2014 und 2015.

2.10 Grunderwerbsteuer

Die Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer stiegen im Jahr 2012 um 16,1% auf 7,4 Mrd. € an (vergleiche Abbildung 13). Damit setzte

Abbildung 13: Aufkommen der Grunderwerbsteuer in den Jahren 2003 bis 2012 in Mrd. € 8 7 6 5 4 3 2 1 0 2003 2004 2005 2006 2007 2008 2009 2010 2011 2012 Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2012

sich der bereits im Jahr 2010 zu beobachtende Einnahmenzuwachs weiter fort. Das Aufkommen hat den bisherigen Rekordwert vom Jahr 2007 (7,0 Mrd. €) überschritten. Das stabile wirtschaftliche Umfeld, niedrige Kreditzinsen sowie international vergleichsweise günstige Immobilienpreise haben die Attraktivität des Immobilienmarktes für Investoren noch gesteigert. Die günstige Entwicklung des Arbeitsmarktes hat neben Einkommensverbesserungen bei Kaufinteressenten die Entscheidung zur Bildung von Wohneigentum unterstützt. Daneben haben Steuersatzerhöhungen in einigen Ländern zum Anstieg des Aufkommens beigetragen.

2.11 Sonstige Gemeindesteuern

Die Sonstigen Gemeindesteuern sind eine Zusammenfassung von mehreren Steuerarten mit geringerem Aufkommen, die von den Gemeinden erhoben werden. Die wichtigsten und auch bekanntesten Steuerarten sind dabei die Hundesteuer, die Sonstige Vergnügungsteuer, die Zweitwohnungsteuer und die Jagd- und Fischereisteuer. Im Gegensatz zu den anderen vorgenannten Steuerarten ist der Gegenstand der Besteuerung bei der Sonstigen Vergnügungsteuer nicht sofort aus dem Namen ersichtlich. Steuerpflichtig können alle Arten von in den Städten und Gemeinden veranstalteten Vergnügungen sein. Dies können Tanzveranstaltungen, Filmvorführungen, der Betrieb von Spiel- und Unterhaltungsapparaten und seit Neuerem auch die Inanspruchnahme von gewerblicher Prostitution sein. Für das Aufkommen aus der Besteuerung der Filmvorführungen ist eine eigene Steuerart vorgesehen (Vergnügungsteuer für die Vorführung von Bildstreifen). Dieses Aufkommen ist allerdings so gering, dass es hier nicht weiter behandelt wird.

Während in den Jahren vor 2007 das Aufkommen der Sonstigen Gemeindesteuern mit geringen Schwankungen bei 0,55 Mrd. € lag, ist es seitdem bis zum Jahr 2012 auf 1,0 Mrd. € angewachsen (vergleiche Abbildung 14). Dies bedeutet einen Anstieg gegenüber dem Jahr 2006 um 88,3 %. Der Zuwachs verteilt sich jedoch nicht gleichmäßig über alle Steuerarten. Hundebesitzer mussten im Verlauf dieser sechs Jahre eine Mehrbelastung von 21,5 % hinnehmen, die Steuerforderungen gegenüber Eigentümern und Mietern von Zweitwohnungen stiegen um 34,3 %, und die Besteuerung der Vergnügungen erbrachte einen markanten Aufkommenszuwachs von 206,5 %. Die Einnahmen aus der Jagd- und Fischereisteuer gingen hingegen um 45,2 % zurück.

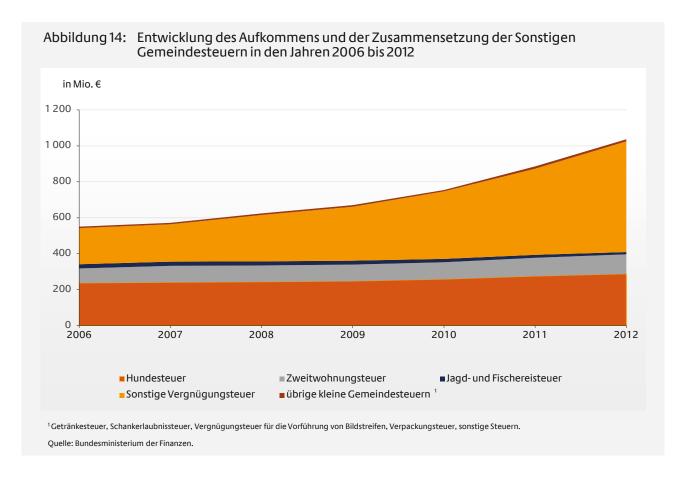
Im Jahr 2012 betrug der Anteil der Sonstigen Vergnügungsteuer am Aufkommen der Sonstigen Gemeindesteuern 59,4%. Es folgen mit großem Abstand die Hundesteuer (27,8%), die Zweitwohnungsteuer (10,5%) und die Jagd- und Fischereisteuer (1,2%). Die übrigen Sonstigen Gemeindesteuern haben nur einen Anteil am Aufkommen von zusammen 1,1%.

Die Gründe für den Anstieg im Aufkommen der Sonstigen Gemeindesteuern liegen auf der Hand: Viele Städte und Gemeinden haben zur Verbesserung ihrer Einnahmesituation neue Finanzquellen erschlossen. Die Kommunen nutzten die ihnen zur Verfügung stehenden Besteuerungsrechte durch erstmalige Einführung neuer Steuern umfassender aus. Bei bereits bestehenden Steuern kommt neben der Erhöhung von Steuersätzen auch die Ausdehnung der Bemessungsgrundlage infrage. Der rapide Anstieg der Einnahmen aus der Sonstigen Vergnügungsteuer zeigt, dass es hier die größten Spielräume für die Kreativität der Kommunen gab. Ein besonders Beispiel ist die Einführung einer sogenannten Sexsteuer in einigen Kommunen nach Aufhebung der Sittenwidrigkeit der Prostitution.

3 Fazit

Die weitere Aufwärtsentwicklung der Steuereinnahmen im Jahr 2012 steht im Einklang mit der konjunkturellen Erholung nach der Wirtschafts- und Finanzkrise,

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2012



die sowohl Unternehmensgewinne als auch Löhne deutlich begünstigte. Die Effektivlohnsteigerungen setzten sich – wenn auch etwas schwächer als noch im Jahr 2011 – fort. Auch die Beschäftigung konnte weiter expandieren. Dies führte in Verbindung mit dem progressiven Einkommen- und Lohnsteuertarif zu einer weiteren erheblichen Zunahme des Lohnsteueraufkommens. Der Anstieg der Vorauszahlungen zur veranlagten Einkommensteuer und zur Körperschaftsteuer zeigt, dass bei den gewinnabhängigen Steuern das Besteuerungspotenzial, das sich aus der Entwicklung der Unternehmensgewinne ergab, noch nicht ausgeschöpft war. Die

gegenüber dem Vorjahr schwächere Entwicklung des privaten Konsums schlug sich auch in einer entsprechend gedämpften Entwicklung des Umsatzsteueraufkommens nieder.

Obgleich das nominale Wirtschaftswachstum im Jahre 2012 nicht mehr die Dynamik des Vorjahres aufwies, ist es im Hinblick auf die Entwicklung der Steuereinnahmen sehr aufkommensergiebig gewesen. Daraus resultierte der merkliche Anstieg der Steuerquote (Steuereinnahmen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt) im vergangenen Jahr.

BUNDESPOLITIK UND KOMMUNALFINANZEN

Bundespolitik und Kommunalfinanzen

Blick auf die zurückliegenden Jahre

- Nach den Verwerfungen infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise erzielten die Kommunen insgesamt 2012 erstmals wieder einen Finanzierungsüberschuss von 1,8 Mrd. €. Auch für das laufende Jahr und die Folgejahre ist von Überschüssen auszugehen. Die kommunalfreundliche Politik der Bundesregierung hat daran einen bedeutenden Anteil.
- Mit der in der Gemeindefinanzkommission vorbereiteten schrittweisen Anhebung der bisherigen Bundesbeteiligung an der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung und deren vollständiger Erstattung ab dem Jahr 2014 werden die Kommunen allein im Zeitraum 2012 bis 2016 insgesamt um fast 20 Mrd. € entlastet. Von der Übernahme durch den Bund profitieren insbesondere finanzschwache Kommunen.
- Auch die Mitfinanzierung des Bundes beim Ausbau der Kinderbetreuung und bei den Kosten der Unterkunft und Heizung für Arbeitsuchende, das Zukunftsinvestitionsprogramm und Maßnahmen in weiteren Politikbereichen kamen und kommen den Kommunen spürbar zugute.

1	Zusammenfassung	51
2	Kommunale Finanzsituation (Kernhaushalte)	52
3	Maßnahmen des Bundes zugunsten der Kommunen	58
	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	
	Gemeindefinanzkommission	
3.3	Ausbau der Kinderbetreuung	60
	Kosten der Unterkunft und Heizung	
	Zukunftsinvestitionsgesetz	
	Weitere Magnahmen	

1 Zusammenfassung

Die kommunale Finanzsituation hat sich in den zurückliegenden Jahren – nach den Verwerfungen infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise in den Jahren 2009 und 2010 – positiv entwickelt: Im Jahr 2012 war für die Kommunen insgesamt erstmals seit 2008 wieder ein Finanzierungsüberschuss von 1,8 Mrd. € zu verzeichnen. Auch für das laufende Jahr und die Folgejahre ist von Überschüssen für die Kommunen insgesamt auszugehen. Die kommunalfreundliche Politik der Bundesregierung hat daran einen bedeutenden Anteil. Insbesondere die Entlastung der Kommunen durch den Bund bei der Grundsicherung im Alter und bei

Erwerbsminderung wirkt sich positiv auf die Kommunalfinanzen aus.

Die Entlastung bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung wurde in der Gemeindefinanzkommission 2010/2011 vorbereitet. Mit der schrittweisen Anhebung der bisherigen Bundesbeteiligung und deren Weiterentwicklung zu einer vollständigen Erstattung der laufenden Nettoausgaben ab dem Jahr 2014 werden die Kommunen allein im Zeitraum 2012 bis 2016 insgesamt um fast 20 Mrd. € entlastet. Von der Übernahme durch den Bund profitieren insbesondere finanzschwache Kommunen.

Bei der Rechtsetzung auf Bundes- und EU-Ebene wurde die Einbindung

BUNDESPOLITIK UND KOMMUNALFINANZEN

der kommunalen Spitzenverbände durch verschiedene Maßnahmen der Gemeindefinanzkommission deutlich gestärkt. Punktuelle Änderungen bei bundesrechtlich normierten Standards sind ein weiterer Erfolg der Gemeindefinanzkommission. Noch bedeutsamer aber ist, dass die Fachressorts von Bund und Ländern infolge der durch die Kommission angestoßenen Diskussion nachhaltig für kommunale Kostenfolgen sensibilisiert wurden, die aus bundesrechtlich gesetzten Standards resultieren.

Bei der Neugestaltung des kommunalen Steuersystems konnten noch keine umsetzbaren Ergebnisse erzielt werden. Die Modellrechnungen in der Gemeindefinanzkommission haben gezeigt, dass eine Systemumstellung ohne Verwerfungen möglich ist. Die Diskussion wird daher in zukünftigen Legislaturperioden weitergeführt werden.

Der Bund unterstützt die Kommunen massiv beim Ausbau der Betreuung von Kindern unter drei Jahren (U3-Kinderbetreuung). Ziel ist es, die Betreuungsmöglichkeiten gegenüber dem Stand von 2006 auf 780 000 Plätze zu verdreifachen. Bis 2014 stellt der Bund dafür 5.4 Mrd. € für Investitionen und Betriebskosten bereit, ab 2015 dann jährlich dauerhaft 845 Mio. €. Der Bund hat im Zusammenhang mit der innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrags sein finanzielles Engagement beim Ausbau der U3-Kinderbetreuung im Jahr 2012 noch einmal deutlich erhöht. Damit trägt der Bund zur Schaffung von 30 000 zusätzlichen Betreuungsplätzen bei.

Die Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft und Heizung im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende wurde ab dem Jahr 2011 auf hohem Niveau verstetigt. Mit der Festlegung einer festen Quote wurde ein über mehrere Jahre hinweg kontrovers geführter Diskussionsprozess um die jährliche Anpassung der Höhe der Bundesbeteiligung beendet.

Die Bilanz des Zukunftsinvestitionsgesetzes ist ist ausgesprochen positiv. Nach Abschluss des Programms zum Ende des Jahres 2011 waren von den Ländern rund 43 000 Vorhaben mit einem Investitionsvolumen von insgesamt über 15,8 Mrd. € realisiert worden. Der Anteil der kommunalbezogenen Investitionen lag deutlich über der vorgegebenen Zielgröße von 70 %. Damit wurde die kommunale Infrastruktur nachhaltig gestärkt.

Durch das Entgegenkommen des Bundes bei der solidarischen Finanzierung einer Aufbauhilfe für die von der Flut betroffenen Länder und Kommunen werden die jährlichen Finanzierungslasten der Länder begrenzt. Davon profitieren mittelbar auch die Kommunen. Wichtig für die Kommunen ist außerdem die in diesem Zusammenhang getroffene Vereinbarung zwischen Bund und Ländern, die sogenannten Entflechtungsmittel bis 2019 unverändert fortzuführen.

Die Kommunen profitieren auch von Maßnahmen des Bundes in zahlreichen weiteren Politikfeldern, insbesondere in Bezug auf den demografischen Wandel.

2 Kommunale Finanzsituation (Kernhaushalte)

In der 17. Legislaturperiode wurden auch die kommunalen Haushalte der Jahre 2009 und 2010 von den Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise geprägt: Die Einbrüche an den Gütermärkten sowie die Verwerfungen an den Finanzmärkten wirkten sich auf die kommunale Finanzsituation aus und führten bei den Kommunen insgesamt zu hohen defizitären Salden, nachdem 2008 noch ein Rekordüberschuss erzielt wurde. Ab dem Jahr 2011 verbesserte sich die kommunale Finanzsituation. Die Kommunen blicken auf ein erfreuliches Jahr 2012 zurück: Für die Kommunen insgesamt war erstmals seit 2008 wieder ein Finanzierungsüberschuss in Höhe von 1,8 Mrd. € zu verzeichnen (vergleiche Abbildung 1).

BUNDESPOLITIK UND KOMMUNALFINANZEN

Zentral für die Entwicklung der Kommunalfinanzen waren die kommunalen Steuereinnahmen. Im Jahr 2009 gingen die Steuern (netto) insgesamt deutlich zurück (-11,9%); die Gewerbesteuer (netto) brach – aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise – mit einem Minus von 20,5 % förmlich ein. Ab dem Jahr 2010 erhöhten sich die kommunalen

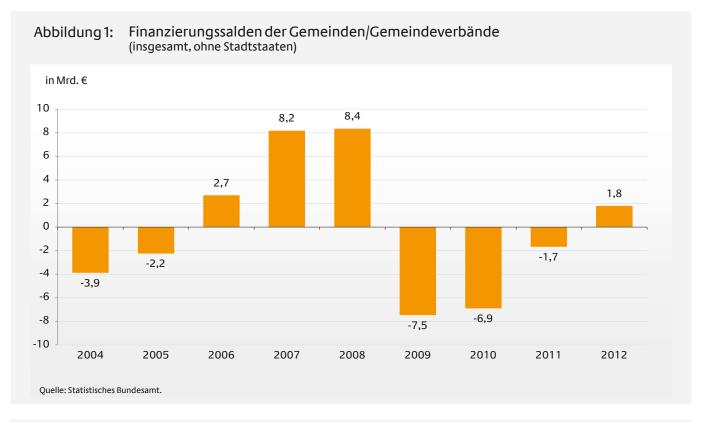


Tabelle 1: Kommunale Steuereinnahmen 2009 bis 2012¹

	2009	2010	2011	2012
Steuerart		Aufkomme	en in Mrd. €	
Gewerbesteuer (netto)	25,0	26,9	30,5	32,3
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	23,7	23,0	24,6	26,9
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	3,2	3,2	3,5	3,5
Grundsteuern	9,6	10,0	10,3	10,7
Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	0,7	0,7	0,8	1,0
Steuern (netto) insgesamt	62,2	63,9	69,7	74,4
		Veränderung gege	enüber Vorjahrin%	
Gewerbesteuer (netto)	-20,5	+7,7	+13,5	+5,9
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	-8,2	-3,0	+6,9	+9,2
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	+0,5	+1,3	+6,6	+2,3
Grundsteuern	+1,0	+3,6	+3,7	+3,2
Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	+4,1	+12,4	+13,0	+15,1
Steuern (netto) insgesamt	-11,9	+2,7	+9,2	+6,6

¹Ohne Stadtstaaten; Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

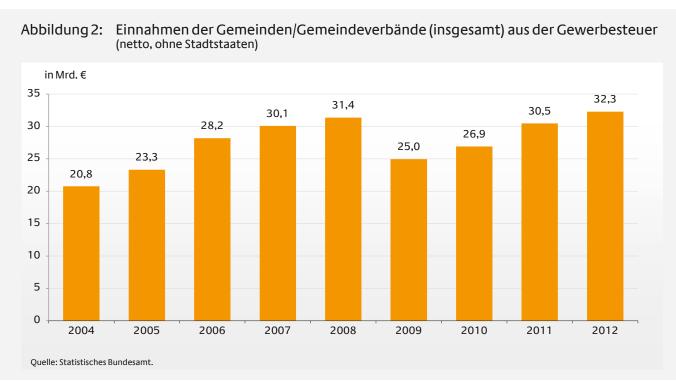
BUNDESPOLITIK UND KOMMUNALFINANZEN

Steuern (netto) insgesamt – aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung – wieder Jahr für Jahr (vergleiche Tabelle 1).

Die Entwicklung der kommunalen Steuereinnahmen wurde in den vergangenen Jahren vom Nettoaufkommen der Gewerbesteuer, d. h. nach Abzug der an den Bund und vor allem an die Länder abzuführenden Gewerbesteuerumlage, geprägt. Dies gilt "negativ" wie auch "positiv", d.h. prozyklisch entsprechend der jeweiligen konjunkturellen Situation. Dem Einbruch im Jahr 2009 (-20,5%) folgte im Jahr 2010 die Erholung ausgehend von einem niedrigen Niveau sowie ein deutlicher Zuwachs im Jahr 2011. Im Jahr 2012 wurde mit Gewerbesteuereinnahmen in Höhe von 32.3 Mrd. € der bisherige Höchststand des Jahres 2008 übertroffen (vergleiche Abbildung 2).

Die Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer werden – infolge des insoweit stabilisierend wirkenden Anteils an Lohnsteuern – in geringerem Umfang als die Gewerbesteuer von der konjunkturellen Entwicklung beeinflusst. Die Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer und die Einnahmen aus Grundsteuern sind durch stetige moderate Zuwächse gekennzeichnet (vergleiche Tabelle 1).

Auf die kommunalen Steuereinnahmen entfällt mehr als ein Drittel der gesamten Einnahmen (17. Legislaturperiode zwischen 36,4% und 39,4%). Deshalb korrelieren die Einnahmen mehr oder minder mit den Steuereinnahmen. Die im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs gezahlten Schlüsselzuweisungen korrelieren mit zeitlicher Verzögerung mit den Steuereinnahmen der Länder. Die Investitionszuweisungen vom Land zogen in den Jahren 2009 und 2010 deutlich an. Ursächlich hierfür sind die Finanzhilfen des Bundes im Rahmen des Konjunkturpakets II (Zukunftsinvestitionsgesetz). Der Bund stellte den Ländern und Kommunen 2009 und 2010 mit dem Zukunftsinvestitionsprogramm 10 Mrd. € Finanzhilfen für zusätzliche Investitionen zur Verfügung. Deutlich mehr als 70 % der Finanzhilfen wurden für Investitionen auf kommunaler Ebene verwendet. In den Jahren 2011 und 2012 gingen die investiven Zuweisungen



44

BUNDESPOLITIK UND KOMMUNALFINANZEN

Tabelle 2: Entwicklung der Einnahmen 2009 bis 2012¹

	2009	2010	2011	2012
		in M	rd. €	
Einnahmen insgesamt	170,8	175,4	183,6	188,8
darunter:				
Steuern (netto)	62,2	63,9	69,7	74,4
Schlüsselzuweisungen	27,1	25,2	26,4	27,6
Gebühren	15,8	16,2	16,6	16,8
Investitionszuweisungen vom Land	8,3	9,7	8,7	6,7
		Veränderung gegenüber Vorjahr in %		
Einnahmen insgesamt	-3,2	+2,7	+4,7	+2,8
darunter:				
Steuern (netto)	-11,9	+2,7	+9,2	+6,6
Schlüsselzuweisungen	+1,2	-7,1	+4,5	+4,7
Gebühren	-0,8	+2,7	+2,5	+1,0
Investitionszuweisungen vom Land	+5,1	+16,9	-9,4	-23,8

 $^{^{1}} Ohne\,Stadtstaaten; Abweichungen\,durch\,Rundung\,der\,Zahlen\,m\"{o}glich.$

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Tabelle 3: Entwicklung der Ausgaben 2009 bis 2012¹

	2009	2010	2011	2012
		in M	Ird.€	
Ausgaben insgesamt	178,3	182,3	185,3	187,0
darunter:				
Personal	44,4	45,1	46,4	48,1
Sachaufwand	36,7	38,6	39,2	39,3
Soziale Leistungen	40,5	41,9	43,3	44,4
Zinsen	4,5	4,3	4,2	4,0
Sachinvestitionen	21,9	23,2	22,0	19,7
(darunter: Baumaßnahmen)	16,8	18,6	17,6	15,3
		Veränderung geg	enüber Vorjahr in %	
Ausgaben insgesamt	+6,1	+2,2	+1,7	+0,9
darunter:				
Personal	+4,9	+1,5	+2,8	+3,7
Sachaufwand	+3,4	+5,1	+1,6	+0,2
Soziale Leistungen	+4,9	+3,6	+3,2	+2,6
Zinsen	-15,2	-4,0	-1,2	-6,0
Sachinvestitionen	+6,2	+5,8	-5,1	-10,6
(darunter: Baumaßnahmen)	+6,6	+10,2	-5,0	-13,3

 $^{^{1}} Ohne\,Stadtstaaten; Abweichungen\,durch\,Rundung\,der\,Zahlen\,m\"{o}glich.$

Quelle: Statistisches Bundesamt.

BUNDESPOLITIK UND KOMMUNALFINANZEN

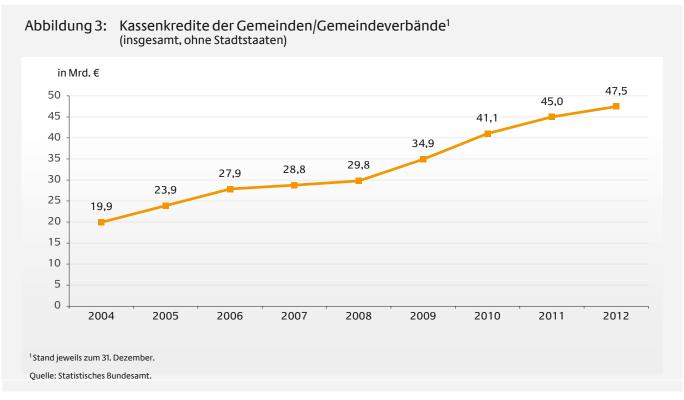
vom Land wegen des Auslaufens des Zukunftsinvestitionsgesetzes deutlich zurück (vergleiche Tabelle 2).

Die gesamten Ausgaben waren im Jahr 2009 u. a. durch stark steigende Ausgaben für soziale Leistungen (+4,9%) als Reflex der Finanz- und Wirtschaftskrise gekennzeichnet. Ab 2010 gingen die Zuwächse bei den Sozialausgaben sukzessive zurück, 2012 waren es noch + 2,6%. Die Zuwachsraten lagen allerdings ab 2010 immer über denen der Ausgaben insgesamt, das Gewicht dieser Ausgaben nahm also zu. Dem stehen jedoch höhere Zuweisungen der Länder als Folge zunehmender Entlastungen durch den Bund gegenüber. Der größte kommunale Ausgabenblock, die Personalausgaben, nahm stetig zu, zuletzt im Jahr 2012 um 3,7%. Die Jahre 2009 und 2010 waren zudem durch steigende Sachinvestitionen aufgrund der zur Verfügung stehenden Mittel des kommunalen Zukunftsinvestitionsprogramms geprägt, wobei sich die Ausgaben für Baumaßnahmen deutlich erhöhten (2009: +6,6%; 2010:+10,2%). In den Jahren 2011 und 2012 gingen die Sachinvestitionen mit Auslaufen der Finanzhilfen des Bundes im Rahmen des

Zukunftsinvestitionsgesetzes – wie auch die Investitionszuweisungen der Länder an die Kommunen – erwartungsgemäß zurück (vergleiche Tabelle 3).

Die Kreditmarktschulden der Kommunen insgesamt beliefen sich zum 31. Dezember 2012 auf 79,5 Mrd. € (78,1 Mrd. € zum 31. Dezember 2009).

Der Bestand an Kassenkrediten - die eigentlich nur zur Überbrückung kurzfristiger Liquiditätsengpässe verwendet werden dürfen - erhöhte sich weiter und deutlich stärker als die für Investitionen genutzten Kreditmarktmittel. Ende 2012 betrugen sie 47,5 Mrd. € (vergleiche Abbildung 3). Gleichwohl fiel der Anstieg im Jahr 2012 im Vergleich mit den Vorjahren mit 5,5 % relativ gering aus; in den Jahren 2009 bis 2011 bewegten sich die Zuwachsraten bei den Kassenkrediten zwischen 9.5 % und 17,8%. Der trotz positiver Entwicklung der Finanzierungssalden weiter gestiegene Bestand an Kassenkrediten deutet auf eine verfestigte Spreizung der Finanzsituation von finanzstarken und finanzschwachen



46

BUNDESPOLITIK UND KOMMUNALFINANZEN

Tabelle 4: Kassenkredite der Gemeinden und Gemeindeverbände 2009 und 2012¹

	2009	2012	2009	2012	Veränderung 2012 ggü. 2009
Gebietseinheit	Kassenkredi	te (in Mio. €)	Kassenkredite (ir	n € je Einwohner)	(in € je Einwohner)
Sachsen	64	94	15	23	+8
Bayern	199	254	16	20	+4
Baden-Württemberg	444	129	41	12	-29
Thüringen	99	168	44	76	+32
Schleswig-Holstein	519	889	183	313	+130
Brandenburg	618	781	246	313	+67
Mecklenburg-Vorpommern	484	406	292	249	-43
Sachsen-Anhalt	982	1 083	415	470	+55
Niedersachsen	4534	4 5 8 5	571	579	+8
Hessen	3 747	7 3 7 9	618	1 209	+591
Nordrhein-Westfalen	17 240	23 706	963	1 329	+366
Rheinland-Pfalz	4628	6 102	1 152	1 526	+374
Saarland	1 385	1 890	1 350	1 870	+520
Deutschland insgesamt	34 944	47 465	460	625	+165

¹Ohne Stadtstaaten; Stand 31. Dezember; Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich. Quelle: Statistisches Bundesamt.

Kommunen innerhalb und zwischen den

Der Bestand an Kassenkrediten nach Ländern (vergleiche Tabelle 4, sortiert nach der Pro-Kopf-Verschuldung Ende 2009) ist auf wenige Länder und innerhalb dieser Länder auf bestimmte Kommunen konzentriert. So entfielen Ende 2012 insgesamt 50% aller Kassenkredite auf die Kommunen in Nordrhein-Westfalen, rund 16% auf die Kommunen in Hessen, rund 13% auf die Kommunen in Rheinland-Pfalz und rund 10% auf die Kommunen in Niedersachsen.

Ausblick

Ländern hin.

Das laufende Jahr wird bei den Kommunen – wie das Jahr 2012 – positiv verlaufen. Die Projektion des BMF für den Stabilitätsrat geht für 2013 und die Folgejahre von Überschüssen der Kommunen insgesamt aus. Diese Annahme wird von der Herbst-Steuerschätzung 2012 gestützt: Danach werden sich die kommunalen Steuereinnahmen in den Jahren 2013

bis 2016 – ausgehend vom hohen Niveau des Jahres 2012 – weiter erhöhen. Auch die kommunalen Spitzenverbände gehen von einer positiven Entwicklung aus: Für die Jahre 2013 bis 2016 prognostizieren sie einen Überschuss der kommunalen Kernhaushalte in der Größenordnung von jeweils 4 Mrd. € bis 4,5 Mrd. €.

Es ist zu erwarten, dass die Kommunen – in Überschussjahren – wie auch in früheren Jahren aufgelaufene Defizite sowie die Verschuldung zurückführen werden. Der Bund hat dafür im Rahmen seiner Zuständigkeiten gute Voraussetzungen geschaffen. Erwähnt sei hierbei insbesondere die Entlastung der Kommunen bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (ab 2014 übernimmt der Bund 100 % der Nettoausgaben). Damit leistet der Bund einen deutlichen und nachhaltigen Beitrag zur Verbesserung der Kommunalfinanzen.

Ein besonderes Augenmerk ist in den betroffenen Ländern und Kommunen aber auf bereits heute sehr hohe kommunale

BUNDESPOLITIK UND KOMMUNALFINANZEN

Kassenkreditbestände zu richten.
Zum Abbau der Kassenkredite haben
zahlreiche Länder Entschuldungs- und
Konsolidierungsprogramme auf den Weg
gebracht. Damit nehmen die Länder die
ihnen nach der Finanzverfassung obliegende
Verantwortung für die Kommunalfinanzen
wahr. Hierbei ist entscheidend, dass
strukturelle Defizite durch strenge Auflagen
und konsequente Überwachung nachhaltig
abgebaut werden. Der Bund begrüßt die
Anstrengungen der Länder.

Um die Kommunalfinanzen strukturell und dauerhaft zu verbessern, müssen jedoch Schuldenabbau sowie Maßnahmen auf der Einnahmen- und der Ausgabenseite Hand in Hand gehen.

3 Maßnahmen des Bundes zugunsten der Kommunen

3.1 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

In der Gemeindefinanzkommission wurde die Entlastung bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung vorbereitet.

Mit der schrittweisen Anhebung der bisherigen Bundesbeteiligung bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (45 % im Jahr 2012 und 75 % im Jahr 2013) und deren Weiterentwicklung von einer Erstattung der Nettoausgaben des Vorvorjahres zu einer vollständigen Erstattung der Nettoausgaben



48

BUNDESPOLITIK UND KOMMUNALFINANZEN

des laufenden Kalenderjahres durch den Bund ab dem Jahr 2014 werden die Kommunen in ihrer Funktion als örtlicher Sozialhilfeträger nachhaltig entlastet. Die gesamte Entlastung, also das vom Bund für die Nettoausgaben an der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung den Ländern zusätzlich zur Verfügung gestellte Entlastungsvolumen, beträgt allein im Zeitraum 2012 bis 2016 insgesamt fast 20 Mrd. €. Bis zum Jahr 2015 wird die jährliche Entlastung auf über 5 Mrd. € anwachsen und sich damit gegenüber dem Jahr 2012 mehr als vervierfacht haben (vergleiche Abbildung 4). Von der Entlastung der kommunalen Ebene profitieren insbesondere finanzschwache Kommunen mit einer angespannten Finanzsituation. Aufgrund der zu erwartenden Dynamik der Ausgaben für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, gerade auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung, dürfte diese Maßnahme des Bundes mittel- bis langfristig sogar eine noch größere Bedeutung erlangen. Der Bund leistet damit einen deutlichen und vor allem nachhaltigen Beitrag zur Verbesserung der kommunalen Finanzsituation.

Da zwischen Bund und Kommunen nach dem Grundgesetz grundsätzlich keine direkten Finanzbeziehungen bestehen, liegt es in der Verantwortung der Länder, die zur Entlastung der Kommunen gewährten Mittel des Bundes auch vollständig an die Kommunen weiterzuleiten.

3.2 Gemeindefinanzkommission

Über die Entlastung der Kommunen durch den Bund bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (vergleiche Abschnitt 3.1) hinaus hat die Gemeindefinanzkommission 2010/2011 Ergebnisse im Bereich der Rechtsetzung und der Standards erzielt.

Bei der Rechtsetzung auf Bundes- und EU-Ebene wurde die Einbindung der kommunalen Spitzenverbände durch verschiedene Maßnahmen deutlich gestärkt. So wurde die Beteiligung der Kommunen bei der

Rechtsetzung des Bundes noch im Jahr 2011 durch eine Änderung der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien verbessert. Der Deutsche Bundestag hat seine Geschäftsordnung im Jahr 2012 dahingehend geändert, dass die auf Bundesebene bestehenden kommunalen Spitzenverbände bei der Beratung von Angelegenheiten, die wesentliche Belange der Kommunen berühren, von den jeweils federführenden Bundestagsausschüssen stärker eingebunden werden als bisher. Den kommunalen Spitzenverbänden ist danach bei nicht öffentlichen Ausschusssitzungen vor der Beschlussfassung im Ausschuss Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben und bei öffentlichen Ausschusssitzungen die Teilnahme zu ermöglichen. Weiterhin wurde den kommunalen Spitzenverbänden der Zugang zur ZEUS-Datenbank (Zentraler EU-Dokumenten-Server) des EU-Ratssekretariats beim Auswärtigen Amt gewährt. Auch die Mitwirkung der kommunalen Spitzenverbände am Arbeitskreis "Quantifizierung" zu Kostenfolgenabschätzungen von Steuergesetzen wurde intensiviert.

Im Bereich der Standards wurden über 200 Vorschläge zur Änderung von durch Bundesrecht gesetzten und die Kommunen belastenden Standards geprüft. Als Ergebnis der Beratungen mit den Fachressorts wurden 87 Vorschläge zur Weiterverfolgung ausgewählt und inzwischen auch teilweise umgesetzt. Diese punktuellen Änderungen bei bundesrechtlich normierten Standards sind ein Erfolg der Gemeindefinanzkommission. Noch bedeutsamer aber ist, dass die Fachressorts von Bund und Ländern infolge der durch die Kommission angestoßenen Diskussion nachhaltig für kommunale Kostenfolgen sensibilisiert wurden, die aus bundesrechtlich gesetzten Standards resultieren.

Im Rahmen der Gemeindefinanzkommission wurde zudem eine Neugestaltung des kommunalen Steuersystems diskutiert. Auch wenn die Kommunen bereits im Jahr 2012 insgesamt wieder einen Überschuss erzielten, weisen die weiterhin zu erwartenden starken

BUNDESPOLITIK UND KOMMUNALFINANZEN

Schwankungen des Finanzierungssaldos auf eine strukturelle Schwäche des kommunalen Steuersystems hin. Die Defizite der Vorjahre sind wesentlich auf Einbrüche bei den Gewerbesteuereinnahmen zurückzuführen. die aktuelle positive Entwicklung auf starke Zuwächse bei der hochvolatilen Gewerbesteuer. Ein stetigeres kommunales Steuersystem würde den Kommunen dieses Auf und Ab ersparen. Auch ein Hebesatzrecht beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer würde den Kommunen zusätzliche Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen. Die Diskussion wird daher in zukünftigen Legislaturperioden weitergeführt werden. Die Bundesregierung hält eine Verstetigung der kommunalen Steuereinnahmen nach wie vor für notwendig und sinnvoll. Alternativen zum Status quo wurden in der Gemeindefinanzkommission erörtert. Deren Umsetzung würde zu deutlich mehr Stetigkeit führen, und zwar ohne befürchtete Umverteilungen zu Lasten von Kernstädten. Auch die kommunale Selbstverwaltung würde gestärkt.

3.3 Ausbau der Kinderbetreuung

Bund, Länder und Kommunen hatten im Jahr 2007 ein Gesamtpaket zum bedarfsgerechten Ausbau der Betreuungsinfrastruktur für Kinder unter drei Jahren beschlossen. Demnach stellt der Bund zunächst insgesamt 4 Mrd. € bereit, wovon 2,15 Mrd. € in Investitionsmaßnahmen fließen und 1,85 Mrd. € für die Betriebskosten vorgesehen sind. Ab 2014 beteiligt sich der Bund auf Dauer jährlich mit 770 Mio. € an den zusätzlichen Betriebskosten zuzüglich der nachfolgend beschriebenen Aufstockung.

Im Zusammenhang mit der innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrags hat der Bund sein finanzielles Engagement beim Ausbau der U3-Kinderbetreuung im Jahr 2013 noch einmal deutlich erhöht. So übernimmt der Bund nun zusätzlich zu den bereits bisher zugesagten 4 Mrd. € einmalig weitere Investitionskosten in Höhe von 580,5 Mio. € und erhöht

seine Beteiligung an den Betriebskosten dauerhaft ansteigend auf 75 Mio. € pro Jahr. Damit trägt er zur Schaffung von 30 000 zusätzlichen Betreuungsplätzen bei, womit sich das Ausbauziel auf insgesamt 780 000 Plätze erhöht. Flankiert wird dieses finanzielle Engagement des Bundes durch verschiedene, zum Teil auch qualitativ ausgerichtete Maßnahmen wie die Programme "Kindertagespflege", "Kindertagesbetreuung 2013" oder "Offensive Frühe Chancen". Zudem wurde die krankenversicherungsrechtliche Privilegierung der Tagesmütter über den 31. Dezember 2013 hinaus um zwei weitere Jahre verlängert.

Mit den genannten Maßnahmen leistet der Bund einen umfassenden und nachhaltigen Beitrag, um rechtzeitig zum Inkrafttreten des Rechtsanspruchs am 1. August 2013 ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot sicherzustellen.

3.4 Kosten der Unterkunft und Heizung

Die im Jahr 2005 eingeführte Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft und Heizung im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende wurde ab dem Jahr 2011 auf hohem Niveau verstetigt. Mit der Festlegung einer festen Quote, die sich bundesdurchschnittlich auf 28,2% beläuft, wurde ein über mehrere Jahre hinweg kontrovers geführter Diskussionsprozess um die jährliche Anpassung der Höhe der Bundesbeteiligung beendet.

In den Jahren 2011 bis 2013 beteiligt sich der Bund zusätzlich mit weiteren 2,8 Prozentpunkten an den Kosten der Unterkunft und Heizung. Diese zusätzlichen Mittel von jährlich rund 400 Mio. € können für die Schulsozialarbeit und die Bereitstellung von außerschulischen Hortmittagessen für hilfebedürftige Schülerinnen und Schüler genutzt werden. Insgesamt beträgt die Bundesbeteiligung an

BUNDESPOLITIK UND KOMMUNALFINANZEN

den Kosten der Unterkunft und Heizung in den Jahren 2011 bis 2013 durchschnittlich 36,4%. Damit trägt der Bund nicht nur einen wesentlichen Teil der Kosten der Unterkunft der Kommunen, sondern ermöglicht ihnen auch die administrative Umsetzung der Leistungen für Bildung und Teilhabe. Allein in den Jahren 2010 bis 2013 stellte der Bund hierfür (Kosten der Unterkunft, Sozialarbeit, Bildung und Teilhabe; 2010 bis 2012 Ist, 2013 Soll) 17,63 Mrd. € zur Verfügung.

Auf eine Initiative der Bundesregierung geht zudem das zum 1. Januar 2011 in das Sozialgesetzbuch II eingefügte und sich zudem auf das Sozialgesetzbuch XII erstreckende Satzungsrecht für Kommunen bei den Bedarfen für Unterkunft und Heizung für Bezieher von Arbeitslosengeld II zurück, das ihnen eine Pauschalierung bei den Kosten der Unterkunft ermöglicht.

3.5 Zukunftsinvestitionsgesetz

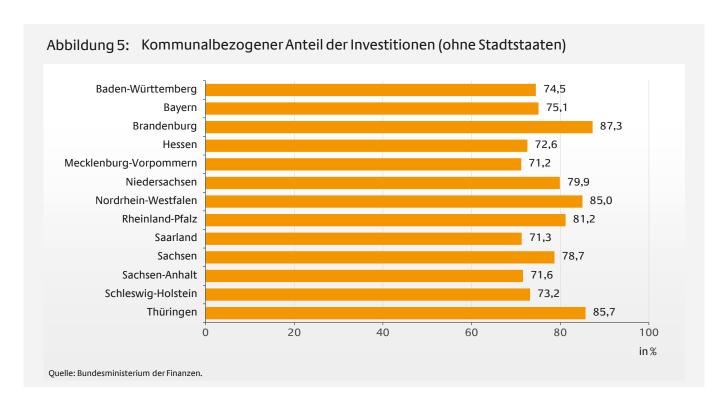
Mit dem Zukunftsinvestitionsgesetz als zentralem Bestandteil im "Pakt für Beschäftigung und Stabilität in Deutschland" (Konjunkturpaket II) hatte die Bundesregierung im Frühjahr 2009 angesichts der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise Finanzhilfen für zusätzliche Investitionen in die öffentliche Infrastruktur von Ländern und Kommunen im Umfang von 10 Mrd. € bereitgestellt. Länder und Kommunen trugen einen Kofinanzierungsanteil von mindestens 25 %. Auf diese Weise konnte ein Finanzvolumen von mindestens 13,3 Mrd. € für landes- oder kommunalbezogene Vorhaben verwendet werden. Mindestens 70 % der Bundesförderung sollten ausdrücklich für kommunalbezogene Investitionen eingesetzt werden. 65 % der Finanzhilfen waren für Investitionen im Bereich der Bildungsinfrastruktur (insbesondere Kindergärten, Schulen, Hochschulen, Forschungseinrichtungen) und 35 % im Bereich der sonstigen Infrastruktur (u. a. Krankenhäuser, Städtebau, ländliche Infrastruktur, Lärmschutzmaßnahmen im kommunalen Straßenbau)

vorgesehen. Darüber hinaus hatte das Zukunftsinvestitionsgesetz die Länder verpflichtet, den finanzschwächeren Kommunen die gleiche Chance auf Teilnahme an dem Investitionsprogramm einzuräumen wie den finanzstärkeren Kommunen. In einigen Ländern erfolgte deswegen die Verteilung der Mittel teilweise nach Finanzkraftkriterien, sodass finanzschwache Kommunen bevorzugt berücksichtigt wurden. In der Mehrheit der Länder wurde der erforderliche Eigenanteil der Kommunen teilweise vom Land, einem eigens geschaffenen "Ausgleichsstock" oder einem Fonds übernommen. Diese Erleichterungen haben den finanzschwachen Kommunen häufig erst die Möglichkeit eröffnet, Investitionen in Einrichtungen der kommunalen Infrastruktur vorzunehmen.

Die Bilanz des Zukunftsinvestitionsgesetzes ist dabei ausgesprochen positiv. Nach Abschluss des Programms zum Ende des Jahres 2011 waren von den Ländern rund 43 000 Vorhaben mit einem Investitionsvolumen von insgesamt über 15,8 Mrd. € realisiert worden. Der Finanzierungsanteil des Bundes hieran belief sich auf 10 Mrd. €; die zur Verfügung stehenden Bundesmittel wurden vollständig (bis auf einen Restbetrag von 2,9 Mio. €) in Anspruch genommen. Der Anteil der kommunalbezogenen Investitionen lag deutlich über der vorgegebenen Zielgröße von 70 % (vergleiche Abbildung 5). Der mit Abstand größte Förderbereich war die Schulinfrastruktur, auf die fast 40 % des gesamten Fördervolumens entfielen.

Mit dem Zukunftsinvestitionsgesetz hat der Bund einen wichtigen Beitrag zur raschen Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise geleistet. Mit einer Anpassung an höhere energetische Standards wurde das Ziel nachhaltiger Investitionen erfolgreich umgesetzt. Insgesamt hat das Programm somit nicht nur zur erfolgreichen Krisenbewältigung beigetragen, sondern auch dazu, die kommunale Infrastruktur spürbar zu modernisieren.

BUNDESPOLITIK UND KOMMUNALFINANZEN



3.6 Weitere Maßnahmen

Bund und Länder haben sich auf Art, Höhe und solidarische Finanzierung einer Aufbauhilfe für die von der Flut betroffenen Länder und Kommunen verständigt. Davon profitieren nicht nur die Empfänger der Hilfen. Denn durch das Entgegenkommen des Bundes (Abfinanzierung über 20 Jahre, Finanzierung der Wiederherstellung der Infrastruktur des Bundes nur durch den Bund) werden die jährlichen Finanzierungslasten der Länder begrenzt. Davon profitieren mittelbar auch die Kommunen. Wichtig für die Kommunen ist darüber hinaus die in diesem Zusammenhang getroffene Vereinbarung zwischen Bund und Ländern, die sogenannten Entflechtungsmittel bis 2019 unverändert fortzuführen. Auch wenn die bereichsspezifische Zweckbindung der Mittel ab 2014 entfällt, gibt das den Kommunen insbesondere bei der Finanzierung von Vorhaben des Gemeindeverkehrs Planungssicherheit. Im Rahmen der Hilfe für die von der Flut betroffenen Regionen unterstützten seit dem 30. Mai 2013 nach Angaben des Bundesministeriums des Innern über 217 000 Kräfte des Technischen Hilfswerks, der Bundespolizei und der

Bundeswehr die Kommunen und Länder bei der Bewältigung der Hochwasserlage.

Mit dem 2011 eingeführten Bundesfreiwilligendienst (BFD) sowie der stark erhöhten Förderung der Jugendfreiwilligendienste hat die Bundesregierung die historische Chance genutzt, freiwilliges Engagement in Deutschland auf eine breitere Basis zu stellen. Derzeit beläuft sich die Zahl der im Dienst befindlichen Freiwilligen auf rund 38 000 Personen. Einer der zentralen Punkte dieser Reform war, den Kommunen die Teilhabe an der Bundesförderung zu sichern und diesen eine Durchführung in enger Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) zu ermöglichen. Darüber hinaus profitieren die Kommunen von den erweiterten Einsatzbereichen des BFD, z. B. Sport, Integration, Kultur und Bildung, wie auch die entsprechende Nachfrage zeigt. Der Bund stellt für die Freiwilligendienste rund 280 Mio. € jährlich bereit.

Es ist ein Anliegen der Bundesregierung, das Ehrenamt auf allen Ebenen und in seiner

BUNDESPOLITIK UND KOMMUNALFINANZEN

ganzen Bandbreite zu stärken und den freiwillig z.B. in Vereinen Engagierten wie den gemeinnützigen Organisationen ein hohes Maß an Rechts- und Planungssicherheit zu geben. Die im Jahr 2010 beschlossene Nationale Engagementstrategie des Bundes ist das zentrale engagementpolitische Vorhaben der Bundesregierung in der 17. Legislaturperiode. Sie zielt u. a. auf eine größere Anerkennung und Wertschätzung der Leistungen von freiwillig Engagierten und bessere Rahmenbedingungen für das freiwillige Engagement. Durch das Gesetz zur Stärkung des Ehrenamts vom 21. März 2013 wurden im Bereich des Einkommensteuerrechts und der Abgabenordnung zahlreiche Änderungen vorgenommen. Unter den Gesichtspunkten der Schaffung von Rechtssicherheit und Abbau von bürokratischen Hemmnissen wurden zahlreiche Vorschriften verändert. Ziel dieser Änderungen ist es, klarere rechtliche Handlungsvorgaben zu schaffen sowie an geeigneten Stellen Nachweiserleichterungen einzuräumen und die Mittelverwendung zu flexibilisieren. Darüber hinaus wurden die steuerfreien Übungsleiter- und Ehrenamtspauschalen moderat auf 2 400 € beziehungsweise 720 € angehoben. Ein Teil dieser Änderungen trat bereits rückwirkend zum 1. Januar 2013 in Kraft.

Der demografische Wandel beschäftigt die Kommunen in vielfältiger Weise. Die Bundesregierung hat im April 2012 eine unter Beteiligung von Ländern und Kommunen erarbeitete Demografiestrategie beschlossen. Eines der Handlungsfelder besteht darin, die Lebensqualität in ländlichen Räumen und die integrative Stadtpolitik zu fördern. Hierzu formuliert die Demografiestrategie konkrete Ziele und zeigt Maßnahmen zu deren Verwirklichung auf, die von Bund, Ländern und Kommunen, Verbänden, Sozialpartnern und anderen Akteuren gemeinsam zu realisieren sind. Der Dialogprozess wird mit regelmäßigen Demografiegipfeln wie zuletzt am 14. Mai 2013 fortgesetzt.

Mit dem Aktionsprogramm "Regionale Daseinsvorsorge" unterstützt der Bund ausgewählte Modellregionen im ländlichen Raum darin, sich innovativ den infrastrukturellen Herausforderungen des demografischen Wandels zu stellen und mit einer Regionalstrategie erforderliche Infrastrukturanpassungen vorausschauend und kooperativ zu gestalten. Hierfür stellt der Bund im Zeitraum 2011 bis 2014 etwa 7 Mio. € zur Verfügung.

In Umsetzung der Breitbandstrategie der Bundesregierung wurde die Versorgung mit Breitbandanschlüssen weiter vorangetrieben. Die Novelle zur Änderung des Telekommunikationsgesetzes, die Weiterentwicklung des Infrastrukturatlas sowie die Einrichtung des Breitbandbüros der Bundesregierung und von Kompetenzzentren in den Ländern haben die Rahmenbedingungen für die Kommunen weiter verbessert. Die Gemeinschaftsaufgaben "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GAK) sowie "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW) ermöglichen seit 2008 beziehungsweise 2009 die Breitbandförderung, die mehrfach bedarfsgerecht angepasst wurde. Neben der Förderung der Wirtschaftlichkeitslücke ist auch die Verlegung von Leerrohren förderfähig, womit Ländern und Kommunen der beihilfekonforme Ausbau passiver Infrastrukturen erleichtert wird. In Modellprojekten wurde beispielhaft gezeigt, wie der Ausbau von Hochleistungsnetzen unter Synergienutzung auch in kleinen Gemeinden erfolgen kann.

Eine der wichtigsten Leistungen des Gesundheitssystems ist die wohnortnahe, bedarfsgerechte und flächendeckende medizinische Versorgung. Mit dem Ende 2011 verabschiedeten Versorgungsstrukturgesetz in der gesetzlichen Krankenversicherung wurden umfassende Maßnahmen auf den Weg gebracht, die eine gute und flächendeckende Versorgung auch für die Zukunft sichern. Das Gesetz steuert demografiebedingten Versorgungsengpässen rechtzeitig entgegen und verbessert gezielt die medizinische Versorgung.

BUNDESPOLITIK UND KOMMUNALFINANZEN

Auch mit der Gemeinschaftsaufgabe GRW verfolgt die Bundesregierung das Ziel, die ländlichen Räume unter Berücksichtigung ihrer unterschiedlichen Entwicklungspotenziale zu stärken und zukunftsfähig zu machen. Hierzu wurde eine zweite Fördergebietskulisse mit dem Schwerpunkt "ländliche Räume" eingeführt. Die GRW wurde einschließlich dieser zusätzlichen Fördergebietskulisse für das Jahr 2013 auf hohem Niveau mit Barmitteln im Umfang von rund 583 Mio. € ausgestattet. Die neugeschaffenen Fördermöglichkeiten wie Regionalbudget oder Experimentierklausel stärken die Verantwortung der Menschen vor Ort. Im Infrastrukturbereich werden interkommunale Kooperationen und regionale Entwicklungsstrategien gefördert.

Eines der wichtigsten Instrumente des Bundes zur Unterstützung nachhaltiger Stadtentwicklung ist die Städtebauförderung. Der Bund unterstützt die Kommunen bei der Bewältigung des strukturellen Wandels auch im Jahr 2013 mit Programmmitteln in Höhe von 455 Mio. €. Das Geld fließt in Städte und Gemeinden aller Größenordnungen – in Metropolen genauso wie in kleine Gemeinden im ländlichen Raum. Einschließlich der Kofinanzierung durch Länder und Kommunen stehen somit öffentliche Programmmittel in Höhe von rund 1,4 Mrd. € für städtebauliche Erneuerungsmaßnahmen bereit. In den Jahren 2010 bis 2012 wurden für die Städtebauförderung insgesamt rund 5,7 Mrd. € an öffentlichen Mitteln verausgabt.

Mit dem am 26. April 2013 vom Deutschen Bundestag beschlossenen Gesetz zur Stärkung der Innenentwicklung in den Städten und Gemeinden und weiteren Fortentwicklung des Städtebaurechts wurde der zweite Teil der Bauplanungsrechtsnovelle umgesetzt. Die städtebauliche Entwicklung soll danach vorrangig als Innenentwicklung erfolgen. Enthalten ist zudem eine Reihe von Regelungen, die neben der Innenentwicklung auch die städtebaurechtlichen Rahmenbedingungen verbessern. So wird z.B. den Kommunen die Ausübung ihres gemeindlichen Vorkaufsrechts erleichtert. Kindertagesstätten sollen künftig in reinen Wohngebieten in einer den Bedürfnissen der Bewohner des Gebiets angemessenen Größe allgemein zulässig sein. Auch werden den Kommunen mehr Möglichkeiten an die Hand gegeben, die Ansiedlung großer gewerblicher Tierhaltungsbetriebe zu steuern.

Mit dem Finanzvermögen-Staatsvertrag wurde eines der letzten, aber auch umfangreichsten aus der Aufteilung des Staatsvermögens der ehemaligen DDR herrührenden Themen zu einem befriedigenden Abschluss gebracht. Der Bund und die Länder des Beitrittsgebietes sowie das Land Berlin haben sich auf eine vollständige und abschließende Aufteilung des Finanzvermögens gemäß Artikel 22 des Einigungsvertrages ohne wechselseitige Zahlungen geeinigt. Damit verzichten der Bund und diese Länder gegenüber den dortigen Kommunen überwiegend auf die Geltendmachung von noch offenen Auskehransprüchen aus dem von den Kommunen bisher verwerteten Finanzvermögen.

DIE GEFÖRDERTE PRIVATE ALTERSVORSORGE

Die geförderte private Altersvorsorge

Änderungen durch das Altersvorsorge-Verbesserungsgesetz

- Die geförderte private Altersvorsorge (Riester-Rente und Basisrente) ist eine Iohnenswerte und sinnvolle Option, um für das Alter finanziell vorzusorgen. Die begünstigten Altersvorsorgeprodukte werden durch die vorgenommenen Änderungen (Produktinformationsblatt, Begrenzung der Wechselkosten) für den Anleger transparenter und besser vergleichbar.
- Die Absicherung gegen den Eintritt der Erwerbs- oder Berufsunfähigkeit wird unter bestimmten Voraussetzungen zukünftig stärker steuerlich gefördert.
- Die selbst genutzte Wohnimmobilie wird noch besser in die Riester-Förderung integriert.

1	Einleitung	53
	Gesetzliche Änderungen durch das Altersvorsorge-Verbesserungsgesetz	
	Überblick	
	Einführung eines Produktinformationsblatts	
	Begrenzung der Wechselkosten und Informationspflicht	
	Verbesserungen bei der Absicherung der Erwerbsminderung	
	"Wohn-Riester": Mehr Flexibilität	
	Eazit	58

1 Einleitung

Die deutsche Gesellschaft steht vor starken und nachhaltigen demografischen Veränderungen. Niedrige Geburtenraten und eine zunehmende Lebenserwartung führen dazu, dass einer wachsenden Zahl von Rentnern eine abnehmende Zahl von Personen im aktiven Erwerbsleben gegenübersteht. Hier ist es die Aufgabe des Gesetzgebers, rechtzeitig die Weichen richtig zu stellen. Die einseitige Belastung einer Generation, seien es die Älteren oder die Jüngeren, würde zu einer Belastungsprobe für die Solidarität zwischen den Generationen führen. Richtschnur bei Reformmaßnahmen in den gesetzlichen Alterssicherungssystemen ist deshalb der Grundsatz der Generationengerechtigkeit. Hierzu gehört, dass die Älteren auf das Funktionieren der gesetzlichen Rentenversicherung vertrauen können. Gleichzeitig dürfen die Jüngeren nicht durch zu hohe Beiträge überfordert werden.

Nur mit verkraftbaren Beiträgen zur gesetzlichen Rentenversicherung wird der Spielraum geschaffen, um eigenverantwortlich eine ergänzende Altersvorsorge aufbauen zu können. Diese Grundsätze hat der Gesetzgeber bei seinen bisherigen Reformen berücksichtigt und so für einen angemessenen Ausgleich zwischen den Generationen gesorgt. Die gesetzliche Rentenversicherung wird auch für künftige Generationen das wichtigste Element zur Sicherung des in der Erwerbsphase aufgebauten Lebensstandards bleiben. Allerdings ist eine ergänzende eigenverantwortliche Altersvorsorge ebenfalls wichtig. Hierfür bieten sich für den Einzelnen zahlreiche Möglichkeiten: von der selbst genutzten Wohnimmobilie über eine betriebliche Altersversorgung bis zur privaten Altersvorsorge. Damit kann ein Versorgungsniveau sichergestellt werden, das den Versicherten einen angemessenen Lebensstandard ermöglicht.

Um zum Aufbau einer ergänzenden Altersvorsorge anzuregen, fördert der Staat die

DIE GEFÖRDERTE PRIVATE ALTERSVORSORGE

betriebliche und die private Altersvorsorge. Aus einer breiten Palette geförderter Produkte kann dasjenige Produkt gewählt werden, das den eigenen Bedürfnissen am besten entspricht. Ob eine private oder betriebliche Altersvorsorge aufgebaut wird oder ob mit der selbst genutzten Wohnimmobilie vorgesorgt werden soll, ist zweitrangig. Wichtig ist die ergänzende Altersvorsorge überhaupt. Je früher mit der Altersvorsorge begonnen wird, desto mehr Geld kann später ausbezahlt werden.

Seit 2002 hat jeder Arbeitnehmer das Recht auf eine betriebliche Altersvorsorge. Es gibt viele Formen dieser zusätzlichen Altersvorsorge: Der Arbeitnehmer kann z. B. einen Teil seines Bruttogehalts sparen. Dieser Teil des Gehalts wird ihm dann nicht ausgezahlt, sondern ohne vorherige Steuer- und Sozialversicherungsabzüge zum Aufbau einer betrieblichen Altersversorgung eingesetzt. In vielen Fällen leistet auch der Arbeitgeber einen Beitrag.

Eine andere Form der Altersvorsorge ist die sogenannte Riester-Rente. Diese wird vom Staat mit finanziellen Zuschüssen (Altersvorsorgezulagen) und gegebenenfalls mit weiteren Steuerersparnissen (zusätzlicher Sonderausgabenabzug) gefördert. Das macht das Sparen bedeutend einfacher, lohnender und zuverlässiger. Die Riester-Förderung steht grundsätzlich jedem zu, der wirtschaftlich von den leistungsrechtlichen Auswirkungen der Renten- beziehungsweise Versorgungsreform 2001 betroffen ist und der einem dieser Alterssicherungssysteme weiterhin "aktiv" angehört. Die Förderung soll helfen, diese leistungsrechtlichen Einschnitte auszugleichen. Auch hier stehen dem Förderberechtigten verschiedene Anlageformen zur Auswahl: Er kann eine Rentenversicherung, einen Fonds- oder Banksparplan oder einen Bausparvertrag abschließen. Es muss sich allerdings um zertifizierte Vorsorgeverträge handeln. Durch die Zertifizierung ist sichergestellt, dass z. B. die späteren Altersleistungen lebenslang gezahlt werden und der Anbieter sich verpflichtet, die eingezahlten Beiträge und Zulagen -

ohne Abzug von Kosten – in jedem Fall für die Altersvorsorge bereitzustellen. Welche die jeweils richtige Anlageform ist, kann am besten der Einzelne selbst entscheiden. Es gibt sicherere Anlageform mit einem stetigen Wachstum und einem geringen Anlagerisiko, bei anderen sind demgegenüber die Ertragsaussichten höher. Dafür besteht aber auch das Risiko, später eventuell nur die eingezahlten Beiträge zurückzubekommen. Nimmt der Anleger die volle Zulageförderung in Anspruch, beträgt diese 154 € im Jahr. Kindergeldempfänger erhalten noch einmal 185 € pro Kind zusätzlich. Für alle ab dem 1. Januar 2008 geborenen Kinder beträgt die Zulage sogar 300 € pro Jahr. Wer unter 25 Jahren mit einem Riester-Vertrag vorsorgt, kann einmalig einen Bonus von 200 € erhalten. Dies ist eine sehr attraktive Förderung.

Für viele Menschen stellt das mietfreie Wohnen im Alter eine – der Geldrente vergleichbare – Art der individuellen Altersvorsorge dar. Sie erhalten mit der Eigenheimrente die Möglichkeit, die eigene Immobilie mit einem privaten Riester-Vertrag (z. B. einem zertifizierten Bausparvertrag) zu finanzieren.

Die Basisrente (auch Rürup-Rente genannt) steht als dritte Möglichkeit einer staatlich geförderten Altersvorsorge zur Verfügung neben der betrieblichen Altersversorgung und der Riester-Rente. Sie ist vergleichbar mit der gesetzlichen Rentenversicherung. Die Beiträge werden für eine spätere monatliche Rente verwendet. Die Ansprüche aus dem Vertrag sind an die versicherte Person gebunden und können nicht vererbt oder beliehen werden. Die Beiträge zu einer Basisrente können gemeinsam mit eventuellen Zahlungen zur gesetzlichen Rentenversicherung, zu landwirtschaftlichen Alterskassen oder zu berufsständischen Versorgungseinrichtungen als Sonderausgaben bei der Einkommensteuererklärung geltend gemacht werden. Dabei gelten Höchstbeträge, und zwar für Alleinstehende 20 000 € und für zusammen veranlagte Ehegatten maximal 40 000 €. In der Übergangsphase bis zum Jahr 2025 können

DIE GEFÖRDERTE PRIVATE ALTERSVORSORGE

die Beiträge jedoch nur zu einem bestimmten Prozentsatz berücksichtigt werden. Im Jahr 2013 beträgt die Berücksichtigungsquote 76 %. In den Folgejahren steigt sie automatisch jährlich um 2 Prozentpunkte an, bis im Jahr 2025 schließlich 100 % erreicht sein werden.

2 Gesetzliche Änderungen durch das Altersvorsorge-Verbesserungsgesetz

Die bestehenden Fördermöglichkeiten werden vom Gesetzgeber laufend auf ihre Wirksamkeit hin überprüft. Vor diesem Hintergrund wurde das Altersvorsorge-Verbesserungsgesetz vom 24. Juni 2013 verabschiedet, um hierdurch die steuerlich geförderte Altersvorsorge noch attraktiver und transparenter zu machen.

2.1 Überblick

Zu den Kernpunkten des Gesetzes gehören verschiedene Maßnahmen.

- Durch die Einführung eines einheitlich gestalteten Produktinformationsblatts sollen die geförderten Altersvorsorgeprodukte für den Anleger transparenter werden und eine bessere Übersicht über die Leistungen geben.
- Die Wechselkosten bei einem Riester-Vertrag werden begrenzt, und für den Anbieter gibt es zu Beginn der Auszahlungsphase erweiterte Informationspflichten.
- Die Möglichkeit wird ausgeweitet, sich steuerlich gefördert gegen den Eintritt der verminderten Erwerbsfähigkeit und Berufsunfähigkeit abzusichern.
- Die Einbeziehung des selbst genutzten Wohneigentums in die geförderte Altersvorsorge (Eigenheimrente beziehungsweise Wohn-Riester) wird verbessert, und die bestehenden Verfahren werden vereinfacht.

2.2 Einführung eines Produktinformationsblatts

Damit die Verbraucher die Produkte besser verstehen und deren Leistungen besser miteinander vergleichen können, müssen die Anbieter von Basisrenten und Riester-Renten künftig ein einheitliches Produktinformationsblatt verwenden. Das bedeutet, dass Versicherungsunternehmen, Banken, Fondsgesellschaften, Bausparkassen und Genossenschaften ihre Kunden in einheitlicher Form über die wesentlichen Merkmale der angebotenen Altersvorsorgeprodukte informieren müssen. Dieses Produktinformationsblatt wird dazu führen, dass Verbraucher die verschiedenen Angebote - auch unterschiedlicher Anbieter im Hinblick auf Chancen und Risiken, Garantien und Kosten besser vergleichen können.

Der Anbieter muss verschiedene Muster-Produktinformationsblätter im Internet für den Kunden bereitstellen, damit sich dieser bereits vor Vertragsabschluss über das von ihm ins Auge gefasste Anlageprodukt informieren kann. Kommt es zum Abschluss eines entsprechenden Vorsorgevertrags, muss der Anleger außerdem ein individuelles Produktinformationsblatt erhalten. Es enthält alle für den Verbraucher relevanten Informationen. Neben den Leistungen, Garantien und Kosten bildet es den prognostizierten Vertragsverlauf auf der Grundlage der vom Verbraucher geplanten Einzahlungen und Dauer bis zum Beginn der Auszahlungsphase ab.

Zur besseren Vergleichbarkeit der Angaben für den Verbraucher werden Aufbau und Inhalte des Produktinformationsblatts gesetzlich normiert: Dazu zählen bestimmte Kosten- und Renditekennziffern, die über sämtliche Produktgruppen und -kategorien einheitlich ermittelt werden müssen. Besonders hilfreich wird für den Verbraucher die neue Kennziffer der Effektivkosten sein. Diese drückt in einem Prozentsatz aus, wie

DIE GEFÖRDERTE PRIVATE ALTERSVORSORGE

sich die Gesamtkosten langfristig auf die Rendite des Produkts auswirken. Die Produkte werden außerdem in Chancen-Risiko-Klassen eingeteilt. Hilfreich für die Vergleichbarkeit ist auch, dass die optische Darstellung und die Reihung der darzustellenden Inhalte vorgegeben werden. So kann der Anleger die Produktinformationsblätter von unterschiedlichen Anbietern und zu unterschiedlichen Anlageprodukten einfach nebeneinanderlegen und vergleichen. Außerdem müssen alle Kostenregelungen in das Produktinformationsblatt aufgenommen werden.

Die durch das Produktinformationsblatt geschaffene Transparenz ermöglicht es den Kunden, besser als bisher beurteilen zu können, ob das Produkt ihren Vorstellungen entspricht.

Dem Verbraucherschutz wird in diesem Zusammenhang Rechnung getragen. Dies zeigt folgende Regelung: Verstößt der Anbieter gegen seine Informationspflichten oder sind die Angaben falsch, kann der Verbraucher den Vertrag kündigen und die eingezahlten Beträge zuzüglich Zinsen zurückfordern – und das bis zu zwei Jahre lang nach Vertragsabschluss.

Die vorgesehene Bündelung der bereits bisher bestehenden Informationspflichten in einem Produktinformationsblatt hat zudem einen wesentlichen Vereinfachungseffekt. So werden die Informationspflichten des Versicherungsvertragsgesetzes (VVG), der VVG-Informationspflichtenverordnung und des Wertpapierhandelsgesetzes bei zertifizierten Altersvorsorge- und Basisrentenverträgen in dem individuellen Produktinformationsblatt zusammengefasst. Dies vereinheitlicht zum einen die dem Verbraucher zur Verfügung stehenden Informationen. Denn erfahrungsgemäß sinkt mit zunehmendem Informationsvolumen und zunehmender Komplexität der Informationen deren Nutzen. Zum anderen vermindern die vorgegebene Strukturierung der Informationen und ihre Zusammenfassung in

einem Dokument den Verwaltungsaufwand der Anbieter.

2.3 Begrenzung der Wechselkosten und Informationspflicht

Der Wechsel zu einem anderen Anbieter soll dem Sparer zukünftig erleichtert werden. Zwar hat schon heute jeder Anleger das Recht, sein Altersvorsorgevermögen auf einen Vertrag bei einem anderen Anbieter zu übertragen. Allerdings wurde das Wechselrecht zum Teil mit hohen Wechselkosten erschwert. Auch in diesem Bereich soll es zukünftig verbraucherfreundlicher zugehen. Beim "alten" Anbieter werden die Wechselkosten auf maximal 150 € gedeckelt. Der neue Anbieter darf maximal 50 % des übertragenen geförderten Kapitals für die Berechnung von Vertriebs- und Abschlusskosten heranziehen. Diese Erleichterungen für einen Vertragswechsel werden den Markt positiv beeinflussen. Für bereits abgeschlossene Verträge bleibt es allerdings bei den zwischen Anbieter und Anleger getroffenen Vereinbarungen.

Neben der Begrenzung von Wechselkosten wird auch eine zusätzliche Informationspflicht des Anbieters zu Beginn der Auszahlungsphase eingeführt. Hierdurch soll dem Anleger die Möglichkeit gegeben werden, zu Beginn der Auszahlungsphase den Anbieter zu wechseln, ohne dass er seine Ansprüche aus der Beitragszusage verliert. Diese Regelung muss vor dem Hintergrund gesehen werden, dass bei verschiedenen Riester-Anlageprodukten zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses noch nicht feststeht, wie die spätere Auszahlungsphase ausgestaltet sein wird. Der betreffende Anbieter "kauft" die Rentenzahlung somit erst später ein. Um sicherzustellen, dass der Anbieter die Interessen des Anlegers optimal berücksichtigt, hat er den Anleger spätestens drei Monate vor Beginn der Auszahlungsphase über die Auszahlungsbeträge informieren. Dies gibt dem Anleger die Möglichkeit, zu Beginn der Auszahlungsphase zu einem Anbieter mit günstigeren Konditionen zu wechseln. Diese Maßnahme soll den

DIE GEFÖRDERTE PRIVATE ALTERSVORSORGE

Wettbewerbsdruck zugunsten einer besseren Versorgung der Anleger erhöhen.

2.4 Verbesserungen bei der Absicherung der Erwerbsminderung

Neben den Maßnahmen zur Erhöhung der Produkttransparenz wird auch die Möglichkeit ausgebaut, sich steuerlich gefördert gegen das Risiko der Erwerbs- oder Berufsunfähigkeit abzusichern. Aufwendungen für einen zertifizierten Absicherungsvertrag können ab 2014 im Rahmen des Abzugsvolumens der Basisversorgung im Alter geltend gemacht werden. Der Vertrag muss im Versicherungsfall die Zahlung einer lebenslangen Rente vorsehen. Ebenso muss er verschiedene verbraucherschützende Regelungen berücksichtigen.

Neben der Einführung einer neuen steuerlich begünstigten eigenständigen Absicherung des Erwerbsminderungsrisikos werden die Möglichkeiten erweitert, dieses Risiko im Rahmen eines privaten Riester-Vertrags abzusichern.

2.5 "Wohn-Riester": Mehr Flexibilität

Mit dem Altersvorsorge-Verbesserungsgesetz kommt es auch bei der Eigenheimrente (Wohn-Riester) zu weiteren Verbesserungen, die die bestehenden Regelungen flexibler und einfacher machen.

Entnahmemöglichkeiten

Ab dem 1. Januar 2014 kann das in einem privaten Riester-Vertrag aufgebaute Altersvorsorgevermögen flexibler für den Aufbau von selbst genutztem Wohneigentum eingesetzt werden. Hierzu werden u. a. die förderunschädlichen Entnahmemöglichkeiten erweitert. So kann das Altersvorsorgevermögen dann jederzeit für die Umschuldung eines für die Anschaffung oder Herstellung der Wohnimmobilie aufgenommenen Darlehens entnommen werden. Dies war bisher nur zu Beginn der

Auszahlungsphase des Riester-Vertrags zulässig. Eine Entnahme ist ab 2014 ebenso förderunschädlich für die Finanzierung eines barrierereduzierenden Umbaus der eigenen Wohnung möglich. Dies ermöglicht es dem Anleger, seine selbst genutzte Wohnimmobilie altersgerecht umzubauen.

Entnahmebeträge

Zu weniger Bürokratie führt auch der Wegfall der prozentualen Grenzen bei den Kapitalentnahmen. Bisher darf das angesparte geförderte Altersvorsorgevermögen förderunschädlich in Höhe von bis zu 75 % oder zu 100 % für die Anschaffung, Herstellung oder Entschuldung einer selbst genutzten Wohnung entnommen werden. Die prozentualen Grenzen führten zu einem erheblichen Verwaltungsaufwand. So musste die Zulagenstelle beim Anbieter die Höhe des Altersvorsorgevermögens erfragen, um einen zutreffenden Entnahmebescheid erstellen zu können. Änderte sich die Höhe des Altersvorsorgevermögens (z. B. wegen eventueller Zinsgutschriften) zwischen dieser Auskunft und der Bescheiderteilung, war eine erneute Kommunikation zwischen Anbieter und Zulagenstelle erforderlich.

Diese Schwierigkeiten werden zukünftig vermieden. Der Anleger kann – wie bisher – zwischen der teilweisen und vollständigen Kapitalentnahme wählen. Entscheidet er sich, nur einen Teil des geförderten Altersvorsorgevermögens für die selbst genutzten Immobilie einzusetzen, dann muss er mindestens 3 000 € auf dem Vertrag belassen. Der Rest kann entnommen werden.

Reinvestition

Auch im Hinblick auf einen Umzug wird der Wohn-Riester flexibilisiert. Der Zulageberechtigte kann, wenn er die selbst genutzte Wohnimmobilie wechselt, die Förderung mitnehmen, indem er einen Betrag in Höhe des Wohnförderkontos in die neue selbst genutzte Wohnimmobilie investiert. Die Reinvestitionsfrist wird hierfür auf

DIE GEFÖRDERTE PRIVATE ALTERSVORSORGE

zwei Jahre vor und fünf Jahre nach Ablauf des Veranlagungszeitraums, in dem er die frühere Wohnung letztmals selbst nutzt, verlängert.

Besteuerung

Außerdem wird die Besteuerung der Eigenheimrente günstiger. So besteht zurzeit die Möglichkeit, sich zu Beginn der Auszahlungsphase für eine Einmal-Besteuerung des in der Wohnimmobilie gebundenen steuerlich geförderten Vermögens (= Stand des Wohnförderkontos) zu entscheiden. In diesem Fall erhält der Anleger eine Steuerermäßigung von 30 %. Diese Möglichkeit zur vorgezogenen Besteuerung wird auf die gesamte Auszahlungsphase ausgedehnt. Der Steuerpflichtige muss sich also nicht mehr zu Beginn der Auszahlungsphase festlegen, ob die

Besteuerung des Wohnförderkontos einmalig oder ratierlich bis zum 85. Lebensjahr erfolgen soll.

3 Fazit

Die zusätzliche private Altersvorsorge wird in Zukunft an Bedeutung gewinnen. Dies gilt auch vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Niedrigzinsphase. Das Altersvorsorge-Verbesserungsgesetz geht mit der Einführung eines anbietergruppenübergreifenden Produktinformationsblatts einen wichtigen Schritt hin zu mehr Transparenz und Vergleichbarkeit auf einem für den Verbraucher sehr vielfältigen und komplexen Markt.

DAS EUROPÄISCHE SEMESTER 2013

Das Europäische Semester 2013

- Im Zentrum des Europäischen Semesters stehen die länderspezifischen Empfehlungen an die EU-Mitgliedstaaten und das Euro-Währungsgebiet. Am 9. Juli 2013 hat der Rat die länderspezifischen Empfehlungen endgültig gebilligt. Sie geben konkrete Orientierungsmaßstäbe für die Finanz-, Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik der Mitgliedstaaten und des Euro-Währungsgebiets.
- Die Mitgliedstaaten werden den Empfehlungen nun bei ihren anstehenden Entscheidungen über Haushalt, Strukturreformen und beschäftigungs- und sozialpolitische Maßnahmen Rechnung tragen. Sie sind gehalten, die Empfehlungen innerhalb eines Zeitraums von 12 bis 18 Monaten umzusetzen. Der Rat und die Kommission werden die Umsetzung genau verfolgen.
- Seit Einführung des Semesters im Jahr 2011 wurden die Empfehlungen spezifischer und situationsgerechter. Sie differenzieren nach dem Grad der jeweiligen Herausforderungen und setzen den Mitgliedstaaten Maßstäbe, um den identifizierten Problemen entgegenzutreten.

1	Überblick über das Europäische Semester	59
2	Die Umsetzung des Europäischen Semesters 2013 – Phase I	61
2.1	Jahreswachstumsbericht 2013 der EU-Kommission	61
2.2	Frühjahrsgipfel des Europäischen Rates: Verabschiedung horizontaler politischer Leitlinien	61
3	Die Umsetzung des Europäischen Semesters 2013 – Phase II	62
3.1	Stabilitäts- und Konvergenzprogramme und Nationale Reformprogramme	62
3.2	Einbindung der nationalen Parlamente	62
3.3	Paket der EU-Kommission zum Europäischen Semester 2013	62
	Ratsbeschluss zu den länderspezifischen Empfehlungen	
3.5	Ratsbeschluss im Defizitverfahren	68
4	Fazit: Empfehlungen umsetzen	68

1 Überblick über das Europäische Semester

Im Juni 2010 hat der Europäische Rat die Einführung des "Europäischen Semesters" beschlossen, das die wirtschafts-, finanz- und beschäftigungspolitische Koordinierung im Rahmen der Strategie Europa 2020 zusammenführt und zur besseren Durchsetzung notwendiger Reformen beitragen soll. Beim Europäischen Semester handelt es sich um einen zu Jahresbeginn einsetzenden Sechsmonatszyklus, an dessen Ende die Mitgliedstaaten im Vorfeld ihrer nationalen Haushaltsverfahren politische Leitlinien und Empfehlungen erhalten. Das Europäische Semester

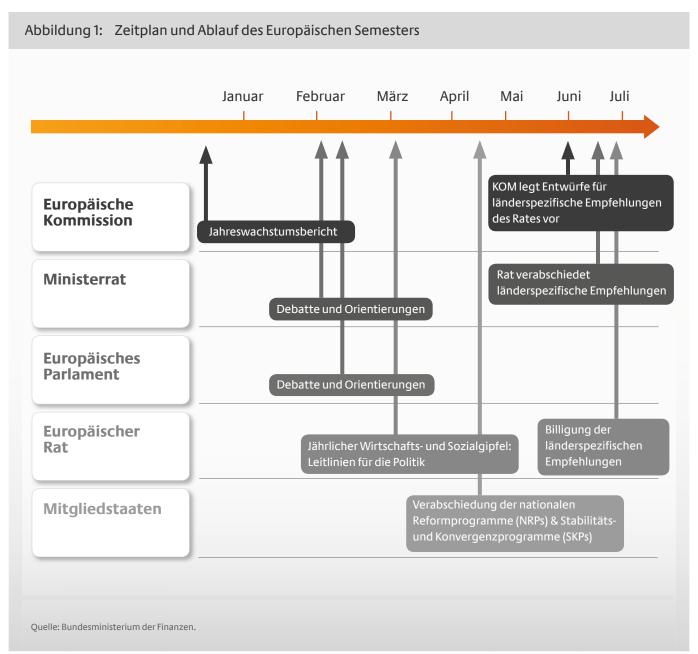
wurde 2011 erstmals durchgeführt. Mit der regelmäßigen Beobachtung im Europäischen Semester sollen wirtschaftliche und soziale Herausforderungen für die EU und den Euroraum identifiziert werden. Fortschritte werden bewertet und sich abzeichnende Probleme frühzeitig benannt. Darauf aufbauend werden Empfehlungen ausgesprochen, die den Mitgliedstaaten eine Hilfestellung geben, eine nachhaltige und wachstumsorientierte Politik umzusetzen.

Der Ablauf des Europäischen Semesters ist in Abbildung 1 dargestellt. Die EU-Kommission erstellt spätestens zu Beginn des Jahres und zum Auftakt des Europäischen Semesters einen Jahreswachstumsbericht, in dem sie die wichtigsten finanz- und wirtschaftspolitischen

DAS EUROPÄISCHE SEMESTER 2013

Herausforderungen in der EU benennt und vorrangige Maßnahmen zu deren Bewältigung empfiehlt. Gestützt auf diesen Bericht formuliert der Europäische Rat auf seiner Frühjahrstagung horizontale Leitlinien, die den Mitgliedstaaten als Orientierung dienen sollen. Die Mitgliedstaaten sind aufgefordert, diese Leitlinien sowohl bei der Ausarbeitung ihrer mittelfristigen Haushaltsstrategien im Rahmen der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme (SKP) als auch bei der Erstellung ihrer Nationalen

Reformprogramme (NRP) zu berücksichtigen. In ihren NRP legen die Mitgliedstaaten insbesondere ihre Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele der EU2020-Strategie sowie zur Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen des Vorjahres dar, die Teilnehmer des Euro-Plus-Paktes benennen zudem ihre Selbstverpflichtungen. Beide nationalen Programme werden der EU-Kommission bis Ende April übermittelt. Auf dieser Grundlage erstellt die Kommission dann die Entwürfe der länderspezifischen



DAS EUROPÄISCHE SEMESTER 2013

Empfehlungen, die zudem die vorbeugenden Komponenten des Defizitverfahrens sowie des Verfahrens zur Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte umfassen. Im Juni beschließen der Rat "Wirtschaft und Finanzen" (ECOFIN) und der Rat "Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz" (EPSCO) die im Rahmen ihrer Beratungen geänderten länderspezifischen Empfehlungen, bevor sie Ende Juni vom Europäischen Rat gebilligt und Anfang Juli vom Rat endgültig angenommen werden. Damit endet das Europäische Semester.

2 Die Umsetzung des Europäischen Semesters 2013 – Phase I

2.1 Jahreswachstumsbericht 2013 der EU-Kommission

Die EU-Kommission hat mit der Vorlage ihres Jahreswachstumsberichts im November 2012 das Europäische Semester 2013 eingeleitet. Der Bericht identifiziert die aus Sicht der EU-Kommission wichtigsten horizontalen finanz-, wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Herausforderungen in der EU. Wachstumsfreundliche Konsolidierung, Wirtschaftsreformen und gezielte Investitionen in wachstumsfördernde Bereiche stehen im Vordergrund. Der Bericht hebt hervor, dass der begonnene Reformkurs erste positive Ergebnisse zeigt, jedoch konsequent weiterverfolgt werden muss. Aufgrund der Lage am Arbeitsmarkt, insbesondere der hohen Jugendarbeitslosigkeit in einigen Mitgliedstaaten, räumt der Bericht beschäftigungspolitischen Maßnahmen Priorität ein. Die EU-Kommission hält an den 2012 identifizierten fünf Handlungsfeldern fest:

 Fortführung einer differenzierten, wachstumsfreundlichen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte

- Wiederherstellung einer normalen Kreditvergabe an die Wirtschaft
- Förderung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit
- Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Bewältigung der sozialen Folgen der Krise
- Modernisierung der öffentlichen Verwaltung.

2.2 Frühjahrsgipfel des Europäischen Rates: Verabschiedung horizontaler politischer Leitlinien

Der Europäische Rat hat auf seiner Frühjahrstagung am 14. und 15. März 2013 die fünf im Jahreswachstumsbericht der EU-Kommission genannten Prioritäten gebilligt. Die Staats- und Regierungschefs bekräftigen zudem den zweigleisigen Ansatz, wonach sowohl Maßnahmen zur Gewährleistung der Finanzstabilität und der Haushaltskonsolidierung als auch zur Förderung von Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Beschäftigung erforderlich sind.

Der Europäische Rat fordert ein entschlossenes Vorgehen, um Wachstum und Beschäftigung zu stärken und den haushaltspolitischen und strukturellen Herausforderungen zu begegnen. Die Fortschritte auf dem Weg zu strukturell ausgewogenen Haushalten dürften nicht abreißen. In diesem Zusammenhang heben die Staats- und Regierungschefs auch die Notwendigkeit von Strukturreformen und differenzierter wachstumsfreundlicher Konsolidierung hervor. Es seien vor diesem Hintergrund neuerliche Anstrengungen zur Verbesserung der Effizienz der Steuererhebung und zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung erforderlich.

Ein besonderes Augenmerk des Europäischen Rates liegt auf der Steigerung von Beschäftigung. Vor allem der Förderung

DAS EUROPÄISCHE SEMESTER 2013

der Jugendbeschäftigung sei Vorrang einzuräumen. In den Schlussfolgerungen werden außerdem Maßnahmen zur Binnenmarktintegration und zum Abbau von Bürokratieaufwand gefordert. In den für Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit in Europa wichtigen Bereichen Energie, Innovation, digitaler Binnenmarkt, Verteidigung und Wettbewerbsfähigkeit der Industrie kündigt der Europäische Rat zudem thematische Beratungen an.

3 Die Umsetzung des Europäischen Semesters 2013 – Phase II

3.1 Stabilitäts- und Konvergenzprogramme und Nationale Reformprogramme

Gemäß den Bestimmungen des präventiven Arms des Stabilitäts- und Wachstumspakts haben die Mitgliedstaaten des Euroraums ihre Stabilitätsprogramme und die übrigen Mitgliedstaaten ihre Konvergenzprogramme bis Ende April der EU-Kommission und dem ECOFIN-Rat vorgelegt. In den SKP legen die Mitgliedstaaten ihre finanzpolitische Strategie dar, um tragfähige öffentliche Finanzen zu erreichen. In den zeitgleich vorgelegten NRP erläutern die Mitgliedstaaten, welche Reformmaßnahmen sie zur Erreichung der EU2020-Ziele und zur Umsetzung der Integrierten Leitlinien (Grundzüge der Wirtschaftspolitik, beschäftigungspolitische Leitlinien) sowie der länderspezifischen Empfehlungen ergreifen beziehungsweise umsetzen.

3.2 Einbindung der nationalen Parlamente

Die Beteiligung der nationalen Parlamente bei der Erstellung der SKP und NRP wird von den Mitgliedstaaten, entsprechend ihren jeweiligen nationalen Vorgaben, sehr unterschiedlich gehandhabt. Die Bandbreite reicht von keiner Parlamentsbefassung (z. B.

Estland, Spanien, Polen) bis hin zu einem Parlamentsbeschluss (Italien). Grundsätzlich werden die Programme in den meisten Mitgliedstaaten von der Regierung in eigener Verantwortung erstellt und an die Kommission übersandt. In einigen Mitgliedstaaten findet jedoch vorab eine Konsultation des Parlaments (z. B. Litauen, Tschechien) beziehungsweise eine Parlamentsdebatte nach der Veröffentlichung statt (z. B. Zypern, Slowenien). Eine tabellarische Übersicht über die Beteiligung in den einzelnen Mitgliedstaaten zeigt Abbildung 2. Für den Erfolg des Europäischen Semesters dürfte nicht zuletzt entscheidend sein, wie die länderspezifischen Empfehlungen Niederschlag in der nationalen parlamentarischen Befassung finden.

3.3 Paket der EU-Kommission zum Europäischen Semester 2013

Am 29. Mai 2013 präsentierte die EU-Kommission im Rahmen des Europäischen Semesters 2013 ein umfassendes Gesamtpaket mit zwei Komponenten:

- Vorschläge für länderspezifische Empfehlungen an 23 Mitgliedstaaten und den Euroraum. Die vier Programmländer Zypern, Griechenland, Irland und Portugal haben keine länderspezifischen Empfehlungen erhalten, um Dopplungen mit den Verpflichtungen im Rahmen ihrer Anpassungsprogramme zu vermeiden.
- Vorschläge für das weitere Vorgehen in den Defizitverfahren; betroffen waren 13 Mitgliedstaaten.

Übergreifende Analyse und Schlussfolgerungen der EU-Kommission

In der Analyse, die dem Gesamtpakt zugrunde liegt, hebt die EU-Kommission hervor, dass sich der Beginn einer wirtschaftlichen Erholung der EU abzeichne. So verringerten sich die Leistungsbilanzdefizite einiger Mitgliedstaaten, die Exporte stiegen und

DAS EUROPÄISCHE SEMESTER 2013

Tabelle 1: Beteiligung der nationalen Parlamente bei den Nationalen Reformprogrammen (NRP) sowie den Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen (SKP)

Land	SKP	NRP
Belgien	Beschluss der Regierung, über den das Parlament informiert wird.	Beschluss der Regierung, über den das Parlament informiert wird und den es diskutieren kann.
Bulgarien	Billigung durch den Europaausschuss.	Billigung durch den Europaausschuss.
Dänemark	Beteiligung Europaausschuss.	Beteiligung Europaausschuss.
Deutschland	Übermittlung an den Deutschen Bundestag, die Finanzministerkonferenz und den Stabilitätsrat.	Parlamentarische Befassung in Bundestag und Bundesrat.
Estland	Nein	Nein
Finnland	Nein; Regierungsbeschluss am 18. April 2013; Zuleitung an Parlament zur Unterrichtung am 18. April 2013; Programm basiert u. a. auf Beschlüssen zum Haushaltsrahmen 2014-2017 und dem Haushaltsgesetz vom Dezember 2012 für 2013.	Nein; Regierungsbeschluss am 18. April 2013; Zuleitung an Parlament zur Unterrichtung am 18. April 2013; Programm basiert u. a. auf Beschlüssen zum Haushaltsrahmen 2014-2017 und dem Haushaltsgesetz vom Dezember 2012 für 2013.
Frankreich	Billigung durch Senat und Nationalversammlung.	Nein
Italien	Beschluss durch Abgeordnetenhaus und Senat.	Beschluss durch Abgeordnetenhaus und Senat.
Lettland	Wird vom Finanzministerium ausgearbeitet, von der Saeima (Ausschuss für Europa-Angelegenheiten) geprüft und vom Ministerkabinett verabschiedet.	Wird vom Finanzministerium ausgearbeitet, von der Saeima (Ausschuss für Europa-Angelegenheiten) geprüf und vom Ministerkabinett verabschiedet.
Litauen	Anhörung/Konsultation vor Übermittlung. Beschluss durch Regierung.	Anhörung/Konsultation vor Übermittlung. Beschluss durch Regierung.
Luxemburg	Anhörung/Konsultation vor Übermittlung. Beschluss durch Regierung.	Anhörung/Konsultation vor Übermittlung. Beschluss durch Regierung.
Malta	In neuer Legislaturperiode (Beginn April 2013) wurde erstmalig Parlamentsausschuss für Wirtschaft und Finanzen einberufen. Beteiligung bei Erstellung/Verabschiedung SKP noch nicht festgelegt.	In neuer Legislaturperiode (Beginn April 2013) wurde erstmalig Parlamentsausschuss für Wirtschaft und Finanzen einberufen. Beteiligung bei Erstellung/Verabschiedung NRP noch nicht festgelegt.
Niederlande	Anhörung/Konsultation vor Übermittlung. Beschluss durch Regierung.	Anhörung/Konsultation vor Übermittlung. Beschluss durch Regierung.
Österreich	Vorlage im Parlament zusammen mit nationalem "Finanzrahmengesetz".	Nein
Polen	Nein	Nein
Rumänien	Nein	Nein
Schweden	Beschluss durch Regierung; Fragestunde im Finanzausschuss vor Veröffentlichung.	Beschluss durch Regierung; Fragestunde im Finanzausschuss vor Veröffentlichung.
Slowakei	Nein	Nein
Slowenien	Parlamentsdebatte nach Veröffentlichung.	Parlaments debatte nach Veröffentlichung.
Spanien	Nein	Nein
Tschechien	Anhörung/Konsultation vor Übermittlung. Beschluss durch Regierung.	Anhörung/Konsultation vor Übermittlung. Beschluss durch Regierung.
Ungarn	Nein; Nationalversammlung wurde in Entstehungsphase konsultiert.	Nein; Nationalversammlung wurde in Entstehungsphase konsultiert.
Vereinigtes Königreich	Anhörung/Konsultation vor Übermittlung. Beschluss durch Regierung.	Anhörung/Konsultation vor Übermittlung. Beschluss durch Regierung.

die Zinsen für Staatsanleihen seien in vielen Mitgliedstaaten gesunken. Die EU-Kommission betont die große Bedeutung von Strukturreformen für Wachstum, Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und Beschäftigung. Sie erwartet, dass die angegangenen und noch anzugehenden strukturellen Reformen ihre positiven

Wirkungen in den kommenden Jahren vollständig entfalten werden. Gleichzeitig müsse die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte vertieft und weiterverfolgt werden. Die Jugendbeschäftigung sei zudem konsequent und zügig zu stärken. In vielen Teilen Europas haben die Reformen die Arbeitsmärkte bereits stabilisiert. Allerdings

DAS EUROPÄISCHE SEMESTER 2013

brauche es noch Zeit, bis die Reformen ihre volle Wirkung auf die Beschäftigung entfalteten.

Aus ihrer Analyse zieht die EU-Kommission Lehren für verschiedene Bereiche, etwa den Schuldenabbau, die Wettbewerbsfähigkeit und die Beschäftigung. Um den Abbau der in vielen Mitgliedstaaten hohen privaten und öffentlichen Schulden weiter voranzubringen, sollen die betroffenen Mitgliedstaaten zusätzliche Maßnahmen ergreifen. Konsolidierung soll durch eine effizientere öffentliche Aufgabenwahrnehmung sowie einfachere und gerechtere Steuersysteme unterstützt werden. Die Gesundung des Finanz- und Bankensektors soll umsichtig gesteuert werden, damit sich die Finanzierungsbedingungen weiter normalisieren und Finanzmittel in produktive Branchen, insbesondere im Bereich des Mittelstands, fließen. Auch für die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft müssen die Mitgliedstaaten nach der Analyse der EU-Kommission mehr tun. Die Arbeitskosten, die Produktivitätsentwicklung sowie intensiverer Wettbewerb auf den Güter- und Dienstleistungsmärkten seien hier wichtige Ansatzpunkte. Verbesserungen bei Bildung, Forschung und Innovation könnten ebenfalls zu einer Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit Europas beitragen. Für die Prosperität der Unternehmen seien günstige Standortbedingungen sowie ein gutes wirtschaftliches Geschäftsumfeld von zentraler Bedeutung.

Mitgliedstaaten mit einer hohen
Arbeitslosigkeit empfiehlt die EU-Kommission
darüber hinaus, Maßnahmen der aktiven
Arbeitsmarktpolitik, wie beispielsweise
Qualifizierungs- und Ausbildungsmaßnahmen,
zu verstärken. Der besorgniserregend
hohen Jungendarbeitslosigkeit in einigen
Mitgliedstaaten sei durch gezielte
Maßnahmen, etwa mit der auf EUEbene beschlossenen Jugendgarantie,
zu begegnen. Am 28. Februar 2013 hatte
der Rat eine Empfehlung zur Einführung
einer Jugendgarantie verabschiedet. Die

Mitgliedstaaten sollen allen jungen Menschen unter 25 Jahren innerhalb eines Zeitraums von vier Monaten, nachdem sie arbeitslos werden oder die Schule verlassen, eine hochwertige Arbeitsstelle, eine Weiterbildungsmaßnahme oder einen hochwertigen Ausbildungsbeziehungsweise Praktikumsplatz anbieten. Im Vordergrund steht dabei die Integration in den Arbeitsmarkt.

Im Einzelnen hat die EU-Kommission Empfehlungen für 23 Mitgliedstaaten sowie für das Eurogebiet als Ganzes vorgeschlagen, die zwischen den Mitgliedstaaten nach dem Grad der jeweiligen finanz- und wirtschaftspolitischen Herausforderungen differenzieren. So unterscheiden sich etwa die Anzahl, aber auch Duktus und Bestimmtheit der Empfehlungen. Einigen Mitgliedstaaten werden sehr weitreichende und detaillierte Reformempfehlungen aufgezeigt. Die wenigsten Empfehlungen (drei) erhält Dänemark. Deutschland, die Niederlande und Schweden bekommen jeweils vier Empfehlungen. Fünf Empfehlungen werden jeweils an Estland, Finnland und Malta ausgesprochen. Frankreich, Großbritannien, Italien, Litauen, Luxemburg und die Slowakei erhalten jeweils sechs Empfehlungen. Jeweils sieben Empfehlungen bekommen Österreich, Belgien, Bulgarien, Lettland, Tschechien, Ungarn und Polen. Die meisten Empfehlungen werden ausgesprochen an Rumänien (acht) sowie an Spanien und Slowenien (jeweils neun).

Empfehlungen an Deutschland

Wie im Vorjahr unterstützt die EU-Kommission den finanz- und wirtschaftspolitischen Kurs der Bundesregierung. Sie empfiehlt insbesondere, die wachstumsfreundliche Konsolidierung fortzusetzen. In diesem Zusammenhang sei unter anderem die Effizienz der öffentlichen Ausgaben im Gesundheitswesen zu verbessern. Zudem sei die Schuldenbremse auch in allen Bundesländern umzusetzen, inklusive der Einführung von Kontroll- und Korrekturmechanismen. Weiterhin werden eine Senkung der Steuer- und Abgabenlast, insbesondere für Geringverdiener sowie

DAS EUROPÄISCHE SEMESTER 2013

Kasten 1: Wesentlicher Inhalt der länderspezifischen Empfehlungen an ausgewählte Mitgliedstaaten

Frankreich erhält die Empfehlung, dass es

- 2013 die Haushaltsstrategie verstärkt und weiter befolgt; erforderliche Maßnahmen konkretisiert und umsetzt, damit eine nachhaltige Korrektur des übermäßigen Defizits bis spätestens 2015 gewährleistet ist. Unerwartete Mehreinnahmen zum Defizitabbau nutzen, Ausgabenkategorien sämtlicher Teilsektoren des Staates überprüfen. Bis Ende 2013 Maßnahmen treffen, um das Rentensystem (bis 2020) ins Gleichgewicht zu bringen.
- weitere Maßnahmen zur Senkung der Arbeitskosten ergreift, insbesondere durch zusätzliche Schritte zur Verringerung der Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber unter Beteiligung der Sozialpartner; sicherstellt, dass die Entwicklung des Mindestlohns die Wettbewerbsfähigkeit und Schaffung von Arbeitsplätzen fördert.
- Maßnahmen zur Verbesserung des Geschäftsumfelds und der Innovations- und Exportkapazität von Kleinen und Mittleren Unternehmen (KMUs) ergreift (Vereinfachung des regulatorischen Rahmens; Förderung des Technologietransfers).
- Beschränkungen bei freiberuflichen Dienstleistungen abschafft (Rechtsform,
 Beteiligungsstruktur, Quoten), bei Regulierung der Gas- und Stromtarife für gewerbliche
 Kunden sowie erhöhter Wettbewerb bei Personenbeförderung.
- weitere Reform des Steuersystems, die Anstrengungen zur Vereinfachung des Steuersystems und zu dessen Effizienzsteigerung unter Wahrung der Kontinuität steuerlicher Vorschriften im Zeitablauf fortsetzt.
- weitere Maßnahmen ergreift, um der Segmentierung des Arbeitsmarkts entgegenwirken. Eine Reform der Leistungen für Arbeitslose einleitet und die Beschäftigung älterer Menschen und Arbeitsloser verbessert; weitere Maßnahmen ergreift, um den Übergang von der Schule zur Arbeit reibungsloser zu gestalten.

Das Vereinigte Königreich erhält die Empfehlung, dass es

- eine nachhaltige Korrektur des übermäßigen Defizits bis 2014/15 und die Einhaltung der in den Empfehlungen des Rates zum Verfahren bei einem übermäßigen Defizit festgelegten Konsolidierungsanstrengungen gewährleistet sowie einen dauerhaften Abwärtstrend bei der hohen Schuldenquote erreicht.
- weitere Maßnahmen zur Vergrößerung des Wohnungsangebots ergreift, darunter eine weitere Liberalisierung der Raumplanungsgesetze und eine effiziente Umsetzung des Planungssystems.
- auf der Grundlage des "Youth Contract"-Programms die Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit verstärkt, z. B. über eine Jugendgarantie; die Qualität von Ausbildungsprogrammen verbessert und deren Dauer verlängert.

DAS EUROPÄISCHE SEMESTER 2013

- die Bemühungen verstärkt, einkommensschwache Haushalte zu unterstützen und die Kinderarmut zu verringern, indem es gewährleistet, dass das "Universal Credit"-Konzept und andere Sozialreformen zu einem gerechten Steuer- und Sozialleistungssystem mit stärkeren Arbeitsanreizen und mehr Unterstützungsleistungen führen.
- weitere Schritte unternimmt, um die Verfügbarkeit von Finanzierungen durch Banken und Nichtbanken für den Unternehmenssektor zu steigern, und dabei gewährleistet, dass die Maßnahmen vor allem auf rentable Unternehmen, insbesondere KMU, ausgerichtet sind.
- Maßnahmen zur baldigen Steigerung der Investitionen in das Infrastrukturnetz ergreift, insbesondere durch Förderung effizienterer und besser fundierter Planungsund Entscheidungsprozesse; einen stabilen Rechtsrahmen für Investitionen in neue Energieerzeugungskapazitäten.

Italien erhält die Empfehlung, dass es

- durch vollständige Umsetzung der getroffenen Maßnahmen gewährleistet, dass das Defizit im Jahr 2013 unter dem im Vertrag festgelegten Referenzwert von 3 % des Bundesinlandsprodukts (BIP) liegt.
- durch rasche Annahme der entsprechenden Rechtsvorschriften gewährleistet, dass die laufenden Reformen zügig umgesetzt und anschließend auf allen Regierungsebenen konkret und mit allen betroffenen Akteuren angewandt und ihre Auswirkungen überwacht werden.
- eine gute Unternehmensführung auf das gesamte Bankwesen ausdehnt, die mehr Effizienz und Rentabilität ermöglicht, um den Zustrom von Krediten in produktive Aktivitäten zu fördern; die laufende Qualitätsprüfung der Aktiva im gesamten Bankensektor vorantreibt und die Abwicklung notleidender Kredite in den Bilanzen der Banken erleichtert.
- die Arbeitsmarktreform und die Reform des Lohnfestsetzungssystems wirksam umsetzt; weitere Maßnahmen zur Ankurbelung der Arbeitsmarktbeteiligung, insbesondere von Frauen und jungen Menschen, ergreift, beispielsweise durch eine Jugendgarantie; die berufliche Ausund Weiterbildung ausbaut, die Effizienz der staatlichen Arbeitsvermittlung steigert und die Berufsberatung für Studenten verbessert.
- die Steuerlast auf haushaltsneutrale Weise weg von Arbeit und Kapital auf den Konsum, das Grundeigentum und die Umwelt verlagert; zu diesem Zweck die Anwendung der Mehrwertsteuerbefreiungen und der ermäßigten Sätze sowie die direkten Steuerausgaben überarbeitet und das Katastersystem dahingehend reformiert, dass die Bemessungsgrundlage für die Immobilienbesteuerung an die Marktwerte angepasst wird.
- sicherstellt, dass die Maßnahmen zur Öffnung des Dienstleistungssektors ordnungsgemäß umgesetzt werden.

DAS EUROPÄISCHE SEMESTER 2013

Spanien erhält die Empfehlung, dass es

- die im SWP verlangte strukturelle Konsolidierung durchführt, um die Korrektur des übermäßigen Defizits bis 2016 zu gewährleisten; zu diesem Zweck die in den Haushaltsplänen 2013 festgelegten Maßnahmen auf allen staatlichen Ebenen umsetzt und die mittelfristige Haushaltsstrategie durch ausreichend ausgeführte strukturelle Maßnahmen für die Jahre 2014 bis 2016 untermauert.
- das Steuersystem bis März 2014 einer systematischen Überprüfung unterzieht; eine weitere Einschränkung der Steuervergünstigungen bei der direkten Besteuerung ins Auge fasst, die Möglichkeiten zur weiteren Begrenzung der Anwendung ermäßigter Mehrwertsteuersätze prüft und zusätzliche Schritte bei den Umweltsteuern, insbesondere den Verbrauchssteuern und den Kraftstoffsteuern, einleitet.
- im Finanzsektor das Programm zur Rekapitalisierung der Finanzinstitute umsetzt.
- die Bewertung der 2012 durchgeführten Arbeitsmarktreform einschließlich all ihrer Ziele und Maßnahmen bis Juli 2013 zum Abschluss bringt und erforderlichenfalls bis September 2013 Änderungen vorlegt.
- die in der Strategie für Jugendbeschäftigung und Unternehmertum 2013-2016 dargelegten Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit beispielsweise durch eine Jugendgarantie umsetzt und ihre Wirksamkeit überwacht.
- die zur Verringerung der Zahl der von Armut und/oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen erforderlichen Maßnahmen beschließt.
- bis Ende 2013 das Gesetz über freiberufliche Vereinigungen und Dienstleistungen verabschiedet und umsetzt, um ungerechtfertigte Barrieren für den Zugang zu freiberuflichen Tätigkeiten und ihrer Ausübung zu beseitigen und das Gesetz über Unternehmertum verabschiedet und umsetzt.
- das Tarifdefizit im Elektrizitätssektor beseitigt, indem es bis Ende 2013 eine Strukturreform für diesen Sektor beschließt und umsetzt; seine Bemühungen um vollständige Zusammenschaltung mit den Gas- und Stromnetzen der Nachbarländer intensiviert.
- die Reform der Kommunalverwaltung dem vorgelegten Zeitplan entsprechend beschließt und bis Oktober 2013 einen Plan zur Erhöhung der Effizienz der öffentlichen Verwaltung insgesamt vorlegt.

mehr Arbeitsanreize für Zweitverdiener und Geringqualifizierte empfohlen. Außerdem werden eine Begrenzung der Kosten der Energiewende sowie weitere Liberalisierungen im Dienstleistungsbereich und im Schienenverkehr angemahnt. Die Bundesregierung wird im NRP 2014 zu den Empfehlungen an Deutschland Stellung nehmen.

Die länderspezifischen Empfehlungen an andere ausgewählte Mitgliedstaaten stellt Kasten 1 zusammenfassend dar.

DAS EUROPÄISCHE SEMESTER 2013

3.4 Ratsbeschluss zu den länderspezifischen Empfehlungen

Im Juni hat der Rat die länderspezifischen Empfehlungen beraten und diese am 9. Juli 2013 endgültig beschlossen. Der Europäische Rat hatte am 27. und 28. Juni 2013 das Ergebnis der Ratsbefassung politisch gebilligt. Der Rat machte sich weitgehend die Analyse der EU-Kommission und die von ihr vorgelegten Empfehlungstexte zu Eigen. Er änderte die ursprünglichen Kommissionsvorschläge in der Regel nur, um den Mitgliedstaaten eine größere Freiheit bei der Wahl der Maßnahmen zur Umsetzung einzuräumen. Die Zielrichtung einer Empfehlung stellte der Rat nicht infrage.

3.5 Ratsbeschluss im Defizitverfahren

Am 21. Juni 2013 traf der Rat auf Vorschlag der EU-Kommission Entscheidungen zum weiteren Vorgehen in den Defizitverfahren zu 13 Mitgliedstaaten: Der Rat beschloss, die laufenden Defizitverfahren von Italien, Ungarn, Lettland, Litauen und Rumänien zu beenden, ein neues Verfahren gegen Malta zu eröffnen und die Fristen zur Korrektur der übermäßigen Defizite von Frankreich, Spanien, Slowenien und Polen um zwei Jahre beziehungsweise für die Niederlande und Portugal um ein Jahr zu verlängern. Zudem wurde Belgien vom Rat in Verzug gesetzt. Tabelle 2 enthält eine Übersicht zu den Defizitverfahren.

Der nächste Schritt in den Defizitverfahren steht im Herbst 2013 an: Diejenigen Mitgliedstaaten, an die im Juni 2013 eine Ratsempfehlung nach Art. 126 (7) AEUV gerichtet wurde, sind verpflichtet, bis Anfang Oktober dieses Jahres einen Bericht über die Ergreifung von Maßnahmen zum Abbau des übermäßigen Defizits vorzulegen. Die EU-Kommission

muss in der Folge eine Stellungnahme abgeben, in der sie bewertet, ob sie die von den Mitgliedstaaten getroffenen Maßnahmen für ausreichend hält, um das übermäßige Defizit fristgemäß zu beseitigen. Wenn der Mitgliedstaat wirksame Maßnahmen ergriffen hat, ruht das Verfahren. Andernfalls kann der Rat gemäß Art. 126 (8) AEUV feststellen, dass ein Mitgliedstaat keine wirksamen Maßnahmen zum Defizitabbau getroffen hat, was für einen Euro-Mitgliedstaat quasiautomatische Sanktionen zur Folge hätte. Belgien, das nach Art. 126 (9) AEUV in Verzug gesetzt wurde, muss bis Ende September 2013 einen Bericht über die ergriffenen Maßnahmen vorlegen. Bei unzureichender Umsetzung des Ratsbeschlusses drohen ebenfalls Sanktionen in Form einer Geldbuße.

4 Fazit: Empfehlungen umsetzen

Nach Beschluss der länderspezifischen Empfehlungen sind die Mitgliedstaaten gehalten, ihre Politik an den formulierten Maßstäben zu orientieren und sie bei den anstehenden Entscheidungen über Haushalt und Strukturreformen zu beachten. Innerhalb eines Zeitraums von 12 bis 18 Monaten sollen die Empfehlungen umgesetzt werden.

Die Empfehlungen sind sogenannte Soft-Law-Empfehlungen und nicht zwingend zu beachten. Sie sind gleichwohl ein wichtiges Element der europäischen Wachstumsund Reformstrategie. Sie halten die Mitgliedstaaten an, den eingeschlagenen Pfad aus wachstumsorientierter fiskalischer Konsolidierung und Strukturreformen fortzusetzen. Die Doppelstrategie beginnt, Wirkung zu zeigen. Es bedarf aber weiterer Maßnahmen und Anstrengungen, um das Erreichte zu festigen und zu vertiefen.

□ Analysen und Berichte

DAS EUROPÄISCHE SEMESTER 2013

Tabelle 2: EU-Mitgliedstaaten im Defizitverfahren (EDP) EU-Mitgliedstaaten im Defizitverfahren

Mitgliedstaat	Euroraum/EU	laufendes Defiz	itverfahren/Frist	Stand des Verfahrens
. 3	, .	Seit	Bis	
Belgien	Euroraum	02.12.2009	2013	Ratsbeschluss nach Art. 126(9) AEUV vom 21.06.2013.
Frankreich	Euroraum	27.04.2009	2015	Ratsempfehlung nach Art. 126(7) AEUV vom 21.06.2013.
Malta	Euroraum	21.06.2013	2014	Ratsbeschluss und -empfehlung nach Art. 126 (6) und (7) AEUV vom 21.06.2013.
Niederlande	Euroraum	02.12.2009	2014	Ratsempfehlung nach Art. 126(7) AEUV vom 21.06.2013.
Österreich	Euroraum	02.12.2009	2013	Ratsempfehlung nach Art. 126(7) AEUV vom 02.12.2009.
Slowakei	Euroraum	02.12.2009	2013	Ratsempfehlung nach Art. 126(7) AEUV vom 02.12.2009.
Slowenien	Euroraum	02.12.2009	2015	Ratsempfehlung nach Art. 126(7) AEUV vom 21.06.2013.
Spanien	Euroraum	27.04.2009	2016	Ratsempfehlung nach Art. 126(7) AEUV vom 21.06.2013.
Dänemark	EU	13.07.2010	2013	Ratsempfehlung nach Art. 126(7) AEUV vom 13.07.2010.
Polen	EU	07.07.2009	2014	Ratsempfehlung nach Art. 126(7) AEUV vom 21.06.2013.
Tschechische Republik	EU	02.12.2009	2013	Ratsempfehlung nach Art. 126(7) AEUV vom 02.12.2009.
Vereinigtes Königreich	EU	08.07.2008	2014/15	Ratsempfehlung nach Art. 126(7) AEUV vom 02.12.2009.

noch Tabelle 2: EU-Mitgliedstaaten im Defizitverfahren EU-Mitgliedstaaten , die 2013 aus dem Defizitverfahren entlassen wurden

Mitgliedstaat	Euroraum/EU	laufendes Defiz	itverfahren/Frist	Stand des Verfahrens		
Witgiledstaat	Latoraumijeo	Ab	Bis	Stalld des verlainens		
Italien	Euroraum	02.12.2009	2012	Ratsbeschluss nach Art. 126(12) AEUV vom 21.06.2013.		
Lettland	EU	07.07.2009	2012	Ratsbeschluss nach Art. 126(12) AEUV vom 21.06.2013.		
Litauen	EU	07.07.2009	2012	Ratsbeschluss nach Art. 126(12) AEUV vom 21.06.2013.		
Rumänien	EU	07.07.2009	2012	Ratsbeschluss nach Art. 126(12) AEUV vom 21.06.2013.		
Ungarn	EU	07.07.2009	2012	Ratsbeschluss nach Art. 126(12) AEUV vom 21.06.2013.		

Analysen und Berichte

Europäischer Rat am 27. und 28. Juni 2013

Europäischer Rat am 27. und 28. Juni 2013

Rückblick auf die wichtigsten Ergebnisse aus finanzpolitischer Sicht

- Die Schwerpunkte der Tagung des Europäischen Rates am 27. und 28. Juni 2013 in Brüssel lagen auf den Themen Jugendbeschäftigung und Finanzierung von Kleinen und Mittleren Unternehmen.
- Am Rande des Europäischen Rates wurde eine politische Einigung über den Mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020 erzielt. Die Einigung gibt Planungssicherheit für die einzelnen Politikbereiche, insbesondere für die großen Ausgabenblöcke "Wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Zusammenhalt" (Strukturpolitik) und "Nachhaltiges Wachstum: natürliche Ressourcen" (Agrar).
- Die Staats- und Regierungschefs tauschten sich zudem über Fortschritte bei der Verwirklichung der Bankenunion aus und verabschiedeten einen Fahrplan für die weiteren Beratungen zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion. Der Europäische Rat begrüßte darüber hinaus den Vorschlag der Europäischen Kommission für die Einführung des Euro in Lettland.

Die Schwerpunkte der Tagung des Europäischen Rates am 27. und 28. Juni 2013 aus finanz- und wirtschaftspolitischer Sicht lagen auf den Themen Jugendbeschäftigung, Finanzierung Kleiner und Mittlerer Unternehmen (KMU), dem Abschluss des Europäischen Semesters, der Verwirklichung der Bankenunion und der Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion. Am Rande des Europäischen Rates konnten Rat und Europäisches Parlament eine politische Einigung über den Mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020 erzielen.

Der Europäische Rat hat sich auf ein umfassendes Konzept zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit verständigt. Im Rahmen der sogenannten Jugendgarantie sollen die EU-Mitgliedstaaten sicherstellen, dass junge Menschen unter 25 Jahren innerhalb von vier Monaten, nachdem sie arbeitslos werden oder die Schule verlassen, eine hochwertige Arbeitsstelle oder Weiterbildungsmaßnahme oder einen hochwertigen Ausbildungs- beziehungsweise Praktikumsplatz erhalten. Für die Umsetzung

der Jugendgarantie stehen im Zeitraum 2014 bis 2015 bis zu 6 Mrd. € im Rahmen der sogenannten Beschäftigungsinitiative für junge Menschen zur Verfügung. Die Mittel können für Jugendliche, die in einer Region mit einer Jugendarbeitslosenquote von über 25 % leben, eingesetzt werden. Zudem wird die Europäische Investitionsbank (EIB) unverzüglich ein neues Finanzierungsprogramm zur Finanzierung von Jugendbeschäftigung auflegen. 2013 sollen hierfür Darlehen im Umfang von 6 Mrd. € ausgereicht werden.

Um den Zugang der Wirtschaft, insbesondere von KMU, zu Finanzierungen zu erleichtern, hat der Europäische Rat einen Investitionsplan für Europa mit folgenden Elementen beschlossen:

 Die EIB wird aufgefordert, die sich infolge der im Juni 2012 beschlossenen Kapitalerhöhung in Höhe von 10 Mrd. € ergebenden Spielräume zu nutzen, um ihr Darlehensvolumen im Zeitraum 2013 bis 2015 auszuweiten.

Analysen und Berichte

Europäischer Rat am 27. und 28. Juni 2013

- Kommission und EIB sollen gemeinsam Risikoteilungsinstrumente zur KMU-Förderung entwickeln, indem Mittel aus dem EU-Haushalt mit EIB-Mitteln kombiniert werden.
- Die Fähigkeiten des Europäischen Investitionsfonds zur Bonitätsverbesserung sollen gesteigert werden.
- Instrumente der Handelsfinanzierung sollen schrittweise ausgebaut werden. Dabei soll der Fokus auf den Programmländern liegen.
- Die Zusammenarbeit zwischen der EIB und nationalen Förderbanken soll verbessert werden.

Im Rahmen des Europäischen Semesters hat der Europäische Rat die länderspezifischen Empfehlungen an die Mitgliedstaaten generell gebilligt.

Um die Finanzstabilität sicherzustellen. die Fragmentierung der Finanzmärkte zu verringern und die Kreditvergabe an die Wirtschaft zu verbessern, ist eine weitere Integration der europäischen Finanzmärkte erforderlich. Die Staats- und Regierungschefs haben daher die politische Einigung im Rat für Wirtschaft und Finanzen über den Entwurf der Richtlinie über die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten begrüßt. Sie haben Rat und Europäisches Parlament ersucht, das Gesetzgebungsverfahren zu dieser Richtlinie bis Ende 2013 abzuschließen. Zudem soll bis Jahresende auch die Gesetzgebung zur Richtlinie über Einlagensicherungssysteme abgeschlossen werden.

Um die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion voranzutreiben, hat der Europäische Rat einen Fahrplan für die weiteren Beratungen verabschiedet. Hierfür wurde ein zweistufiges Vorgehen vereinbart. Bei ihrer Tagung im Oktober 2013 werden die Staats- und Regierungschefs über den notwendigen Fokus einer gestärkten wirtschaftspolitischen Koordinierung sowie die soziale Dimension der Wirtschaftsund Währungsunion diskutieren. Im Dezember 2013 soll darauf aufbauend in einem zweiten Schritt insbesondere über Art und Modalitäten vertraglicher Vereinbarungen zur Umsetzung von Reformen sowie die Ausgestaltung von sie unterstützenden Solidaritätsmechanismen beraten werden. Im Hinblick auf die Erweiterung des Euroraums hat der Europäische Rat den Vorschlag der Kommission für eine Euro-Einführung in Lettland zum 1. Januar 2014 begrüßt.

Am Rande des Europäischen Rates konnte eine politische Einigung mit dem Europäischen Parlament zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020 erreicht werden. Damit stehen für die kommenden sieben Jahre 960 Mrd. € (in Preisen von 2011) an sogenannten Verpflichtungsermächtigungen zur Verfügung. Die Einigung zum Finanzrahmen gibt Planungssicherheit für die Programme der einzelnen Politikbereiche, wie Wettbewerbsfähigkeit für Wachstum und Beschäftigung, Struktur- und Agrarpolitik, Innen- und Außenpolitik sowie für die Verwaltung. Die Ausgestaltung der einzelnen Programme muss nun verhandelt werden, damit diese rechtzeitig ab 2014 anlaufen können.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Die Industrieindikatoren sind tendenziell aufwärtsgerichtet und deuten damit auf eine Erholung des Verarbeitenden Gewerbes im 2. Quartal hin.
- Die Lage auf dem Arbeitsmarkt erwies sich im Frühsommer insgesamt als stabil. Der Beschäftigungsaufbau setzte sich fort, und zum Quartalsende ging die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl wieder zurück, nachdem sie zuvor drei Monate in Folge angestiegen war.
- Die j\u00e4hrliche Teuerungsrate auf der Konsumentenstufe war im Juni insbesondere aufgrund einer Zunahme der Nahrungsmittelpreise – etwas h\u00f6her als im Vormonat. Die insgesamt moderate Preisniveauentwicklung d\u00fcrfte sich in den n\u00e4chsten Monaten fortsetzen.

Im 2. Quartal dürfte die konjunkturelle Schwächephase des Winterhalbjahres 2012/2013 überwunden worden sein. Die wirtschaftlichen Aktivitäten in den besonders konjunkturreagiblen Wirtschaftsbereichen -Verarbeitendes Gewerbe und Bauwirtschaft haben sich bis zur Mitte des zweiten Vierteljahres den Indikatoren zufolge erholt. Dies deutet für sich genommen in der Verlaufsbetrachtung auf eine höhere Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Aktivität im Frühsommer als zu Beginn dieses Jahres hin. Dabei könnte es zu Nachholeffekten nach den witterungsbedingten Beeinträchtigungen der gesamtwirtschaftlichen Aktivität im ersten Vierteljahr gekommen sein, die vor allem die Bauinvestitionen begünstigten.

Die industrielle Erzeugung zeigt einen deutlichen Aufwärtstrend, der vor allem von einer spürbaren Ausweitung der Produktion von Investitionsgütern geprägt ist. Dies könnte einerseits bereits ein erstes Signal dafür sein, dass sich die Zurückhaltung der Investoren allmählich auflöst. Obwohl andererseits bei den Auftragseingängen in diesem Bereich noch eine leichte Abwärtsbewegung zu beobachten ist, gehen jedoch die Investitionsgüterproduzenten laut

ifo Umfrage von einer Verbesserung ihrer Geschäftstätigkeit im weiteren Jahresverlauf aus.

Auf der Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts dürfte vor allem der Konsum der privaten Haushalte im 2. Quartal erneut eine Wachstumsstütze gewesen sein. Dazu trug entscheidend bei, dass die Kaufkraft der privaten Haushalte vom anhaltenden Beschäftigungsaufbau, von Tariflohnsteigerungen sowie auch von der moderaten Preisniveauentwicklung profitierte. Der Beschäftigungsaufbau und die diesjährigen Tariflohnerhöhungen spiegeln sich in einer Zunahme der Einnahmen aus der Lohnsteuer wider. Dabei überschritt das Bruttoaufkommen (Lohnsteuereinnahmen vor Abzug des Kindergelds und der Altersvorsorgezulage) im Zeitraum Januar bis Juni 2013 das entsprechende Vorjahresniveau um 5.7%.

Auf der außenwirtschaftlichen Seite dürfte hingegen auch im Frühsommer die wirtschaftliche Schwäche im Euroraum ein belastender Faktor für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland gewesen sein.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

So sind die nominalen Warenausfuhren im Monat Mai saisonbereinigt deutlich gesunken, nachdem sie zuvor zwei Monate in Folge angestiegen waren. Der Rückgang sollte jedoch nicht überinterpretiert werden. Zum einen sind die monatlichen Außenhandelsdaten sehr volatil. Zum anderen zeigt die deutsche Exporttätigkeit – trotz des Rückgangs im Mai - immer noch eine leichte Aufwärtsbewegung. Im Zeitraum Januar bis Mai 2013 lag das nominale Ausfuhrergebnis allerdings geringfügig unterhalb des entsprechenden Vorjahresniveaus (Ursprungswerte - 0,3%). Während die Ausfuhren in Drittländer und EU-Staaten außerhalb des Euroraums zunahmen (+2,2% beziehungsweise + 0,9 %), gingen die Exporte in den Euroraum spürbar zurück (-3,6%).

Die nominalen Warenimporte verzeichneten im Mai einen merklichen Anstieg. Sie sind damit im Zweimonatsvergleich klar aufwärtsgerichtet. Im Zeitraum Januar bis Mai gingen die Einfuhren nach Ursprungswerten gegenüber dem Vorjahr hingegen zurück (-1,7%). Am stärksten war der Importrückgang aus Drittländern (- 5,0 %). Dem deutlichen Zuwachs aus EU-Ländern außerhalb des Euroraums (+2,5%) stand eine moderate Abnahme der Einfuhren aus Ländern des Euroraums gegenüber (- 0,7%). Die rückläufige Importentwicklung aus Drittländern dürfte neben niedrigeren Einfuhrvolumina auch auf eine deutliche Verbilligung von Energieimporten – insbesondere von Erdöl und Mineralölerzeugnissen – zurückzuführen sein. Zusammengenommen resultiert hieraus eine Verminderung der Einnahmen aus der Einfuhrumsatzsteuer um 9,8 % im Zeitraum Januar bis Juni gegenüber dem entsprechenden Vorjahresniveau.

Die aus der Differenz der nominalen Warenexporten und -importe resultierende Handelsbilanz (nach Ursprungswerten) wies im Zeitraum Januar bis Mai einen Überschuss von 80,3 Mrd. € aus und übertraf damit das entsprechende Vorjahresergebnis um 4,9 Mrd. €. Der Leistungsbilanzüberschuss war im gleichen Zeitraum mit 73,1 Mrd. € um 5,4 Mrd. € höher als vor einem Jahr.

Die Aussichten für die deutsche Exporttätigkeit in diesem Jahr bleiben insgesamt günstig, wenngleich sich die Erholung der Weltwirtschaft voraussichtlich langsamer vollziehen wird als am Anfang dieses Jahres erwartet. So ist in den meisten Ländern des Euro-Währungsgebiets erst frühestens ab dem Schlussquartal dieses Jahres mit dem Beginn einer konjunkturellen Erholung zu rechnen. Hiervon geht auch der Internationale Währungsfonds (IWF) in seiner jüngsten Aktualisierung des Weltwirtschaftsausblicks (WEO) vom April 2013 aus. Er korrigierte seine Prognose für die Weltwirtschaft insgesamt, insbesondere auch für den Euroraum und die USA, für dieses Jahr leicht nach unten. In den asiatischen Schwellenländern wird weiterhin mit einem deutlichen Wachstum gerechnet, allerdings mit einer etwas geringeren Dynamik, als dem WEO vom April zugrunde gelegt wurde. Auf eine erst allmähliche Erholung der Weltwirtschaft deutet auch der OECD Composite Leading Indicator hin, dessen Anstieg deutlich geringer ausfiel als in den Monaten zuvor. Mit einer allmählich anziehenden globalen wirtschaftlichen Aktivität verbessern sich die Absatzperspektiven der deutschen Unternehmen. Hiervon gehen auch die vom ifo Institut befragten Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes aus, die ihre Exporterwartungen für die nächsten drei Monate im Juni erhöhten. Die Auslandsaufträge der deutschen Industrie gingen im April und Mai gegenüber dem jeweiligen Vormonat hingegen zurück. Es ist jedoch weiterhin eine Aufwärtsbewegung zu erkennen.

Die Industrieindikatoren sind tendenziell aufwärtsgerichtet und deuten damit auf eine Erholung des Verarbeitenden Gewerbes im 2. Quartal hin. Gleichwohl hat sich die Industrieproduktion nach drei Anstiegen in Folge im Mai gegenüber dem Vormonat leicht abgeschwächt (saisonbereinigt). Dies war vor allem auf einen Rückgang der

$\ \ \square$ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Finanz politisch wichtige Wirtschafts daten

		2012	Veränderung in % gegenüber							
Gesamtwirtschaft/Einkommen	Mrd. €	ggü Vori in %	Vorpe	eriode saisor	nbereinigt		Vorjah	r		
	bzw. Index	ggü. Vorj. in%	3.Q.12	4.Q.12	1.Q.13	3.Q.12	4.Q.12	1.Q.13		
Bruttoinlandsprodukt										
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	111,0	+0,7	+0,2	-0,7	+0,1	+0,4	+0,0	-1,4		
jeweilige Preise	2 644	+2,0	+0,6	-0,4	+1,2	+1,8	+1,5	+0,7		
Einkommen										
Volkseinkommen	2 035	+2,5	-0,1	-0,5	+2,1	+1,9	+1,3	+0,8		
Arbeitnehmerentgelte	1 3 7 8	+3,7	+0,6	+1,0	+0,6	+3,8	+3,7	+3,4		
Unternehmens- und										
Vermögenseinkommen	657	+0,1	-1,3	-3,7	+5,6	-1,2	-4,4	-3,8		
Verfügbare Einkommen										
der privaten Haushalte	1 668	+2,3	+0,2	+0,6	+0,5	+1,6	+1,7	+0,5		
Bruttolöhne ugehälter	1 127	+4,0	+0,5	+0,9	+0,9	+3,9	+3,9	+3,6		
Sparen der privaten Haushalte	175	+1,6	-1,6	-1,9	-0,2	+1,5	-1,9	-3,3		
		2012			Veränderung ir	n% gegenüber				
Außenhandel/Umsätze/Produktion/Auf	Mrd 6	aaë Vari	Vorpe	eriode saisor	nbereinigt	Vorjahr ¹				
tragseingänge	Mrd. € bzw. Index	ggü.Vorj. in%	Apr13	Mai 13	Zweimonats- durchschnitt	Apr 13	Mai 13	Zweimonats durchschnit		
in jeweiligen Preisen										
Außenhandel (Mrd. €)										
Waren-Exporte	1 097	+3,4	+1,4	-2,4	+0,4	+8,3	-4,8	+1,5		
Waren-Importe	909	+0,7	+1,2	+1,7	+2,6	+5,1	-2,6	+1,1		
in konstanten Preisen von 2010										
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)	105,8	-0,4	+2,0	-1,0	+2,0	+0,9	-1,0	-0,1		
Industrie ²	106,8	-0,6	+1,7	-0,7	+1,9	+1,6	-0,5	+0,6		
Bauhauptgewerbe	105,9	-1,0	+8,3	-2,6	+4,2	-1,0	-3,6	-2,3		
Umsätze im produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)										
Industrie ²	105,9	-0,6	+1,1	-1,0	+1,3	+0,8	-1,9	-0,6		
Inland	104,8	-1,6	-0,9	+0,5	+0,0	-2,5	-3,1	-2,8		
Ausland	107,0	+0,4	+3,2	-2,5	+2,7	+4,2	-0,6	+1,8		
Auftragseingang (Index 2010 = 100)										
Industrie ²	103,2	-3,8	-2,2	-1,3	-1,6	-0,3	-2,0	-1,2		
Inland	100,8	-5,6	-3,2	-2,0	-3,2	-3,2	-4,2	-3,7		
Ausland	105,1	-2,3	-1,4	-0,7	-0,4	+2,1	-0,3	+0,9		
Bauhauptgewerbe	105,4	+4,4	+1,0		-2,9	-2,3		-3,8		
Umsätze im Handel (Index 2010 = 100)										
Einzelhandel (ohne Kfz und mit Tankstellen)	101,2	+0,1	-0,1	+0,8	+0,2	+2,7	+0,4	+1,6		

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

		2012	Veränderung in Tausend gegenüber							
Arbeitsmarkt	Personen	aa: Mari in %	Vorpe	eriode saison	bereinigt	Vorjahr				
	Mio.	ggü. Vorj. in %	Apr 13	Mai 13	Jun 13	Apr 13	Mai 13	Jun 13		
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	2,90	-2,6	+4	+17	-12	+57	+82	+56		
Erwerbstätige, Inland	41,62	+1,1	+1	+7		+277	+246			
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	29,01	+1,9	+47			+373				
		2012	Veränderung in % gegenüber							
Preisindizes 2005 = 100		aaii Mari in %		Vorperiod	le	Vorjahr				
2000 .00	Index	ggü. Vorj. in %	Apr 13	Mai 13	Jun 13	Apr 13	Mai 13	Jun 13		
Importpreise	119,4	+2,1	-1,4	-0,4		-3,2	-2,9			
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	118,3	+2,1	-0,2	-0,3		+0,1	+0,2			
Verbraucherpreise ³	104,1	+2,0	-0,5	+0,4	+0,1	+1,2	+1,5	+1,8		
ifo Geschäftsklima				saisonbere	inigte Salden					
gewerbliche Wirtschaft	Nov 12	Dez 12	Jan 13	Feb 13	Mrz 13	Apr 13	Mai 13	Jun 13		
Klima	-4,0	-2,1	+1,4	+7,3	+6,0	+1,5	+4,1	+4,4		
Geschäftslage	+5,0	+3,2	+5,0	+9,1	+8,5	+3,5	+8,6	+7,5		
Geschäftserwartungen	-12,5	-7,3	-2,2	+5,6	+3,6	-0,5	-0,4	+1,4		

 $^{^{1}} Produktion\, arbeitst\"{a}glich, Umsatz, Auftragseingang\, Industrie\, kalenderbereinigt, Auftragseingang\, Bau\, saisonbereingt.$

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut.

Investitionsgüterherstellung – insbesondere im Maschinenbau – zurückzuführen. Im Zweimonatsvergleich ist die Herstellung von Investitionsgütern nach einem kräftigen Anstieg im April weiterhin deutlich aufwärtsgerichtet. Hierzu hat vor allem die spürbare Ausweitung der Produktion von Kraftwagen und Kraftwagenteilen beigetragen.

Der Umsatz in der Industrie war saisonbereinigt im Mai im Vergleich zum Vormonat rückläufig. Im Zweimonatsvergleich blieb er der Tendenz nach jedoch weiter aufwärtsgerichtet. Dabei nahm der Auslandsumsatz deutlich zu, wobei sowohl im Euroraum als auch in den Ländern außerhalb des Euro-Währungsgebiets der Verkauf industrieller Erzeugnisse ausgeweitet wurde. Der Inlandsumsatz stagnierte hingegen.

Der Rückgang der Industrieproduktion am aktuellen Rand sollte nicht überinterpretiert werden. Aufgrund der Erholung der

industriellen Erzeugung gegen Ende des ersten Vierteljahrs mit einem statistischen Überhang von 1,0 % und wegen des schwungvollen Einstiegs in das 2. Quartal ist im Frühsommer mit einer deutlichen Zunahme der industriellen Erzeugung zu rechnen. Zudem wird die gesamtwirtschaftliche Aktivität durch Nachholeffekte bei den Bauinvestitionen begünstigt, die im ersten Vierteljahr durch den langen und harten Winter deutlich beeinträchtigt worden waren. Die konjunkturelle Grunddynamik ist aufgrund dieser Sondereffekte schwer einzuschätzen. zumal das Indikatorenbild für den weiteren Jahresverlauf eher uneinheitlich ist. Die der Grundtendenz nach leicht aufwärtsgerichteten Auftragseingänge sprechen zwar dafür, dass die Industrieproduktion auch in den folgenden Monaten ausgeweitet werden dürfte. Jedoch ging das Bestellvolumen im Mai - insbesondere aufgrund eines unterdurchschnittlichen Volumens an Großaufträgen – den zweiten

²Ohne Energie.

³Index 2010 = 100.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Monat in Folge zurück. Dabei neigen vor allem die Inlandsbestellungen für Investitionsgüter zur Schwäche. Währenddessen zeigt die Vorleistungsgüterproduktion, die ebenfalls ein Indikator für die zukünftige Produktion ist, einen merklichen Aufwärtstrend. Auch die vorlaufenden Stimmungsindikatoren zeichnen ein insgesamt positives Bild für die industrielle Aktivität in den kommenden Monaten. So stiegen die ifo Geschäftserwartungen im Verarbeitenden Gewerbe im Juni deutlich an, nachdem sie im Vormonat stagnierten.

Die Bauproduktion verringerte sich im Mai saisonbereinigt gegenüber dem Vormonat. Dies war aufgrund des kräftigen Anstiegs im Monat zuvor (saisonbereinigt + 8,3%) zu erwarten gewesen. Im Zweimonatsvergleich zeigt sich weiterhin eine Aufwärtsbewegung. Diese resultiert aus einer Ausweitung der Bautätigkeit sowohl im Hochbau als auch im Tiefbau, die insbesondere auf Nachholeffekte zurückzuführen sein dürfte, während das Ausbaugewerbe seine Produktion einschränkte. Die vorlaufenden Indikatoren für die Bauproduktion zeichnen ein eher uneinheitliches Bild. So verschlechterten sich die ifo Geschäftserwartungen im Bauhauptgewerbe im Juni den vierten Monat in Folge, wobei sich der Abwärtstrend zuletzt abgeschwächt hat. Dagegen deuten die in der Tendenz angestiegenen Auftragseingänge im Baugewerbe, insbesondere im Hochbau (ohne Wohnungsbau), auf eine Ausweitung der Bauproduktion in den nächsten Monaten hin.

Auch im Frühsommer dürften die privaten Haushalte ihre Konsumtätigkeit ausgeweitet haben. So zeigt der Umsatz im Einzelhandel (ohne Kraftfahrzeuge) eine leichte Aufwärtsbewegung. Auch die Stimmung der Konsumenten verbesserte sich laut Umfrage der GfK zum Konsumklima im Quartalsverlauf. Der private Konsum dürfte dabei von den deutlichen Tariflohnsteigerungen, dem hohen Beschäftigungsstand und dem gemäßigten Anstieg des Verbraucherpreisniveaus profitiert haben. Dies wird auch weiterhin die Kaufkraft und somit die Konsumentfaltung der privaten Haushalte begünstigen. Dafür spricht auch

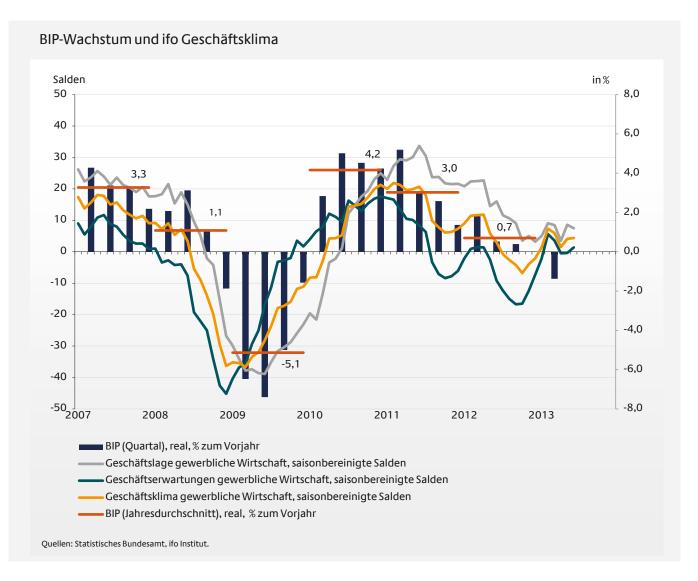
eine laut GfK-Umfrage erneut merkliche Stimmungsverbesserung der Verbraucher im Juli. Dabei gab zwar die Anschaffungsneigung etwas nach, sie befindet sich aber weiterhin auf einem hohen Niveau. Die derzeit rückläufige Sparneigung zeigt, dass die Konsumenten – trotz Einkommenssteigerungen – eher konsumieren als sparen wollen. Hierzu dürften auch das niedrige Zinsniveau und die gute Lage auf dem Arbeitsmarkt beitragen. Darüber hinaus erwarten lauf ifo Umfrage auch die Einzelhändler in den nächsten sechs Monaten bessere Geschäfte.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt erwies sich im 2. Quartal dieses Jahres als stabil. Dabei stieg die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl in diesem Zeitraum mit rund 20 000 Personen leicht gegenüber dem Vorquartal an. Im Juni war im Vergleich zum Vormonat nun wieder ein Rückgang der Arbeitslosenzahl zu verzeichnen, nachdem sie zuvor drei Monate in Folge leicht zugenommen hatte. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen lag im Juni bei 2,86 Millionen Personen und überschritt damit das Vorjahresniveau um 56 000 Personen. Die entsprechende Arbeitslosenquote lag bei 6,6 % und veränderte sich damit gegenüber dem Vorjahr nicht.

Die Erwerbstätigenzahl (Inlandskonzept) stieg im Mai gegenüber dem entsprechenden Vorjahresniveau um 0,6 % an und lag damit nach Ursprungswerten bei 41,84 Millionen Personen. Die saisonbereinigte Zahl der Erwerbstätigen nahm um 7 000 Personen im Vergleich zum Vormonat zu.

Die sozialversicherungspflichtige
Beschäftigung stieg im April gegenüber
dem Vormonat – nach Hochrechnung
der Bundesagentur für Arbeit (BA) – um
saisonbereinigt 47 000 Personen deutlich an.
Der Beschäftigungsabbau vom Vormonat
konnte damit mehr als aufgeholt werden. Im
Vorjahresvergleich (nach Ursprungswerten)
gab es einen Zuwachs von 1,3 %. Dabei war die
Zunahme der sozialversicherungspflichtigen
Beschäftigung im Bereich der
Wirtschaftlichen Dienstleistungen (ohne

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT



Arbeitnehmerüberlassungen) weiterhin sehr hoch (+ 4,9 %). Im Gesundheits- und Sozialwesen (+ 2,5 %) und im Verarbeitenden Gewerbe (+ 0,7 %) war ebenso ein deutlicher Anstieg zu beobachten. Beschäftigungsverluste gab es hingegen vor allem im Bereich der Arbeitnehmerüberlassungen (- 5,9 %).

Der Beschäftigungsaufbau dürfte sich fortsetzen. Angesichts der erwarteten allmählichen wirtschaftlichen Erholung und des bereits erreichten sehr hohen Beschäftigungsniveaus ist jedoch nicht von einer großen Dynamik beim Beschäftigungsaufbau im weiteren Jahresverlauf auszugehen. Dafür sprechen auch einige vorlaufende Indikatoren. So sank das ifo Beschäftigungsbarometer

im Juni auf den tiefsten Wert seit drei
Jahren. Gleichwohl liegt der Wert immer
noch deutlich über seinem 10-jährigen
Durchschnitt. Dabei wollen die Unternehmen,
insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe,
ihr Personal vorerst nicht weiter aufstocken.
Die Beschäftigungsaussichten im
Dienstleistungsgewerbe sind jedoch immer
noch auf Ausweitung ausgerichtet. Auch der
Stellenindex der BA verzeichnete im Juni einen
leichten Anstieg und befindet sich damit auf
einem hohen Niveau.

Im Juni setzte sich die moderate Entwicklung der Verbraucherpreise fort. Gleichwohl hat sich mit einem Anstieg des Verbraucherpreisniveaus um 1,8 % der Preisauftrieb den zweiten Monat in

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Folge etwas erhöht. Dies ist insbesondere auf eine deutliche Zunahme der Nahrungsmittelpreise zurückzuführen (+5,4% gegenüber dem Vorjahr). Auch die Energieprodukte insgesamt verteuerten sich binnen Jahresfrist merklich (+ 3,0 %). Während insbesondere Strom erheblich mehr kostete als vor einem Jahr, was vor allem auf die Erhöhung der EEG-Umlage zu Beginn dieses Jahres zurückzuführen ist, wurden Mineralölprodukte etwas billiger. Ohne Berücksichtigung der Preisentwicklung bei Nahrungsmitteln und Energie betrug die jährliche Teuerungsrate 1,3 %. Der durch die Verteuerung der Produktionsfaktoren verursachte Preisdruck ist also gering.

Auf den vorgelagerten Preisstufen setzte sich die ruhige Preisentwicklung fort. Dabei stiegen die Erzeugerpreise nur schwach im Vergleich zum Vorjahr an. Der Preisniveauanstieg bei Verbrauchs- und Gebrauchsgütern wurde nahezu durch Preisniveaurückgänge bei Energie- und Vorleistungsgütern ausgeglichen. Die Importpreise unterschritten im Mai das Vorjahresniveau bereits den fünften Monat in Folge. Verantwortlich hierfür ist insbesondere die moderate Entwicklung der Mineralölprodukte auf dem Weltmarkt. So lag der Ölpreis der Sorte Brent in der ersten Jahreshälfte 2012 um etwa 5 % unterhalb des entsprechenden Vorjahresniveaus, wenngleich sich die Rohölpreise im Juni merklich oberhalb des Niveaus von Juni 2012 befanden.

Die Preisniveauentwicklung auf den vorgelagerten Preisstufen und die am trendmäßigen Produktivitätsfortschritt orientierte Lohnentwicklung sprechen dafür, dass das Preisklima ruhig bleibt. Diese Einschätzung haben auch die Verbraucher in der GfK Umfrage vom Monat Juni.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Juni 2013

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Juni 2013

Die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) sind im Juni 2013 im Vorjahresvergleich um 4,3 % gestiegen. Neben den gemeinschaftlichen Steuern (+ 5,4 %) verzeichneten auch die Ländersteuern (+ 11,9 %) einen Zuwachs; die Bundessteuern unterschritten das Vorjahresergebnis hingegen um 1,5 %. Die Einnahmen des Bundes stagnierten in etwa auf dem im Juni 2012 erreichten Niveau. Die Länder verbuchten Mehreinnahmen von 5,0 % gegenüber dem Vorjahresmonat.

Kumuliert konnten im 1. Halbjahr 2013 alle Ebenen das entsprechende Vorjahresniveau übertreffen. Die EU-Eigenmittel weisen mit 16,7 % den höchsten Zuwachs in diesem Zeitraum auf. Darauf ist die geringe Zuwachsrate des Bundes zurückzuführen, der aufgrund des Anstiegs der EU-Abführungen nur eine Steigerung des Aufkommens um 1,1% zu verzeichnen hat. Die bessere Entwicklung der Steuereinnahmen der Länder (+3,5%) ist dem erheblichen Anstieg der Einnahmen aus den reinen Ländersteuern zu verdanken, welcher den Rückgang der Bundesergänzungszuweisungen mehr als kompensieren konnte. Der Anteil der Gemeinden an den Gemeinschaftssteuern verzeichnete ebenfalls einen beträchtlichen Zuwachs (+8,2%).

Die Kasseneinnahmen der Lohnsteuer lagen im Juni 2013 um 8,7% über dem Ergebnis vom Juni 2012. Die aus dem Aufkommen der Lohnsteuer zu leistenden Zahlungen von Kindergeld (+ 0,3%) blieben nahezu unverändert. Die Zuwachsrate der Lohnsteuer vor Abzug des Kindergeldes war mit 7,0% außergewöhnlich hoch. Neben dem andauernd hohen Beschäftigungsniveau wirkten sich verstärkt auch die diesjährigen Tariflohnsteigerungen im Aufkommen aus. Im 1. Halbjahr 2013 übertrafen

die Kasseneinnahmen das Niveau des Vorjahreszeitraums um 7,2 %.

Das Kassenaufkommen der veranlagten Einkommensteuer erhöhte sich im Juni 2013 gegenüber dem Vorjahresmonat um 7,1%. Die veranlagte Einkommensteuer brutto weist mit 7,3 % ebenfalls deutliche Mehreinnahmen gegenüber dem Vorjahresmonat aus. Im Juni wurde die 2. Rate der Vorauszahlungen für das laufende Jahr fällig. Wie bereits im März ergab sich in diesem Monat ein deutlicher Anstieg der laufenden Vorauszahlungen um circa 6%. Der Saldo aus Nachzahlungen und Erstattungen blieb hingegen unverändert. Ohne den darin enthaltenen Anstieg der Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer nach § 46 EStG um 9,0 % wäre es auch hier zu einer Verbesserung der Aufkommensbilanz gekommen. Bei den Arbeitnehmererstattungen ergibt sich aufgrund des verzögerten Anlaufs der Veranlagungen des Vorjahres ein Nachholeffekt. Die anhaltend gute Entwicklung des Aufkommens der veranlagten Einkommensteuer weist auf ein stabiles binnenwirtschaftliches Umfeld hin. Für das 1. Halbjahr 2013 ergibt sich für die veranlagte Einkommensteuer in der Kasse ein Zuwachs von 18,2%.

Die kassenmäßigen Einnahmen aus der Körperschaftsteuer weisen im Berichtsmonat Juni 2013 ein Plus von 8,7 % aus. Die laufenden Vorauszahlungen sind um 4 % angestiegen. Daneben ergab sich auch aus dem Rückgang der Erstattungen im Rahmen der Veranlagung der Jahre 2011 und 2012 ein positiver Impuls für das Aufkommen. Angesichts des schwierigen außenwirtschaftlichen Umfelds, von dem besonders und unmittelbar die stark exportorientierten Kapitalgesellschaften betroffen sind, weist auch das Aufkommen der Körperschaftsteuer bisher ein erstaunlich

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Juni 2013

Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr¹

2013	Juni	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis Juni	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2013 ⁴	Veränderung ggü. Vorjah
2015	in Mio €	in%	in Mio €	in%	in Mio €	in%
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	14216	+8,7	75 294	+7,2	157 150	+5,4
veranlagte Einkommensteuer	9814	+7,1	21 834	+18,2	40 400	+8,4
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	3 134	-23,6	10 448	-13,7	15 835	-21,1
Abgeltungsteuer auf Zins- und	650	120.0	F 266	12.0	0.360	.15
Veräußerungserträge (einschl. ehem. Zinsabschlag)	658	+29,9	5 266	+2,9	8 360	+1,5
Körperschaftsteuer	5 690	+8,7	11 442	+9,3	18 860	+11,4
Steuern vom Umsatz	15 754	+7,4	96 303	+0,8	198 200	+1,8
Gewerbesteuerumlage	2	+139,3	1 058	+1,3	3 8 6 0	+0,8
erhöhte Gewerbesteuerumlage	2	+125,2	867	-2,8	3 2 7 9	-0,9
Gemeinschaftliche Steuern insgesamt	49 269	+5,4	222 510	+4,0	445 944	+2,9
Bundessteuern						
Energiesteuer	3 486	+5,6	14 144	+0,2	39 500	+0,5
Tabaksteuer	991	-14,8	5 646	-3,6	13 950	-1,4
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	149	-9,3	1 051	-1,5	2 100	-1,0
Versicherungsteuer	554	+0,9	7 479	+4,0	11 350	+1,9
Stromsteuer	829	-1,7	3 807	+3,4	7 000	+0,4
Kraftfahrzeugsteuer	663	-3,5	4588	+0,1	8 500	+0,7
Luftverkehrsteuer	96	+16,4	420	-0,3	960	+1,2
Kernbrennstoffsteuer	128	-62,8	128	-80,7	1 400	-11,2
Solidaritätszuschlag	1 878	+6,2	7316	+5,2	14000	+2,8
übrige Bundessteuern	112	-5,2	748	-2,5	1 522	+0,0
Bundessteuern insgesamt	8 886	-1,5	45 326	+0,1	100 282	+0,5
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	343	+16,9	2 144	+5,7	4 2 3 5	-1,6
Grunderwerbsteuer	612	+8,7	4085	+14,8	8 260	+11,8
Rennwett- und Lotteriesteuer	139	+28,5	851	+18,9	1 560	+9,0
Biersteuer	67	-5,5	320	-5,1	665	-4,5
Sonstige Ländersteuern	25	+3,1	251	+2,9	382	+0,7
Ländersteuern insgesamt	1 186	+11,9	7 651	+11,1	15 102	+6,3
EU-Eigenmittel						
Zölle	308	-8,9	1 989	-7,0	4500	+0,8
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	171	+112,4	1 367	+14,8	2 150	+6,0
BNE-Eigenmittel	1 693	+108,7	14 289	+21,3	23 960	+20,9
EU-Eigenmittel insgesamt	2 172	+76,6	17 645	+16,7	30 610	+16,3
Bund ³	28 043	+0,1	122 652	+1,1	258 709	+0,9
Länder ³	25 437	+5,0	120 056	+3,5	241 917	+2,4
EU	2 172	+76,6	17 645	+16,7	30 610	+16,3
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	3 998	+8,4	17 123	+8,2	34 592	+5,4
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	59 650	+4,3	277 476	+3,5	565 828	+2,5

¹Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

 $^{^2\,}Nach\,Abzug\,der\,Kindergelder stattung\,durch\,das\,Bundeszentralamt\,f\"ur\,Steuern.$

³ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vergleiche Fn. 1).

⁴ Ergebnis AK "Steuerschätzungen" vom Mai 2013.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Juni 2013

beständig hohes Niveau auf. Dies betrifft insbesondere die laufenden Vorauszahlungen. Im 1. Halbjahr 2013 wurde das Niveau des Vorjahreszeitraums um 9,3 % übertroffen.

Die Einnahmen aus den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag brutto gingen im Juni gegenüber dem Vorjahresmonatsergebnis um 23,8 % zurück. Der starke Aufkommensrückgang kann auf zeitliche Verschiebungen der Ausschüttungstermine zurückgeführt werden. So war im Vormonat noch ein Zuwachs in etwa der gleichen absoluten Größenordnung zu verzeichnen. Die Erstattungen durch das Bundeszentralamt für Steuern unterschritten das Vorjahresniveau um 30,6 %. Sie sind mit 70 Mio. € in diesem Monat für das Gesamtaufkommen jedoch kaum noch von Bedeutung. Die Minderung des Kassenaufkommens liegt mit 23,6 % daher etwa auf dem Niveau der Entwicklung des Bruttoaufkommens. Im 1. Halbjahr 2013 lagen die Kasseneinnahmen insgesamt um 13,7% unter dem Vorjahresergebnis. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass das Aufkommen im Vorjahreszeitraum durch Sonderfälle um mehr als 2.2 Mrd. € überzeichnet war. Ohne diese Sonderfälle ergibt sich ein Anstieg von 5,8%.

Das Volumen der Abgeltungsteuer auf Zinsund Veräußerungserträge erhöhte sich gegenüber Juni 2012 deutlich um 29,9 %. Diesem Anstieg stehen jedoch Rückgänge in den vergangenen drei Monaten gegenüber, sodass im 1. Halbjahr 2013 nunmehr ein leichter Zuwachs um 2,9 % gegenüber der Vorjahresperiode erreicht wurde.

Die Steuern vom Umsatz konnten im Berichtsmonat Juni 2013 mit +7,4 % gegenüber dem Vorjahresmonat ein sehr gutes Ergebnis erzielen. Der rückläufige Trend der Einfuhrumsatzsteuer setzte sich mit einem Rückgang von 9,5 % fort. Die stark gesunkenen Einfuhrpreise für Rohstoffe aus Drittländern mindern ebenso wie niedrigere Importvolumina die Einnahmen. Hingegen stieg das Aufkommen aus der (Binnen-) Umsatzsteuer um 14,4 %. Neben der guten Entwicklung des inländischen Konsums trug auch das verringerte Anrechnungsvolumen aus der Einfuhrumsatzsteuer zu diesem Ergebnis bei. Das Aufkommen im 1. Halbjahr 2013 der Steuern vom Umsatz lag um 0,8 % über dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Aufgrund der erwarteten Zunahme der für das Aufkommen relevanten Aggregate der Inlandsnachfrage kann im Jahresverlauf von einer weiteren Verbesserung der Aufkommenssituation bei den Steuern vom Umsatz ausgegangen werden.

Die reinen Bundessteuern verzeichneten im Juni 2013 im Vorjahresvergleich Mindereinnahmen von 1,5 %. Zum überwiegenden Teil ist dies auf den Rückgang bei der Tabaksteuer (-14,8%) und der Kernbrennstoffsteuer (- 62,8%) zurückzuführen. Bei der Tabaksteuer kann von einem hauptsächlich buchungstechnisch begründeten Minderaufkommen ausgegangen werden – ein Ausgleich der Mindereinnahmen im nächsten Monat wird erwartet. Bei der Kernbrennstoffsteuer ist erstmals in diesem Jahr Steueraufkommen im Rahmen der Revision eines Kernkraftwerks generiert worden. Weitere Revisionen sind angekündigt. Auch die Einnahmen aus der Kraftfahrzeugsteuer (-3,5%) und der Stromsteuer (-1,7%) unterschritten in diesem Monat das Vorjahresergebnis. Die Entwicklung des Ergebnisses im 1. Halbjahr ist bei beiden Steuerarten jedoch positiv. Die Energiesteuer (+ 5,6 %), die Luftverkehrsteuer (+16,4%), der Solidaritätszuschlag (+6,2%) und die Versicherungsteuer (+ 0,9 %) weisen Zuwächse gegenüber dem Vorjahresmonat auf. Hier ergibt sich im 1. Halbjahr lediglich bei der Luftverkehrsteuer ein geringfügiger Rückgang – die anderen vorgenannten Steuern weisen positive Zuwachsraten auf. Die Bundessteuern insgesamt bleiben im 1. Halbjahr 2013 nahezu auf dem Niveau des 1. Halbjahres 2012.

Die reinen Ländersteuern übertrafen im Berichtsmonat das Vorjahresniveau um 11,9%. Getragen wird dieses Ergebnis insbesondere von der nach wie vor positiven Entwicklung bei der Grunderwerbsteuer

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Juni 2013

(+8,7%), aber auch bei der Erbschaftsteuer (+16,9%). Die Rennwett- und Lotteriesteuer (+28,5%) und die Feuerschutzsteuer (+2,9%) erzielten ebenfalls Mehreinnahmen. Bei der Rennwett- und Lotteriesteuer trug die Sportwettsteuer erheblich zu der guten Entwicklung bei – ohne sie hätte der Zuwachs bei lediglich 9,6 % gelegen. Bei der Biersteuer (-5,5 %) waren Mindereinnahmen zu verbuchen. Im 1. Halbjahr 2013 liegt der Zuwachs der Ländersteuern im Vergleich zum 1. Halbjahr 2012 bei 11,1 %.

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Juni 2013

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Juni 2013

Die Bundesregierung stellt im Rahmen eines Nachtrags zum Bundeshaushalt 2013 die notwendigen Mittel für das Sondervermögen "Aufbauhilfe" in Höhe von 8 Mrd. € zur Verfügung. Mit dem Aufbauhilfefonds-Errichtungsgesetz und dem Nachtragshaushalt 2013 schafft der Bund die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen, um seine Zusage zur Bewältigung der Folgen des Hochwassers zu erfüllen. Die für 2013 veranschlagte Nettokreditaufnahme erhöht sich mit dem Nachtragshaushalt von 17,1 Mrd. € auf 25,1 Mrd. €. Trotz dieser neuen Ausgaben wird die zulässige Obergrenze für die Kreditaufnahme gemäß der Schuldenregel nach Artikel 115 Grundgesetz weiter deutlich unterschritten.

Ausgabenentwicklung

Die Ausgaben des Bundes von Januar bis einschließlich Juni 2013 beliefen sich auf 150,7 Mrd. €. Sie lagen damit um 2,7 Mrd. € (+1,8 %) über dem Ergebnis des Vergleichszeitraums des Vorjahres. Der auf Grundlage des ESM-Vertrags erfolgten planmäßigen Bereitstellung einer weiteren Rate (4,3 Mrd. €) des deutschen Anteils am Grundkapital des Europäischen Stabilitätsmechanismus vom Mai stehen Minderausgaben in anderen Bereichen gegenüber.

Einnahmeentwicklung

Bis einschließlich Juni 2013 konnten Einnahmen in Höhe von 132,2 Mrd. € erzielt werden. Die Einnahmen übertrafen das Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums um 2,5 Mrd. € (+1,9%). Die Steuereinnahmen beliefen sich auf 120,7 Mrd. €. Sie stiegen im Vorjahresvergleich um 1,6 Mrd. € (+1,3%) an. Die Verwaltungseinnahmen lagen mit 11,5 Mrd. € um 8,8% über dem Ergebnis bis einschließlich Juni 2012.

Entwicklung des Bundeshaushalts

	lst 2012	Soll 2013 ¹	lst - Entwicklung ² Juni 2013
Ausgaben (Mrd. €)	306,8	310,0	150,7
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+1,8
Einnahmen (Mrd. €)	284,0	284,6	132,2
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in $\%$			+1,9
Steuereinnahmen (Mrd. €)	256,1	260,6	120,7
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in $\%$			+1,3
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-22,8	-25,4	-18,4
Finanzierung durch:	22,8	25,4	18,4
Kassenmittel (Mrd. €)	-	-	19,7
Münzeinnahmen (Mrd. €)	0,3	0,3	0,1
Nettokreditaufnahme/unterjähriger Kapitalmarktsaldo³ (Mrd. €)	22,5	25,1	-1,4

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

¹Inklusive Nachtrag 2013.

²Buchungsergebnisse.

³(-) Tilgung; (+) Kreditaufnahme.

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Juni 2013

Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

	So	ll ¹	Ist-Entwicklung
	20	13	Januar bis Juni 2013
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €
Allgemeine Dienste	72 949	23,5	35 049
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	6 181	2,0	2 720
Verteidigung	32 807	10,6	15 570
Politische Führung, zentrale Verwaltung	13 329	4,3	6 9 8 2
Finanzverwaltung	3 878	1,3	1 829
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	18 952	6,1	8 611
Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende	2 675	0,9	1 509
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10 459	3,4	4 0 4 8
Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	145 124	46,8	78 297
Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	98 861	31,9	55 275
Darlehen/Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit	0	0,0	- 28
Arbeitsmarktpolitik	31 925	10,3	16 3 4 3
darunter: Arbeitslosengeld II nach SGB II	18 960	6,1	10 041
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II	4 700	1,5	2 490
Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	6 475	2,1	3 274
Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 432	0,8	1 178
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 740	0,6	678
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 315	0,7	979
Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	1714	0,6	899
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	975	0,3	219
Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 589	1,5	2 098
Regionale Förderungsmaßnahmen	601	0,2	183
Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 576	0,5	1 244
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	16 707	5,4	5 782
Straßen	7 196	2,3	2 341
Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	1 778	0,6	664
Allgemeine Finanzwirtschaft	46 649	15,0	19 134
Zinsausgaben	31 596	10,2	30 487
Ausgaben zusammen	310 000	100,0	150 687

¹ Inklusive Nachtrag 2013.

Aufgrund der Anwendung des neuen Funktionenplans beim Bund für den Bundeshaushalt 2013 ist ein Vergleich mit dem Vorjahr nicht sinnvoll. Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Juni 2013

Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	ls	t	So	ll ¹	Ist - Entw	icklung	Unterjährige
	20	12	20	13	Januar bis Juni 2012	Januar bis Juni 2013	Veränderun ggü. Vorjah
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in Mi	o.€	in%
Konsumtive Ausgaben	270 451	88,2	275 599	88,9	139 026	137 857	-0,
Personalausgaben	28 046	9,1	28 478	9,2	14 303	14 904	+4
Aktivbezüge	20 619	6,7	20 825	6,7	10370	10 759	+3
Versorgung	7 427	2,4	7 653	2,5	3 933	4 1 4 5	+5
Laufender Sachaufwand	23 703	7,7	24 642	7,9	9 801	9 717	-0
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1384	0,5	1 343	0,4	548	645	+17
Militärische Beschaffungen	10 287	3,4	10396	3,4	4 0 5 5	3 289	-18
Sonstiger laufender Sachaufwand	12 033	3,9	12 903	4,2	5 199	5 783	+11
Zinsausgaben	30 487	9,9	31 596	10,2	15 844	15 776	-0
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	187 734	61,2	190 271	61,4	98 852	97 199	-1
an Verwaltungen	17 090	5,6	27 419	8,8	7211	9321	+29
an andere Bereiche	170 644	55,6	162 852	52,5	91 691	87 906	-2
darunter:							
Unternehmen	24 225	7,9	25 872	8,3	12 004	12830	+6
Renten, Unterstützungen u. a.	26307	8,6	26 456	8,5	13 765	13 971	+1
Sozialversicherungen	113 424	37,0	103 453	33,4	62 421	57 533	-7
Sonstige Vermögensübertragungen	480	0,2	612	0,2	226	261	+15
nvestive Ausgaben	36 324	11,8	34 804	11,2	8 988	12 829	+42
Finanzierungshilfen	28 564	9,3	26 556	8,6	6 655	10 687	+60
Zuweisungen und Zuschüsse	15 524	5,1	14692	4,7	5 670	5 684	+0
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 736	0,9	3 002	1,0	985	604	-38
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	10304	3,4	8 862	2,9	0	4 400	
Sachinvestitionen	7 760	2,5	8 248	2,7	2 333	2 142	-8
Baumaßnahmen	6 1 4 7	2,0	6703	2,2	1 938	1 781	-8
Erwerb von beweglichen Sachen	983	0,3	964	0,3	310	287	-7
Grunderwerb	629	0,2	581	0,2	85	74	-12
Globalansätze	0	0,0	- 402	-0,1	0	0	
Ausgaben insgesamt	306 775	100,0	310 000	100,0	148 013	150 687	+1

¹Inklusive Nachtrag 2013.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Finanzierungssaldo

Die Aussagekraft der Zahlen zum jetzigen Zeitpunkt ist noch wenig belastbar. Eine Vorhersage zum weiteren Jahresverlauf lässt sich weder aus den einzelnen Positionen noch aus dem aktuellen Finanzierungsdefizit ableiten. Erst im Verlauf des späteren Haushaltsjahres sind Tendenzaussagen zur voraussichtlichen Höhe der Nettokreditaufnahme möglich. Im Juni 2013 betrug der Finanzierungssaldo -18,4 Mrd. €.

$\ \ \square$ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

 ${\tt Entwicklung\ des\ Bundeshaushalts\ bis\ einschließlich\ Juni\ 2013}$

Entwicklung der Einnahmen des Bundes

	Ist	:	Sol	l ¹	Ist - Entw	vicklung	Unterjährige
	201	2	201	3	Januar bis Juni 2012	Januar bis Juni 2013	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in Mi	o. €	in%
I. Steuern	256 086	90,2	260 611	91,6	119 123	120 691	+1,3
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	205 843	72,5	213 154	74,9	100 514	104 429	+3,9
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschl. Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge)	101 092	35,6	104528	36,7	49 066	52 600	+7,2
davon:							
Lohnsteuer	63 136	22,2	66 768	23,5	28 078	30 333	+8,0
veranlagte Einkommensteuer	15838	5,6	16852	5,9	7 8 4 8	9 277	+18,2
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	10028	3,5	7742	2,7	5 729	4981	-13,1
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	3 623	1,3	4141	1,5	2 177	2 288	+5,1
Körperschaftsteuer	8 467	3,0	10 285	3,6	5 233	5 721	+9,3
Steuern vom Umsatz	103 165	36,3	107 020	37,6	51 015	51 391	+0,7
Gewerbesteuerumlage	1 587	0,6	1 606	0,6	433	438	+1,2
Energiesteuer	39 305	13,8	40 270	14,2	14113	14 144	+0,2
Tabaksteuer	14143	5,0	14450	5,1	5 8 5 5	5 646	-3,6
Solidaritätszuschlag	13 624	4,8	14050	4,9	6952	7316	+5,2
Versicherungsteuer	11 138	3,9	11 115	3,9	7 192	7 479	+4,0
Stromsteuer	6 9 7 3	2,5	6 400	2,2	3 680	3 807	+3,5
Kraftfahrzeugsteuer	8 443	3,0	8 3 0 5	2,9	4585	4588	+0,
Kernbrennstoffsteuer	1577	0,6	1 400	0,5	663	128	-80,
Branntweinabgaben	2 123	0,7	2 101	0,7	1 0 6 7	1 052	-1,4
Kaffeesteuer	1 054	0,4	1 045	0,4	523	500	-4,4
Luftverkehrsteuer	948	0,3	970	0,3	421	420	-0,2
Ergänzungszuweisungen an Länder	-11 621	-4,1	-10842	-3,8	-5 671	-5 317	-6,2
BNE-Eigenmittel der EU	-19826	-7,0	-23 950	-8,4	-11784	-14 289	+21,3
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-2 027	-0,7	-2 150	-0,8	-1 191	-1 367	+14,8
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-7 085	-2,5	-7 191	-2,5	-3 542	-3 595	+1,5
Zuweisung an die Länder für Kfz-Steuer und Lkw- Maut	-8 992	-3,2	-8 992	-3,2	-4496	-4496	+0,0
II. Sonstige Einnahmen	27 870	9,8	23 979	8,4	10 617	11 548	+8,8
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4560	1,6	5 5 1 1	1,9	2518	2 611	+3,7
Zinseinnahmen	263	0,1	400	0,1	107	46	-57,0
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	5 183	1,8	5 640	2,0	1 351	2 151	+59,2
Einnahmen zusammen	283 956	100,0	284 590	100,0	129 741	132 239	+1,9

¹Inklusive Nachtrag 2013.

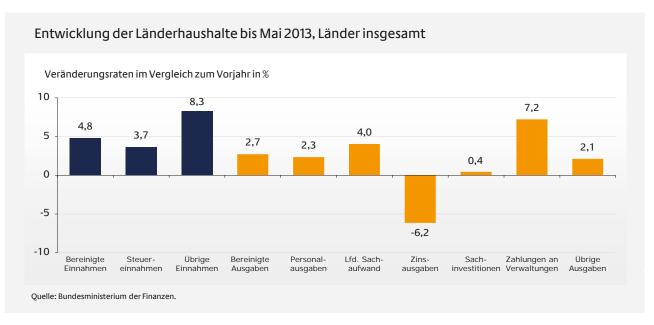
 $\label{eq:Quelle:Bundesministerium} Quelle: Bundesministerium der Finanzen.$

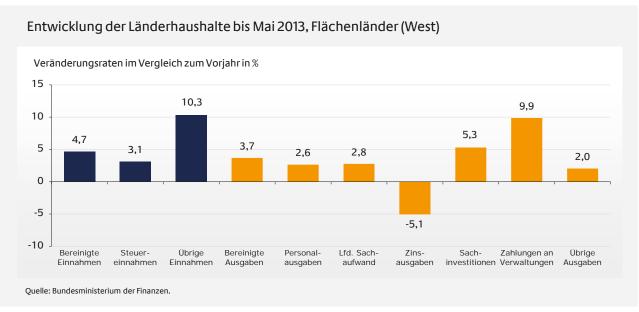
Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2013

Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2013

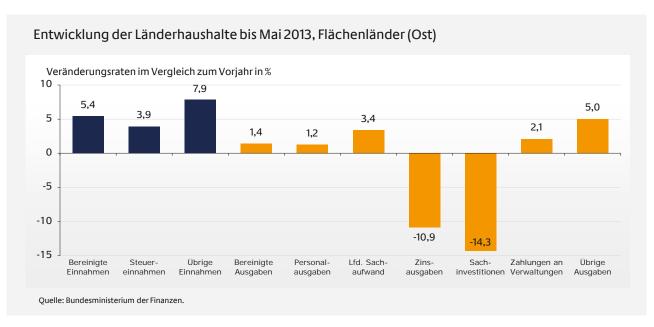
Das BMF legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder bis einschließlich Mai 2013 vor.

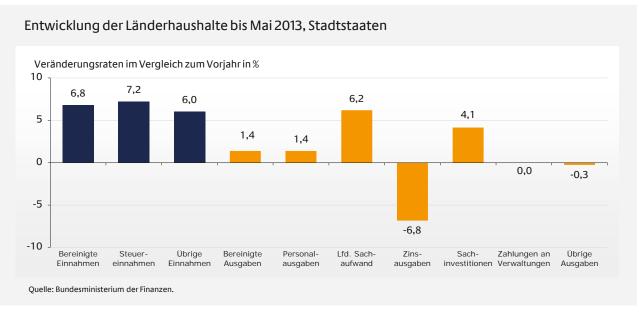
Die Ausgaben der Länder insgesamt stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 2,7 %, während die Einnahmen um 4.8 % zunahmen. Die Steuereinnahmen erhöhten sich um 3,7 %. Das Finanzierungsdefizit der Ländergesamtheit fällt mit rund 4,2 Mrd. € um rund 2,2 Mrd. € günstiger aus als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Derzeit planen die Länder insgesamt für das Jahr 2013 ein Finanzierungsdefizit von rund 12,6 Mrd. €.





Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2013





FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im Juni durchschnittlich 3,00 % (2,62 % im Mai).

Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe betrug Ende Juni 1,72 % (1,47 % Ende Mai).

Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich Ende Juni auf 0,22% (0,20% Ende Mai).

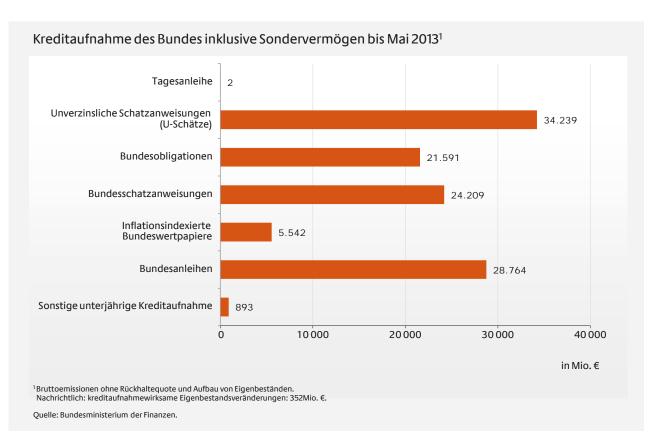
Die Europäische Zentralbank (EZB) hat in der EZB-Ratssitzung am 4. Juli 2013 beschlossen, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,50%,1,00% beziehungsweise 0,00% zu belassen.

Der deutsche Aktienindex betrug 7 959 Punkte am 30. Juni (8 349 Punkte am 31. Mai). Der Euro Stoxx 50 fiel von 2 770 Punkten am 31. Mai auf 2 603 Punkte am 30. Juni.

Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 lag im Mai bei 2,9 % nach 3,2 % im April und 2,5 % im März. Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresänderungsraten von M3 blieb in der Zeit von März bis Mai 2013 mit 2,9 % unverändert gegenüber der Vorperiode.

Die jährliche Änderungsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Euroraum belief sich im Monat Mai auf - 1,0 % gegenüber - 0,9 % im Vormonat.

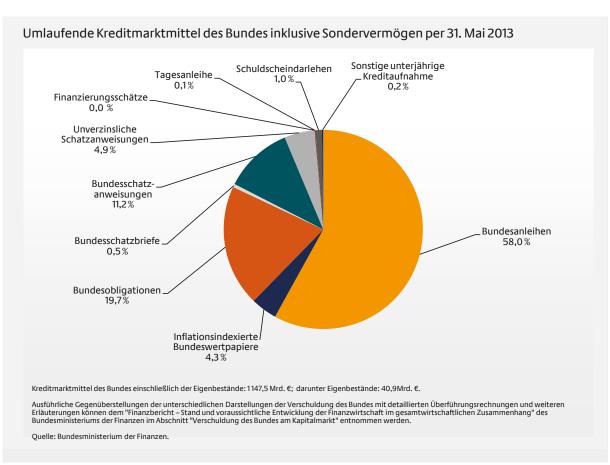
In Deutschland betrug die Änderungsrate der Kreditgewährung an Unternehmen und Privatpersonen 1,32 % im Mai gegenüber 0,85 % im April.

Kreditaufnahme von Bund und Sondervermögen – Umsetzung des Emissionskalenders

Bis einschließlich Mai 2013 betrug der Bruttokreditbedarf von Bund und Sondervermögen 115,2 Mrd. €. Davon entfielen auf festverzinsliche Bundeswertpapiere 109,0 Mrd. €, auf inflationsindexierte Bundeswertpapiere 5,0 Mrd. € und auf sonstige Instrumente 0,9 Mrd. €. Zur Deckung des Bruttokreditbedarfs wurden ferner netto 0,3 Mrd. € Bundeswertpapiere am Sekundärmarkt verkauft. Die Übersicht "Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal" zeigt die Kapitalund Geldmarktemissionen im Rahmen des Kalenders sowie die sonstigen Emissionen.

Der Schuldendienst von Bund und Sondervermögen in Höhe von 117,9 Mrd. € (davon 102,7 Mrd. € Tilgungen und 15,2 Mrd. € Zinsen) überstieg den Bruttokreditbedarf um 2,7 Mrd. €. Diese Finanzierungen waren durch Kassen- oder Haushaltsmittel aufzubringen.

Die aufgenommenen Kredite wurden im Umfang von 108,2 Mrd. € für die Finanzierung des Bundeshaushalts und im Umfang von 7,3 Mrd. € für die Finanzierung des Finanzmarktstabilisierungsfonds eingesetzt. Der Investitions- und Tilgungsfonds gab 0,3 Mrd. € Finanzierungen an den Bundeshaushalt und den Finanzmarktstabilisierungsfonds wieder ab.



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2013 in Mrd. €

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
							in Mrd.	€					
Inflations indexierte Bundes wert papiere	-	-	-	11,0	-								11,0
Anleihen	24,0	-	-	-	-								24,0
Bundesobligationen	-	-	-	17,0	-								17,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	18,0	-	-								18,0
U-Schätze des Bundes	7,0	7,0	7,0	7,0	3,0								31,0
Bundesschatzbriefe	0,2	0,1	0,2	0,2	0,1								0,8
Finanzierungsschätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0								0,1
Tagesanleihe	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0								0,2
Schuldscheindarlehen	-	-	0,0	-	-								0,0
Sonst. unterjährige Kreditaufnahme	-	-	0,6	-	-								0,6
Sonstige Schulden gesamt	-0,0	-0,0	-0,0	0,0	0,0								-0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen	31,3	7,2	25,9	35,3	3,1								102,7

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2013 in Mrd. €

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul in Mrd. •	Aug €	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds	10,8	0,8	0,1	3,5	0,0								15,2

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2013 Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen ¹ Ist
Bundesobligation ISIN DE0001141653 WKN 114165	Aufstockung	3. April 2013	5 Jahre/fällig 23. Februar 2018 Zinslaufbeginn 11. Januar 2013 erster Zinstermin 23. Februar 2014	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137412 WKN113741	Aufstockung	10. April 2013	2 Jahre/fällig 13. März 2015 Zinslaufbeginn 15. Februar 2013 erster Zinstermin 13. März 2014	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001102309 WKN 110230	Aufstockung	17. April 2013	10 Jahre/fällig 15. Februar 2023 Zinslaufbeginn 18. Januar 2013 erster Zinstermin 15. Februar 2014	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135481 WKN 113548	Aufstockung	24. April 2013	30 Jahre/fällig 4. Juli 2044 Zinslaufbeginn 27. April 2012 erster Zinstermin 4. Juli 2013	2 Mrd. €	2 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141661 WKN 114166	Neuemission	8. Mai 2013	5 Jahre/fällig 13. April 2018 Zinslaufbeginn 13. April 2013 erster Zinstermin 13. April 2014	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137420 WKN113742	Neuemission	15. Mai 2013	2 Jahre/fällig 12. Juni 2015 Zinslaufbeginn 17. Mai 2013 erster Zinstermin 12. Juni 2014	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001102317 WKN 110231	Neuemission	22. Mai 2013	10 Jahre/fällig 15. Mai 2023 Zinslaufbeginn 15. Mai 2013 erster Zinstermin 15. Mai 2014	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141661 WKN 114166	Aufstockung	5. Juni 2013	5 Jahre/fällig 13. April 2018 Zinslaufbeginn 13. April 2013 erster Zinstermin 13. April 2014	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137420 WKN113742	Aufstockung	12. Juni 2013	2 Jahre/fällig 12. Juni 2015 Zinslaufbeginn 17. Mai 2013 erster Zinstermin 12. Juni 2014	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001102317 WKN 110231	Aufstockung	19. Juni 2013	10 Jahre/fällig 15. Mai 2023 Zinslaufbeginn 15. Mai 2013 erster Zinstermin 15. Mai 2014	5 Mrd. €	5 Mrd. €
			2. Quartal 2013 insgesamt	44 Mrd. €	44 Mrd. €

 $^{^1} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2013 Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen ¹ Ist
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119808 WKN 111980	Neuemission	8. April 2013	6 Monate/fällig 16. Oktober 2013	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119816 WKN 111981	Neuemission	29. April 2013	12 Monate/fällig 30. April 2014	3 Mrd.€	3 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119824 WKN 111982	Neuemission	13. Mai 2013	6 Monate/fällig 13. November 2013	4 Mrd.€	4 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119832 WKN 111983	Neuemission	27. Mai 2013	12 Monate/fällig 28. Mai 2014	3 Mrd. €	3 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119840 WKN 111984	Neuemission	10. Juni 2013	6 Monate/fällig 11. Dezember 2013	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119857 WKN 111985	Neuemission	24. Juni 2013	12 Monate/fällig 25. Juni 2014	3 Mrd. €	3 Mrd. €
			2. Quartal 2013 insgesamt	21 Mrd. €	21 Mrd. €

 $^{^1} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2013 Sonstiges

Emission	Art der Begebung	Tendertermin Laufzeit		Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen ¹ Ist
Inflations indexier te Bundes obligation ISIN DE000103534 WKN 103053	Aufstockung	9. April 2013	7 Jahre/fällig 15. April 2018 Zinslaufbeginn 15. April 2011 erster Zinstermin 15. April 2012	2 - 3 Mrd. €/ 1,0 Mrd. €	1,0 Mrd. €
Inflations indexier te Bundes an leihe ISIN DE000103542 WKN 103054	Aufstockung	7. Mai 2013	10 Jahre/fällig 15. April 2023 Zinslaufbeginn 23. März 2012 erster Zinstermin 15. April 2013	2 - 3 Mrd. €/ 1,0 Mrd. €	1,0 Mrd. €
Inflations indexierte Bundes an leihe ISIN DE000103542 WKN 103054	Aufstockung	11. Juni 2013	10 Jahre/fällig 15. April 2023 Zinslaufbeginn 23. März 2012 erster Zinstermin 15. April 2013	2 - 3 Mrd. €/ 1,0 Mrd. €	1,0 Mrd. €
			2. Quartal 2013 insgesamt	2 - 3 Mrd.€/ 3,0 Mrd. €	3,0 Mrd. €

 $^{^1} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Rückblick auf die Sitzungen der Eurogruppe und des ECOFIN-Rats am 20. und 21. Juni 2013 in Luxemburg sowie am 26. Juni, 8. und 9. Juli 2013 in Brüssel

Die Eurogruppe einigte sich hinsichtlich der Auszahlung der nächsten Tranche aus der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität zugunsten von Griechenland darauf, dass das Land weitere konkrete Reformschritte unternehmen muss. Als Voraussetzung für die Auszahlung, die in Teilschritten in den kommenden drei Monaten vorgenommen werden soll, hat Griechenland in den nächsten Wochen Vorleistungen zu erbringen, insbesondere in den Bereichen Verwaltungsreform und Verbesserung der Steuererhebung. Die Auszahlung nach Abschluss der aktuellen Überprüfungsmission und vorbehaltlich der nationalen Verfahren wird 5.0 Mrd. € europäische Mittel umfassen. Zudem wird mit der Auszahlung der Quartalsrate des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Höhe von 1,8 Mrd. € gerechnet.

Die geschäftsführende Direktorin des IWF, Christine Lagarde, stellte der Eurogruppe die Ergebnisse der diesjährigen Artikel-IV-Konsultation des IWF zum Euro-Währungsgebiet vor. Der IWF würdigte die bereits erzielten Fortschritte bei der Krisenbewältigung, wies dabei gleichzeitig auf die Herausforderungen bezüglich der wirtschaftlichen Lage, des Arbeitsmarkts sowie der Lage des Finanzsektors hin und empfahl insbesondere weitere signifikante Schritte bei der Verwirklichung der europäischen Bankenunion.

Im Rahmen des Europäischen Semesters billigte der Rat der Wirtschafts- und Finanzminister die länderspezifischen Empfehlungen und die Empfehlung für den Euro-Währungsraum insgesamt. Diese Empfehlungen betreffen die Finanz-, Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik der Mitgliedstaaten und berücksichtigen die nationalen Reformprogramme, die Stabilitäts- und Konvergenzprogramme, die Selbstverpflichtungen im Rahmen des Euro-Plus-Pakts und die eingehenden Überprüfungen im Rahmen des makroökonomischen Ungleichgewichteverfahrens.

Zur Bankenunion konnte im ECOFIN-Rat eine Einigung auf eine allgemeine Ausrichtung zur Richtlinie über die Bankensanierung und -abwicklung erzielt werden. Mit diesem wichtigen Baustein auf dem Weg zu einem stabilen europäischen Finanzsystem sind die EU-Finanzminister einem Auftrag des Europäischen Rats vom 13. und 14. Dezember 2012 nachgekommen. Künftig gilt eine klare Haftungskaskade, nach der vorrangig die Anteilseigener und die Gläubiger der Banken haften. Zudem müssen die Banken in nationale Abwicklungsfonds einzahlen. Vom sogenannten Bail-In in jedem Fall ausgenommen und somit abgesichert sind Einlagen bis 100 000 €, wie dies bereits nach geltendem EU-Recht der Fall ist.

Die litauische Präsidentschaft, die am 1. Juli 2013 den Vorsitz im Rat der Europäischen Union übernommen hat, stellte ihr Arbeitsprogramm für das 2. Halbjahr 2013 vor. Zu den Schwerpunkten zählen die weitere Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion, die Bankenunion, die Stärkung der Finanzmarktregulierung sowie die Bekämpfung von Steuerhinterziehung und -betrug.

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Zur Umsetzung des "Two Packs" billigte der ECOFIN-Rat den Verhaltenskodex für die Haushaltsplanentwürfe der Mitgliedstaaten und machte ausdrücklich keine Einwände gegen den delegierten Rechtsakt der Europäischen Kommission geltend. Verhaltenskodex und delegierter Rechtsakt präzisieren die Verfahrensabläufe und die Berichtspflichten der Mitgliedstaaten im Rahmen des zum 30. Mai 2013 in Kraft getretenen "Two Packs". Danach müssen die EU-Mitgliedstaaten der Europäischen Kommission bis zum 15. Oktober jedes Jahres gesamtstaatliche Projektionen für das laufende und das folgende Jahr übermitteln. Zudem werden Inhalt und Umfang der Berichtspflichten der Mitgliedstaaten festgelegt, die Gegenstand eines Defizitverfahrens sind.

Die Minister des ECOFIN-Rats beschlossen die Einführung des Euro in Lettland, das damit am 1. Januar 2014 als 18. EU-Mitgliedstaat der Gruppe der Euroländer beitreten wird.

Der Vorsitzende des Wirtschafts- und Finanzausschusses und die Europäische Kommission berichteten über die Ergebnisse des G20-Deputies-Treffens am 6. und 7. Juni 2013 in St. Petersburg. Schwerpunkte waren der Austausch über die Lage der Weltwirtschaft, die Reform des IWF, die Finanzmarktregulierung und internationale Steuerfragen. Darüber hinaus wurde die gemeinsame Sprachregelung der Europäischen Union für das Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure am 19. und 20. Juli 2013 in Moskau verabschiedet.

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Termine, Publikationen

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

5./6. September 2013	G20-Gipfel in Sankt Petersburg
13./14. September 2013	Informeller ECOFIN in Litauen
10./11. Oktober 2013	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Washington
11. bis 13. Oktober 2013	Jahrestagung von IWF und Weltbank in Washington
14./15. Oktober 2013	Eurogruppe und ECOFIN in Luxemburg
24./25. Oktober 2013	Europäischer Rat in Brüssel

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2014 und des Finanzplans bis 2017

16. Januar 2013	Vorstellung Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung
13. März 2013	Kabinettsitzung für Eckwertebeschluss
25. April 2013	Projektion zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
6. bis 8. Mai 2013	Steuerschätzung in Weimar
Ende Mai 2013	Sitzung des Stabilitätsrats
26. Juni 2013	Kabinettsitzung für Regierungsentwurf
9. August 2013	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
3. September 2013	1. Lesung Bundestag
20. September 2013	1. Durchgang Bundesrat

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Veröffentlichungskalender¹ der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
August 2013	Juli 2013	22. August 2013
September 2013	August 2013	20. September 2013
Oktober 2013	September 2013	21. Oktober 2013
November 2013	Oktober 2013	21. November 2013
Dezember 2013	November 2013	20. Dezember 2013

 $^{^{1}} Nach \, IWF-Special \, Data \, Dissermination \, Standard \, (SDDS), siehe \, http://dsbb.imf.org.$

Publikationen des BMF

Das Bundesministerium der Finanzen hat folgende Publikation neu herausgegeben:

Vermögensrechnung des Bundes für das Haushaltsjahr 2012

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

broschueren@bmf.bund.de

Zentraler Bestellservice:

Telefon: 01805 / 77 80 90¹ Telefax: 01805 / 77 80 94¹

¹Jeweils 0,14 € / Min. aus dem Festnetz der Telekom, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

Internet

http://www.bundesfinanzministerium.de

http://www.bmf.bund.de

Über	sichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	103
1	Kreditmarktmittel	103
2	Gewährleistungen	104
3	Kennziffern SDDS - Central Government Operations - Haushalt Bund	105
4	Kennziffern SDDS - Central Government Debt - Schulden Bund	107
5	Bundeshaushalt 2008 bis 2013	109
6	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2008 bis 2013	110
7	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabengruppen und Funktionen,	
,	Ist 2012	
8	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2013	
9	Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts	
10	Steueraufkommen nach Steuergruppen	
11	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	
12	Entwicklung der Staatsquote	
13	Schulden der öffentlichen Haushalte	
14	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	
15	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	
16	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	
17	Steuerquoten im internationalen Vergleich	
18	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	
19	Staatsquoten im internationalen Vergleich	
20	Entwicklung der EU-Haushalte 2011 bis 2012	
Über	sichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	135
1	Entwicklung der Länderhaushalte bis April2013 im Vergleich zum Jahressoll 2013	135
Abb.	Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2012/2013	135
2	Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der	
	Länder bis April 2013	136
3	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis April 2013	137
Gesa	mtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten	.142
1	Produktionslücken, Budgetsemielastizität und Konjunkturkomponenten	143
2	Produktionspotenzial und -lücken	144
3	Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten	
	Potenzialwachstum	145
4	Bruttoinlandsprodukt	
5	Bevölkerung und Arbeitsmarkt	
6	Kapitalstock und Investitionen	
7	Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität	
8	Preise und Löhne	154

Kenn	zahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	156
1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	156
2	Preisentwicklung	
3	Außenwirtschaft	158
4	Einkommensverteilung	159
5	Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	160
6	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	161
7	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich	162
8	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten	
	Schwellenländern	163
9	Übersicht Weltfinanzmärkte	164
Abb.	Entwicklung von DAX und Dow Jones	165
10	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	
	zu BIP, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote	166
11	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	
	zu Haushaltssalden, Staatsschuldenquote und Leistungsbilanzsaldo	170

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel

in Mio. €

	Stand: 30. April 2013	Zunahme	Abnahme	Stand: 31. Mai 2013	
Gliede	rung nach Schuldenarte	en		31. IVIdi 2013	
Inflations indexier te Bundes wert papiere	48 000	1 000	0	49 000	
Anleihen ¹	661 000	5 000	0	666 000	
Bundesobligationen	221 000	5 000	0	226 000	
Bundesschatzbriefe ²	6 126	0	99	6 0 2 7	
Bundesschatzanweisungen	123 000	5 000	0	128 000	
Unverzinsliche Schatzanweisungen	53 224	10 000	6 9 9 9	56224	
Finanzierungsschätze ³	146	0	23	123	
Tagesanleihe	1 553	0	18	1 536	
Schuldscheindarlehen	12 022	0	0	12 022	
sonstige unterjährige Kreditaufnahme	2 579	0	0	2 579	
Kreditmarktmittel insgesamt	1 128 651			1 147 512	

	Stand:	Stand:
	30. April 2013	31. Mai 2013
	Gliederung nach Restlaufzeiten	
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	204 592	207 541
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	372 173	377 104
langfristig (mehr als 4 Jahre)	551 886	562 867
Kreditmarktmittel insgesamt	1 128 651	1 147 512

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Ausführliche Gegenüberstellungen der unterschiedlichen Darstellungen der Verschuldung des Bundes mit detaillierten Überführungsrechnungen und weiteren Erläuterungen können dem "Finanzbericht – Stand und voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang" des BMF im Abschnitt "Verschuldung des Bundes am Kapitalmarkt" entnommen werden.

¹10- und 30-jährige Anleihen des Bundes und €-Gegenwert der US-Dollar-Anleihe.

 $^{^2}$ Bundesschatzbriefe der Typen A und B.

³1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätze.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen 2013	Belegung am 30. Juni 2013	Belegung am 30. Juni 2012				
		in Mrd. €					
Ausfuhren	145,0	131,1	122,1				
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF	60,0	41,7	41,4				
FZ-Vorhaben	12,5	5,6	4,0				
Ernährungsbevorratung	0,7	0,0	0,0				
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	160,0	107,4	108,2				
Internationale Finanzierungsinstitutionen	62,0	56,2	56,1				
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,2	1,0	1,0				
Zinsausgleichsgarantien	8,0	8,0	8,0				
Garantien für Kredite an Griechenland gemäß dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz vom 7. Mai 2010	22,4	22,4	22,4				
Garantien gemäß dem Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines Europäischen Stabilisierungsmechanismus vom 22. Mai 2010	211,0	100,1	95,3				

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Operations - Haushalt Bund

	Central Government Operations							
	Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs- saldo	Kassenmittel	Münzein- nahmen	Kapitalmarkt- saldo/ Nettokredit- aufnahme		
	Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financia market balance/Net borrowing		
			in Mio	. €/€ m				
2013 Dezember	-	-	-	-	-	-		
November	-	-	-	-	-	-		
Oktober	-	-	-	-	-	-		
September	-	-	-	-	-	-		
August	-	-	-	-	-	-		
Juli	-	-	-	-	-	-		
Juni	150 687	132 239	-18 410	-19 709	68	1 367		
Mai	128 869	103 903	-24 939	-22 699	64	-2 176		
April	104 661	83 276	-21 371	-34 642	- 58	13 213		
März	79 772	60 452	-19 306	-24 193	- 107	4780		
Februar	59 487	35 678	-23 786	-24 082	- 128	168		
Januar	37510	17 690	-19 803	-23 157	- 132	3 222		
2012 Dezember	306 775	283 956	-22 774	0	293	-22 480		
November	281 560	240 077	-41 410	-8 531	129	-32 749		
Oktober	258 098	220 585	-37 447	-21 107	162	-16 178		
September	225 415	199 188	-26 173	-10 344	132	-15 697		
August	193 833	156 426	-37 352	-19 849	123	-17 379		
Juli	184 344	153 957	-30 335	-24 804	122	-5 408		
Juni	148 013	129 741	-18 231	-1 608	107	-16515		
Mai	127 258	101 691	-25 526	-6 259	71	-19 195		
April	108 233	81 374	-26 836	-28 134	- 1	1 298		
März	82 673	58 613	-24 040	-21 711	- 77	-2 406		
Februar	62 345	35 423	-26 907	-16 750	- 98	-10 254		
Januar	42 651	18 162	-24 484	-24357	- 123	- 250		
2011 Dezember	296 228	278 520	-17 667	0	324	-17 343		
November	273 451	233 578	-39 818	-5 359	179	-34 280		
Oktober	250 645	214 035	-36 555	-13 661	181	-22 712		
September	227 425	192 906	-34 465	-8 069	152	-26 244		
August	206 420	169 910	-36 459	536	144	-36 851		
Juli	185 285	150 535	-34709	-4344	162	-30 202		
Juni	150 304	127 980	-22 288	13 211	164	-35 335		
Mai	129 439	102 355	-27 051	9 300	94	-36 257		
April	109 028	80 147	-28 849	-20 282	24	-8 544		
März	83 915	58 442	-25 449	-8 936	-41	-16 554		
Februar	63 623	34012	-29 593	-17 844	-93	-11841		
Januar	42 404	17 245	-25 149	-21 378	-90	-3 861		

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Operations - Haushalt Bund

		Central Government Operations						
	Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs- saldo	Kassenmittel	Münzein- nahmen	Kapitalmarkt- saldo/ Nettokredit- aufnahme		
	Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financia market balance/Net borrowing		
			in Mio	. €/€ m				
2010 Dezember	303 658	259 293	-44 323	0	311	-44 011		
November	278 005	217 455	-60 499	-8 629	136	-51 733		
Oktober	254 887	200 042	-54 793	-15 223	149	-39 421		
September	230 693	181 230	-49 412	-8 532	125	-40 755		
August	209 871	160 620	-49 202	-7 736	125	-41 341		
Juli	188 128	143 120	-44 982	-14368	142	-30 471		
Juni	155 292	122 389	-32 877	4 465	78	-37 264		
Mai	129 243	94 005	-35 209	7 707	45	-42 870		
April	107 094	74930	-32 137	-2 388	-38	-29 788		
März	81 856	53 961	-27 883	3 657	- 93	-31 633		
Februar	60 455	31 940	-28 499	- 653	- 115	-27 962		
Januar	40 352	16 498	-23 844	-14862	- 137	-9 118		
2009 Dezember	292 253	257 742	-34 461	0	313	-34 148		
November	270 186	223 109	-47 010	-2 761	166	-44 083		
Oktober	243 983	204784	-39 150	-14 675	188	-24 287		
September	218 608	187 996	-30 571	-11 194	174	-19 203		
August	196 426	166 640	-29 747	-8 420	151	-21 176		
Juli	176 517	148 441	-28 039	-9 391	134	-18 514		
Juni	141 466	126 776	-14 658	11 937	112	-26 483		
Mai	120 470	102 330	-18 112	-8 023	67	-10 022		
April	101 674	79 274	-22 381	-27 150	- 2	4767		
März	78 026	60 667	-17 355	-18 273	-87	832		
Februar	57 615	36 464	-21 152	-19 760	- 122	-1 513		
Januar	39 796	17 472	-22 323	-22 607	- 117	167		

Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Debt - Schulden Bund

			•	Central Government D	ebt	
		Kr	editmarktmittel, Glie	derung nach Restlaufz	eiten	6
			Outsta	nding debt		Gewährleistungen
		Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)	Kreditmarktmittel insgesamt	Debt guaranteed
		Short term	Medium term	Long term	Total outstanding debt	
			in M	io. €/€ m		in Mrd. €/€ bn
2013	Dezember	-	-	-	-	-
	November	-	-	-	-	-
	Oktober	-	-	-	-	-
	September	-	-	-	-	-
	August	-	-	-	-	-
	Juli	-	-	-	-	-
	Juni	-	-	-	-	474
	Mai	207 541	377 104	562 867	1 147 512	-
	April	204 592	372 173	551 886	1 128 651	-
	März	216 723	368 251	558 954	1 143 928	472
	Februar	219 648	378 264	549 986	1 147 897	-
	Januar	219 615	357 434	554 028	1 131 078	-
2012	Dezember	219 752	356 500	563 082	1 139 334	470
	November	220 844	367 559	563 217	1 151 620	-
	Oktober	217 836	362 636	549 262	1 129 734	-
	September	216 883	357 763	555 802	1 130 449	508
	August	221 918	369 000	540 581	1 131 499	_
	Juli	221 482	364 665	532 694	1 118 841	-
	Juni	226 289	358 836	542 876	1 128 000	459
	Mai	226 511	367 003	535 842	1 129 356	_
	April	226 581	362 000	524 423	1 113 004	_
	März	214 444	351 945	545 695	1 112 084	454
		217 655	364 983	535 836	1 118 475	
	Februar	219 621	344 056	542 868	1 106 545	_
2011	Januar	222 506	341 194	553 871	1 117 570	378
2011	Dezember	228 850	353 022	549 155	1 131 028	310
	November	232 949	346 948	536 229	1 116 125	_
	Oktober	239 900	341 817	545 495	1 127 211	376
	September	237 224	357 519	534 543	1 129 286	370
	August					_
	Juli	239 195	350 434	528 649	1 118 277	201
	Juni	238 249	351 835	538 272	1 128 355	361
	Mai	232 210	364702	534 474	1 131 385	-
	April	236 083	357 793	523 533	1 117 409	-
	März	240 084	349 779	525 593	1 115 457	348
	Februar	234 948	362 885	514 604	1 112 437	-
	Januar	239 055	338 972	522 579	1 100 606	-

noch Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Debt - Schulden Bund

			Central Government D	ebt	
	Kr	editmarktmittel, Glie	derung nach Restlaufz	eiten	Gewährleistungen ¹
		Outsta	nding debt		Gewanneistungen
	Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)	Kreditmarktmittel insgesamt	Debt guaranteed
	Short term	Medium term	Long term	Total outstanding debt	
			io. €/€ m		in Mrd. €/€ bn
2010 Dezember	234986	335 073	534991	1 105 505	343
November	231 952	347 673	526 944	1 106 568	-
Oktober	232 952	341 728	515 041	1 089 721	-
September	233 889	336 633	526 289	1 096 811	336
August	233 001	346 511	513 508	1 093 020	-
Juli	232 000	339 551	507 692	1 079 243	-
Juni	227 289	332 426	517 873	1 077 587	335
Mai	232 294	341 244	512 071	1 085 609	-
April	238 248	334 207	499 124	1 071 579	-
März	240 583	326 118	502 193	1 068 193	311
Februar	242 829	335 135	491 171	1 069 135	-
Januar	245 822	328 119	480 327	1 054 268	-
2009 Dezember	243 437	320 444	489 805	1 053 686	341
November	251 872	329 401	487 457	1 068 730	-
Oktober	254 058	323 454	476 480	1 053 992	-
September	257 522	315 355	483 546	1 056 424	328
August	251 615	320 988	471 494	1 044 097	-
Juli	248 055	320 433	465 971	1 034 460	-
Juni	250 611	318 393	482 266	1 051 270	325
Mai	239 984	330 289	469 327	1 039 601	-
April	229 180	322 200	456 371	1 007 751	-
März	214171	306 352	482 537	1 003 060	319
Februar	211 359	313 238	470 572	995 170	-
Januar	202 507	323 261	464 608	980 375	-

¹ Gewährleistungsdaten werden quartalsweise gemeldet.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 5: Bundeshaushalt 2012 bis 2017 Gesamtübersicht

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Gegenstand der Nachweisung	Ist	Soll ¹	Entwurf		Finanzplan	
			Mr	d . €		
1. Ausgaben	306,8	310,0	292,4	299,6	308,3	317,7
Veränderung gegen Vorjahr in %	+3,6	+1,1	-4,7	+1,4	+2,9	+3,0
2. Einnahmen ²	284,0	284,6	289,0	299,3	308,0	317,4
Veränderung gegen Vorjahr in %	+2,0	+0,2	+1,5	+3,6	+2,9	+3,1
darunter:						
Steuereinnahmen	256,1	260,6	268,7	279,4	292,9	300,5
Veränderung gegen Vorjahr in %	+3,2	+1,8	+3,1	+4,0	+4,9	+2,6
3. Finanzierungssaldo	-22,8	-25,4	-6,5	-0,3	-0,3	-0,3
in % der Ausgaben	7,4	8,2	2,2	0,1	0,1	0,1
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme ³ (-)	245,2	240,1	216,5	201,6	178,8	220,3
5. sonst. Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	9,9	9,2	-1,3	0,0	-2,6	0,7
6. Tilgungen (+)	232,6	224,2	209,0	201,6	176,2	221,0
7. Nettokreditaufnahme	22,5	25,1	6,2	0,0	0,0	0,0
8. Münzeinnahmen	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3
Nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	36,3	34,8	29,7	25,2	24,9	24,7
Veränderung gegen Vorjahr in %	+43,0	-4,8	- 14,8	- 15,2	- 1,1	- 0,6
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	0,6	1,5	2,0	2,5	2,5	2,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Stand: Juli 2013.

¹Inklusive Nachtrag 2013.

 $^{^2\,\}mathrm{Gem.\,BHO}\,\S\,13\,\mathrm{Absatz}\,4.2\,\mathrm{ohne}\,\mathrm{M}\ddot{\mathrm{u}}\mathrm{nzeinnahmen.}$

 $^{^{\}rm 3}$ Nach Berücksichtigung der Eigenbestandsveränderung.

Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2012 bis 2017

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Ausgabeart	Ist	Soll ¹	Entwurf		Finanzplan	
			in Mic	o.€		
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	28 046	28 478	28 318	28 094	27 981	27 867
Aktivitätsbezüge	20619	20 825	20624	20 320	20 121	19 975
Ziviler Bereich	9 2 8 9	10 501	10561	10 601	10 606	10 638
Militärischer Bereich	11 331	10 324	10 063	9719	9515	9 3 3 7
Versorgung	7 427	7 653	7 694	7774	7861	7 892
Ziviler Bereich	2 538	2 651	2 695	2 733	2 729	2716
Militärischer Bereich	4889	5 003	4 999	5 041	5 131	5 176
Laufender Sachaufwand	23 703	24 642	24 348	24 280	24 381	24 379
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 384	1 343	1 282	1 292	1 295	1 301
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	10 287	10396	10 174	10 143	10 279	10395
Sonstiger laufender Sachaufwand	12 033	12 903	12 893	12845	12 807	12 682
Zinsausgaben	30 487	31 596	29 034	31 312	32 458	34 127
an andere Bereiche	30 487	31 596	29 034	31312	32 458	34 127
Sonstige	30 487	31 596	29 034	31 312	32 458	34 127
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	30 446	31 554	28 992	31 271	32 417	34 085
an Ausland	0	0	0	-	0	0
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	187 734	190 271	184 995	191 453	199 435	207 321
an Verwaltungen	17 090	27 419	20792	21 073	26 429	31 196
Länder	11 529	13 498	14158	14318	14595	15 012
Gemeinden	8	9	7	7	6	5
Sondervermögen	5 552	13 912	6 626	6 747	11 828	16 178
Zweckverbände	1	1	1	1	1	C
an andere Bereiche	170 644	162 852	164203	170 380	173 006	176 125
Unternehmen	24225	25 872	26 256	26 264	26 236	26 219
Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen	26307	26 456	26 492	26 885	27114	27 264
an Sozialversicherung	113 424	103 453	103 796	110 051	112318	115 603
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 668	1 697	1 865	1 871	1874	1 878
an Ausland	5 017	5 372	5 792	5 307	5 462	5 160
an Sonstige	2	2	2	2	2	2
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	269 971	274 987	266 695	275 140	284 256	293 694

¹ Inklusive Nachtrag 2013.

noch Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2012 bis 2017

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Ausgabeart	Ist	Soll ¹	Entwurf		Finanzplan	
			in Mi	o. €		
Ausgaben der Kapitalrechnung						
Sachinvestitionen	7 760	8 248	7 408	7 229	7 220	7 208
Baumaßnahmen	6 147	6 703	5917	5 7 7 6	5719	5 5 6 2
Erwerb von beweglichen Sachen	983	964	928	926	904	900
Grunderwerb	629	581	563	528	596	746
Vermögensübertragungen	16 005	15 304	16 631	16 759	16 590	16 408
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	15 524	14692	16 019	16 150	15 982	15 799
an Verwaltungen	5 789	4800	4788	4761	4712	4 651
Länder	5 152	4737	4709	4 676	4624	4 566
Gemeinden und Gemeindeverbände	56	62	78	84	87	85
Sondervermögen	581	1	1	1	1	
an andere Bereiche	9 735	9 892	11 230	11 389	11 271	11 148
Sonstige - Inland	6 2 3 4	6396	6379	6 550	6 475	6 362
Ausland	3 501	3 497	4851	4839	4 795	4786
Sonstige Vermögensübertragungen	480	612	612	609	608	609
an andere Bereiche	480	612	612	609	608	609
Unternehmen - Inland	4	42	30	30	30	30
Sonstige - Inland	129	146	134	132	129	129
Ausland	348	424	449	447	449	450
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	13 040	11 864	6 230	1 774	1 669	1 724
Darlehensgewährung	2 736	3 002	1744	1 773	1 668	1 629
an Verwaltungen	1	1	1	1	1	1
Länder	1	1	1	1	1	1
an andere Bereiche	2 735	3 001	1744	1 772	1 668	1 629
Sonstige - Inland (auch Gewährleistungen)	1 070	1 380	1 3 3 0	1384	1 269	1 204
Ausland	1 666	1 621	414	388	399	425
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	10 304	8 8 6 2	4486	1	1	95
Inland	0	175	143	1	1	95
Ausland	10 304	8 687	4343	0	0	(
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	36 804	35 415	30 270	25 762	25 478	25 340
Darunter: Investive Ausgaben	36324	34804	29 658	25 153	24871	24731
Globale Mehr-/Minderausgaben	0	- 402	-1 565	-1 302	-1 434	-1 334
Ausgaben zusammen	306 775	310 000	295 400	299 600	308 300	317 700

¹ Inklusive Nachtrag 2013.

Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2013¹

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisunger und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe				in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	72 949	58 873	24 939	19 889	-	14 045
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	13 329	13 117	3 697	1 520	-	7 900
02	Auswärtige Angelegenheiten	17 950	4885	541	183	-	4161
03	Verteidigung	32 807	32 607	15 327	16244	-	1 036
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	4 5 2 5	4039	2 470	1 235	-	334
05	Rechtsschutz	459	427	291	110	-	26
06	Finanzverwaltung	3 878	3 798	2 614	597	-	587
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	18 952	15 608	507	936	-	14 165
13	Hochschulen	4794	3 880	11	10	-	3 859
14	Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dql.	2 675	2 672	-	-	-	2 672
15	Sonstiges Bildungswesen	273	203	10	67	_	126
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10 459	8 3 1 5	485	854	-	6976
19	Übrige Bereiche aus 1	751	539	1	5	-	533
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	145 124	144 568	190	397	-	143 981
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	98 861	98 861	54	-	-	98 807
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	6 475	6 474	-	5	-	6 4 6 9
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 432	2 005	-	29	-	1 976
25	Arbeitsmarktpolitik	31 925	31 807	1	79	-	31 727
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	343	340	-	25	-	315
29	Übrige Bereiche aus 2	5 089	5 082	135	260	-	4 687
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	1 740	1 013	342	347	-	324
31	Gesundheitswesen	536	473	201	213	-	59
32	Sport und Erholung	132	115	-	4	-	110
33	Umwelt- und Naturschutz	427	258	86	71	-	101
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	646	167	54	59	-	53
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 315	815	-	11	-	804
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	1714	805	-	2	-	804
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	595	10	-	10	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	6	-	-	-	-	-
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	975	559	13	215	-	331
52	Landwirtschaft und Ernährung	947	535	-	206	-	329
522	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	162	162	-	104	-	58
529	Übrige Bereiche aus 52	786	374	-	102	-	271
599	Übrige Bereiche aus 5	27	24	13	9	-	2

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2013¹

From Later	Aurah	Sach- investitionen	Vermögens- übertragung en	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen in Mio. €	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter: Investive Ausgaben
Funktion	Ausgabengruppe	1.063	2 600		14.076	14.049
0	Allgemeine Dienste	1 063	2 698	10 315	14 076	14 048
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	211	2	10.200	212	212
02	Auswärtige Angelegenheiten	150	2 607	10 308	13 065	13 064
03	Verteidigung	135	59	7	201	174
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	455	31	-	486	486
05	Rechtsschutz	32	-	-	32	32
06	Finanzverwaltung Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle	80	0	-	80	80
1	Angelegenheiten	135	3 208	-	3 344	3 344
13	Hochschulen	1	912	-	913	913
14	Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dgl.	-	4	-	4	4
15	Sonstiges Bildungswesen	0	70	-	70	70
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	134	2 011	-	2 145	2 145
19	Übrige Bereiche aus 1	0	211	-	212	212
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	5	550	1	556	14
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	-	-	-	-	-
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.		0	-	0	0
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	1	425	1	427	3
25	Arbeitsmarktpolitik		118	-	118	-
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	3	-	3	3
29	Übrige Bereiche aus 2	4	4	-	7	7
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	534	193	-	727	727
31	Gesundheitswesen	55	8	-	63	63
32	Sport und Erholung		17	-	17	17
33	Umwelt- und Naturschutz	4	165	-	169	169
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	476	3	-	479	479
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	-	1 496	4	1 500	1 500
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	-	905	4	909	909
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	-	585	-	585	585
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	-	6	-	6	6
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	3	412	1	415	415
52	Landwirtschaft und Ernährung		411	1	412	412
522	Einkommensstabilisierende Maßnahmen		-	-	-	-
529	Übrige Bereiche aus 52		411	1	412	412
599	Übrige Bereiche aus 5	3	1	-	3	3

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2013¹

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe			ir	n Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 589	2 465	66	461	-	1 938
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	25	-	-	-	-	-
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 576	1 543	-	0	-	1 543
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	354	306	-	34	-	272
65	Handel und Tourismus	409	407	-	350	-	57
66	Geld- und Versicherungswesen	57	15	-	15	-	-
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	1 488	108	-	42	-	65
69	Regionale Fördermaßnahmen	601	9	-	8	-	1
699	Übrige Bereiche aus 6	79	77	66	11	-	-
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	16 707	4 072	1 003	1 983	-	1 086
72	Straßen	7 196	1 094	-	947	-	147
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 778	897	542	286	-	69
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	4 498	77	-	5	-	72
75	Luftfahrt	363	194	54	23	-	116
799	Übrige Bereiche aus 7	2 871	1810	407	722	-	681
8	Finanzwirtschaft	46 649	47 013	1 418	402	31 596	13 598
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	13 598	13 598	-	-	-	13 598
82	Steuern und Finanzzuweisungen	38	-	-	-	-	-
83	Schulden	31 602	31 602	-	7	31 596	-
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	568	568	568	-	-	-
88	Globalposten	448	850	850	-	-	-
899	Übrige Bereiche aus 8	395	395	-	395	-	0
Summe al	ller Hauptfunktionen	310 000	274 987	28 478	24 642	31 596	190 271

¹Inklusive Nachtrag 2013.

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2013¹

		Sachin- vestitionen	Vermögens- übertragung en	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter: Investive Ausgaben
Funktion	Ausgabengruppe			in Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	1	773	1 350	2 124	2 082
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	-	25	-	25	25
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	33	-	33	33
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	-	48	-	48	48
65	Handel und Tourismus	-	2	-	2	2
66	Geld- und Versicherungswesen	-	42	-	42	-
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen		30	1 350	1 380	1380
69	Regionale Fördermaßnahmen	-	592	-	592	592
699	Übrige Bereiche aus 6	1	-	-	1	1
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	6 506	5 935	194	12 635	12 635
72	Straßen	4 693	1 409	-	6 102	6 102
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	881	-	-	881	881
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	4396	25	4 421	4421
75	Luftfahrt	1	-	169	170	170
799	Übrige Bereiche aus 7	931	130	-	1 062	1 0 6 2
8	Finanzwirtschaft	0	38	-	38	38
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	0	-	-	0	0
82	Steuern und Finanzzuweisungen		38	-	38	38
83	Schulden	-	-	-	-	-
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.		-	-	-	-
88	Globalposten		-	-	-	-
899	Übrige Bereiche aus 8	-	-	-	-	-
Summe a	iller Hauptfunktionen	8 248	15 304	11 864	35 415	34 804

¹Inklusive Nachtrag 2013.

Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2013 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2005
Gegenstand del Nachweisung				Ist-Erge	bnisse				
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4	259
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+8,6	+12,7	+37,5	+2,1	+0,0	- 1,4	- 1,0	+ 3
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5	228
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+17,9	+0,2	+6,0	+5,0	+0,0	- 1,5	-0,1	+7
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	- 16,9	- 14,1	- 11,6	- 24,6	- 25,8	- 23,9	-31
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,4	- 15,3	-27,1	- 11,4	-23,9	- 25,6	- 23,8	-31
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	-0,4	-27,1	-0,2	-0,7	-0,2	-0,1	- (
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	-1,2	-	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	0,0	-	-	-		-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5	26
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+12,4	+5,9	+6,5	+3,4	+4,5	+0,5	- 1,7	
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8	10
Anteil a. d. Personalausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7	1
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1	3
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+14,3	+23,1	+24,1	+5,1	+6,7	- 6,2	- 4,7	+:
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0	14
Anteil an den Zinsausgaben des	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9	58
öffentl. Gesamthaushalts ³									
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1	2.
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+10,2	+11,0	- 4,4	- 0,5	+8,4	+8,8	- 1,7	+
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5	!
Anteil a. d. investiven Ausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0	34
Steuereinnahmen ¹	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8	19
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+18,7	+0,5	+6,0	+4,6	+4,7	-3,4	+3,3	+
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3	7
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1	8
Anteil am gesamten Steueraufkommen ³	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5	4
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,4	- 15,3	- 13,9	- 11,4	- 23,9	- 25,6	-23,8	-3
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7		10,8	9,7	1.
Anteil a.d. investiven Ausgaben des	%	0,1	117,2	86,2	67,0		75,3	84,4	13
Bundes Antoil am Finanziorungdaaldo dos	/0	0,1	111,2	00,2	07,0		7.5,5	04,4	13
Anteil am Finanzierungdsaldo des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	21,2	48,3	47,5	57,0	49,5	45,8	69,9	5
nachrichtlich: Schuldenstand ³									
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	59,2	129,4	238,9	388,4	538,3	1018,8	1 210,9	1 489
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,8	903

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2013

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013 ¹
				Ist-Erge	bnisse				Soll
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	261,0	270,4	282,3	292,3	303,7	296,2	306,8	310,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	0,5	3,6	4,4	3,5	3,9	- 2,4	3,6	1,
Einnahmen	Mrd.€	232,8	255,7	270,5	257,7	259,3	278,5	284,0	284,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	1,9	9,8	5,8	- 4,7	0,6	7,4	2,0	0,
Finanzierungssaldo	Mrd.€	- 28,2	- 14,7	- 11,8	- 34,5	- 44,3	- 17,7	- 22,8	- 25,
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 27,9	- 14,3	- 11,5	- 34,1	- 44,0	- 17,3	- 22,5	- 25
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,3	-0,4	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche									
Vergleichsdaten Personalausgaben	Mrd.€	26,1	26,0	27,0	27,9	28,2	27,9	28,0	28
Veränderung gegenüber Vorjahr	Wird. € %	- 1,0	- 0,3	3,7	3,4	0,9	- 1,2	0,7	1
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,0	9,6	9,6	9,6	9,3	9,4	9,1	9
Anteil a. d. Personalausgaben des	/6	10,0	9,0	9,0	9,0	9,3	3,4	9,1	9
öffentl. Gesamthaushalts ⁴	%	14,9	14,8	15,0	14,4	14,2	13,1	12,9	12
Zinsausgaben	Mrd.€	37,5	38,7	40,2	38,1	33,1	32,8	30,5	31
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	0,3	3,3	3,7	- 5,2	- 13,1	- 0,9	- 7,1	3
Anteil an den Bundesausgaben	%	14,4	14,3	14,2	13,0	10,9	11,1	9,9	10
Anteil an den Zinsausgaben des	%	57,9	58,6	59,7	61,0	55,5	43,1	40,9	41
öffentl. Gesamthaushalts ⁴									
Investive Ausgaben	Mrd.€	22,7	26,2	24,3	27,1	26,1	25,4	36,3	34
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 4,4	15,4	- 7,2	11,5	- 3,8	- 2,7	43,1	- 4
Anteil an den Bundesausgaben	%	8,7	9,7	8,6	9,3	8,6	8,6	11,8	11
Anteil a. d. investiven Ausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	33,7	39,9	37,1	25,3	29,5	27,0	39,5	38
Steuereinnahmen ²	Mrd.€	203,9	230,0	239,2	227,8	226,2	248,1	256,1	260
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	7,2	12,8	4,0	- 4,8	- 0,7	9,7	3,2	1
Anteil an den Bundesausgaben	%	78,1	85,1	84,7	78,0	74,5	83,7	83,5	86
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	87,6	90,0	88,4	88,4	87,2	89,1	90,2	91
Anteil am gesamten									
Steueraufkommen ³	%	41,7	42,8	42,6	43,5	42,6	43,3	42,5	42
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 27,9	- 14,3	- 11,5	- 34,1	- 44,0	- 17,3	- 22,5	- 25
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,7	5,3	4,1	11,7	14,5	5,9	7,3	8
Anteil a.d. investiven Ausgaben des Bundes	%	122,8	54,7	47,4	126,0	168,8	68,3	61,9	72
Anteil am Finanzierungssaldo des	%	- 68,8	-2 254,1	- 111,2	- 37,1	- 54,5	- 67,9	- 84,9	- 126
öffentl. Gesamthaushalts ⁴	,0	00,0	,	, _	31,1	3 1,3	01,5	0 1,3	
nachrichtlich: Schuldenstand ⁴				. ===	4.0				
öffentliche Haushalte ³	Mrd.€	1 545,4	1 552,4	1 577,9	1 694,4	2 011,5	2 030,0		
darunter: Bund	Mrd.€	950,3	957,3	985,7	1 053,8	1 287,5	1 282,0		

¹ Inklusive Nachtrag 2013.

 $^{^{\}rm 2}$ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

³ Ab 1991 Gesamtdeutschland.

 $^{^4}$ Stand Dezember 2012; 2012, 2013 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschließlich Kassenkredite. Bund einschließlich Sonderrechnungen und Kassenkredite.

Tabelle 9: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
				in Mrd. €			
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹							
Ausgaben	638,0	649,2	679,2	716,5	717,4	772,3	776,2
Einnahmen	597,6	648,5	668,9	626,5	638,8	746,4	749,9
Finanzierungssaldo	-40,5	-0,6	-10,4	-90,0	-78,7	-25,9	-26,2
davon:							
Bund ²							
Kernhaushalt							
Ausgaben	261,0	270,5	282,3	292,3	303,7	296,2	306,8
Einnahmen	232,8	255,7	270,5	257,7	259,3	278,5	284,0
Finanzierungssaldo	-28,2	-14,7	-11,8	-34,5	-44,3	-17,7	-22,8
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	-	75,4	63,7
Einnahmen	-	-	-	-	-	80,6	65,1
Finanzierungssaldo	-	-	-	-	-	5,3	1,3
Bund insgesamt ¹							
Ausgaben	-	-	-	-	-	357,0	353,2
Einnahmen	-	-	-	-	-	344,5	331,7
Finanzierungssaldo		-	-	-	-	-12,4	-21,4
Länder ³							
Kernhaushalt							
Ausgaben	260,0	265,5	277,2	287,1	287,3	296,7	299,3
Einnahmen	250,1	273,1	276,2	260,1	266,8	286,4	293,5
Finanzierungssaldo	-10,1	7,6	-1,1	-27,0	-20,6	-10,2	-5,7
Extrahaushalte		.,.	.,.	,-		,_	-,-
Ausgaben	_	_	_	_	_	48,4	44,2
Einnahmen	_	_	_	_	_	48,0	44,8
Finanzierungssaldo	_	_	_	_		-0,4	0,6
Länder insgesamt ¹						0,4	0,0
Ausgaben		_			_	319,6	323,6
Einnahmen		-	-	-			•
Finanzierungssaldo	-	-	-	-	-	308,9	317,9
<u> </u>	-	-	-	-	-	-10,6	-5,6
Gemeinden ⁴							
Kernhaushalt	157.4	161 5	160.0	170.2	102.2	105.2	107.0
Ausgaben	157,4	161,5	168,0	178,3	182,3	185,3	187,0
Einnahmen	160,1	169,7	176,4	170,8	175,4	183,6	188,8
Finanzierungssaldo	2,8	8,2	8,4	-7,5	-6,9	-1,7	1,8
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	-	12,3	12,2
Einnahmen	-	-	-	-	-	11,1	11,3
Finanzierungssaldo	-	-	-	-	-	-1,2	12,2
Gemeinden insgesamt ¹							
Ausgaben	-	-	-	-	-	194,2	196,6
Einnahmen	-	-	-	-	-	191,3	197,5
Finanzierungssaldo	-	-	-	-	-	-2,9	0,9

noch Tabelle 9: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
			Veränderun	gen gegenüber	Vorjahr in %		
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	1,8	1,7	4,6	5,5	0,1	7,7	0,5
Einnahmen	4,1	8,5	3,2	-6,3	2,0	16,8	0,5
darunter:							
Bund							
Kernhaushalt							
Ausgaben	0,5	3,6	4,4	3,5	3,9	-2,4	3,6
Einnahmen	1,9	9,8	5,8	-4,7	0,6	7,4	2,0
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-15,4
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	-19,3
Bund insgesamt							
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-1,1
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	-3,7
Länder							
Kernhaushalt							
Ausgaben	0,0	2,1	4,4	3,6	0,1	3,3	0,9
Einnahmen	5,4	9,2	1,1	-5,8	2,6	7,4	2,5
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-8,7
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	-6,7
Länder insgesamt							
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	1,3
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	2,9
Gemeinden							
Kernhaushalt							
Ausgaben	2,8	2,6	4,0	6,1	2,2	1,7	0,9
Einnahmen	6,0	6,0	3,9	-3,2	2,7	4,7	2,8
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-0,9
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	1,8
Gemeinden insgesamt							
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	1,2
Einnahmen	_	-	-	-	-		1,8

¹ Bund, Länder, Gemeinden und ihre jeweiligen Extrahaushalte. Der Öffentliche Gesamthaushalt ist um Zahlungen zwischen den Ebenen (Verrechnungsverkehr) bereinigt und errechnet sich daher nicht als Summe der einzelnen Ebenen.

² Kernhaushalt, Rechnungsergebnisse.

 $^{^3}$ Kernhaushalte; bis 2010 Rechnungsergebnisse; 2011 und 2012: Kassenergebnisse.

⁴ Kernhaushalte; bis 2010 Rechnungsergebnisse; 2011 und 2012: Kassenergebnisse. Stand: Juli 2013.

Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

			Steueraufkommen				
			dav	on			
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern		
Jahr		in Mrd. €		in	in%		
	Gebiet der Bund	esrepublik Deutschland r	nach dem Stand bis zum 3.	Oktober 1990			
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4		
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7		
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2		
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7		
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4		
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2		
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5		
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7		
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2		
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3		
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1		
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0		
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7		
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9		
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6		
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5		
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3		
		Bundesrepublil	k Deutschland				
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1		
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0		
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8		
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7		
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2		
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8		
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6		
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0		
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1		

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

		Steueraufl	kommen		
			dav	/on	
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €		in	%
		Bundesrepublik	Deutschland		
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4
2008	561,2	290,2	270,9	51,7	48,3
2009	524,0	253,5	270,5	48,4	51,6
2010	530,6	256,0	274,6	48,2	51,8
2011	573,4	282,7	290,7	49,3	50,7
2012 ²	600,0	303,8	296,2	50,6	49,4
2013 ²	615,2	314,3	300,9	51,1	48,9
2014 ²	638,5	330,7	307,8	51,8	48,2
2015 ²	661,9	347,8	314,1	52,6	47,4
2016 ²	683,7	363,2	320,5	53,1	46,9
2017 ²	704,5	378,6	325,9	53,7	46,3

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zuckerund Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

Stand: Mai 2013.

² Steuerschätzung vom 6. bis 8. Mai 2013.

Tabelle 11: Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten¹ (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der Vo	lkswirtschaftlichen (Gesamtrechnungen ²	Abgre	enzung der Finanzst	atistik ³
	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitragsquote	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitragsquote
Jahr			in Relation z	um BIP in %		
1960	33,4	23,0	10,3			
1965	34,1	23,5	10,6	33,1	23,1	10,0
1970	34,8	23,0	11,8	32,6	21,8	10,7
1975	38,1	22,8	14,4	36,9	22,5	14,4
1980	39,6	23,8	14,9	38,6	23,7	14,9
1985	39,1	22,8	15,4	38,1	22,7	15,4
1990	37,3	21,6	14,9	37,0	22,2	14,9
1991	38,9	22,0	16,8	38,0	22,0	16,0
1992	39,6	22,3	17,2	39,2	22,7	16,4
1993	40,1	22,4	17,7	39,6	22,6	16,9
1994	40,5	22,3	18,2	39,7	22,5	17,2
1995	40,5	21,9	18,5	40,2	22,5	17,6
1996	41,0	21,8	19,2	40,0	21,8	18,1
1997	41,0	21,5	19,5	39,5	21,3	18,2
1998	41,3	22,1	19,2	39,6	21,7	17,9
1999	42,3	23,3	19,0	40,4	22,6	17,7
2000	42,1	23,5	18,6	40,3	22,8	17,5
2001	40,2	21,9	18,4	38,5	21,3	17,2
2002	39,9	21,5	18,4	38,0	20,7	17,3
2003	40,1	21,6	18,5	38,0	20,6	17,4
2004	39,2	21,1	18,1	37,2	20,2	17,0
2005	39,2	21,4	17,9	37,1	20,3	16,8
2006	39,5	22,2	17,3	38,1	21,1	17,0
2007	39,5	23,0	16,5	37,6	22,2	15,4
2008	39,7	23,1	16,5	38,1	22,7	15,4
2009	40,4	23,1	17,3	38,3	22,1	16,2
2010	38,9	22,0	16,9	37,1	21,3	15,8
2011	39,6	22,7	16,9	38,0	22,1	15,9
2012	40,4	23,4	17,0	38 1/2	22 1/2	16

 $^{^{\}rm 1}$ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2009 bis 2011: Vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2012. 2012: Vorläufiges Ergebnis; Stand: Mai 2013.

 $^{^{\}rm 3}$ Bis 2010: Rechnungsergebnisse. 2011: Kassenergebnisse. 2012: Schätzung.

Tabelle 12: Entwicklung der Staatsquote^{1,2}

		Ausgaben des Staates	
Jahr	insgesamt	darunte	er
Jani	ilisgesailit	Gebietskörperschaften³	Sozialversicherung ³
		in Relation zum BIP in %	
1960	32,9	21,7	11,2
1965	37,1	25,4	11,6
1970	38,5	26,1	12,4
1975	48,8	31,2	17,7
1980	46,9	29,6	17,3
1985	45,2	27,8	17,4
1990	43,6	27,3	16,4
1991	46,2	28,2	18,0
1992	47,1	27,9	19,2
1993	48,1	28,2	19,9
1994	48,0	28,0	20,0
1995 ⁴	48,2	27,7	20,
1995	54,9	34,3	20,
1996	49,1	27,6	21,
1997	48,2	27,0	21,
1998	48,0	26,9	21,
1999	48,2	27,0	21,
2000 ⁵	47,6	26,4	21,
2000	45,1	23,9	21,
2001	47,6	26,3	21,
2002	47,9	26,2	21,
2003	48,5	26,4	22,
2004	47,1	25,8	21,
2005	46,9	26,0	20,
2006	45,3	25,4	19,
2007	43,5	24,5	19,
2008	44,1	25,0	19,
2009	48,2	27,1	21,
2010	47,7	27,4	20,
2011	45,3	25,7	19,
2012	45,1	25,5	19,

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995).

²⁰⁰⁹ bis 2011: Vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2012.

^{2012:} Vorläufiges Ergebnis; Stand: Mai 2013.

 $^{^{\}rm 3}$ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

⁴ Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandanstalt; Wohnungswirtschaft der DDR).

⁵ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen. In der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wirken diese Erlöse ausgabensenkend.

Tabelle 13a: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			Sc	hulden (Mio. €)			
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹	1 357 723	1 429 750	1 489 852	1 545 364	1 552 371	1 577 881	1 694 36
Bund	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 749	1 053 81
Kernhaushalte	767 697	812 082	887915	919304	940 187	959 918	991 28
Kreditmarktmittel iwS	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169	973 73
Kassenkredite	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 749	1754
Extrahaushalte	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	59 53
Kreditmarktmittel iwS	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700	56 53
Kassenkredite	-	-	-	978	1 483	2 131	2 99
Länder	423 666	448 622	471 339	482 783	484 475	483 268	52674
Kernhaushalte	423 666	448 622	471 339	481 787	483 351	481 918	505 34
Kreditmarktmittel iwS	414952	442 922	468 214	479 454	480 941	478 738	503 00
Kassenkredite	8714	5 700	3 125	2 3 3 3	2 410	3 180	2 33
Extrahaushalte	-	-	-	996	1124	1 350	21 39
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	986	1124	1 325	20 82
Kassenkredite	-	-	-	10	-	25	57
Gemeinden	107 531	111 796	115 232	112 243	110627	108 864	11381
Kernhaushalte	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 182	111 03
Kreditmarktmittel iwS	84 069	84257	83 804	81 877	79 239	76 381	76 38
Kassenkredite	15 964	19936	23 882	27 664	28 776	29 801	3465
Extrahaushalte	7 498	7 603	7 546	2 702	2 612	2 682	277
Kreditmarktmittel iwS	7 429	7 5 3 1	7 467	2 649	2 560	2 626	272
Kassenkredite	69	72	79	53	52	56	4
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	531 197	560 418	586 571	595 026	595 102	592 132	640 55
Maastricht-Schuldenstand	1 384 000	1 454 000	1 524 000	1 572 000	1 579 000	1 649 000	1 769 00
nachrichtlich:							
Extrahaushalte des Bundes	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	59 53
ERP-Sondervermögen	19 261	18 200	15 066	14357	-		
Fonds "Deutsche Einheit"	39 099	38 650	-	-	-	-	
Entschädigungsfonds	469	400	300	199	100	0	
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	-	-		16 478	16 983	17 631	18 49
SoFFin	-	-	-	-	-	8 200	3654
Investitions- und Tilgungsfonds	-	_	-	_	-	_	7 49

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 13a: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			Anteil	an den Schulden	(in %)		
Bund	60,9	60,8	60,6	61,5	61,7	62,5	62,2
Kernhaushalte	56,5	56,8	59,6	59,5	60,6	60,8	58,5
Extrahaushalte	4,3	4,0	1,0	2,0	1,1	1,6	3,7
Länder	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,6	31,1
Gemeinden	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	6,7
Gesetzliche Sozialversicherung		-	-	-	-	-	0,0
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	39,1	39,2	39,4	38,5	38,3	37,5	37,8
			Anteil de	er Schulden am B	SIP (in %)		
Öffentlicher Gesamthaushalt	63,2	65,1	67,0	66,8	63,9	63,8	71,4
Bund	38,5	39,6	40,6	41,1	39,4	39,8	44,4
Kernhaushalte	35,7	37,0	39,9	39,7	38,7	38,8	41,7
Extrahaushalte	2,7	2,6	0,7	1,3	0,7	1,0	2,6
Länder	19,7	20,4	21,2	20,9	19,9	19,5	22,2
Gemeinden	5,0	5,1	5,2	4,9	4,6	4,4	4,8
Gesetziche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0,0
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	24,7	25,5	26,4	25,7	24,5	23,9	27,0
Maastricht-Schuldenstand	64,4	66,2	68,5	67,9	65,0	66,7	74,5
			Schu	ılden insgesamt	(€)		
je Einwohner	16 454	17 331	18 066	18 761	18 871	19 213	20 698
nachrichtlich:							
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 147,5	2 195,7	2 224,4	2 313,9	2 428,5	2 473,8	2 374,5
Einwohner (30.06.)	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628	81 861 862

 $^{^1} Kredit markt schulden im weiteren Sinne zuzüglich Kassenkredite.\\$

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

Tabelle 13b: Schulden der öffentlichen Haushalte¹ Neue Systematik

	2009	2010	2011	2009	2010	2011	2009	2010	2011
		in Mio. €		in	% der Schuld	en		in % des BIP	
					insgesamt				
Öffentlicher Gesamthaushalt ²		2 011 677	2 025 448					80,6	78,
Bund									
Kern- und Extrahaushalte		1 287 460	1 279 583		64,0	63,2		51,6	49,
Wertpapierschulden und Kredite	1 032 599	1 271 204	1 272 270		63,2	62,8	43,5	50,9	49
Kassenkredite		16 256	7313		0,8	0,4		0,7	0
Kernhaushalte		1 035 647	1 043 401		51,5	51,5		41,5	40
Wertpapierschulden und Kredite	973 067	1 022 192	1 036 088		50,8	51,2	41,0	40,9	40
Kassenkredite		13 454	7313		0,7	0,4		0,5	0
Extrahaushalte		251 813	236 181		12,5	11,7		10,1	9
Wertpapierschulden und Kredite	59 532	249 012	236 181		12,4	11,7	2,5	10,0	9
Kassenkredite		2 802			0,1	0,0		0,1	0
im Einzelnen:									
SoFFin	36 540	28 552	17 292		1,4	0,9	1,5	1,1	0
Investitions- und Tilgungsfonds	7493	13 991	21232		0,7	1,0	0,3	0,6	0
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation		17 302	11 000		0,9	0,5		0,7	0
Wertpapierschulden und Kredite	15 500	14500	11 000		0,7	0,5	0,7	0,6	0
Kassenkredite		2 802			0,1			0,1	
FMS Wertmanagement		191 968	186 480		9,5	9,2		7,7	7
Sonstige Extrahaushalte des Bundes			177		0,0	0,0			0
Länder									
Kern- und Extrahaushalte		600 110	615 399		29,8	30,6		24,0	23
Wertpapierschulden und Kredite	526 357	595 179	611 651		29,6	30,4		23,8	23
Kassenkredite		4930	3 748		0,2	0,2		0,2	0
Kernhaushalte		524 162	532 591		26,1	26,3		21,0	20
Wertpapierschulden und Kredite	498 655	519 327	529 371		25,8	26,1	21,0	20,8	20
Kassenkredite		4835	3 220		0,2	0,2		0,2	0
Extrahaushalte		75 947	82 808		3,8	4,1		3,0	3
Wertpapierschulden und Kredite	27 702	75 852	82 280		3,8	4,1	1,2	3,0	3
Kassenkredite		95	528		0,0	0,0		0,0	0

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 13b: Schulden der öffentlichen Haushalte¹ Neue Systematik

	2009	2010	2011	2009	2010	2011	2009	2010	2011
		in Mio. €		in	n % der Schulc insgesamt	len		in % des BIP	
Gemeinden									
Kernhaushalte, Zweckverbände und Extrahaushalte		123 569	129 643		6,1	6,4		5,0	5,0
Wertpapierschulden und Kredite	82 787	84363	85 617		4,2	4,2		3,4	3,3
Kassenkredite		39 206	44 026		1,9	2,2		1,6	1,7
Kernhaushalte		115 253	121 095		5,7	6,0		4,6	4,7
Wertpapierschulden und Kredite	75 037	76 326	77 280		3,8	3,8	3,2	3,1	3,0
Kassenkredite		38 927	43 815		1,9	2,2		1,6	1,7
Zweckverbände ³		1602	1675		0,1	0,1		0,1	0,1
Wertpapierschulden und Kredite	1 428	1 551	1 626		0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Kassenkredite		52	49		0,0	0,0		0,0	0,0
Sonstige Extrahaushalte der Gemeinden		6713	6873		0,3	0,3		0,3	0,3
Wertpapierschulden und Kredite	6 3 2 2	6 486	6711		0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Kassenkredite		227	162		0,0	0,0		0,0	0,0
Gesetzliche Sozialversicherung									
Kern- und Extrahaushalte		539	823		0,0	0,0		0,0	0,0
Wertpapierschulden und Kredite	567	539	765		0,0	0,0		0,0	0,0
Kassenkredite		0	58			0,0		0,0	0,0
Kernhaushalte		506	735		0,0	0,0		0,0	0,0
Wertpapierschulden und Kredite	531	506	735		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Kassenkredite		0	0					0,0	0,0
Extrahaushalte ⁴		32	88		0,0	0,0		0,0	0,0
Wertpapierschulden und Kredite	36	32	30		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Kassenkredite		0	58			0,0		0,0	0,0
Schulden insgesamt (Euro)									
je Einwohner		24 607	24771						
Maastricht-Schuldenstand	1 768 585	2 058 955	2 087 998				74,5	82,5	80,5
nachrichtlich:									
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. Euro)	2 375	2 496	2 593						
Einwohner (30.06.)	81 861 862	81750716	81767982						

 $^{^{1}} Aufgrund\ methodischer\ \ddot{A}nderungen\ und\ Erweiterung\ des\ Berichtskreises\ nur\ eingeschränkt\ mit\ den\ Vorjahren\ vergleichbar.$

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

 $^{^2} Einschließlich aller \"{o}ffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors.$

³ Zweckverbände des Staatssektors unabhängig von der Art des Rechnungswesens.

 $^{^4\,\}mathrm{Nur}\,\mathrm{Extra}\mathrm{haus}\mathrm{halte}\,\mathrm{der}\,\mathrm{gesetz}\mathrm{lichen}\,\mathrm{Sozialver}\mathrm{sicherung}\,\mathrm{unter}\,\mathrm{Bundes}\mathrm{aufsicht.}$

Tabelle 14: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

		Abgrenzun	g der Volkswirtscha	aftlichen Gesamt	rechungen ²		Abgrenzung de	er Finanzstatistil
Jahr	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Öffentlicher G	esamthaushalt³
		in Mrd. €		ir	n Relation zum BIP i	n%	in Mrd. €	in Relation zum BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	-	-
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-4,8	-2,0
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,1	-1,1
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-32,6	-5,9
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7
1991	-43,9	-54,9	11,1	-2,9	-3,6	0,7	-62,8	-4,1
1992	-40,3	-38,5	-1,8	-2,4	-2,3	-0,1	-59,2	-3,6
1993	-50,5	-53,3	2,8	-3,0	-3,1	0,2	-70,5	-4,2
1994	-44,2	-45,9	1,7	-2,5	-2,6	0,1	-59,5	-3,3
1995 ⁴	-175,4	-167,9	0,0	-9,5	-9,1	-0,4	-55,9	-3,0
1996	-62,8	-56,5	-6,3	-3,4	-3,0	-0,3	-62,3	-3,3
1997	-52,6	-53,8	1,1	-2,8	-2,8	0,1	-48,1	-2,5
1998	-45,7	-48,1	2,4	-2,3	-2,5	0,1	-28,8	-1,5
1999	-32,2	-36,9	4,8	-1,6	-1,8	0,2	-26,9	-1,3
2000 ⁵	-27,5	23,4	-0,1	-1,3	-1,3	0,0	-	-
2000	23,3	23,4	0,0	1,1	1,1	0,0	-34,0	-1,7
2001	-64,6	-60,4	-4,3	-3,1	-2,9	-0,2	-46,6	-2,2
2002	-82,0	-76,0	-6,1	-3,8	-3,6	-0,3	-56,8	-2,7
2003	-89,1	-82,3	-6,8	-4,2	-3,8	-0,3	-67,9	-3,2
2004	-82,6	-81,7	-0,9	-3,8	-3,7	0,0	-65,5	-3,0
2005	-74,1	-70,1	-4,0	-3,3	-3,2	-0,2	-52,5	-2,4
2006	-38,2	-43,2	5,0	-1,7	-1,9	0,2	-40,5	-1,8
2007	5,5	-5,3	10,8	0,2	-0,2	0,4	-0,6	0,0
2008	-1,8	-8,7	6,9	-0,1	-0,4	0,3	-10,4	-0,4
2009	-73,0	-58,8	-14,2	-3,1	-2,5	-0,6	-90,0	-3,8
2010	-103,6	-107,9	4,3	-4,1	-4,3	0,2	-78,7	-3,2
2011	-19,7	-35,6	15,9	-0,8	-1,4	0,6	-25,9	-1,0
2012	2,3	-15,9	18,3	0,1	-0,6	0,7	-26 1/2	-1

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2009 bis 2011: Vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2012. 2012: Vorläufiges Ergebnis; Stand: Mai 2013.

 $^{^3\,}Ohne\,Sozial versicherungen, ab\,1997\,ohne\,Kranken h\"{a}user.\,Bis\,2010\,Rechnungsergebniss; 2011:\,Kassenergebnisse; 2012:\,Sch\"{a}tzung.$

⁴ Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandanstalt, Wohnungswirtschaft der DDR) beziehungsweise gel. Vermögensübertragungen (Deutsche Kredit Bank).

⁵ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

Land						in%de	s BIP					
	1980	1985	1990	1995	2000²	2005	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Deutschland	-2,9	-1,1	-1,9	-9,5	1,1	-3,3	-3,1	-4,1	-0,8	0,2	-0,2	0,0
Belgien	-9,4	-10,1	-6,7	-4,5	0,0	-2,5	-5,6	-3,8	-3,7	-3,9	-2,9	-3,1
Estland	-	-	-	1,1	-0,2	1,6	-2,0	0,2	1,2	-0,3	-0,3	0,2
Griechenland	-	-	-14,2	-9,1	-3,7	-5,5	-15,6	-10,7	-9,5	-10,0	-3,8	-2,6
Spanien	-	-	-	-7,2	-0,9	1,3	-11,2	-9,7	-9,4	-10,6	-6,5	-7,0
Frankreich	-0,3	-3,1	-2,5	-5,5	-1,5	-2,9	-7,5	-7,1	-5,3	-4,8	-3,9	-4,2
Irland	-	-10,5	-2,7	-2,2	4,7	1,7	-13,9	-30,8	-13,4	-7,6	-7,5	-4,3
Italien	-6,9	-12,3	-11,4	-7,4	-0,8	-4,4	-5,5	-4,5	-3,8	-3,0	-2,9	-2,5
Zypern	-	-	-	-0,9	-2,3	-2,4	-6,1	-5,3	-6,3	-6,3	-6,5	-8,4
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	0,0	-0,8	-0,9	-0,2	-0,8	-0,2	-0,4
Malta	-	-	-	-3,7	-5,7	-2,9	-3,7	-3,6	-2,8	-3,3	-3,7	-3,6
Niederlande	-3,9	-3,6	-5,3	-4,3	2,0	-0,3	-5,6	-5,1	-4,5	-4,1	-3,6	-3,6
Österreich	-2,1	-3,1	-2,6	-5,8	-1,7	-1,7	-4,1	-4,5	-2,5	-2,5	-2,2	-1,8
Portugal	-6,9	-8,3	-6,1	-5,4	-3,3	-6,5	-10,2	-9,8	-4,4	-6,4	-5,5	-4,0
Slowakei	-	-	-	-3,4	-12,3	-2,8	-8,0	-7,7	-5,1	-4,3	-3,0	-3,1
Slowenien	-	-	-	-8,3	-3,7	-1,5	-6,2	-5,9	-6,4	-4,0	-5,3	-4,9
Finnland	3,8	3,4	5,4	-6,1	7,0	2,9	-2,5	-2,5	-0,8	-1,9	-1,8	-1,5
Euroraum	-	-	-	-7,2	-0,1	-2,5	-6,4	-6,2	-4,2	-3,7	-2,9	-2,8
Bulgarien	-	-	-	-8,0	-0,5	1,0	-4,3	-3,1	-2,0	-0,8	-1,3	-1,3
Dänemark	-2,3	-1,4	-1,3	-2,9	2,3	5,2	-2,7	-2,5	-1,8	-4,0	-1,7	-2,7
Lettland	-	-	6,8	-1,6	-2,8	-0,4	-9,8	-8,1	-3,6	-1,2	-1,2	-0,9
Litauen	-	-	-	-1,5	-3,2	-0,5	-9,4	-7,2	-5,5	-3,2	-2,9	-2,4
Polen	-	-	-	-4,4	-3,0	-4,1	-7,4	-7,9	-5,0	-3,9	-3,9	-4,1
Rumänien	-	-	-	-2,0	-4,7	-1,2	-9,0	-6,8	-5,6	-2,9	-2,6	-2,4
Schweden	-	-	-	-7,4	3,6	2,2	-0,7	0,3	0,2	-0,5	-1,1	-0,4
Tschechien	-	-	-	-12,8	-3,6	-3,2	-5,8	-4,8	-3,3	-4,4	-2,9	-3,0
Ungarn	-	-	-	-8,8	-3,0	-7,9	-4,6	-4,3	4,3	-1,9	-3,0	-3,3
Vereinigtes Königreich	-3,2	-2,8	-1,8	-5,8	3,6	-3,4	-11,5	-10,2	-7,8	-6,3	-6,8	-6,3
EU	-	-	-	-6,9	0,6	-2,5	-6,9	-6,5	-4,4	-4,0	-3,4	-3,2
Japan	-	-1,4	2,0	-4,7	-7,5	-4,8	-8,8	-8,3	-8,9	-9,9	-9,5	-7,6
USA	-2,3	-4,9	-4,1	-3,2	1,5	-3,2	-11,9	-11,3	-10,1	-8,9	-6,9	-5,9

 $^{^{1}\,\}mathrm{F\ddot{u}r}\,\mathrm{EU\text{-}Mitglied}\mathrm{staaten}$ ab 1995 nach ESVG 95.

 $Quellen: \ EU-Kommission, \ Fr\"uhjahrsprognose\ und\ Statistischer\ Annex,\ Mai\ 2013.$

Stand: Mai 2013.

 $^{^{\}rm 2}$ Alle Angaben ohne einmalige UMTS-Erlöse.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land						in % de	s BIP					
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Deutschland	30,3	39,5	41,3	55,6	60,2	68,5	74,5	82,4	80,4	81,9	81,1	78,6
Belgien	74,0	115,0	125,6	130,2	107,8	92,0	95,7	95,5	97,8	99,6	101,4	102,1
Estland	-	-	-	8,2	5,1	4,6	7,2	6,7	6,2	10,1	10,2	9,6
Griechenland	22,5	48,3	71,7	97,9	104,4	101,2	129,7	148,3	170,3	156,9	175,2	175,0
Spanien	16,5	41,4	42,7	63,3	59,4	43,2	53,9	61,5	69,3	84,2	91,3	96,8
Frankreich	20,7	30,6	35,2	55,4	57,4	66,7	79,2	82,4	85,8	90,2	94,0	96,2
Irland	68,2	99,3	92,0	80,1	35,1	27,3	64,8	92,1	106,4	117,6	123,3	119,5
Italien	56,6	80,2	94,3	120,9	108,5	105,7	116,4	119,3	120,8	127,0	131,4	132,2
Zypern	-	-	-	51,8	59,6	69,4	58,5	61,3	71,1	85,8	109,5	124,0
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,2	6,1	15,3	19,2	18,3	20,8	23,4	25,2
Malta	-	-	-	34,2	53,9	68,0	66,4	67,4	70,3	72,1	73,9	74,9
Niederlande	45,3	69,7	76,8	76,1	53,8	51,8	60,8	63,1	65,5	71,2	74,6	75,8
Österreich	35,4	48,0	56,2	68,2	66,2	64,2	69,2	72,0	72,5	73,4	73,8	73,7
Portugal	29,5	56,5	53,3	59,2	50,7	67,7	83,7	94,0	108,3	123,6	123,0	124,3
Slowakei	-	-	-	22,1	50,3	34,2	35,6	41,0	43,3	52,1	54,6	56,7
Slowenien	-	-	-	18,6	26,3	26,7	35,0	38,6	46,9	54,1	61,0	66,5
Finnland	11,3	16,0	14,0	56,6	43,8	41,7	43,5	48,6	49,0	53,0	56,2	57,7
Euroraum	-	-	-	72,0	69,2	70,3	80,0	85,6	88,0	92,7	95,5	96,0
Bulgarien	-	-	-	-	72,5	27,5	14,6	16,2	16,3	18,5	17,9	20,3
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,6	52,4	37,8	40,7	42,7	46,4	45,8	45,0	46,4
Lettland	-	-	-	15,1	12,4	12,5	36,9	44,4	41,9	40,7	43,2	40,1
Litauen	-	-	-	11,5	23,6	18,3	29,3	37,9	38,5	40,7	40,1	39,4
Polen	-	-	-	49,0	36,8	47,1	50,9	54,8	56,2	55,6	57,5	58,9
Rumänien	-	-	-	6,6	22,5	15,8	23,6	30,5	34,7	37,8	38,6	38,5
Schweden	39,4	61,0	41,2	72,8	53,9	50,4	42,6	39,4	38,4	38,2	40,7	39,0
Tschechien	-	-	-	14,0	17,8	28,4	34,2	37,8	40,8	45,8	48,3	50,1
Ungarn	-	-	-	85,6	56,1	61,7	79,8	81,8	81,4	79,2	79,7	78,9
Vereinigtes Königreich	52,6	51,6	33,0	50,6	41,1	42,2	67,8	79,4	85,5	90,0	95,5	98,7
EU	-	-	-	-	61,9	62,9	74,6	80,2	83,1	86,9	89,8	90,6
Japan	50,7	66,7	67,0	91,2	140,1	186,4	210,2	215,0	232,0	237,5	243,6	242,9
USA	42,6	56,2	64,4	71,6	55,1	67,7	89,5	98,7	103,1	107,6	110,6	111,3

 $Quellen: \ EU-Kommission, Fr\"uhjahrsprognose\ und\ Statistischer\ Annex, Mai\ 2013.$

Stand: Mai 2013.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 17: Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

Lond	Steuern in % des BIP											
Land	1965	1975	1985	1990	1995	2000	2007	2008	2009	2010	2011	
Deutschland ^{2,3}	23,1	22,6	22,9	21,8	22,7	22,8	22,9	23,1	22,9	22,0	22,8	
Belgien	21,3	27,5	30,3	28,0	29,2	30,8	30,0	30,1	28,7	29,4	29,8	
Dänemark	28,8	38,2	44,8	45,6	47,7	47,6	47,9	46,8	46,7	46,6	47,1	
Finnland	28,3	29,1	31,1	32,5	31,6	35,3	31,1	30,9	30,1	29,8	30,9	
Frankreich	22,5	21,1	24,3	23,5	24,4	28,4	27,5	27,3	25,8	26,3	27,4	
Griechenland	12,3	13,8	16,6	18,4	19,7	23,8	21,3	21,0	20,0	20,0	20,9	
Irland	23,3	24,5	29,2	27,9	27,5	26,8	26,2	23,9	22,2	22,1	23,5	
Italien	16,8	13,7	22,0	25,3	27,4	30,0	30,3	29,6	29,4	29,5	29,5	
Japan	13,9	14,5	18,7	21,0	17,6	17,3	18,1	17,4	15,9	16,3	-	
Kanada	24,3	28,8	28,1	31,5	30,6	30,8	28,3	27,6	27,1	26,3	26,2	
Luxemburg	18,8	23,1	29,1	26,0	27,3	29,1	25,8	25,4	26,4	26,3	26,1	
Niederlande	22,7	25,1	23,7	26,9	24,1	24,2	25,3	24,7	24,4	24,7	-	
Norwegen	26,1	29,5	33,8	30,2	31,3	33,7	34,0	33,3	32,5	33,3	33,6	
Österreich	25,4	26,6	27,9	26,6	26,5	28,4	27,7	28,5	27,7	27,5	27,6	
Polen	-	-	-	-	25,2	19,8	22,8	22,9	20,4	20,6	-	
Portugal	12,4	12,5	18,1	19,6	21,5	22,9	23,9	23,7	21,6	22,3	-	
Schweden	29,2	33,2	35,6	38,0	34,4	37,9	35,0	34,9	35,2	34,1	34,3	
Schweiz	14,9	18,6	19,5	19,0	19,6	22,1	21,2	21,6	21,9	21,4	21,5	
Slowakei	-	-	-	-	25,3	19,9	17,8	17,4	16,4	16,0	16,5	
Slowenien	-	-	-	-	22,3	23,1	24,0	23,1	22,2	22,4	21,8	
Spanien	10,5	9,7	16,3	21,0	20,5	22,4	25,2	21,0	18,8	20,1	19,7	
Tschechien	-	-	-	-	21,0	18,9	20,2	19,5	19,0	18,9	19,8	
Ungarn	-	-	-	-	26,7	27,8	27,2	27,1	27,4	26,0	23,4	
Vereinigtes Königreich	25,7	28,8	30,4	29,5	28,0	30,2	29,2	29,0	27,4	28,2	28,8	
USA	21,4	20,3	19,1	20,5	20,9	22,6	21,4	19,7	17,7	18,5	19,4	

¹Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2010, Paris 2012.

Stand: Dezember 2012.

 $^{^2 \,} Nicht \, vergleich bar \, mit \, Quoten \, in \, der \, Abgrenzung \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, deutschen \, Finanzstatistik.$

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 18: Abgabenquoten im internationalen Vergleich¹

land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP											
Land -	1970	1980	1990	2000	2005	2008	2009	2010	2011			
Deutschland ^{2,3}	31,5	36,4	34,8	37,5	35,0	36,5	37,3	36,1	37,1			
Belgien	33,8	41,2	41,9	44,7	44,5	43,9	43,1	43,5	44,0			
Dänemark	38,4	43,0	46,5	49,4	50,8	47,8	47,7	47,6	48,1			
Finnland	31,6	35,8	43,7	47,2	43,9	42,9	42,8	42,5	43,4			
Frankreich	34,2	40,2	42,0	44,4	44,1	43,5	42,5	42,9	44,2			
Griechenland	20,2	21,8	26,4	34,3	32,1	32,1	30,4	30,9	31,2			
Irland	28,2	30,7	32,8	31,0	30,1	29,1	27,7	27,6	28,2			
Italien	25,7	29,7	37,6	42,0	40,6	43,0	43,0	42,9	42,9			
Japan	19,2	24,8	28,6	26,6	27,3	28,5	27,0	27,6	-			
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	33,2	32,3	32,1	31,0	31,0			
Luxemburg	23,5	35,7	35,7	39,1	37,6	35,5	37,7	37,1	37,1			
Niederlande	35,6	42,9	42,9	39,6	38,4	39,3	38,2	38,7	-			
Norwegen	34,5	42,4	41,0	42,6	43,2	42,1	42,4	42,9	43,2			
Österreich	33,9	39,0	39,7	43,0	42,1	42,8	42,5	42,0	42,1			
Polen	-	-	-	32,8	33,0	34,2	31,7	31,7	-			
Portugal	17,8	22,2	26,8	30,9	31,1	32,5	30,7	31,3	-			
Schweden	37,8	46,4	52,3	51,4	48,9	46,4	46,6	45,5	44,5			
Schweiz	19,2	24,6	24,9	29,3	28,1	28,1	28,7	28,1	28,5			
Slowakei	-	-	-	34,1	31,5	29,5	29,1	28,3	28,8			
Slowenien	-	-	-	37,3	38,6	37,1	37,1	37,5	36,8			
Spanien	15,9	22,6	32,5	34,3	36,0	33,1	30,9	32,3	31,6			
Tschechien	-	-	-	34,0	36,1	35,0	33,9	34,2	35,3			
Ungarn	-	-	-	39,3	37,3	40,1	39,9	37,9	35,7			
Vereinigtes Königreich	36,7	34,8	35,5	36,4	35,4	35,8	34,2	34,9	35,5			
USA	27,0	26,4	27,4	29,5	27,1	26,3	24,2	24,8	25,1			

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2010, Paris 2012.

Stand: Dezember 2012.

 $^{^2 \,} Nicht \, vergleich bar \, mit \, Quoten \, in \, der \, Abgrenzung \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, deutschen \, Finanzstatistik.$

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 19: Staatsquoten im internationalen Vergleich

			Gesamtausgaben des Staates in % des BIP									
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Deutschland ¹	45,2	43,6	54,9	45,1	46,9	44,1	48,2	47,7	45,3	45,0	45,4	45,1
Belgien	58,4	52,2	52,1	49,0	51,7	49,7	53,6	52,4	53,2	54,7	54,1	54,2
Estland	-		41,3	36,1	33,6	39,7	45,5	40,7	38,3	40,5	39,6	37,6
Finnland	46,5	48,2	61,5	48,3	50,2	49,2	55,9	55,5	54,7	55,6	56,3	56,7
Frankreich	51,9	49,6	54,4	51,7	53,5	53,3	56,8	56,5	55,9	56,6	57,2	57,1
Griechenland	_	45,2	46,2	47,1	44,4	50,5	54,0	51,3	51,9	54,7	47,3	46,5
Irland	52,5	42,3	41,0	31,2	33,9	43,1	48,6	66,1	48,2	42,2	42,3	39,4
Italien	49,6	52,6	52,2	45,8	47,9	48,6	52,0	50,5	50,0	50,7	51,1	50,2
Luxemburg	_	37,8	39,7	37,6	41,5	39,1	44,6	42,9	41,8	43,0	43,1	43,4
Malta	_	_	38,5	39,5	43,6	43,2	42,4	42,0	42,1	43,9	44,6	44,7
Niederlande	57,3	54,9	51,6	44,2	44,8	46,2	51,4	51,3	49,9	50,4	50,9	50,8
Österreich	53,1	51,5	56,2	51,8	49,9	49,3	52,6	52,6	50,5	51,2	51,3	50,8
Portugal	37,5	38,5	41,9	41,6	46,6	44,7	49,7	51,5	49,4	47,4	48,6	46,6
Slowakei	-	_	48,6	52,1	38,0	34,9	41,6	40,0	38,3	37,4	36,9	36,3
Slowenien	-	_	52,3	46,5	45,3	44,3	49,3	50,4	50,8	49,0	50,3	49,1
Spanien	-	-	44,5	39,2	38,4	41,5	46,3	46,3	45,1	47,0	43,3	42,9
Zypern	-	-	33,4	37,1	43,1	42,1	46,2	46,2	46,0	46,3	47,1	47,5
Bulgarien	-	-	45,6	41,3	37,3	38,4	41,4	37,4	35,6	35,7	37,5	38,2
Dänemark	55,5	55,4	59,3	53,6	52,6	51,6	58,0	57,5	57,5	59,5	57,8	56,8
Lettland	-	31,5	38,4	37,6	35,8	39,1	43,8	43,4	38,4	36,4	35,5	34,7
Litauen	-	-	34,4	38,9	33,2	37,2	44,9	42,4	38,8	36,1	35,6	34,8
Polen	-	-	47,7	41,1	43,4	43,2	44,6	45,4	43,4	42,3	41,6	41,0
Rumänien	-	_	34,1	38,6	33,6	39,3	41,1	40,1	39,4	36,4	36,6	36,8
Schweden	-	_	65,0	55,1	53,6	51,7	54,7	52,0	51,0	51,8	52,2	51,5
Tschechien	-	_	53,0	41,6	43,0	41,2	44,7	43,8	43,0	44,5	43,4	43,3
Ungarn	-	_	55,8	47,7	50,1	49,3	51,5	49,7	49,5	48,4	49,6	50,3
Vereinigtes Königreich	48,4	40,8	43,4	36,8	43,8	47,7	51,4	50,5	48,6	48,5	48,5	47,8
Euroraum	-	_	52,8	46,2	47,3	47,1	51,2	51,0	49,5	49,9	49,7	49,3
EU-27	-	_	51,9	44,8	46,7	47,1	51,1	50,6	49,1	49,4	49,2	48,8
USA	36,8	37,2	37,1	33,9	36,3	39,1	42,8	42,7	41,7	40,3	39,6	39,1
Japan	32,2	31,1	35,5	38,5	36,4	36,9	41,9	40,7	42,0	42,5	42,8	42,3

¹1985 bis 1990 nur alte Bundesländer.

 $Quelle: \hbox{EU-Kommission\,,} \hbox{Statistischer\,Anhang\,der\,Europ\"{a}ischen\,Wirtschaft".}$

Stand: Mai 2013.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2011 bis 2012

		Eu-Haush	nalt 2011 ¹			EU-Haus	shalt 2012 ²		
	Verpflichtu	ungen	Zahlun	gen	Verpflicht	tungen	Zahlu	ngen	
	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
Rubrik									
1. Nachhaltiges Wachstum	64 504,4	45,4	53 629,0	42,3	68 155,6	46,1	55 336,7	42,9	
davon Globalisierungsanpassungsfonds	500,0	0,4	47,6	-	500,0	0,3	50,0	0,0	
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	58 659,2	41,3	55 983,9	44,2	59 975,8	40,6	57 034,2	44,2	
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	2 059,9	1,4	1 700,1	1,3	2 065,2	1,4	1 484,3	1,1	
4. Die EU als globaler Akteur	8 759,3	6,2	7 242,5	5,7	9 405,9	6,4	6 955,1	5,4	
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	253,9	0,2	100,0	0,1	258,9	0,2	110,0	0,1	
5. Verwaltung	8 172,8	5,7	8 171,5	6,4	8 279,6	5,6	8 277,7	6,4	
Gesamtbetrag	142 155,7	100,0	126 727,1	100,0	100,0 147 882,2 100,0 129 088,0				

¹ EU-Haushalt 2011 (einschl. Berichtigungshaushaltspläne Nrn. 1-6/2011).

noch Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2011 bis 2012

	Differe	nz in %	Differenz in Mio. €			
	SP. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4		
Rubrik	10	11	12	13		
1. Nachhaltiges Wachstum	5,7	3,2	3 651,2	1 707,7		
davon Globalisierungsanpassungsfonds	0,0	100,0	0,0	50,0		
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	2,2	1,9	1 316,5	1 050,3		
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	0,3	-12,7	5,4	- 215,8		
4. Die EU als globaler Akteur	7,4	- 4,0	646,6	- 287,4		
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	2,0	10,0	5,0	10,0		
5. Verwaltung	1,3	1,3	106,8	106,2		
Gesamtbetrag	4,0	1,9	5 726,5	2 360,9		

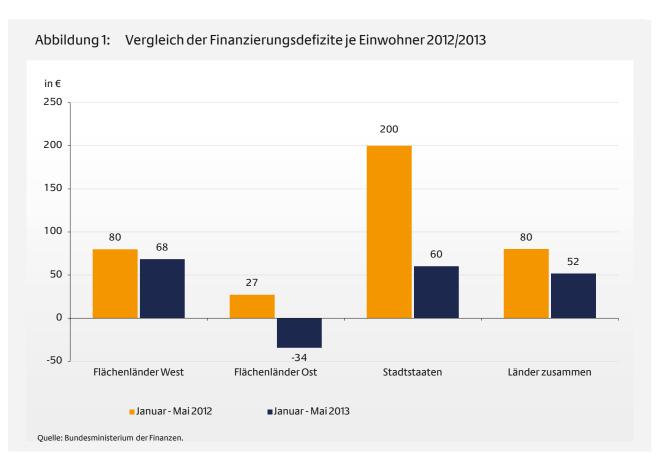
² EU-Haushalt 2012 (endgültig festgestellter Haushalt vom 1. Dezember 2011 einschl. Entwurf Berichtigungshaushaltsplan Nr. 1/2012).

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2013 im Vergleich zum Jahressoll 2013

	Flächenländ	der (West)	Flächenlär	nder (Ost)	Stadtst	aaten	Länder zus	ammen				
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist				
		in Mio. €										
Bereinigte Einnahmen	213 579	85 380	52 488	20 553	36 915	15 812	296 362	118 66				
darunter:												
Steuereinnahmen	167 466	65 535	30 145	12 525	23 565	9 942	221 176	88 00				
Übrige Einnahmen	46 113	19845	22 343	8 028	13 350	5 8 7 0	75 186	30 66				
Bereinigte Ausgaben	224 121	89 707	52 944	20 114	38 531	16 173	308 975	122 91				
darunter:												
Personalausgaben	87 640	36923	13 032	5316	11 146	5 102	111819	47 34				
Lfd. Sachaufwand	14 449	5 5 2 4	3 808	1 401	8 3 3 4	3 887	26 591	1081				
Zinsausgaben	13 019	6843	2 635	1 237	3 948	1 800	19 601	988				
Sachinvestitionen	4 401	1 042	1 755	321	799	204	6 9 5 5	1 56				
Zahlungen an Verwaltungen	65 215	23 208	18 220	7 189	814	326	77 628	27 64				
Übrige Ausgaben	39 397	16167	13 495	4 651	13 489	4854	66 38 1	25 67				
Finanzierungssaldo	-10 542	-4 327	- 456	439	-1 605	- 362	-12 602	-4 25				



ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Mai 2013

						in Mio. €				
			Mai 2012			April 2013			Mai 2013	
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	101 691	113 216	207 835	83 276	94 152	170 895	103 903	118 669	214 595
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	100 218	108 793	209 011	81 196	90 034	171 230	101 712	113 627	215 339
111	Steuereinnahmen	92 576	84 889	177 465	74 740	70 037	144778	93 892	88 002	181 894
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	1 111	18 920	20 031	609	15 450	16 060	832	20 407	21 239
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	690	690	-	547	547	-	535	535
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	-	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	1 473	4 423	5 895	2 080	4117	6 198	2 191	5 042	7 233
121	Veräußerungserlöse	704	514	1 217	1 456	137	1 592	1 476	144	1 620
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	625	353	978	1 391	69	1 460	1 399	69	1 468
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	178	2 399	2 577	287	2 408	2 695	286	2 736	3 022
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	127 258	119 669	239 855	104 661	101 016	199 144	128 869	122 918	243 810
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	119 656	111 259	230 915	98 922	94 357	193 280	117537	114398	231 935
211	Personalausgaben	12 005	46 259	58 265	10 149	38 505	48 654	12 466	47 341	59 807
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	3 507	13 404	16910	3 014	11 423	14437	3 666	13 973	17 639
212	Laufender Sachaufwand	7 497	10 391	17 888	6078	8 599	14 677	7 526	10811	18 337
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	4 142	6 670	10 812	3 672	5 486	9 158	4 698	6 892	11 590
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	15 536	10 528	26 064	15 425	8 431	23 856	15 178	9 880	25 058
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	5 954	23 063	29 017	5 593	21 381	26 975	7370	24824	32 194
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	117	117	-	38	38	-	- 46	- 46
2142	Zuweisungen an Gemeinden	4	21 360	21 365	2	19 960	19 963	3	23 190	23 193
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	7 602	8 410	16 012	5 738	6 659	12 398	11 332	8 521	19 852
221	Sachinvestitionen Zahlungen an	1717	1 560	3 277	1 063	1 179	2 242	1519	1 567	3 086
222	Verwaltungen (Kapitalrechnung)	1811	2 725	4536	1 562	2 383	3 945	1 740	2 824	4 563
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	7 391	8 223	15 614	5 526	6 397	11 923	11 082	8 245	19 32

 $Abweichung en \, durch \, Rundung \, der \, Zahlen \, m\"{o}glich.$

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Mai 2013

	_	in Mio. €									
			Mai 2012			April 2013			Mai 2013		
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-25 526 ²	-6 453	-31 979	-21 371 ²	-6 865	-28 236	-24 939 ²	-4 250	-29 189	
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung										
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	109 468	30 190	139 659	80 402	29 774	110 176	101 139	34 595	135 734	
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	90 273	44 176	134 449	93 615	43 955	137 571	98 962	48 830	147 792	
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	19 195	-13 986	5 209	-13 213	-14182	-27 395	2 176	-14 234	-12 058	
	Zum Ende des Monats bestehende										
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände										
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-14905	6 427	-8 478	18 345	7 983	26 328	278	6 922	7 200	
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	18 305	18 305	-	16551	16 551	-	17 395	1739	
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	14906	-6 494	8 412	-18 343	-10 343	-28 686	- 277	-8 736	-9 01	

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

² Einschließlich haushaltstechnische Verrechnungen.

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Mai 2013

						in Min. C				
Lfd.		Baden-	_ 3	Branden-		in Mio. € Mecklbg	Nieder-	Nordrh	Rheinl	
Nr.	Bezeichnung	Württ.	Bayern ³	burg	Hessen	Vorpom.	sachsen	Westf.	Pfalz	Saarland
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	14 814	19 505 ª	4 235	8 469	2 691	10 981	21 575	5 302	1 15
11	Einnahmen der laufenden Rechung	14361	18 623 b	3 927	8 271	2 460	10613	20 854	5 068	1 132
111	Steuereinnahmen	11 087	14476	2 646	6 720	1 531	8 169 4	17 459	3 824	93
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	2 477	1 970	986	1 067	807	1512	2 486	866	15
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	53	-	42	63	- 154	11	,
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	125	-	190	140	- 93	70	23
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	453	882 ¢	308	198	230	368	721	234	2
121	Veräußerungserlöse	0	0	2	5	2	3	3	57	:
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	-	-	-	-	2	-	57	:
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	278	404	87	186	67	296	413	85	1
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	15 651	18 351 ^d	4 069	9 141	2 741	10 790	23 816	6 485	1 62
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	14758	17016 ^d	3 670	8 546	2 462	10 225	22 002	5 947	1 52
211	Personalausgaben	7 059	8 612	1 048	3 398	712	4158 2	8 8 1 9 ²	2 587	65
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	2 268	2 552	94	1 130	50	1 369	3 034	829	25
212	Laufender Sachaufwand	733	1 3 3 0	221	688	177	761	1 348	405	6
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	683	1 073	189	552	155	576	1 005	344	6
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	1 063	631 ^e	229	900	164	808	2 082	660	30
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	3 697	4 566	1 505	2 229	869	2818	5 028	1 462	25
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	1 218	1 488	-	484	-	-	-	-	
2142	Zuweisungen an Gemeinden	2 429	3 044	1 288	1 713	738	2 706	4973	1 438	24
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	894	1 334	399	595	280	565	1813	539	10
221	Sachinvestitionen	178	453	19	187	55	60	98	20	1
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	380	476	116	245	100	112	711	168	2
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	829	1 306	399	581	280	565	1728	513	9

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Mai 2013

			·		·	in Mio. €			·	·
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 837	1 154 ^f	167	- 672	- 50	191	-2 241	-1 184	- 470
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	2 893	1 051 ^g	1 400	2 203	680	209	8 772	2 935	765
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	6 077	2 669 h	2 725	4 4 6 1	653	2 408	8 953	4811	774
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-3 184	-1 618 ⁱ	-1 325	-2 258	27	-2 199	- 181	-1 876	- 9
	Zum Ende des Monats bestehende									
	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	100	1 380	-	-	-	1 764	258
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	1 109	4 5 4 0	66	1 173	440	1 835	2 085	2	352
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-1 558	-	-518	-1 757	615	-815	1 906	-1 764	- 126

 $^{^1} In\, der\, L\"{a}nder summe \, ohne \, Zuweisungen \, von \, L\"{a}ndern \, im \, L\"{a}nder finanzausgleich.$

 $^{^{2}\,\}mathrm{Ohne}\,\mathrm{Juni}\text{-Bezüge.}$

³ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 730,5 Mio. €, b 451,2 Mio. €, c 279,3 Mio. €, d 227,1 Mio. €, e 227,0 Mio. €, f 503,4 Mio. €, g 121,0 Mio. €, h 125,0 Mio. €, i -4,0 Mio. €.

⁴NI - Einschl. Steuereinnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im nds. Küstengewässer/Festlandsockel) in Höhe von 0,1 Mio. €.

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Mai 2013

					in M	lio.€			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
1	Seit dem 1. Januar gebuchte Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	6 675	3 490	3 737	3 462	9 812	1 437	4 580	118 669
11	Einnahmen der laufenden Rechung	6 009	3 327	3 624	3 288	9 407	1 398	4517	113 62
111	Steuereinnahmen	4 136	2 073	2 871	2 140	5 3 1 8	891	3 732	88 00
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	1 604	1 083	490	953	3 247	326	379	20 40
1121	darunter: Allgemeine BEZ	86	51	7	50	261	41	15	53
1122	Länderfinanzausgleich ¹	340	222	19	221	1 856	139	-	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	666	163	113	173	405	39	63	5 04
121	Veräußerungserlöse	0	1	1	3	58	0	6	14
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	0	0	0	1	0	5	6
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	454	88	63	102	125	30	43	2 73
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	5 980	3 778	4 006	3 545	9 260	2 017	4 913	122 91
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	5 403	3 525	3 871	3 333	8 858	1 905	4611	11439
211	Personalausgaben	1 607	986	1 640	962	3 074	601	1 427	47 34
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	99	84	589	72	819	208	522	13 97
212	Laufender Sachaufwand	355	423	192	225	2 164	330	1 393	1081
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	260	134	158	146	918	151	487	6 89
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	169	345	392	330	1 037	362	401	988
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende	2 015	1 012	1 171	1 200	122	44	89	24 82
2141	Rechnung) darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	17	- 4
2142	Zuweisungen an Gemeinden	1 695	802	1 072	1 026	4	5	9	23 19
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	577	253	135	213	403	112	303	8 52
221	Sachinvestitionen	141	53	31	53	60	13	131	1 56
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	204	107	29	62	29	31	28	2 82
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	578	253	134	213	360	109	303	8 24

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Mai

					in M	io.€			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	695	- 288	- 269	- 84	551	- 580	- 333	-4 250
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung								
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	-	2 922	903	963	1 722	4 968	2 2 1 0	34 595
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	677	1 709	1 726	1 047	2 983	4 823	2 335	48 830
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	- 677	1 214	-824	-84	-1 261	146	- 125	-14 234
	Zum Ende des Monats bestehende								
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	2 707	-	-	39	675	-	6 922
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	3 298	91	-	100	464	431	1 409	17 39
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	_	-2 909	-1 088	326	- 29	- 562	- 458	-8 736

 $^{^1} In \, der \, L\"{a}nder summe \, ohne \, Zuweisungen \, von \, L\"{a}ndern \, im \, L\"{a}nder finanzausgleich.$

²Ohne Juni-Bezüge.

³ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 730,5 Mio. €, b 451,2 Mio. €, c 279,3 Mio. €, d 227,1 Mio. €, e 227,0 Mio. €, f 503,4 Mio. €, g 121,0 Mio. €, h 125,0 Mio. €, i -4,0 Mio. €.

 $^{^4}$ NI - Einschl. Steuereinnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im nds. Küstengewässer/Festlandsockel) in Höhe von 0,1 Mio. \in .

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Datengrundlagen und Ergebnisse der Schätzungen der Bundesregierung

Stand: Frühjahrsprojektion der Bundesregierung vom 25. April 2013

Erläuterungen zu den Tabellen 1 bis 8

- 1. Für die Potenzialschätzung wird das Produktionsfunktionsverfahren verwendet, das für die finanzpolitische Überwachung in der EU für die Mitgliedstaaten verbindlich vorgeschrieben ist. Die für die Schätzung erforderlichen Programme und Dokumentationen sind im Internetportal der Europäischen Kommission verfügbar, und zwar auf der Internetseite https://circabc.europa.eu/. Die Budgetsemielastizität basiert auf den von der OECD geschätzten Teilelastizitäten der einzelnen Abgaben und Ausgaben in Bezug zur Produktionslücke (siehe Girouard und André (2005), "Measuring Cyclically-Adjusted Budget Balances for OECD Countries", OECD Economics Department Working Papers 434) sowie methodischer Erweiterungen und Aktualisierung des für Einnahmenund Ausgabenstruktur und deren Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt herangezogenen Stützungszeitraums durch die Europäische Kommission (s. Mourre, Isbasoiu, Paternoster und Salto (2013): "The cyclicallyadjusted budget balance used in the EU fiscal framework: an update", Europäische Kommission, European Economy, Economic Papers 478).
- Datenquellen für die Schätzungen zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzial sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Anlagevermögensrechnung des Statistischen Bundesamts sowie die

- gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Bundesregierung für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung. Für die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung wird die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts zugrunde gelegt (Variante 1-W1), die an aktuelle Entwicklungen angepasst wird (z. B. Zuwanderung). Die Zeitreihen für Arbeitszeit je Erwerbstätigem und Partizipationsraten werden – im Rahmen von Trendfortschreibungen – um drei Jahre über den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung hinaus verlängert, um dem Randwertproblem bei Glättungen mit dem Hodrick-Prescott-Filter Rechnung zu tragen.
- 3. Die Bundesregierung verwendet seit der Herbstprojektion 2012 für die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter die Altersgruppe der 15-Jährigen bis einschließlich 74-Jährigen anstatt wie vorher die der 15-Jährigen bis einschließlich 64-Jährigen. Die Europäische Kommission hat diese neue Definition erstmalig in der Winterprojektion 2013 verwendet.
- 4. Für den Zeitraum vor 1991 werden Rückrechnungen auf der Grundlage von Zahlenangaben des Statistischen Bundesamts zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland durchgeführt.
- Die Berechnungen basieren auf dem Stand der Frühjahrsprojektion 2013 der Bundesregierung.
- 6. Das **Produktionspotenzial** ist ein Maß für die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten, die mittel- und langfristig die Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft determinieren.

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Die Produktionslücke kennzeichnet die Abweichung der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung von der konjunkturellen Normallage, dem Produktionspotenzial. Die Produktionslücken, d. h. die Abweichungen des Bruttoinlandsprodukts vom Potenzialpfad, geben das Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Unter-beziehungsweise Überauslastung wieder. In diesem Zusammenhang spricht man auch von "negativen" beziehungsweise "positiven" Produktionslücken (oder Output Gaps).

Der Potenzialpfad beschreibt die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts bei Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten und damit die gesamtwirtschaftliche Aktivität, die ohne inflationäre Verspannungen bei gegebenen Rahmenbedingungen möglich ist. Schätzungen zum Produktionspotenzial sowie daraus ermittelte Produktionslücken dienen nicht nur als Berechnungsgrundlage für die neue Schuldenregel, sondern auch, um das gesamtstaatliche strukturelle Defizit zu berechnen. Darüber hinaus sind sie eine wichtige Referenzgröße für die gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen, die für die mittelfristige Finanzplanung durchgeführt werden.

Zur Bestimmung der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme des Bundes ist, neben der Bereinigung um den Saldo der finanziellen Transaktionen, eine Konjunkturbereinigung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben durchzuführen, um eine ebenso in wirtschaftlich guten wie in wirtschaftlich schlechten Zeiten konjunkturgerechte, symmetrisch reagierende Finanzpolitik zu gewährleisten. Dies erfolgt durch eine explizite Berücksichtigung der konjunkturellen Einflüsse auf die öffentlichen Haushalte mithilfe einer Konjunkturkomponente, die die zulässige Obergrenze für die Nettokreditaufnahme in konjunkturell schlechten Zeiten erweitert und in konjunkturell guten Zeiten einschränkt. Die Budgetsemielastizität als zweites Element zur Bestimmung der Konjunkturkomponente gibt an, wie die Einnahmen und Ausgaben des Bundes auf eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität reagieren.

Weitere Erläuterungen und Hintergrundinformationen sind im Monatsbericht Februar 2011, Artikel "Die Ermittlung der Konjunkturkomponente des Bundes im Rahmen der neuen Schuldenregel" zu finden. (http://www.bundesfinanzministerium. de/nn_123210/DE/BMF__Startseite/Aktuelles/Monatsbericht__des__BMF/2011/02/analysen-und-berichte/b03-konjunkturkomponente-des-bundes/node.html?__nnn=true).

Tabelle 1: Produktionslücken, Budgetsemielastizität und Konjunkturkomponenten

	Produktionspotenzial	Bruttoinlandsprodukt	Produktionslücke	Budgetsemieslastizität	Konjunkturkomponente ¹
		in Mrd. € (nominal)		badgetsermesiastizitat	in Mrd. € (nominal)
2014	2 813,7	2 791,4	-22,3	0,210	-4,7
2015	2 890,7	2 875,0	-15,7	0,210	-3,3
2016	2 968,3	2 961,1	-7,2	0,210	-1,5
2017	3 049,8	3 049,8	0,0	0,210	0,0

¹ Die hier für die dargestellten Jahre angegebene Konjunkturkomponente des Bundes ergibt sich rechnerisch aus den Ergebnissen der zugrunde liegenden gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung. Die für die Haushaltsaufstellung letztlich maßgeblichen Werte sind den jeweiligen Haushaltsgesetzen des Bundes zu entnehmen.

Tabelle 2: Produktionspotenzial und -lücken

		Produktion	spotenzial		Produktionslücken			
	preisbe	preisbereinigt		ninal	preisber	einigt	nominal	
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % des pot. BIP	in Mrd. €	in % des pot. BIP
1980	1 383,5		835,2		32,3	2,3	19,5	2,3
1981	1 413,9	+2,2	889,2	+6,5	9,4	0,7	5,9	0,7
1982	1 442,2	+2,0	948,5	+6,7	-24,5	-1,7	-16,1	-1,7
1983	1 470,7	+2,0	994,5	+4,8	-30,8	-2,1	-20,8	-2,1
1984	1 500,7	+2,0	1 034,9	+4,1	-20,1	-1,3	-13,9	-1,3
1985	1 531,7	+2,1	1 078,8	+4,2	-16,7	-1,1	-11,8	-1,1
1986	1 566,6	+2,3	1 136,4	+5,3	-16,9	-1,1	-12,3	-1,1
1987	1 603,4	+2,4	1 178,0	+3,7	-32,0	-2,0	-23,5	-2,0
1988	1 643,4	+2,5	1 227,9	+4,2	-13,8	-0,8	-10,3	-0,8
1989	1 689,4	+2,8	1 298,5	+5,8	3,8	0,2	2,9	0,2
1990	1 739,8	+3,0	1 382,6	+6,5	42,4	2,4	33,7	2,4
1991	1 793,2	+3,1	1 469,1	+6,3	80,0	4,5	65,5	4,5
1992	1 847,7	+3,0	1 595,5	+8,6	61,3	3,3	52,9	3,3
1993	1 896,3	+2,6	1 702,7	+6,7	-6,4	-0,3	-5,8	-0,3
1994	1 936,2	+2,1	1 781,8	+4,6	0,4	0,0	0,4	0,0
1995	1 970,8	+1,8	1 850,2	+3,8	-1,8	-0,1	-1,7	-0,1
1996	2 002,2	+1,6	1 891,7	+2,2	-17,6	-0,9	-16,7	-0,9
1997	2 031,8	+1,5	1 924,6	+1,7	-12,7	-0,6	-12,0	-0,6
1998	2 061,3	+1,5	1 964,1	+2,1	-4,7	-0,2	-4,4	-0,2
1999	2 093,3	+1,5	1 998,4	+1,7	1,9	0,1	1,8	0,1
2000	2 126,7	+1,6	2 016,6	+0,9	32,5	1,5	30,9	1,5
2001	2 159,6	+1,5	2 070,9	+2,7	32,3	1,5	31,0	1,5
2002	2 190,7	+1,4	2 130,8	+2,9	1,5	0,1	1,4	0,1
2003	2 2 1 9, 1	+1,3	2 182,1	+2,4	-35,2	-1,6	-34,6	-1,6
2004	2 247,2	+1,3	2 233,3	+2,3	-37,9	-1,7	-37,6	-1,7
2005	2 274,6	+1,2	2 274,6	+1,8	-50,2	-2,2	-50,2	-2,2
2006	2 304,2	+1,3	2 311,4	+1,6	2,5	0,1	2,5	0,1
2007	2 334,2	+1,3	2 379,6	+3,0	47,9	2,1	48,9	2,1
2008	2 362,4	+1,2	2 427,1	+2,0	45,5	1,9	46,7	1,9
2009	2 384,0	+0,9	2 478,0	+2,1	-99,5	-4,2	-103,5	-4,2
2010	2 408,3	+1,0	2 526,5	+2,0	-28,9	-1,2	-30,3	-1,2
2011	2 438,1	+1,2	2 578,4	+2,1	13,4	0,6	14,2	0,6
2012	2 472,4	+1,4	2 648,8	+2,7	-4,6	-0,2	-4,9	-0,2
2012	2 506,4	+1,4	2 731,5	+3,1	-27,4	-1,1	-29,9	-1,1
2013	2 539,8	+1,4	2 813,7	+3,0	-20,2	-0,8	-23,3	-0,8
2014	2 568,9	+1,1	2890,7	+2,7	-14,0	-0,5	-15,7	-0,8
2015	2 597,1		2 968,3		-6,3		-7,2	-0,5
2016	2 627,1	+1,1	3 049,8	+2,7	0,0	-0,2 0,0	0,0	0,0

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Tabelle 3: Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum¹

	Produktionspotenzial	Totale Faktorproduktivität	Arbeit	Kapital
	in % ggü. Vorjahr	Prozentpunkte	Prozentpunkte	Prozentpunkte
1981	+2,2	1,0	0,1	1,1
1982	+2,0	1,0	0,0	1,0
1983	+2,0	1,2	-0,1	0,9
1984	+2,0	1,2	-0,1	0,9
1985	+2,1	1,3	-0,1	0,8
1986	+2,3	1,4	0,0	0,8
1987	+2,4	1,5	0,0	0,8
1988	+2,5	1,6	0,0	0,8
1989	+2,8	1,7	0,2	0,9
1990	+3,0	1,8	0,2	0,9
1991	+3,1	1,8	0,2	1,0
1992	+3,0	1,6	0,2	1,1
1993	+2,6	1,4	0,1	1,1
1994	+2,1	1,3	-0,2	1,0
1995	+1,8	1,1	-0,3	1,0
1996	+1,6	1,0	-0,3	0,9
1997	+1,5	0,9	-0,4	0,9
1998	+1,5	0,9	-0,3	0,9
1999	+1,5	0,9	-0,3	0,9
2000	+1,6	1,0	-0,3	0,9
2001	+1,5	1,0	-0,2	0,8
2002	+1,4	0,9	-0,2	0,7
2003	+1,3	0,8	-0,1	0,6
2004	+1,3	0,8	0,0	0,5
2005	+1,2	0,7	0,0	0,5
2006	+1,3	0,7	0,0	0,5
2007	+1,3	0,7	0,1	0,5
2008	+1,2	0,5	0,1	0,5
2009	+0,9	0,4	0,0	0,4
2010	+1,0	0,5	0,2	0,4
2011	+1,2	0,4	0,4	0,4
2012	+1,4	0,4	0,6	0,4
2013	+1,4	0,5	0,5	0,4
2014	+1,3	0,5	0,4	0,4
2015	+1,1	0,6	0,2	0,4
2016	+1,1	0,6	0,0	0,4
2017	+1,2	0,7	0,0	0,4

 $^{^1} Abweichungen \, des \, ausgewiesen en Potenzial wachstums \, von \, der Summe \, der \, Wachstums beiträge \, sind \, rundungsbedingt.$

Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt

	preisberei	nigt ¹	nomin	al
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
1960	689,7		166,7	
1961	721,6	+4,6	186,4	+11,8
1962	755,3	+4,7	207,0	+11,
1963	776,5	+2,8	219,3	+5,9
1964	828,3	+6,7	243,2	+10,9
1965	872,6	+5,4	266,9	+9,
1966	896,9	+2,8	276,9	+3,
1967	894,2	-0,3	271,9	-1,8
1968	942,9	+5,5	298,5	+9,8
1969	1 013,3	+7,5	340,5	+14,
1970	1 064,3	+5,0	390,9	+14,8
1971	1 097,7	+3,1	433,8	+11,0
1972	1 144,9	+4,3	473,0	+9,0
1973	1 199,6	+4,8	526,8	+11,4
1974	1 210,3	+0,9	570,2	+8,2
1975	1 199,8	-0,9	597,2	+4,
1976	1 259,1	+4,9	647,5	+8,
1977	1 301,3	+3,3	690,0	+6,
1978	1 340,4	+3,0	735,9	+6,
1979	1 396,1	+4,2	799,2	+8,
1980	1 415,7	+1,4	854,7	+6,
1981	1 423,2	+0,5	895,1	+4,
1982	1 417,6	-0,4	932,4	+4,7
1983	1 439,9	+1,6	973,6	+4,4
1984	1 480,6	+2,8	1 021,0	+4,9
1985	1 515,0	+2,3	1 067,0	+4,!
1986	1 549,7	+2,3	1 124,2	+5,4
1987	1 571,4	+1,4	1 154,5	+2,
1988	1 629,7	+3,7	1 217,5	+5,!
1989	1 693,2	+3,9	1 301,4	+6,9
1990	1 782,1	+5,3	1 416,3	+8,
1991	1 873,2	+5,1	1 534,6	+8,
1992	1 909,0	+1,9	1 648,4	+7,
1993	1 889,9	-1,0	1 696,9	+2,
1994	1 936,6	+2,5	1 782,2	+5,
1995	1 969,0	+1,7	1 848,5	+3,
1996	1 984,6	+0,8	1 875,0	+1,
1997	2 019,1	+1,7	1912,6	+2,
1998	2 056,7	+1,9	1 959,7	+2,
1999	2 095,2	+1,9	2 000,2	+2,

 $Gesamtwirts chaftliches \ Produktionspotenzial \ und \ Konjunkturkomponenten$

noch Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt

	preisberei	nigt ¹	nominal		
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	
2000	2 159,2	+3,1	2 047,5	+2,4	
2001	2 191,9	+1,5	2 101,9	+2,7	
2002	2 192,1	+0,0	2 132,2	+1,4	
2003	2 183,9	-0,4	2 147,5	+0,7	
2004	2 209,3	+1,2	2 195,7	+2,2	
2005	2 224,4	+0,7	2 224,4	+1,3	
2006	2 306,7	+3,7	2 313,9	+4,0	
2007	2 382,1	+3,3	2 428,5	+5,0	
2008	2 407,9	+1,1	2 473,8	+1,9	
2009	2 284,5	-5,1	2 374,5	-4,0	
2010	2 379,4	+4,2	2 496,2	+5,1	
2011	2 451,5	+3,0	2 592,6	+3,9	
2012	2 467,7	+0,7	2 643,9	+2,0	
2013	2 478,9	+0,5	2 701,6	+2,2	
2014	2 519,6	+1,6	2 791,4	+3,3	
2015	2 555,0	+1,4	2 875,0	+3,0	
2016	2 590,8	+1,4	2 961,1	+3,0	
2017	2 627,1	+1,4	3 049,8	+3,0	

 $^{^{1}}$ Verkettete Volumenangaben, berechnet auf Basis der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Indexwerte (2005 = 100).

Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

			Partizipa	tionsraten			
Jahr	Erwerbsbe	evölkerung ¹	Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert	Erwerbstä	tige, Inland	
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in%	in%	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	
1960	54 632			59,9	32 275		
961	54 667	+0,1		60,4	32 725	+1,4	
962	54803	+0,2		60,4	32 839	+0,3	
1963	55 035	+0,4		60,4	32 917	+0,2	
1964	55 219	+0,3		60,2	32 945	+0,1	
1965	55 499	+0,5	59,8	60,2	33 132	+0,6	
1966	55 793	+0,5	59,4	59,7	33 030	-0,3	
1967	55 845	+0,1	59,0	58,6	31 954	-3,3	
1968	55 951	+0,2	58,7	58,1	31 982	+0,1	
1969	56 377	+0,8	58,5	58,2	32 479	+1,6	
1970	56 586	+0,4	58,5	58,5	32 926	+1,4	
1971	56 729	+0,3	58,5	58,7	33 076	+0,5	
1972	57 126	+0,7	58,5	58,7	33 258	+0,6	
1973	57 519	+0,7	58,5	59,1	33 660	+1,2	
1974	57 776	+0,4	58,3	58,7	33 341	-0,9	
1975	57 814	+0,1	58,1	58,0	32 504	-2,5	
1976	57 871	+0,1	58,0	57,8	32 369	-0,4	
1977	58 057	+0,3	58,0	57,6	32 442	+0,2	
1978	58 348	+0,5	58,1	57,8	32 763	+1,0	
1979	58 738	+0,7	58,4	58,3	33 396	+1,9	
1980	59 196	+0,8	58,8	58,8	33 956	+1,7	
1981	59 595	+0,7	59,4	59,3	33 996	+0,1	
1982	59 823	+0,4	60,1	60,1	33 734	-0,8	
1983	59 931	+0,2	60,9	61,0	33 427	-0,9	
1984	59 957	+0,0	61,7	61,7	33 715	+0,9	
1985	59 980	+0,0	62,4	62,6	34 188	+1,4	
1986	60 095	+0,2	63,2	63,1	34 845	+1,9	
1987	60 194	+0,2	63,8	63,7	35 331	+1,4	
1988	60 300	+0,2	64,4	64,4	35 834	+1,4	
1989	60 567	+0,4	64,9	64,8	36 507	+1,9	
1990	60 955	+0,6	65,3	65,8	37 657	+3,2	
1991	61 427	+0,8	65,5	66,5	38 712	+2,8	
1992	62 068	+1,0	65,5	65,6	38 183	-1,4	
1993	62 679	+1,0	65,4	65,0	37 695	-1,3	
1994	63 022	+0,5	65,3	65,0	37 667	-0,1	
1995	63 211	+0,3	65,3	64,9	37 802	+0,4	
1996	63 340	+0,2	65,5	65,2	37 772	-0,1	
1997	63 383	+0,1	65,7	65,5	37 716	-0,1	
1998	63 381	-0,0	66,0	66,1	38 148	+1,1	
1999	63 431	+0,1	66,3	66,4	38 721	+1,5	

 $Gesamtwirts chaftliches \ Produktionspotenzial \ und \ Konjunkturkomponenten$

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

			Partizipat	tionsraten				
Jahr	Erwerbsbe	völkerung ¹	Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert	Erwerbstä	tige, Inland		
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in%	in%	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr		
2000	63 515	+0,1	66,6	66,9	39 382	+1,7		
2001	63 643	+0,2	66,9	67,1	39 485	+0,3		
2002	63 819	+0,3	67,1	67,0	39 257	-0,6		
2003	63 942	+0,2	67,3	67,0	38 918	-0,9		
2004	63 998	+0,1	67,5	67,5	39 034	+0,3		
2005	64032	+0,1	67,7	68,0	38 976	-0,1		
2006	64 029	-0,0	67,9	67,8	39 192	+0,6		
2007	63 983	-0,1	68,0	67,9	39 857	+1,7		
2008	63 881	-0,2	68,2	68,1	40 348	+1,2		
2009	63 650	-0,4	68,5	68,5	40 370	+0,1		
2010	63 381	-0,4	68,8	68,7	40 603	+0,6		
2011	63 218	-0,3	69,1	69,1	41 164	+1,4		
2012	63 205	-0,0	69,4	69,5	41 613	+1,1		
2013	63 108	-0,2	69,7	69,8	41 813	+0,5		
2014	62 884	-0,4	70,0	70,0	41 933	+0,3		
2015	62 587	-0,5	70,3	70,3	42 016	+0,2		
2016	62 250	-0,5	70,6	70,6	42 100	+0,2		
2017	61 957	-0,5	70,9	70,9	42 184	+0,2		
2018	61 734	-0,4	71,1	71,1				
2019	61 507	-0,4	71,4	71,3				
2020	61 381	-0,2	71,6	71,6				

¹12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes; Variante 1-W1, angepasst an aktuelle Entwicklungen.

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

	Arbeits	eitszeit je Erwerbstätigem, Arbeitsstunden Arbeitnehmer, Inland				Erwerbslose, Inländer		
Jahr	Tre		Tatsächlich bzw				in % der Erwerbs-	NAWRU ²
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	personen	
960			2 165	, ,	25 095		1,4	
961			2 138	-1,2	25 710	+2,5	0,9	
1962			2 102	-1,7	26 079	+1,4	0,8	
1963			2 071	-1,4	26377	+1,1	1,0	
1964			2 083	+0,6	26 673	+1,1	0,9	
1965	2 065		2 069	-0,7	27 035	+1,4	0,8	
1966	2 041	-1,2	2 043	-1,3	27 050	+0,1	0,8	
1967	2 017	-1,2	2 005	-1,8	26 139	-3,4	2,4	1,0
1968	1 994	-1,1	1 993	-0,6	26 305	+0,6	1,7	1,0
1969	1 971	-1,2	1 973	-1,0	27 034	+2,8	0,9	1,0
1970	1 948	-1,2	1 958	-0,8	27 814	+2,9	0,5	1,
1971	1 923	-1,3	1 926	-1,6	28 276	+1,7	0,7	1,
1972	1 897	-1,4	1 903	-1,2	28 616	+1,2	0,9	1,2
1973	1 870	-1,4	1 875	-1,5	29 133	+1,8	1,0	1,:
1974	1 845	-1,3	1 835	-2,1	28 983	-0,5	1,7	1,
1975	1 823	-1,2	1 798	-2,0	28319	-2,3	3,1	1,
1976	1 805	-1,0	1811	+0,7	28 397	+0,3	3,2	2,
1977	1 788	-0,9	1 793	-1,0	28 632	+0,8	3,1	2,
1978	1 773	-0,9	1 775	-1,1	29 025	+1,4	2,9	3,
1979	1 758	-0,9	1 763	-0,7	29 755	+2,5	2,4	3,
1980	1 742	-0,9	1 743	-1,1	30 337	+2,0	2,4	4,
1981	1 727	-0,9	1 722	-1,2	30 416	+0,3	3,8	4,9
1982	1 712	-0,9	1 711	-0,6	30 192	-0,7	6,2	5,
1983	1 696	-0,9	1 698	-0,8	29 925	-0,9	8,6	6,
1984	1 680	-1,0	1 686	-0,7	30 213	+1,0	8,9	6,
1985	1 662	-1,0	1 663	-1,4	30 689	+1,6	9,0	7,
1986	1 645	-1,1	1 644	-1,1	31 322	+2,1	8,1	7,
1987	1 627	-1,1	1 622	-1,3	31 842	+1,7	7,8	7,3
1988	1 610	-1,0	1 617	-0,3	32 356	+1,6	7,7	7,3
1989	1 594	-1,0	1 594	-1,4	33 004	+2,0	6,9	7,
1990	1 579	-0,9	1 571	-1,4	34 135	+3,4	6,1	7,
1991	1 566	-0,8	1 552	-1,2	35 148	+3,0	5,3	7,
992	1 556	-0,7	1 564	+0,8	34567	-1,7	6,2	7,
993	1 547	-0,6	1 547	-1,1	34 020	-1,6	7,5	7,
994	1 537	-0,6	1 545	-0,1	33 909	-0,3	8,1	7,
995	1 527	-0,7	1 529	-1,1	33 996	+0,3	7,9	7,
1996	1 516	-0,7	1 5 1 1	-1,1	33 907	-0,3	8,5	7,
1997	1 506	-0,7	1 505	-0,4	33 803	-0,3	9,2	7,
1998	1 495	-0,7	1 499	-0,4	34 189	+1,1	8,9	8,
1999	1 483	-0,8	1 491	-0,5	34735	+1,6	8,1	8,

 $Gesamtwirts chaftliches \ Produktionspotenzial \ und \ Konjunkturkomponenten$

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

	Arbeits	zeit je Erwerbst	ätigem, Arbeitsst	tunden	Arbeitnehr	ner, Inland	Erwerbslos	e, Inländer
Jahr	Tre	end	Tatsächlich bzw	. prognostiziert			in % der Erwerbs-	NAWRU ²
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	personen	NAVVKU
2000	1 471	-0,8	1 471	-1,4	35 387	+1,9	7,4	8,4
2001	1 459	-0,8	1 453	-1,2	35 465	+0,2	7,5	8,5
2002	1 449	-0,7	1 441	-0,8	35 203	-0,7	8,2	8,6
2003	1 441	-0,6	1 436	-0,4	34 800	-1,1	9,1	8,7
2004	1 434	-0,5	1 436	+0,0	34777	-0,1	9,6	8,7
2005	1 428	-0,4	1 431	-0,4	34 559	-0,6	10,5	8,7
2006	1 423	-0,4	1 424	-0,5	34736	+0,5	9,8	8,5
2007	1 417	-0,4	1 422	-0,1	35 359	+1,8	8,3	8,2
2008	1 411	-0,4	1 422	-0,0	35 868	+1,4	7,2	7,8
2009	1 406	-0,4	1 383	-2,7	35 900	+0,1	7,4	7,4
2010	1 402	-0,3	1 407	+1,7	36 110	+0,6	6,8	6,8
2011	1 399	-0,2	1 406	-0,0	36 625	+1,4	5,7	6,3
2012	1 396	-0,2	1 397	-0,7	37 067	+1,2	5,3	5,7
2013	1 395	-0,1	1 389	-0,6	37 287	+0,6	5,1	5,1
2014	1 394	-0,0	1 393	+0,3	37 375	+0,2	4,8	4,5
2015	1 394	+0,0	1 394	+0,1	37 450	+0,2	4,5	4,2
2016	1 395	+0,1	1 396	+0,1	37 524	+0,2	4,2	4,1
2017	1 396	+0,1	1 397	+0,1	37 599	+0,2	4,0	4,0
2018	1 398	+0,1	1 399	+0,1				
2019	1 399	+0,1	1 400	+0,1				
2020	1 401	+0,1	1 400	+0,1				

¹12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes; Variante 1-W1, angepasst an aktuelle Entwicklungen.

 $^{^{\}rm 2}$ NAWRU - Non-Accelerating Wage Rate of Unemployment.

Tabelle 6: Kapitalstock und Investitionen

	Bruttoanlag	evermögen	Bruttoanlage	investitionen	Abgangssquote
	preisbe	reinigt	preisbe	ereinigt	tatsächlich bzw. prognostiziert
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in%
1980	6 110,9	+3,5	286,6	+2,3	1,4
1981	6 3 0 7, 7	+3,2	273,2	-4,7	1,2
1982	6 485,6	+2,8	260,7	-4,6	1,3
1983	6 655,5	+2,6	268,5	+3,0	1,5
1984	6 823,4	+2,5	269,0	+0,2	1,5
1985	6 985,8	+2,4	270,8	+0,7	1,6
1986	7 149,0	+2,3	279,4	+3,2	1,7
1987	7 315,5	+2,3	285,2	+2,1	1,7
1988	7 487,8	+2,4	299,6	+5,0	1,7
1989	7 672,9	+2,5	321,3	+7,2	1,8
1990	7 876,2	+2,7	346,9	+8,0	1,9
1991	8 112,9	+3,0	365,4	+5,3	1,6
1992	8 378,1	+3,3	382,2	+4,6	1,4
1993	8 636,4	+3,1	365,9	-4,3	1,3
1994	8 887,4	+2,9	381,4	+4,2	1,5
1995	9 140,0	+2,8	380,7	-0,2	1,4
1996	9 384,7	+2,7	378,6	-0,6	1,5
1997	9 622,5	+2,5	382,2	+0,9	1,5
1998	9 862,1	+2,5	397,4	+4,0	1,6
1999	10 109,6	+2,5	415,4	+4,5	1,7
2000	10 361,7	+2,5	426,3	+2,6	1,7
2001	10 601,8	+2,3	412,2	-3,3	1,7
2002	10 807,2	+1,9	387,0	-6,1	1,7
2003	10 984,2	+1,6	382,4	-1,2	1,9
2004	11 148,6	+1,5	381,5	-0,2	2,0
2005	11 304,0	+1,4	384,5	+0,8	2,1
2006	11 467,3	+1,4	416,1	+8,2	2,2
2007	11 647,1	+1,6	435,8	+4,7	2,2
2008	11 830,9	+1,6	441,4	+1,3	2,2
2009	11 983,4	+1,3	390,3	-11,6	2,0
2010	12 113,7	+1,1	413,3	+5,9	2,4
2011	12 253,1	+1,2	438,8	+6,2	2,5
2012	12 392,5	+1,1	427,8	-2,5	2,4
2013	12 528,5	+1,1	426,9	-0,2	2,3
2014	12 661,0	+1,1	444,3	+4,1	2,5
2015	12 798,6	+1,1	456,7	+2,8	2,5
2016	12 947,8	+1,2	469,4	+2,8	2,5
2017	13 106,0	+1,2	482,5	+2,8	2,5

Tabelle 7: Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität

	Solow-Residuen	Totale Faktorproduktivität
	log	log
1980	-7,4285	-7,4395
1981	-7,4270	-7,4295
1982	-7,4314	-7,4191
1983	-7,4141	-7,4076
1984	-7,3961	-7,3952
1985	-7,3814	-7,3820
1986	-7,3718	-7,3679
1987	-7,3662	-7,3529
1988	-7,3450	-7,3365
1989	-7,3180	-7,3192
1990	-7,2866	-7,3014
1991	-7,2573	-7,2838
1992	-7,2459	-7,2676
1993	-7,2510	-7,2533
1994	-7,2351	-7,2406
1995	-7,2238	-7,2295
1996	-7,2171	-7,2195
1997	-7,2052	-7,2101
1998	-7,2001	-7,2010
1999	-7,1966	-7,1917
2000	-7,1770	-7,1819
2001	-7,1639	-7,1722
2002	-7,1615	-7,1631
2003	-7,1628	-7,1547
2004	-7,1585	-7,1469
2005	-7,1532	-7,1395
2006	-7,1223	-7,1321
2007	-7,1056	-7,1256
2008	-7,1081	-7,1201
2009	-7,1476	-7,1159
2010	-7,1254	-7,1114
2011	-7,1084	-7,1070
2012	-7,1083	-7,1026
2013	-7,1071	-7,0978
2014	-7,0982	-7,0924
2015	-7,0900	-7,0865
2016	-7,0822	-7,0801
2017	-7,0745	-7,0734

Tabelle 8: Preise und Löhne

	Deflator des Brut	toinlandsprodukts	Deflator des pr	ivaten Konsums	Arbeitnehmer	entgelte, Inland
	2005=100	in % ggü. Vorjahr	2005=100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahı
1960	24,2		27,7		83,9	
1961	25,8	+6,8	28,6	+3,3	94,7	+12,9
1962	27,4	+6,1	29,5	+2,9	104,8	+10,6
1963	28,2	+3,0	30,3	+3,0	112,4	+7,3
1964	29,4	+4,0	31,0	+2,2	123,0	+9,4
1965	30,6	+4,2	32,0	+3,2	136,5	+11,0
1966	30,9	+0,9	33,2	+3,6	147,0	+7,7
1967	30,4	-1,5	33,7	+1,6	146,7	-0,2
1968	31,7	+4,1	34,2	+1,6	157,6	+7,4
1969	33,6	+6,2	34,9	+1,9	177,3	+12,6
1970	36,7	+9,3	36,1	+3,5	210,6	+18,7
1971	39,5	+7,6	38,1	+5,6	238,7	+13,3
1972	41,3	+4,5	39,9	+4,7	264,6	+10,9
1973	43,9	+6,3	42,9	+7,4	301,2	+13,8
1974	47,1	+7,3	46,3	+8,0	333,1	+10,6
1975	49,8	+5,7	48,8	+5,5	348,1	+4,5
1976	51,4	+3,3	50,7	+3,8	376,2	+8,1
1977	53,0	+3,1	52,0	+2,7	403,9	+7,4
1978	54,9	+3,5	53,0	+1,9	431,2	+6,8
1979	57,2	+4,3	56,1	+5,7	466,9	+8,3
1980	60,4	+5,5	59,9	+6,7	507,6	+8,7
1981	62,9	+4,2	63,5	+6,1	532,3	+4,9
1982	65,8	+4,6	66,7	+5,0	549,0	+3,1
1983	67,6	+2,8	68,9	+3,2	561,2	+2,2
1984	69,0	+2,0	70,6	+2,5	583,1	+3,9
1985	70,4	+2,1	71,7	+1,5	606,5	+4,0
1986	72,5	+3,0	70,9	-1,1	638,7	+5,3
1987	73,5	+1,3	70,8	-0,1	667,7	+4,5
1988	74,7	+1,7	72,1	+1,9	695,8	+4,2
1989	76,9	+2,9	74,9	+3,9	728,0	+4,6
1990	79,5	+3,4	77,1	+3,0	787,6	+8,2
1991	81,9	+3,1	79,4	+2,9	858,8	+9,0
1992	86,3	+5,4	82,8	+4,3	931,8	+8,5
1993	89,8	+4,0	85,9	+3,6	954,0	+2,4
1994	92,0	+2,5	88,0	+2,5	978,5	+2,6
1995	93,9	+2,0	89,3	+1,4	1 014,6	+3,7
1996	94,5	+0,6	90,1	+1,0	1 022,9	+0,8
1997	94,7	+0,3	91,3	+1,3	1 022,9	+0,8
1998	95,3	+0,6	91,7	+0,5	1 047,2	+2,0
1999	95,5	+0,0	92,1	+0,4	1 047,2	+2,5

 $Gesamtwirts chaftliches \ Produktionspotenzial \ und \ Konjunkturkomponenten$

noch Tabelle 8: Preise und Löhne

	Deflator des Brut	coinlandsprodukts	Deflator des pr	ivaten Konsums	Arbeitnehmer	entgelte, Inland
	2005=100	in % ggü. Vorjahr	2005=100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahı
2000	94,8	-0,7	92,8	+0,8	1 114,1	+3,8
2001	95,9	+1,1	94,6	+1,9	1 135,1	+1,9
2002	97,3	+1,4	95,7	+1,2	1 141,5	+0,6
2003	98,3	+1,1	97,2	+1,6	1 144,3	+0,2
2004	99,4	+1,1	98,4	+1,2	1 147,5	+0,3
2005	100,0	+0,6	100,0	+1,7	1 139,4	-0,7
2006	100,3	+0,3	101,0	+1,0	1 157,0	+1,5
2007	101,9	+1,6	102,5	+1,5	1 187,0	+2,6
2008	102,7	+0,8	104,2	+1,6	1 229,4	+3,6
2009	103,9	+1,2	104,2	-0,0	1 232,4	+0,2
2010	104,9	+0,9	106,3	+2,0	1 269,3	+3,0
2011	105,8	+0,8	108,5	+2,1	1 326,3	+4,5
2012	107,1	+1,3	110,2	+1,6	1 375,5	+3,7
2013	109,0	+1,7	112,1	+1,7	1 416,3	+3,0
2014	110,8	+1,7	114,2	+1,9	1 459,7	+3,1
2015	112,5	+1,6	116,2	+1,7	1 499,4	+2,7
2016	114,3	+1,6	118,2	+1,7	1 539,8	+2,7
2017	116,1	+1,6	120,2	+1,7	1 581,3	+2,7

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

						Bruttoi	nlandsprodukt	(real)	
	Erwerbstä	tige im Inland ¹	Erwerbsquote ²	Erwerbslose	Erwerbslosen- quote ³	gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Erwerbs- tätigen- stunde	Investitions- quote ⁴
Jahr	in Mio.	Veränderung in % p.a.	in%	in Mio.	in%	Verä	nderung in % p	.a.	in%
1991	38,7		51,0	2,2	5,3				23,2
1992	38,2	-1,4	50,5	2,5	6,2	+1,9	+3,3	+2,5	23,5
1993	37,7	-1,3	50,2	3,1	7,5	-1,0	+0,3	+1,4	22,5
1994	37,7	-0,1	50,3	3,3	8,1	+2,5	+2,5	+2,7	22,5
1995	37,8	+0,4	50,2	3,2	7,9	+1,7	+1,3	+2,4	21,9
1996	37,8	-0,1	50,3	3,5	8,5	+0,8	+0,9	+2,0	21,3
1997	37,7	-0,1	50,5	3,8	9,2	+1,7	+1,9	+2,3	21,0
1998	38,1	+1,1	50,9	3,7	8,9	+1,9	+0,7	+1,1	21,1
1999	38,7	+1,5	51,2	3,4	8,1	+1,9	+0,4	+0,9	21,3
2000	39,4	+1,7	51,6	3,1	7,4	+3,1	+1,3	+2,7	21,5
2001	39,5	+0,3	51,7	3,2	7,5	+1,5	+1,2	+2,5	20,1
2002	39,3	-0,6	51,7	3,5	8,3	+0,0	+0,6	+1,4	18,4
2003	38,9	-0,9	51,8	3,9	9,2	-0,4	+0,5	+0,9	17,8
2004	39,0	+0,3	52,2	4,2	9,7	+1,2	+0,9	+0,8	17,4
2005	39,0	-0,1	52,7	4,6	10,5	+0,7	+0,8	+1,2	17,3
2006	39,2	+0,6	52,6	4,2	9,8	+3,7	+3,1	+3,6	18,1
2007	39,9	+1,7	52,7	3,6	8,3	+3,3	+1,5	+1,7	18,4
2008	40,3	+1,2	52,9	3,1	7,2	+1,1	-0,1	-0,1	18,6
2009	40,4	+0,1	53,2	3,2	7,4	-5,1	-5,2	-2,5	17,2
2010	40,6	+0,6	53,2	2,9	6,8	+4,2	+3,6	+1,8	17,4
2011	41,2	+1,4	53,3	2,5	5,7	+3,0	+1,6	+1,6	18,1
2012	41,6	+1,0	53,6	2,3	5,3	+0,7	-0,4	+0,2	17,6
2007/02	39,2	+0,3	52,3	4,0	9,3	+1,7	+1,4	+1,6	17,9
2012/07	40,7	+0,9	53,2	3,0	6,8	+0,7	-0,2	+0,2	17,9

 $^{^{1}}$ Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

 $Quellen: Statistisches \ Bundesamt; eigene \ Berechnungen.$

 $^{^2\,}Erwerbspersonen\,(inländische\,Erwerbstätige + Erwerbslose\,[ILO])\,in\,\%\,der\,Wohnbev\"{o}lkerung\,nach\,ESVG\,95.$

³ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

 $^{^4\,} Anteil\, der\, Bruttoanlage investitionen\, am\, Bruttoinlandsprodukt\, (nominal).$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Preisentwicklung

	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator) ¹	Verbraucher- preisindex (2005=100)	Lohnstück- kosten²
Jahr			\	/eränderung in % p.a	a.		
1991							
1992	+7,4	+5,4	+3,2	+4,5	+4,3	+5,1	+6,8
1993	+2,9	+4,0	+1,9	+3,5	+3,6	+4,5	+4,1
1994	+5,0	+2,5	+1,1	+2,3	+2,5	+2,6	+0,5
1995	+3,7	+2,0	+1,6	+1,6	+1,4	+1,8	+2,4
1996	+1,4	+0,6	-0,4	+0,8	+0,9	+1,4	+0,4
1997	+2,0	+0,3	-1,7	+0,7	+1,3	+2,0	-1,0
1998	+2,5	+0,6	+1,8	+0,1	+0,5	+1,0	+0,4
1999	+2,1	+0,2	+0,7	-0,0	+0,4	+0,6	+0,6
2000	+2,4	-0,7	-4,5	+0,8	+0,8	+1,4	+0,5
2001	+2,7	+1,1	-0,0	+1,1	+1,9	+2,0	+0,3
2002	+1,4	+1,4	+2,3	+0,7	+1,2	+1,4	+0,5
2003	+0,7	+1,1	+1,0	+0,9	+1,6	+1,1	+0,9
2004	+2,2	+1,1	+0,1	+1,1	+1,2	+1,6	-0,4
2005	+1,3	+0,6	-1,9	+1,3	+1,7	+1,6	-0,9
2006	+4,0	+0,3	-1,4	+0,8	+1,0	+1,5	-2,4
2007	+5,0	+1,6	+0,5	+1,5	+1,5	+2,3	-1,0
2008	+1,9	+0,8	-1,5	+1,4	+1,6	+2,6	+2,3
2009	-4,0	+1,2	+3,8	-0,2	+0,0	+0,3	+6,2
2010	+5,1	+0,9	-2,1	+1,7	+2,0	+1,1	-1,5
2011	+3,9	+0,8	-2,2	+1,8	+2,1	+2,1	+1,2
2012	+2,0	+1,3	-0,7	+1,7	+1,7	+2,0	+2,8
2007/02	+2,6	+0,9	-0,3	+1,1	+1,4	+1,6	-0,8
2012/07	+1,7	+1,0	-0,6	+1,3	+1,5	+1,6	+2,1

 $^{^{1}} Einschließlich \ private \ Organisationen \ ohne \ Erwerbszweck.$

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $^{^2} Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbst \"atigenstunde (Inlandskonzept).$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Außenwirtschaft¹

	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt
Jahr	Veränderu	ng in % p.a.	in Mı	rd.€		Anteile	am BIP in %	
1991			-5,8	-23,4	25,7	26,1	-0,4	-1,5
1992	+0,4	+0,6	-6,7	-18,9	24,0	24,4	-0,4	-1,1
1993	-5,7	-8,0	2,9	-15,2	22,0	21,8	0,2	-0,9
1994	+9,1	+8,3	6,0	-26,1	22,8	22,5	0,3	-1,5
1995	+7,8	+6,7	11,0	-23,3	23,7	23,1	0,6	-1,3
1996	+6,0	+4,5	18,0	-12,8	24,8	23,8	1,0	-0,7
1997	+12,7	+11,7	24,7	-9,3	27,4	26,1	1,3	-0,5
1998	+6,9	+6,8	26,9	-14,6	28,6	27,2	1,4	-0,7
1999	+5,0	+7,0	17,6	-26,1	29,4	28,5	0,9	-1,3
2000	+16,2	+18,7	6,3	-29,4	33,4	33,1	0,3	-1,4
2001	+7,0	+1,8	41,7	-3,9	34,8	32,8	2,0	-0,2
2002	+4,0	-3,6	95,9	42,1	35,7	31,2	4,5	2,0
2003	+0,9	+2,7	84,2	40,5	35,7	31,8	3,9	1,9
2004	+10,3	+7,7	110,8	102,3	38,5	33,5	5,0	4,7
2005	+8,6	+9,2	116,0	112,4	41,3	36,1	5,2	5,1
2006	+14,6	+14,9	130,1	150,0	45,5	39,9	5,6	6,5
2007	+8,8	+5,7	170,0	182,9	47,2	40,2	7,0	7,5
2008	+4,0	+6,1	155,8	150,5	48,2	41,9	6,3	6,1
2009	-15,5	-14,1	116,9	143,2	42,4	37,5	4,9	6,0
2010	+16,6	+16,3	138,9	153,4	47,0	41,4	5,6	6,1
2011	+10,9	+13,0	131,7	144,9	50,2	45,1	5,1	5,6
2012	+4,9	+3,9	149,3	177,5	51,6	46,0	5,6	6,7
2007/02	+8,5	+8,0	117,8	105,0	40,7	35,4	5,2	4,6
2012/07	+3,6	+4,5	143,8	158,7	47,8	42,0	5,8	6,3

¹ In jeweiligen Preisen.

 $Quellen: Statistisches \ Bundesamt; eigene \ Berechnungen.$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Einkommensverteilung

	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)		quote	Bruttolöhne und -gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer) ³
				unbereinigt ¹	bereinigt ²		
Jahr	V	eränderung in % p.a	1.	ir	1%	Veränderu	ng in % p.a.
1991			•	70,8	70,8		
1992	+6,7	+2,6	+8,4	71,9	72,1	+10,2	+4,0
1993	+1,4	-0,8	+2,3	72,5	72,9	+4,3	+0,9
1994	+4,1	+8,2	+2,5	71,4	72,0	+1,9	-2,3
1995	+3,9	+4,9	+3,5	71,1	71,8	+2,9	-0,9
1996	+1,5	+3,1	+0,8	70,7	71,5	+1,2	+0,4
1997	+1,5	+4,2	+0,3	69,9	70,8	+0,0	-2,5
1998	+1,8	+1,3	+2,0	70,0	71,0	+0,8	+0,4
1999	+1,0	-2,4	+2,5	71,1	72,0	+1,3	+1,3
2000	+2,2	-1,5	+3,7	72,1	72,9	+1,3	+1,7
2001	+2,3	+3,6	+1,9	71,8	72,6	+2,0	+1,3
2002	+0,9	+1,7	+0,6	71,6	72,5	+1,4	+0,1
2003	+1,1	+3,2	+0,2	71,0	72,1	+1,1	-1,3
2004	+4,9	+16,0	+0,3	67,9	69,2	+0,5	+0,9
2005	+1,6	+6,4	-0,7	66,4	68,0	+0,3	-1,4
2006	+5,5	+13,3	+1,6	63,9	65,5	+0,8	-1,2
2007	+3,8	+5,8	+2,7	63,2	64,7	+1,5	-0,4
2008	+0,7	-4,2	+3,6	65,0	66,5	+2,3	-0,4
2009	-4,1	-12,4	+0,3	68,1	69,5	+0,0	+0,5
2010	+5,9	+12,0	+3,0	66,2	67,6	+2,4	+1,7
2011	+3,4	+1,3	+4,5	66,9	68,3	+3,4	+0,5
2012	+2,5	+0,1	+3,7	68,1	69,0	+2,7	+0,6
2007/02	+3,4	+8,8	+0,8	67,3	68,7	+0,8	-0,7
2012/07	+1,6	-1,0	+3,0	66,3	67,6	+2,1	+0,6

 $^{^1} Arbeit nehmer ent gelte in \% \, des \, Volksein kommens.$

 $Quellen: Statistisches \ Bundesamt; eigene \ Berechnungen.$

 $^{^2\,\}mathrm{Korrigiert}$ um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 5: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

land					jährliche\	/eränderun	gen in %				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Deutschland	+2,6	+5,1	+1,7	+3,1	+0,7	-5,1	+4,2	+3,0	+0,7	+0,4	+1,8
Belgien	+1,7	+3,1	+22,9	+3,7	+1,8	-2,8	+2,4	+1,8	-0,3	+0,0	+1,2
Estland	-	-	+4,5	+9,7	+8,9	-14,1	+3,3	+8,3	+3,2	+3,0	+4,0
Griechenland	+2,5	+0,0	+2,1	+3,5	+2,3	-3,1	-4,9	-7,1	-6,4	-4,2	+0,6
Spanien	+2,3	+3,8	+2,8	+5,0	+3,6	-3,7	-0,3	+0,4	-1,4	-1,5	+0,9
Frankreich	+1,6	+2,6	+2,0	+3,7	+1,8	-3,1	+1,7	+2,0	+0,0	-0,1	+1,1
Irland	+3,1	+7,6	+9,8	+10,7	+5,9	-5,5	-0,8	+1,4	+0,9	+1,1	+2,2
Italien	+2,8	+2,1	+2,9	+3,7	+0,9	-5,5	+1,7	+0,4	-2,4	-1,3	+0,7
Zypern	-	-	+9,9	+5,0	+3,9	-1,9	+1,3	+0,5	-2,4	-8,7	-3,9
Luxemburg	+2,9	+5,3	+1,4	+8,4	+5,3	-4,1	+2,9	+1,7	+0,3	+0,8	+1,6
Malta	-	-	+6,2	+6,4	+3,6	-2,6	+2,9	+1,7	+0,8	+1,4	+1,8
Niederlande	+2,5	+4,2	+3,1	+3,9	+2,0	-3,7	+1,6	+1,0	-1,0	-0,8	+0,9
Österreich	+2,5	+4,3	+2,7	+3,7	+2,4	-3,8	+2,1	+2,7	+0,8	+0,6	+1,8
Portugal	+1,6	+7,9	+2,3	+3,9	+0,8	-2,9	+1,9	-1,6	-3,2	-2,3	+0,6
Slowakei	-	-	+5,8	+1,4	+6,7	-4,9	+4,4	+3,2	+2,0	+1,0	+2,8
Slowenien	-	-	+4,1	+4,3	+4,0	-7,8	+1,2	+0,6	-2,3	-2,0	-0,1
Finnland	+3,3	+0,5	+4,0	+5,3	+2,9	-8,5	+3,3	+2,8	-0,2	+0,3	+1,0
Euroraum	-	-	+2,3	+3,8	+1,7	-4,4	+2,0	+1,4	-0,6	-0,4	+1,2
Bulgarien	-	-	-	+2,9	+5,7	+6,4	+0,4	+1,8	+0,8	+0,9	+1,7
Dänemark	+4,0	+1,6	+3,1	+3,5	+2,4	-5,7	+1,6	+1,1	-0,5	+0,7	+1,7
Lettland	-	-	-0,9	+5,7	+10,1	-17,7	-0,9	+5,5	+5,6	+3,8	+4,1
Litauen	-	-	+3,3	+3,6	+7,8	-14,8	+1,5	+5,9	+3,7	+3,1	+3,6
Polen	-	-	+7,0	+4,3	+3,6	+1,6	+3,9	+4,5	+1,9	+1,1	+2,2
Rumänien	-	-	+7,1	+2,4	+4,2	-6,6	-1,1	+2,2	+0,7	+1,6	+2,2
Schweden	+2,2	+1,0	+3,9	+4,5	+3,2	-5,0	+6,6	+3,7	+0,8	+1,5	+2,5
Tschechien	-	-	+6,2	+4,2	+6,8	-4,5	+2,5	+1,9	-1,3	-0,4	+1,6
Ungarn	-	-	+1,5	+4,2	+4,0	-6,8	+1,3	+1,6	-1,7	+0,2	+1,4
Vereinigtes Königreich	+3,6	+0,8	+3,1	+4,2	+2,8	-4,0	+1,8	+1,0	+0,3	+0,6	+1,7
EU	-	-	+2,6	+3,9	+2,1	-4,3	+2,1	+1,6	-0,3	-0,1	+1,4
Japan	+6,3	+5,6	+1,9	+2,3	+1,3	-5,5	+4,7	-0,6	+2,0	+1,4	+1,6
USA	+4,1	+1,9	+2,5	+4,2	+3,1	-3,1	+2,4	+1,8	+2,2	+1,9	+2,6

 $Quellen:\ EU-Kommission, Fr\"{u}hjahrsprognose\ und\ Statistischer\ Annex,\ Mai\ 2013.$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 6: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land			jährlich	e Veränderunge	n in %		
Land	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Deutschland	+2,8	+0,2	+1,2	+2,5	+2,1	+1,8	+1,6
Belgien	+4,5	+0,0	+2,3	+3,4	+2,6	+1,3	+1,6
Estland	+10,6	+0,2	+2,7	+5,1	+4,2	+3,6	+3,1
Griechenland	+4,2	+1,3	+4,7	+3,1	+1,0	-0,8	-0,4
Spanien	+4,1	-0,2	+2,0	+3,1	+2,4	+1,5	+0,8
Frankreich	+3,2	+0,1	+1,7	+2,3	+2,2	+1,2	+1,7
Irland	+3,1	-1,7	-1,6	+1,2	+1,9	+1,3	+1,3
Italien	+3,5	+0,8	+1,6	+2,9	+3,3	+1,6	+1,5
Zypern	+4,4	+0,2	+2,6	+3,5	+3,1	+1,0	+1,2
Luxemburg	+4,1	+0,0	+2,8	+3,7	+2,9	+1,9	+1,7
Malta	+4,7	+1,8	+2,0	+2,5	+3,2	+1,9	+1,9
Niederlande	+2,2	+1,0	+0,9	+2,5	+2,8	+2,8	+1,5
Österreich	+3,2	+0,4	+1,7	+3,6	+2,6	+2,0	+1,8
Portugal	+2,7	-0,9	+1,4	+3,6	+2,8	+0,7	+1,0
Slowakei	+3,9	+0,9	+0,7	+4,1	+3,7	+1,9	+2,0
Slowenien	+5,5	+0,9	+2,1	+2,1	+2,8	+2,2	+1,4
Finnland	+3,9	+1,6	+1,7	+3,3	+3,2	+2,4	+2,2
Euroraum	+3,3	+0,3	+1,6	+2,7	+2,5	+1,6	+1,5
Bulgarien	+12,0	+2,5	+3,0	+3,4	+2,4	+2,0	+2,6
Dänemark	+3,6	+1,1	+2,2	+2,7	+2,4	+1,1	+1,6
Lettland	+15,3	+3,3	-1,2	+4,2	+2,3	+1,4	+2,1
Litauen	+11,1	+4,2	+1,2	+4,1	+3,2	+2,1	+2,7
Polen	+4,2	+4,0	+2,7	+3,9	+3,7	+1,4	+2,0
Rumänien	+7,9	+5,6	+6,1	+5,8	+3,4	+4,3	+3,1
Schweden	+3,3	+1,9	+1,9	+1,4	+0,9	+0,9	+1,4
Tschechien	+6,3	+0,6	+1,2	+2,1	+3,5	+1,9	+1,2
Ungarn	+6,0	+4,0	+4,7	+3,9	+5,7	+2,6	+3,1
Vereinigtes Königreich	+3,6	+2,2	+3,3	+4,5	+2,8	+2,8	+2,5
EU	+3,7	+1,0	+2,1	+3,1	+2,6	+1,8	+1,7
Japan	+1,4	-1,4	-0,7	-0,3	+0,0	+0,2	+1,8
USA	+3,8	-0,4	+1,6	+3,2	+2,1	+1,8	+2,1

Quelle: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2013.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 7: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

				ir	n% der zivile	n Erwerbsb	evölkerung				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Deutschland	7,2	4,8	8,3	8,0	11,3	7,8	7,1	5,9	5,5	5,4	5,3
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,5	7,9	8,3	7,2	7,6	8,0	8,0
Estland	-	-	9,7	13,6	7,9	13,8	16,9	12,5	10,2	9,7	9,0
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,2	9,9	9,5	12,6	17,7	24,3	27,0	26,0
Spanien	17,8	14,4	20,0	11,7	9,2	18,0	20,1	21,7	25,0	27,0	26,4
Frankreich	8,9	8,0	10,5	9,0	9,3	9,5	9,7	9,6	10,2	10,6	10,9
Irland	16,8	13,4	12,3	4,2	4,4	12,0	13,9	14,7	14,7	14,2	13,7
Italien	8,2	8,9	11,2	10,0	7,7	7,8	8,4	8,4	10,7	11,8	12,2
Zypern	-	-	2,6	4,8	5,3	5,4	6,3	7,9	11,9	15,5	16,9
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,2	4,6	5,1	4,6	4,8	5,1	5,5	5,8
Malta	-	4,9	5,0	6,7	7,3	6,9	6,9	6,5	6,4	6,3	6,1
Niederlande	7,3	5,1	7,1	3,1	5,3	3,7	4,5	4,4	5,3	6,9	7,2
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	5,2	4,8	4,4	4,2	4,3	4,7	4,7
Portugal	9,1	4,8	7,2	4,5	8,6	10,6	12,0	12,9	15,9	18,2	18,5
Slowakei	-	-	13,3	18,9	16,4	12,1	14,5	13,6	14,0	14,5	14,1
Slowenien	-	-	6,9	6,7	6,5	5,9	7,3	8,2	8,9	10,0	10,3
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	8,4	8,2	8,4	7,8	7,7	8,1	8,0
Euroraum	-	-	10,7	8,7	9,2	9,6	10,1	10,2	11,4	12,2	12,1
Bulgarien	-	-	12,0	16,4	10,1	6,8	10,3	11,3	12,3	12,5	12,4
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	4,8	6,0	7,5	7,6	7,5	7,7	7,6
Lettland	-	0,5	18,9	13,7	9,6	18,2	19,8	16,2	14,9	13,7	12,2
Litauen	-	0,0	6,9	16,4	8,0	13,6	18,0	15,3	13,3	11,8	10,5
Polen	-	-	13,2	16,1	17,9	8,1	9,7	9,7	10,1	10,9	11,4
Rumänien	-	-	-	6,8	7,2	6,9	7,3	7,4	7,0	6,9	6,8
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	7,7	8,3	8,6	7,8	8,0	8,3	8,1
Tschechien	-	-	3,8	8,8	7,9	6,7	7,3	6,7	7,0	7,5	7,4
Ungarn	-	-	10,1	6,3	7,2	10,0	11,2	10,9	10,9	11,4	11,5
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	4,8	7,6	7,8	8,0	7,9	8,0	7,9
EU	-	-	-	8,8	9,0	9,0	9,7	9,7	10,5	11,1	11,1
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	4,4	5,1	5,1	4,6	4,3	4,3	4,2
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,1	9,3	9,6	8,9	8,1	7,7	7,2

Quellen: EU-Kommission, Frühjahrsprognose und Statistischer Annex, Mai 2013.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 8: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Real	es Bruttoi	nlandsprod	dukt		Verbrauc	herpreise			Leistung	ısbilanz	
			Verände	rung gege	nüber Vor	jahr in %			В	in % des n Bruttoinlar	ominalen idprodukts	;
	2011	2012	2013 ¹	2014 ¹	2011	2012	2013 ¹	2014 ¹	2011	2012	2013 ¹	2014 1
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	+4,8	+3,4	+3,4	+4,0	+10,1	+6,5	+6,8	+6,5	4,5	3,2	1,9	0,9
darunter												
Russische Föderation	+4,3	+3,4	+3,4	+3,8	+8,4	+5,1	+6,9	+6,2	5,2	4,0	2,5	1,6
Ukraine	+5,2	+0,2	+0,0	+2,8	+8,0	+0,6	+0,5	+4,7	-6,3	-8,2	-7,9	-7,8
Asien	+8,1	+6,6	+7,1	+7,3	+6,4	+4,5	+5,0	+5,0	1,6	1,1	1,1	1,3
darunter												
China	+9,3	+7,8	+8,0	+8,2	+5,4	+2,6	+3,0	+3,0	2,8	2,6	2,6	2,9
Indien	+7,7	+4,0	+5,7	+6,2	+8,9	+9,3	+10,8	+10,7	-3,4	-5,1	-4,9	-4,6
Indonesien	+6,5	+6,2	+6,3	+6,4	+5,4	+4,3	+5,6	+5,6	0,2	-2,8	-3,3	-3,3
Malaysia	+5,1	+5,6	+5,1	+5,2	+3,2	+1,7	+2,2	+2,4	11,0	6,4	6,0	5,7
Thailand	+0,1	+6,4	+5,9	+4,2	+3,8	+3,0	+3,0	+3,4	1,7	0,7	1,0	1,1
Lateinamerika	+4,6	+3,0	+3,4	+3,9	+6,6	+6,0	+6,1	+5,7	-1,3	-1,7	-1,7	-2,0
darunter												
Argentinien	+8,9	+1,9	+2,8	+3,5	+9,8	+10,0	+9,8	+10,1	-0,4	0,1	-0,1	-0,5
Brasilien	+2,7	+0,9	+3,0	+4,0	+6,6	+5,4	+6,1	+4,7	-2,1	-2,3	-2,4	-3,2
Chile	+5,9	+5,5	+4,9	+4,6	+3,3	+3,0	+2,1	+3,0	-1,3	-3,5	-4,0	-3,6
Mexiko	+3,9	+3,9	+3,4	+3,4	+3,4	+4,1	+3,7	+3,2	-0,8	-0,8	-1,0	-1,0
Sonstige												
Türkei	+8,5	+2,6	+3,4	+3,7	+6,5	+8,9	+6,6	+5,3	-9,7	-5,9	-6,8	-7,3
Südafrika	+3,5	+2,5	+2,8	+3,3	+5,0	+5,7	+5,8	+5,5	-3,4	-6,3	-6,4	-6,!

¹ Prognosen des IWF.

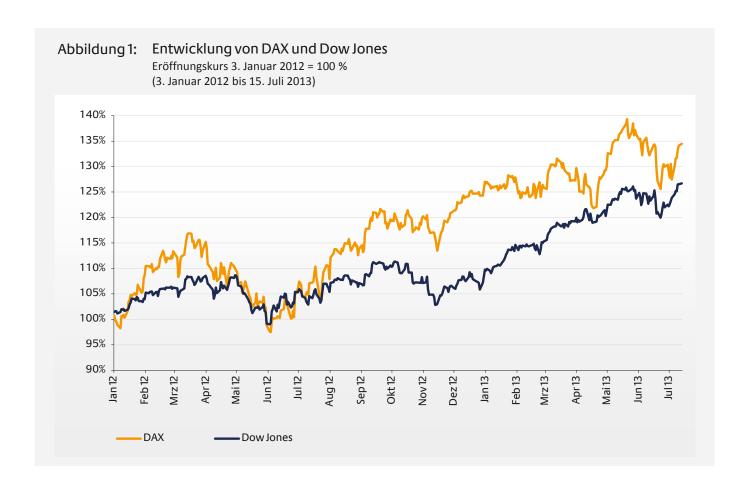
Quelle: IWF World Economic Outlook, April 2013.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 9: Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindizes	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	12.07.2013	2012	zu Ende 2012	2012/2013	2012/2013
Dow Jones	15 464	13 104	+18,0	12 101	15 464
Euro Stoxx 50	2 675	2 636	+1,5	2 069	2 836
Dax	8 213	7 612	+7,9	5 9 6 9	8 531
CAC 40	3 855	3 641	+5,9	2 950	4 0 5 1
Nikkei	14 506	10 395	+39,6	8 296	15 627
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
10 Jahre	12.07.2013	2012	US-Bond	2012/2013	2012/2013
USA	2,60	1,77	-	1,39	2,76
Deutschland	1,57	1,32	-1,0	1,14	2,05
Japan	0,82	0,79	-1,8	0,45	1,05
Vereinigtes Königreich	2,33	1,83	-0,3	1,42	2,54
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	12.07.2013	2012	zu Ende 2012	2012/2013	2012/2013
US-Dollar/Euro	1,30	1,32	-1,3	1,21	1,36
Yen/US-Dollar	99,21	86,74	+14,4	76,18	103,18
Yen/Euro	129,75	113,61	+14,2	94,63	133,26
Pfund/Euro	0,86	0,82	+5,2	0,78	0,88

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG



KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise		Arbeitslosenquote			
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Deutschland												
EU-KOM	+3,0	+0,7	+0,4	+1,8	+2,5	+2,1	+1,8	+1,6	5,9	5,5	5,4	5,3
OECD	+3,1	+0,9	+0,4	+1,9	+2,5	+2,1	+1,6	+2,0	5,7	5,3	5,0	4,8
IWF	+3,1	+0,9	+0,3	+1,3	+2,5	+2,1	+1,6	+1,7	6,0	5,5	5,7	5,6
USA												
EU-KOM	+1,8	+2,2	+1,9	+2,6	+3,2	+2,1	+1,8	+2,1	8,9	8,1	7,7	7,2
OECD	+1,8	+2,2	+1,9	+2,8	+3,1	+2,1	+1,6	+1,9	8,9	8,1	7,5	7,0
IWF	+1,8	+2,2	+1,7	+2,7	+3,1	+2,1	+1,8	+1,7	8,9	8,1	7,7	7,5
Japan												
EU-KOM	-0,6	+2,0	+1,4	+1,6	-0,3	+0,0	+0,2	+1,8	4,6	4,3	4,3	4,2
OECD	-0,6	+2,0	+1,6	+1,4	-0,3	-0,0	-0,1	+1,8	4,6	4,3	4,2	4,1
IWF	-0,6	+1,9	+2,0	+1,2	-0,3	-0,0	+0,1	+3,0	4,6	4,4	4,1	4,1
Frankreich												
EU-KOM	+1,7	+0,0	-0,1	+1,1	+2,3	+2,2	+1,2	+1,7	9,6	10,2	10,6	10,9
OECD	+1,7	+0,0	-0,3	+0,8	+2,3	+2,2	+1,1	+1,0	9,2	9,9	10,7	11,1
IWF	+2,0	+0,0	-0,2	+0,8	+2,1	+2,0	+1,6	+1,5	9,6	10,2	11,2	11,6
Italien												
EU-KOM	+0,4	-2,4	-1,3	+0,7	+2,9	+3,3	+1,6	+1,5	8,4	10,7	11,8	12,2
OECD	+0,5	-2,4	-1,8	+0,4	+2,9	+3,3	+1,6	+1,2	8,4	10,6	11,9	12,5
IWF	+0,4	-2,4	-1,8	+0,7	+2,9	+3,3	+2,0	+1,4	8,4	10,6	12,0	12,4
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	+1,0	+0,3	+0,6	+1,7	+4,5	+2,8	+2,8	+2,5	8,0	7,9	8,0	7,9
OECD	+1,0	+0,3	+0,8	+1,5	+4,5	+2,8	+2,8	+2,4	8,1	7,9	8,0	7,9
IWF	+1,0	+0,3	+0,9	+1,5	+4,5	+2,8	+2,7	+2,5	8,0	8,0	7,8	7,8
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	+2,6	+1,8	+1,4	+2,3	+2,9	+1,5	+1,3	+1,7	7,5	7,3	7,1	6,9
IWF	+2,5	+1,7	+1,7	+2,2	+2,9	+1,5	+1,5	+1,8	7,5	7,3	7,3	7,2
Euroraum												
EU-KOM	+1,4	-0,6	-0,4	+1,2	+2,7	+2,5	+1,6	+1,5	10,2	11,4	12,2	12,1
OECD	+1,5	-0,5	-0,6	+1,1	+2,7	+2,5	+1,5	+1,2	10,0	11,2	12,1	12,3
IWF	+1,5	-0,6	-0,6	+0,9	+2,7	+2,5	+1,7	+1,5	10,2	11,4	12,3	12,3
EZB	+1,5	+0,5	-0,6	+1,1	+2,7	+2,5	+1,4	+1,3		-	-	-
EU-27												
EU-KOM	+1,6	-0,3	-0,1	+1,4	+3,1	+2,6	+1,8	+1,7	9,7	10,5	11,1	11,1
IWF	+1,7	-0,2	-0,1	+1,2	+3,1	+2,6	+1,9	+1,8	-	-	-	-

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2013.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2013.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \ (WEO), April 2013; Aktualisierung \ WEO: BIP/Advanced \ Economies \ vom \ 2. \ Juli \ 2013.$

EZB: Eurosystem Staff Macroeconomic Projections for the Euro Area; Juni 2013 (BIP-Wachstum und Verbraucherpreise für den Euroraum; für 2013 und 2014 Mittelwertberechnung).

Stand: Juli 2013.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslo	senquote	
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Belgien												
EU-KOM	+1,8	-0,2	+0,0	+1,2	+3,4	+2,6	+1,3	+1,6	7,2	7,6	8,0	8,0
OECD	+1,9	-0,3	+0,0	+1,1	+3,4	+2,6	+1,4	+1,2	7,2	7,6	8,4	8,8
IWF	+1,8	-0,2	+0,2	+1,2	+3,4	+2,6	+1,7	+1,4	7,2	7,3	8,0	8,1
Estland												
EU-KOM	+8,3	+3,2	+3,0	+4,0	+5,1	+4,2	+3,6	+3,1	12,5	10,2	9,7	9,0
OECD	+8,3	+3,2	+1,5	+3,6	+5,1	+4,2	+3,4	+2,9	12,5	10,1	9,7	9,3
IWF	+8,3	+3,2	+3,0	+3,2	+5,1	+4,2	+3,2	+2,8	11,7	9,8	7,8	6,2
Finnland												
EU-KOM	+2,8	-0,2	+0,3	+1,0	+3,3	+3,2	+2,4	+2,2	7,8	7,7	8,1	8,0
OECD	+2,8	-0,2	-0,0	+1,7	+3,3	+3,2	+2,6	+2,4	7,8	7,7	8,2	8,1
IWF	+2,8	-0,2	+0,5	+1,2	+3,3	+3,2	+2,9	+2,5	7,8	7,7	8,1	8,1
Griechenland												
EU-KOM	-7,1	-6,4	-4,2	+0,6	+3,1	+1,0	-0,8	-0,4	17,7	24,3	27,0	26,0
OECD	-7,1	-6,4	-4,8	-1,2	+3,1	+1,0	-0,7	-1,7	17,7	24,2	27,8	28,4
IWF	-7,1	-6,4	-4,2	+0,6	+3,1	+1,0	-0,8	-0,4	17,5	24,2	27,0	26,0
Irland												
EU-KOM	+1,4	+0,9	+1,1	+2,2	+1,2	+1,9	+1,3	+1,3	14,7	14,7	14,2	13,7
OECD	+1,4	+0,9	+1,0	+1,9	+1,2	+1,9	+1,0	+1,1	14,6	14,7	14,3	14,1
IWF	+1,4	+0,9	+1,1	+2,2	+1,2	+1,9	+1,3	+1,3	14,6	14,7	14,2	13,7
Luxemburg												
EU-KOM	+1,7	+0,3	+0,8	+1,6	+3,7	+2,9	+1,9	+1,7	4,8	5,1	5,5	5,8
OECD	+1,7	+0,3	+0,8	+1,7	+3,7	+2,9	+1,8	+1,7	5,6	6,1	6,7	6,7
IWF	+1,7	+0,1	+0,1	+1,3	+3,7	+2,9	+1,9	+1,9	5,7	6,0	6,3	6,4
Malta												
EU-KOM	+1,7	+0,8	+1,4	+1,8	+2,5	+3,2	+1,9	+1,9	6,5	6,4	6,3	6,1
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+1,7	+0,8	+1,3	+1,8	+2,5	+3,2	+2,4	+2,0	6,5	6,3	6,4	6,3
Niederlande												
EU-KOM	+1,0	-1,0	-0,8	+0,9	+2,5	+2,8	+2,8	+1,5	4,4	5,3	6,9	7,2
OECD	+1,1	-1,0	-0,9	+0,7	+2,5	+2,8	+2,7	+1,5	4,3	5,2	6,4	7,0
IWF	+1,0	-0,9	-0,5	+1,1	+2,5	+2,8	+2,8	+1,7	4,4	5,3	6,3	6,5
Österreich												
EU-KOM	+2,7	+0,8	+0,6	+1,8	+3,6	+2,6	+2,0	+1,8	4,2	4,3	4,7	4,7
OECD	+2,7	+0,8	+0,5	+1,7	+3,6	+2,6	+2,0	+1,5	4,1	4,3	4,7	4,7
IWF	+2,7	+0,8	+0,8	+1,6	+3,6	+2,6	+2,2	+1,9	4,2	4,4	4,6	4,5

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise		Arbeitslosenquote				
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	
Portugal													
EU-KOM	-1,6	-3,2	-2,3	+0,6	+3,6	+2,8	+0,7	+1,0	12,9	15,9	18,2	18,5	
OECD	-1,6	-3,2	-2,7	+0,2	+3,6	+2,8	-0,0	+0,2	12,7	15,6	18,2	18,6	
IWF	-1,6	-3,2	-2,3	+0,6	+3,6	+2,8	+0,7	+1,0	12,7	15,7	18,3	18,5	
Slowakei													
EU-KOM	+3,2	+2,0	+1,0	+2,8	+4,1	+3,7	+1,9	+2,0	13,6	14,0	14,5	14,1	
OECD	+3,2	+2,0	+0,8	+2,0	+4,1	+3,7	+1,7	+1,6	13,5	14,0	14,6	14,7	
IWF	+3,2	+2,0	+1,4	+2,7	+4,1	+3,7	+1,9	+2,0	13,6	14,0	14,3	14,3	
Slowenien													
EU-KOM	+0,6	-2,3	-2,0	-0,1	+2,1	+2,8	+2,2	+1,4	8,2	8,9	10,0	10,3	
OECD	+0,6	-2,3	-2,3	+0,1	+2,1	+2,8	+2,1	+1,2	8,2	8,8	10,2	10,3	
IWF	+0,6	-2,3	-2,0	+1,5	+1,8	+2,6	+1,8	+1,9	8,2	9,0	9,8	9,4	
Spanien													
EU-KOM	+0,4	-1,4	-1,5	+0,9	+3,1	+2,4	+1,5	+0,8	21,7	25,0	27,0	26,4	
OECD	+0,4	-1,4	-1,7	+0,4	+3,1	+2,4	+1,5	+0,4	21,6	25,0	27,3	28,0	
IWF	+0,4	-1,4	-1,6	+0,0	+3,1	+2,4	+1,9	+1,5	21,7	25,0	27,0	26,5	
Zypern													
EU-KOM	+0,5	-2,4	-8,7	-3,9	+3,5	+3,1	+1,0	+1,2	7,9	11,9	15,5	16,9	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	+0,5	-2,4	-	-	+3,5	+3,1	-	-	7,9	12,1	-	-	

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2013.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2013.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2013.

Stand: Juli 2013.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

			Verbrauc	herpreise		Arbeitslosenquote						
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Bulgarien												
EU-KOM	+1,8	+0,8	+0,9	+1,7	+3,4	+2,4	+2,0	+2,6	11,3	12,3	12,5	12,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+1,8	+0,8	+1,2	+2,3	+3,4	+2,4	+2,1	+1,9	11,4	12,4	12,4	11,4
Dänemark												
EU-KOM	+1,1	-0,5	+0,7	+1,7	+2,7	+2,4	+1,1	+1,6	7,6	7,5	7,7	7,6
OECD	+1,1	-0,5	+0,4	+1,7	+2,8	+2,4	+0,8	+1,4	7,6	7,5	7,4	7,3
IWF	+1,1	-0,6	+0,8	+1,3	+2,8	+2,4	+2,0	+2,0	7,6	7,6	7,6	7,2
Kroatien												
EU-KOM	+0,0	-2,0	-1,0	+0,2	+2,2	+3,4	+3,1	+2,0	13,5	15,9	19,1	20,1
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-0,0	-2,0	-0,2	+1,5	+2,3	+3,4	+3,2	+2,3	13,7	15,0	15,2	14,7
Lettland												
EU-KOM	+5,5	+5,6	+3,8	+4,1	+4,2	+2,3	+1,4	+2,1	16,2	14,9	13,7	12,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+5,5	+5,6	+4,2	+4,2	+4,2	+2,3	+1,8	+2,1	16,2	14,9	13,3	12,0
Litauen												
EU-KOM	+5,9	+3,6	+3,1	+3,6	+4,1	+3,2	+2,1	+2,7	15,3	13,3	11,8	10,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+5,9	+3,6	+3,0	+3,3	+4,1	+3,2	+2,1	+2,5	15,2	13,2	12,0	11,0
Polen												
EU-KOM	+4,5	+1,9	+1,1	+2,2	+3,9	+3,7	+1,4	+2,0	9,7	10,1	10,9	11,4
OECD	+4,5	+2,0	+0,9	+2,2	+4,2	+3,6	+0,7	+1,0	9,6	10,1	10,8	11,3
IWF	+4,3	+2,0	+1,3	+2,2	+4,3	+3,7	+1,9	+2,0	9,6	10,3	11,0	11,0
Rumänien												
EU-KOM	+2,2	+0,7	+1,6	+2,2	+5,8	+3,4	+4,3	+3,1	7,4	7,0	6,9	6,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+2,2	+0,3	+1,6	+2,0	+5,8	+3,3	+4,6	+2,9	7,4	7,0	7,0	6,9
Schweden												
EU-KOM	+3,7	+0,8	+1,5	+2,5	+1,4	+0,9	+0,9	+1,4	7,8	8,0	8,3	8,1
OECD	+3,8	+1,2	+1,3	+2,5	+3,0	+0,9	+0,2	+1,3	7,8	8,0	8,2	8,1
IWF	+3,8	+1,2	+1,0	+2,2	+3,0	+0,9	+0,3	+2,3	7,8	7,9	8,1	7,8
Tschechien												
EU-KOM	+1,9	-1,3	-0,4	+1,6	+2,1	+3,5	+1,9	+1,2	6,7	7,0	7,5	7,4
OECD	+1,8	-1,2	-1,0	+1,3	+1,9	+3,3	+1,6	+1,3	6,7	7,0	7,3	7,5
IWF	+1,9	-1,2	+0,3	+1,6	+1,9	+3,3	+2,3	+1,9	6,7	7,0	8,1	8,4
Ungarn												
EU-KOM	+1,6	-1,7	+0,2	+1,4	+3,9	+5,7	+2,6	+3,1	10,9	10,9	11,4	11,5
OECD	+1,6	-1,8	+0,5	+1,3	+3,9	+5,7	+2,8	+3,5	10,9	10,9	11,4	11,5
IWF	+1,7	-1,7	-0,0	+1,2	+3,9	+5,7	+3,2	+3,5	11,0	11,0	10,5	10,9

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2013.

OFCD: Wirtschaftsaushlick. Mai 2013.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	nuldenquot	:e		Leistung	sbilanzsaldo	lanzsaldo		
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014		
Deutschland														
EU-KOM	-0,8	0,2	-0,2	0,0	80,4	81,9	81,1	78,6	5,6	6,4	6,3	6,1		
OECD	-0,8	0,2	-0,2	0,0	80,5	81,9	80,6	77,8	6,2	7,1	6,7	6,0		
IWF	-0,8	0,2	-0,3	-0,1	80,5	82,0	80,4	78,3	6,2	7,0	6,1	5,7		
USA														
EU-KOM	-10,1	-8,9	-6,9	-5,9	103,1	107,6	110,6	111,3	-3,3	-3,0	-2,8	-3,0		
OECD	-10,2	-8,7	-5,4	-5,3	102,3	106,3	109,1	110,4	-3,1	-3,0	-3,1	-3,3		
IWF	-10,0	-8,5	-6,5	-5,4	102,5	106,5	108,1	109,2	-3,1	-3,0	-2,9	-3,0		
Japan														
EU-KOM	-8,9	-9,9	-9,5	-7,6	232,0	237,5	243,6	242,9	2,0	1,1	1,8	2,5		
OECD	-8,9	-9,9	-10,3	-8,0	210,6	219,1	228,4	233,1	2,0	1,0	1,0	1,9		
IWF	-9,9	-10,2	-9,8	-7,0	230,3	237,9	245,4	244,6	2,0	1,0	1,2	1,9		
Frankreich														
EU-KOM	-5,3	-4,8	-3,9	-4,2	85,8	90,2	94,0	96,2	-2,6	-1,8	-1,6	-1,7		
OECD	-5,3	-4,9	-4,0	-3,5	86,0	90,7	94,5	97,2	-1,9	-2,3	-2,2	-1,9		
IWF	-5,2	-4,6	-3,7	-3,5	86,0	90,3	92,7	94,0	-2,0	-2,4	-1,3	-1,4		
Italien														
EU-KOM	-3,8	-3,0	-2,9	-2,5	120,8	127,0	131,4	132,2	-3,1	-0,5	1,0	1,1		
OECD	-3,7	-2,9	-3,0	-2,3	120,8	127,0	131,7	134,3	-3,1	-0,6	0,9	2,0		
IWF	-3,7	-3,0	-2,6	-2,3	120,8	127,0	130,6	130,8	-3,1	-0,5	0,3	0,3		
Vereinigtes Königreich														
EU-KOM	-7,8	-6,3	-6,8	-6,3	85,5	90,0	95,5	98,7	-1,3	-3,7	-2,7	-2,0		
OECD	-7,9	-6,5	-7,1	-6,5	85,5	90,0	93,9	97,9	-1,3	-3,7	-2,9	-2,5		
IWF	-7,9	-8,3	-7,0	-6,4	85,4	90,3	93,6	97,1	-1,3	-3,5	-4,4	-4,3		
Kanada														
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
OECD	-4,0	-3,2	-2,9	-2,1	83,4	85,5	85,2	85,3	-3,0	-3,7	-3,7	-3,4		
IWF	-4,0	-3,2	-2,8	-2,3	83,4	85,6	87,0	84,6	-3,0	-3,7	-3,5	-3,4		
Euroraum														
EU-KOM	-4,2	-3,7	-2,9	-2,8	88,0	92,7	95,5	96,0	0,3	1,8	2,5	2,7		
OECD	-4,1	-3,7	-3,0	-2,5	88,1	92,8	95,4	96,3	0,7	1,9	2,5	2,8		
IWF	-4,1	-3,6	-2,9	-2,6	88,1	92,9	95,0	95,3	0,6	1,8	2,3	2,3		
EU-27														
EU-KOM	-4,4	-4,0	-3,4	-3,2	83,1	86,9	89,8	90,6	0,1	0,9	1,6	1,9		
IWF	-4,4	-4,1	-3,4	-3,0	82,8	87,0	89,0	89,6	0,4	1,0	1,2	1,2		

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2013.

 ${\sf OECD: Wirtschafts ausblick, Mai\,2013.}$

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2013.

Stand: Juli 2013.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	nuldenquot	:e	Leistungsbilanzsaldo				
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	
Belgien													
EU-KOM	-3,7	-3,9	-2,9	-3,1	97,8	99,6	101,4	102,1	1,0	0,9	1,4	1,4	
OECD	-3,9	-4,0	-2,6	-2,3	97,7	99,8	100,4	100,2	-1,1	-1,4	-1,2	-0,8	
IWF	-3,9	-4,0	-2,6	-2,1	97,8	99,6	100,3	99,8	-1,4	-0,5	-0,1	0,2	
Estland													
EU-KOM	1,2	-0,3	-0,3	0,2	6,2	10,1	10,2	9,6	0,6	-3,1	-2,2	-2,0	
OECD	1,2	-0,3	0,0	0,3	6,2	10,1	11,4	10,8	2,1	-1,2	-3,0	-2,6	
IWF	1,7	-0,2	0,4	0,4	6,1	8,5	9,7	9,1	2,1	-1,2	0,0	0,1	
Finnland													
EU-KOM	-0,8	-1,9	-1,8	-1,5	49,0	53,0	56,2	57,7	-1,3	-1,6	-1,7	-1,8	
OECD	-1,1	-2,3	-2,3	-1,8	49,0	53,1	56,0	59,7	-1,6	-1,9	-1,6	-0,9	
IWF	-0,9	-1,7	-2,0	-1,3	49,0	53,3	56,9	58,4	-1,6	-1,7	-1,7	-1,8	
Griechenland													
EU-KOM	-9,5	-10,0	-3,8	-2,6	170,3	156,9	175,2	175,0	-11,7	-5,3	-2,8	-1,7	
OECD	-9,6	-10,0	-4,1	-3,5	170,3	157,0	175,1	180,6	-9,9	-3,4	-1,1	0,9	
IWF	-9,4	-6,4	-4,6	-3,4	170,6	158,5	179,5	175,6	-9,9	-2,9	-0,3	0,4	
Irland													
EU-KOM	-13,4	-7,6	-7,5	-4,3	106,4	117,6	123,3	119,5	1,1	5,0	3,1	4,0	
OECD	-13,3	-7,5	-7,5	-4,6	106,4	117,6	123,6	120,7	1,1	4,9	5,0	5,2	
IWF	-13,4	-7,7	-7,5	-4,5	106,5	117,1	122,0	120,2	1,1	4,9	3,4	3,9	
Luxemburg													
EU-KOM	-0,2	-0,8	-0,2	-0,4	18,3	20,8	23,4	25,2	7,1	5,6	6,3	6,4	
OECD	-0,2	-0,8	-0,7	-0,6	18,3	20,8	22,8	24,4	7,1	5,6	4,1	5,5	
IWF	-0,3	-1,9	-1,0	-1,3	18,3	21,1	23,3	25,7	7,1	6,0	6,6	6,8	
Malta													
EU-KOM	-2,8	-3,3	-3,7	-3,6	70,3	72,1	73,9	74,9	-0,5	-0,8	0,0	0,0	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-2,7	-3,0	-2,9	-2,9	70,3	72,5	73,3	73,0	-0,5	0,3	0,5	0,8	
Niederlande													
EU-KOM	-4,5	-4,1	-3,6	-3,6	65,5	71,2	74,6	75,8	8,3	8,2	8,6	8,9	
OECD	-4,4	-4,0	-3,7	-3,6	65,4	71,1	72,8	74,2	10,1	9,9	9,4	9,0	
IWF	-4,5	-4,1	-3,4	-3,7	65,5	71,7	74,5	75,9	9,7	8,3	8,7	9,0	
Österreich													
EU-KOM	-2,5	-2,5	-2,2	-1,8	72,5	73,4	73,8	73,7	2,1	3,0	3,1	3,2	
OECD	-2,4	-2,5	-2,3	-1,7	72,5	73,5	75,3	75,5	1,4	1,8	2,4	2,9	
IWF	-2,5	-2,5	-2,2	-1,5	72,4	73,7	74,2	73,7	0,6	2,0	2,2	2,3	

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatsscl	nuldenquot	te	Leistungsbilanzsaldo				
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	
Portugal													
EU-KOM	-4,4	-6,4	-5,5	-4,0	108,3	123,6	123,0	124,3	-7,2	-1,9	0,1	0,1	
OECD	-4,4	-6,4	-6,4	-5,6	108,3	123,6	127,7	132,1	-7,0	-1,5	-0,9	0,5	
IWF	-4,4	-4,9	-5,5	-4,0	108,0	123,0	122,3	123,7	-7,0	-1,5	0,1	-0,1	
Slowakei													
EU-KOM	-5,1	-4,3	-3,0	-3,1	43,3	52,1	54,6	56,7	-2,5	2,0	2,5	3,3	
OECD	-5,1	-4,3	-2,6	-2,2	43,3	52,1	54,4	55,8	-2,1	2,3	2,1	2,3	
IWF	-4,9	-4,9	-3,2	-3,0	43,3	52,3	55,3	56,4	-2,1	2,3	2,2	2,7	
Slowenien													
EU-KOM	-6,4	-4,0	-5,3	-4,9	46,9	54,1	61,0	66,5	0,1	2,7	4,8	4,7	
OECD	-6,4	-4,0	-7,8	-3,4	46,9	54,1	63,8	68,1	0,0	2,5	4,1	4,8	
IWF	-5,6	-3,2	-6,9	-4,3	46,9	52,6	68,8	71,7	0,0	2,3	2,7	2,5	
Spanien													
EU-KOM	-9,4	-10,6	-6,5	-7,0	69,3	84,2	91,3	96,8	-3,7	-0,9	1,6	2,9	
OECD	-9,4	-10,6	-6,9	-6,4	69,3	84,1	91,4	97,0	-3,7	-1,1	2,1	3,5	
IWF	-9,4	-10,3	-6,6	-6,9	69,1	84,1	91,8	97,6	-3,7	-1,1	1,1	2,2	
Zypern													
EU-KOM	-6,3	-6,3	-6,5	-8,4	71,1	85,8	109,5	124,0	-4,8	-4,8	-1,9	-0,6	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-6,3	-5,6	-	-	71,1	86,2	-	-	-4,7	-4,9	-	-	

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2013. OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2013.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2013.

Stand: Juli 2013.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	uldenquot	е	Leistungsbilanzsaldo				
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	
Bulgarien													
EU-KOM	-2,0	-0,8	-1,3	-1,3	16,3	18,5	17,9	20,3	0,1	-1,1	-2,6	-3,6	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-2,0	-0,5	-1,4	-0,6	15,4	18,5	17,8	20,2	0,3	-0,7	-1,9	-2,1	
Dänemark													
EU-KOM	-1,8	-4,0	-1,7	-2,7	46,4	45,8	45,0	46,4	5,6	5,2	4,5	5,0	
OECD	-2,0	-4,1	-1,8	-1,8	46,4	45,7	45,5	45,2	5,6	5,6	5,0	4,7	
IWF	-2,0	-4,4	-2,8	-2,3	46,4	50,1	51,8	52,4	5,6	5,3	4,7	4,7	
Kroatien													
EU-KOM	-5,7	-3,8	-4,7	-5,6	46,7	53,7	57,9	62,5	-0,9	-0,1	0,4	0,0	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-5,2	-4,1	-4,0	-4,5	47,2	56,3	59,5	61,9	-1,0	-0,1	0,0	-0,5	
Lettland													
EU-KOM	-3,6	-1,2	-1,2	-0,9	41,9	40,7	43,2	40,1	-2,4	-1,7	-2,1	-2,6	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-3,2	0,1	-1,3	-0,8	37,5	36,4	41,0	36,7	-2,1	-1,7	-1,8	-1,9	
Litauen													
EU-KOM	-5,5	-3,2	-2,9	-2,4	38,5	40,7	40,1	39,4	-3,7	-0,5	-1,0	-1,5	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-5,5	-3,0	-2,6	-2,3	38,5	39,6	40,0	39,8	-3,7	-0,9	-1,3	-1,7	
Polen													
EU-KOM	-5,0	-3,9	-3,9	-4,1	56,2	55,6	57,5	58,9	-4,5	-3,3	-2,5	-2,4	
OECD	-5,0	-3,9	-3,4	-2,7	56,3	55,6	57,7	58,7	-4,8	-3,5	-3,1	-2,6	
IWF	-5,0	-3,5	-3,4	-2,9	56,4	55,2	56,8	56,2	-4,9	-3,6	-3,6	-3,5	
Rumänien													
EU-KOM	-5,6	-2,9	-2,6	-2,4	34,7	37,8	38,6	38,5	-4,5	-4,0	-3,9	-3,8	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-4,3	-2,5	-2,1	-1,7	34,2	37,0	36,9	36,6	-4,5	-3,8	-4,2	-4,5	
Schweden													
EU-KOM	0,2	-0,5	-1,1	-0,4	38,4	38,2	40,7	39,0	7,3	7,0	7,0	7,2	
OECD	0,0	-0,7	-1,6	-1,1	38,4	38,2	42,1	42,1	7,0	7,2	7,1	7,0	
IWF	0,1	-0,4	-0,8	-0,5	38,3	38,0	37,7	36,5	7,0	7,1	6,0	6,8	
Tschechien													
EU-KOM	-3,3	-4,4	-2,9	-3,0	40,8	45,8	48,3	50,1	-3,9	-2,6	-2,4	-2,5	
OECD	-3,3	-4,4	-3,3	-3,0	41,1	45,9	49,3	51,9	-2,7	-2,5	-3,0	-2,9	
IWF	-3,2	-5,0	-2,9	-2,8	40,8	43,1	44,8	46,1	-2,9	-2,7	-2,1	-1,8	
Ungarn													
EU-KOM	4,3	-1,9	-3,0	-3,3	81,4	79,2	79,7	78,9	1,0	1,9	2,5	2,6	
OECD	4,2	-2,0	-2,8	-3,2	81,1	79,0	78,7	78,7	0,8	1,5	2,4	3,2	
IWF	4,3	-2,5	-3,2	-3,4	81,4	79,0	79,9	80,3	0,9	1,7	2,1	1,8	

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2013.

Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen Referat Öffentlichkeitsarbeit Wilhelmstraße 97 10117 Berlin http://www.bundesfinanzministerium.de oder http://www.bmf.bund.de

Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen Arbeitsgruppe Monatsbericht Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de Berlin, Juli 2013

Lektorat und Satz: heimbüchel pr, kommunikation und publizistik GmbH, Berlin/Köln

Gestaltung: heimbüchel pr Köln kommunikation und publizistik GmbH, Berlin/Köln

Bezugsservice für Publikationen des Bundesministeriums der Finanzen: telefonisch 0 18 05 / 77 80 90¹ per Telefax 0 18 05 / 77 80 94¹

¹ Jeweils 0,14 €/Min. aus dem Festnetz der Telekom, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

ISSN 1618-291X